Unterschiedliche Wege zur modernen Kleinstadt: Die Stormarner Landgemeinden Glinde und Reinbek im Kaiserreich zwischen 1892 und 1914

Dissertation
zur Erlangung der Würde eines Doktors der Philosophie des
Fachbereichs Geschichtswissenschaft
der Universität Hamburg

Vorgelegt von

Hans-Heinrich Stickel
aus Neuß/Rhein

Hamburg, 2007

Hauptgutachter:	Prof. em. Dr. Klaus Saul
Nebengutachter:	Prof. Dr. Karl Christian Führer
Datum der Disputation:	12. Juni 2007

Inhaltsverzeichnis

		Seite
1.	**Einleitung**	
1.1	Bestandsaufnahme: Glinde und Reinbek heute	1
1.2	Problemstellung	7
1.3	Forschungsstand	8
1.4	Spezielle Quellenlage zur Geschichte Glindes und Reinbeks	12
1.5	Zu den Begriffen „Landgemeinde“ und „Kleinstadt“	14
1.6	Zeitliche Eingrenzung	19
1.7	Vorgehensweise	20
2.	**Die Entwicklung von Glinde und Reinbek bis zum Erlass der LGO von 1892**	
2.1	Die Entstehung und Entwicklung von Glinde bis 1892	21
2.1.1	Die räumliche Entwicklung, Herrschaft und Verwaltung	21
2.1.2	Die Bevölkerungsentwicklung	24
2.1.3	Landwirtschaft und Handwerk	27
2.1.4	Schule und Vereine	35
2.2	Die Entstehung und Entwicklung von Reinbek bis 1892	47
2.2.1	Die räumliche Entwicklung, Herrschaft und Verwaltung	47
2.2.2	Die Bevölkerungsentwicklung	52
2.2.3	Landwirtschaft, Handwerk, Handel	55
2.2.4	Kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten	61
2.2.5	Armut und Sicherheitssysteme	73
2.2.6	Ausbau des Gesundheitswesens	88
2.3	Zusammenfassung	98

3. Auswirkungen der Landgemeindeordnung von 1892 unmittelbar nach deren Inkrafttreten auf die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden Glinde und Reinbek

3.1. Die Gemeindevertretung in Glinde und die Herkunft der Gemeindeverordneten nach Berufen 103

3.2 Die Gemeindevertretung in Reinbek und die Herkunft der Gemeindeverordneten nach Berufen 105

4. Die Entwicklungen der Gemeinden Glinde und Reinbek zwischen 1892 und 1914

4.1 Glinde: Naturräumliche, demographische und politische Bedingungen; wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung

4.1.1.1 Die räumliche Entwicklung 106
4.1.1.2 Straßen-und Wegebau 106
4.1.1.3 Gebäudeerweiterungen und Neubauten 115

4.1.2.1 Die Bevölkerungsentwicklung 117
4.1.2.2 Berufsstruktur 123

4.1.3.1 Politische Entwicklung 124
4.1.3.2 Kommunale Selbstverwaltung in Glinde 137
4.1.3.3 Die gemeindlichen Finanzverhältnisse 143

4.1.4 Wirtschaftliche Entwicklung: Landwirtschaft, Handwerk 150
4.1.4.1 Die Landwirtschaft 150
4.1.4.2 Das Handwerk 159

4.1.5 Schule und Vereine 162

4.1.6 Individuelle sanitäre Versorgung 165

4.1.7 Gesundheitsrelevante Infrastruktur 167

4.1.8 Die Energieversorgung 169

4.2 Reinbek: Naturräumliche, demographische und politische Bedingungen; wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung

4.2.1.1 Die räumliche Entwicklung 174
4.2.1.2 Straßen-und Wegebau 175
4.2.1.3 Gebäudeerweiterungen und Neubauten 176

4.2.2.1 Die Bevölkerungsentwicklung 180
4.2.2.2 Berufsstruktur 183

4.2.3.1 Politische Entwicklung 184
4.2.3.2 Kommunale Selbstverwaltung in Reinbek 191
4.2.3.3 Die gemeindlichen Finanzverhältnisse 193

4.2.4. Wirtschaftliche Entwicklung: Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Dienstleistungen 196
4.2.4.1 Die Landwirtschaft 196
4.2.4.2 Das Handwerk 200
4.2.4.3 Handel und Dienstleistungen 203

4.2.5 Kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten 208
4.2.5.1 Vereine und Verbände 209

4.2.6 Individuelle sanitäre Versorgung 215

4.2.7 Gesundheitsrelevante Infrastruktur 229

4.2.8 Die Energieversorgung 233

5. Zusammenfassung und Schlußbetrachtung 239

Verzeichnis der Tabellen (Anhang) 255
Abkürzungsverzeichnis 257

6. Quellen- und Literaturverzeichnis
6.1 Ungedruckte Quellen und Zeitungen 259
6.2 Gedruckte Quellen 263
6.3 Darstellungen 269

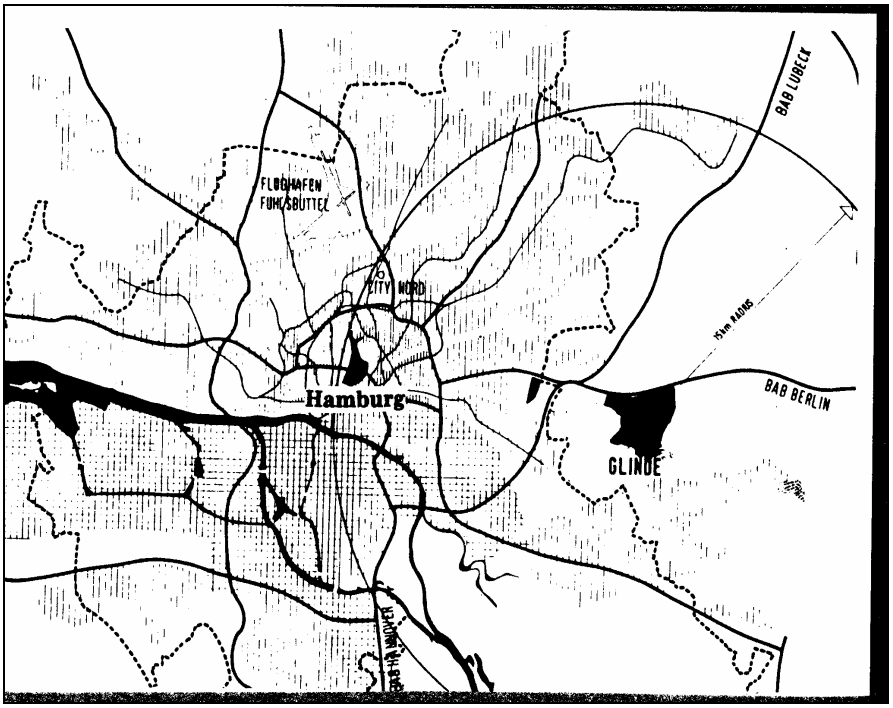
Anhang

1. Einleitung

Ziel der Arbeit ist der Vergleich der Entfaltung zweier norddeutscher Kleinstädte in einem bestimmten Zeitabschnitt ihrer Entwicklung (1892 – 1914). Dabei sollen geographische, wirtschaftliche, politische und kulturelle Aspekte berücksichtigt werden, um die unterschiedlichen Wege zu einer modernen deutschen Kleinstadt belegen zu können. Dazu scheint es angebracht, die beiden Städte zunächst allgemein zu charakterisieren, bevor die Wege analysiert werden können.

1.1 Bestandsaufnahme: Glinde und Reinbek heute

Die Stadt Glinde gehört heute zum Kreis Stormarn (Schleswig-Holstein) und liegt am östlichen Stadtrand Hamburgs. Urkundlich erwähnt wurde der Ort erstmalig im Jahre 1229, die Verleihung der Stadtrechte fand 1979 statt.



Quelle: Stadt Glinde – Der Magistrat – (Hrsg.), Stadt Glinde, Kreis Stormarn, Glinde 1998.

2005 umfasste die Fläche des Stadtgebietes 1.121,71 ha, von denen nach dem Flächennutzungsplan 371,86 ha auf die Landwirtschaft, 112,03 ha auf wald- und forstwirtschaftliche Flächen, 205,00 ha auf Wohnbau- und 163,56 ha auf

gemischte und gewerbliche Bauflächen, 109,65 ha auf Park-, Grün und Wasserflächen, 34,54 ha auf Sondergebiete, 108,33 ha auf Verkehrsflächen und 16,74 ha auf Gemeindebedarfsflächen entfielen. Die Zahl der Einwohner betrug nach dem Stand vom 30.06. 2005 16.098, von denen 6263 evangelischer Konfession waren, katholisch waren 1657 und sonstige 9054.
Die Anzahl der Gewerbebetriebe belief sich zum 31.12.2004 auf insgesamt 1.163. Nach Betriebsarten gliederten sich die Zahlen wie folgt: 401 Handelsbetriebe, 137 Handwerksbetriebe, 49 Industrie- und 576 sonstige Betriebe.[1]

Glinde gilt als zentraler Ort, Stadtrandkern II. Ordnung, das heißt, die Stadt bietet öffentliche und private Dienstleistungen - wie z. B. weiterführende Schulen, Volkshochschule, Sportanlagen, soziale Dienste, Banken, Arzt- und Facharztpraxen, Polizeistation, Alten- und Pflegeheime - nicht nur für die eigenen, sondern auch für die Einwohner des näheren Umlandes an.
Als mittelbarer Anrainer an das Stadtgebiet Hamburgs gehört Glinde also zur sog. Metropolregion im Verdichtungsraum des Stadtstaates, zu der außer Hamburg die niedersächsischen Landkreise Cuxhaven, Harburg, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Rotenburg (Wümme), Soltau-Fallingbostel, Stade, Uelzen und die schleswig-holsteinischen Kreise Herzogtum Lauenburg, Pinneberg, Segeberg, Steinburg, Stormarn und Brunsbüttel gehören.
Von Hamburg aus in östlicher Richtung über Oststeinbek auf Glinder Stadtgebiet liegen auf der linken Seite die Häuser der so genannten „Krupp- Siedlung“, die in den Jahren 1936 bis 1938 im Zuge der nationalsozialistischen Aufrüstung für die größtenteils aus anderen Teilen Deutschlands angeworbenen Arbeiter des Kruppschen Kurbelwellenwerkes in Glinde gebaut wurde.
Zwei andere Siedlungen, im Norden des Ortszentrums gelegen, die auch in dieser Zeit errichtet wurden, die „Beamten-Siedlung“ und die „Heereszeugamtssiedlung“, dienten der Unterbringung von Angestellten, Beamten und Arbeitern des Heereszeugamtes am nördlichen Rand der Gemeinde.
Eine dritte Ansiedlung aus der Zeit des Nationalsozialismus, die auch heute noch besteht, ist das so genannte „Negerdorf“, gebaut Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts, in welchem Offiziere des Heereszeugamtes in dessen unmittelbarer Nähe wohnten. Dieser Gebäudekomplex erhielt seinen „ landläu-

[1] Stadtbuch Glinde, herausgegeben von der Stadt Glinde, Glinde November 2005.

figen Namen nach der Dachung aus Reet".[2] Neben einigen, für ein Dorf im 19. und Anfang des 20. Jahrhundert untypischen Bauten, - dem Gutshaus (erbaut 1880), der Gelhornvilla im Südosten Richtung Reinbek gelegen (1912 errichtet, 1944 zerstört und später wieder aufgebaut), dem Karolinenhof (1860 erbaut) und die vom ehemaligen Mühlenbesitzer H.Hintze 1880 erbaute Villa am Mühlenteich , in der sich seit 1928 Gaststättenbetriebe befinden -, existieren neben den oben erwähnten Siedlungen kaum noch Wohnhäuser aus der Zeit vor dem 2. Weltkrieg, geschweige denn aus der Zeit vor 1914.

Lediglich vier der für die Arbeiter des Gutes Glinde um 1920 erbauten Dorfhäuser („Deputathäuser") mit Ställen an der Dorfstraße im alten Zentrum stehen noch und sind der radikalen Umgestaltung des Ortskerns in den 60ern, Anfang der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts nicht zum Opfer gefallen.[3] Sie beherbergen heute Geschäfte und ein Restaurant und befinden sich derzeit im Eigentum der in Hamburg ansässigen Edmund Siemers Stiftung. Am Ende der Dorfstraße befindet sich noch ein historisches Wohnhaus, das älteste bestehende Wohnhaus Glindes, nämlich die Anfang des 19. Jahrhunderts gebaute „Suck`sche Kate", in der der Gemeindevorsteher (Amtszeit von 1894 bis 1922) Hinrich Suck wohnte und dort sowohl seine Schuhmacherwerkstatt als auch die Amtsstube als Vorsteher der Gemeinde Glinde unterhielt.

Als sicher ältestes, noch erhaltenes Gebäude Glindes gilt die am Mühlenteich gelegene Glinder Wassermühle, bereits im Jahre 1229 urkundlich erwähnt, deren Gebäude und Funktionen im Laufe der Jahrhunderte vielfach verändert wurden. Auf sie wird noch näher einzugehen sein.

Bemerkenswert ist schließlich hinsichtlich relativ alter Gebäude noch der Glinder Bahnhof, der zwischen 1907 und 1952 Haltepunkt der Südstormarnschen Kreisbahn zwischen Hamburg-Tiefstack und Trittau war. Heute allerdings werden die verbliebenen Gleise lediglich für den sporadischen Transport von und zum (bald geschlossenen) Gerätedepot der Bundeswehr, dem früheren Heereszeugamt, befahren. Der Bahnhof, dessen Ruine erhalten geblieben ist, spielt als solcher seit 1952, zumindest für den Personenverkehr, keine Rolle mehr.

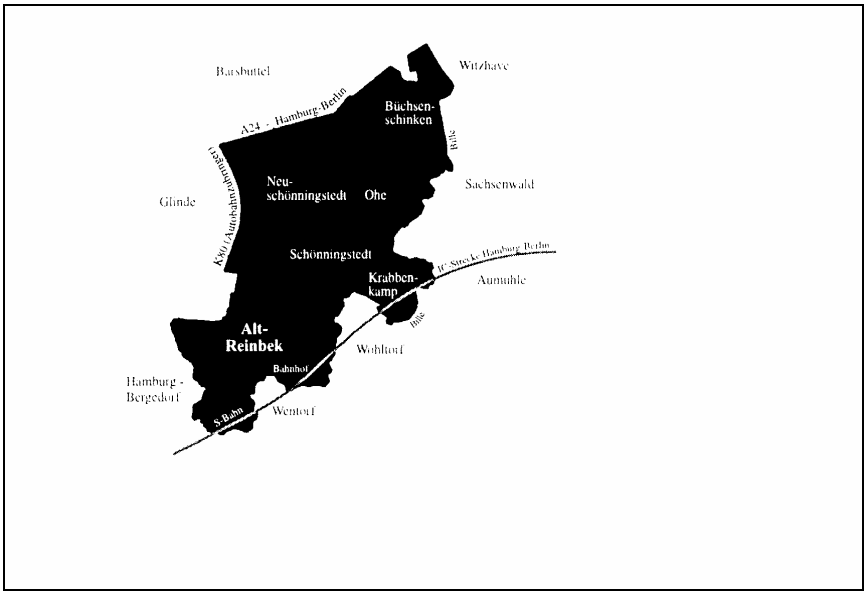
Der heutige Ortskern Glindes ist umgeben von Wohn-, Geschäfts- und Verwaltungsgebäuden, die größtenteils mehr als fünf Stockwerke ausweisen.

---

[2] Jendert, S.W, Glinde.Junge Stadt im Grünen, Erfurt 1999, S. 52.
[3] Ebd., S. 41.

Ein überwiegend großer Teil der Gewerbebetriebe der Stadt ist im östlich, an der Grenze zu Reinbek und auch auf Reinbeker Gebiet, gelegenen Gewerbegebiet untergebracht, das zu einem Drittel auf Glinder und Schönningstedter (gehört zu Reinbek) und zu zwei Dritteln auf Reinbeker Gebiet liegt.

Reinbek liegt innerhalb des Kreises Stormarn im Süden und sowohl südöstlich als auch nordöstlich von Glinde; der Hamburger Stadtteil Bergedorf grenzt unmittelbar im Südwesten an die Reinbeker Gemarkung.
Die Grenze nach Bergedorf wird von dem Flüsschen Bille gebildet, das wiederum, folgt man ihm stromaufwärts, die Grenze im Süden und Osten zu den beiden im Herzogtum Lauenburg liegenden Gemeinden Wentorf und Wohltorf darstellt.[4]



Quelle: Stadt Reinbek –Der Bürgermeister - , Schul- und Kulturamt, o.J.

Als Ortsteile gehören zu Reinbek: Krabbenkamp, Ohe, Büchsenschinken, Neu-Schönningstedt und Schönningstedt.
Die erste urkundliche Erwähnung Reinbeks geht auf das Jahr 1238 zurück, im Jahre 1952 wurden der Gemeinde Reinbek die Stadtrechte verliehen.
Nach dem neuesten Stand der Erhebungen im Jahre 2000 beträgt die Fläche des Stadtgebietes 31,23 qkm, von denen 8,6 qkm bebaut sind. Im Gegensatz

[4] Stadt Reinbek, Der Bürgermeister -Schul- und Kulturamt, Die Stadt Reinbek in Zahlen 2001/2002, Reinbek o.J.

zur Stadt Glinde weist Reinbek auch Wald- und landwirtschaftliche Flächen in einer Größe von insgesamt 13,4 qkm auf.[5] Am 30.06.2003 betrug die Einwohnerzahl 25.166, verteilt auf 11.299 Haushaltungen. Die Zahl der Gewerbebetriebe wird mit 1.865 (Stand 2000) beziffert. Eingestuft ist die Stadt Reinbek als Stadtrandkern I. Ordnung mit Teilfunktionen eines Mittelzentrums.[6] Nach einem nicht stattgegebenen Antrag auf Aufstufung der Stadt zum Mittelzentrum aus dem Jahre 1988 beantragte die Stadt Reinbek 2004 erneut beim Innenministerium Schleswig-Holsteins in Kiel die Einstufung als Mittelzentrum mit der Begründung, dass mit der Aufstufung einer längst vollzogenen Entwicklung Rechnung getragen würde. [7]

Zusätzlich zu den bereits erwähnten Glinder Einrichtungen der privaten und öffentlichen Dienstleistungen befinden sich als Merkmale eines Mittelzentrums ein Krankenhaus mit Rettungswache und -dienst, ein Theater- und Tagungsforum, Amtsgericht, Arbeitsamt, Polizeistation mit Kriminalpolizei, Bahnhof u.a. m.

Die Zugehörigkeit zur Metropolregion um Hamburg wird deutlich durch die Zahl der Auspendler, wobei davon ausgegangen werden kann, dass ein großer Teil der hier genannten Erwerbspersonen nach Hamburg auspendelt. Bereits 1973 bezifferte Dieter Jaschke die Zahl der auspendelnden Erwerbspersonen im Jahre 1970 auf 65,2 %.[8]

Von Hamburg kommend über Havighorst von Westen her auf das Reinbeker Stadtgebiet bietet die Stadt ein kleines Einkaufszentrums mit Marktplatz und modernem Kirchengebäude links der Hamburger Straße als Subzentrum der lokalen Versorgung u. a. für die angrenzenden Hochhäuser diesseits und jenseits der in das Zentrum der Stadt führenden Straße. Je weiter man sich allerdings dem Stadtkern nähert und das auf der rechten Seite liegende Krankenhaus St. Adolf-Stift passiert, desto auffälliger erscheinen die an beiden Straßenseiten befindlichen, von der Mitte bis zum Ende des 19. Jahrhunderts erbauten villenähnlichen Wohnhäuser, die dem Anschein nach auf beträchtlichen Wohlstand der Erbauer schließen lassen. Sie befinden sich ausnahmslos in gutem bis sehr gutem baulichem Zustand, sind allesamt bewohnt und stehen

---

[5] Stadt Reinbek – Der Bürgermeister – Schul- und Kulturamt o. J.
[6] Ebd.
[7] BZ vom 25.08.2004.
[8] Jaschke, D., -Reinbek – Untersuchungen zum Strukturwandel im Hamburger Umland, Hamburg 1973, S. 122.

zum Teil unter Denkmalschutz. Neben dem neuen Rathaus aus Sichtbeton und dem gegenüber liegenden „Sachsenwaldforum“ (Hotel, Theater, Geschäfte, Restaurants) existieren hier, im Gegensatz zum Stadtkern von Glinde, noch relativ viele historische Gebäude, vornehmlich aus dem 18. und 19. Jahrhundert, wobei natürlich das etwas abseits des Zentrums gelegene Reinbeker Schloss, „das bedeutendste, das schönste, das kostbarste Gebäude, das Reinbek hat. “[9], als die älteste Gebäudeanlage Reinbeks hervorragt.

Relativ weit ab vom Stadtkern erstreckt sich das bereits erwähnte Gewerbegebiet Richtung West/ Nordwest, das zum größten Teil auf Reinbeker Gebiet angesiedelt ist. Dort befinden sich sowohl Handels- als auch Handwerksbetriebe sowie industrielle Fertigungswerkstätten.

Seit dem Jahre 2002 wird im Dreieck Reinbek – Glinde – Neuschönningstedt ein neues Gewerbegebiet („Reinbek Haidland“) erschlossen, das zum Teil schon bebaut ist und genutzt wird.

[9] Bavendamm, D., Reinbek. Eine holsteinische Stadt zwischen Hamburg und dem Sachsenwald. Herausgegeben vom Magistrat der Stadt Reinbek, Reinbek 1996, S. 19.

1.2 Problemstellung

Unbestritten gelten sowohl Glinde als auch Reinbek zum heutigen Zeitpunkt als Kleinstädte, die per se eine gewisse Eigenständigkeit aufweisen, allerdings haftet Ihnen jeweils ein Vorurteil in der Bevölkerung an, das sich für Glinde in dem Begriff „Schlafstadt für Auspendler nach Hamburg“ und für Reinbek in „Beamtenstädtchen“ oder - schon im ausgehenden 19. Jahrhundert - „Hamburger Villenvorort im Grünen“ zeigt.

In dieser Arbeit soll aufgezeigt werden, welche unterschiedlichen Voraussetzungen es den beiden Landgemeinden ermöglichten, sich zu einer Kleinstadt zu entwickeln. Ein weiterer Schwerpunkt der Untersuchung wird sein, welche Umstände in der Kaiserzeit möglicherweise dazu führten, dass Glinde erst 1979, also 27 Jahre nach Reinbek, die Stadtrechte verliehen wurden.

Folgende Fragen liegen der vorliegenden Untersuchung zugrunde:

1. Worin bestanden die Unterschiede bezüglich der jeweiligen Ausgangslage in den beiden Landgemeinden Glinde und Reinbek vor Einführung der Landgemeindeordnung von 1892?

2. Welche Faktoren beeinflussten zwischen 1892 und 1914 die unterschiedlichen Entwicklungsrichtungen?
   a) Welche Möglichkeiten der Modernisierung boten sich den Gemeinden oder wurden von ihnen konzipiert?
   b) In welchen Bereichen des Gemeindelebens konnten Modernisierungen realisiert werden?

3. Welche Auswirkungen zeigten sich jeweils am Ende des Untersuchungszeitraumes (1914)?

4. Welche Entwicklungsphasen lassen sich hinsichtlich der Modernisierung

nachweisen , wobei unter „Modernisierung“ verstanden werden soll, welche Maßnahmen seitens der Gemeinden ergriffen wurden, um die Infrastruktur hinsichtlich der Anbindung an bestehende und des Baues von neuen Verkehrswegen, der Errichtung von Gebäuden zur Wohn- und Wirtschaftsnutzung, der Einkommensverbesserung der Einwohner durch Ausweitung des Fremdenverkehrs und der kulturellen, sozialen und gesundheitsrelevanten Einrichtungen auszubauen. Voraussetzung war wiederum die Effektivierung und Professionalisierung der Verwaltung und ein Mentalitätswandel, der die Aufnahme von Schulden zur Finanzierung städtischer Großprojekte nicht scheute, ebensowenig die Ausweitung der Verwaltungstätigkeit und Dienstleistungen, wie z.B die Kommunalisierung der Wasser-, Gas- und Stromversorgung. Bedeutend in diesem Zusammenhang ist auch, inwieweit die im Kaiserreich zu beobachtende Politisierung auch diese Kleingemeinden erreichte und sich auf die Kommunalpolitik ausgewirkt hat.

1.3 Forschungsstand

Seit etwa vierzig Jahren werden kommunal- und vor allem stadtgeschichtliche Themen des 19. Jahrhunderts in Deutschland von der geschichtlichen Forschung in steigendem Maße bearbeitet, einmal abgesehen von wenigen Arbeiten, die bereits am Anfang des 19. Jahrhunderts entstanden, wie z.B. das Werk von Lavergne-Peguilhen, der allerdings seine Gedanken über die Landgemeinde in Preussen weniger als das Ergebnis wissenschaftlicher Untersuchungen als vielmehr als „flüchtige Skizze“ im Vorwort ankündigte. [10] Neben Historikern beschäftigen sich u.a. auch Soziologen und Geographen mit den Fragen der Urbanisierung und Suburbanisierung, wobei der ländliche Raum generell Forschungsgegenstand für zahlreiche andere Wissenschaften ist. Um ihn bemühen sich neben der Geschichtswissenschaft die Geographie, Soziologie, Kommunalwissenschaft, Raumordnung/Landesplanung, Politikwissenschaft, Volks- und Betriebswissenschaft, Ökologie, Forstwissenschaften, Agrarwissenschaft/Agrarpolitik, Volkskunde/Kulturanthropologie und die Architek-

[10] Lavergne-Peguilhen,v.,M., Die Landgemeinde in Preußen, Königsberg in Pr. 1841, S. IX.

tur/Städtebau-/Landschaftsarchitektur.[11] Es entstand eine Fülle von Untersuchungen über Veränderungen in der Zeit der Industrialisierung sowohl in den Städten als auch in den ländlichen Regionen[12]. Publikationsreihen zu diesem Themenbereich boten dabei eigene Kommunikationsplattformen nicht nur für Historiker. Das „Deutsche Institut für Urbanistik", Berlin, hervorgegangen aus dem „Verein für Kommunalwissenschaften" der 1970er Jahre (Herausgeber der „Informationen zur Modernen Stadtgeschichte" seit 1971), das Münsteraner „Institut für vergleichende Stadtgeschichte" und der „Südwestdeutsche Arbeitskreis für Stadtgeschichtsforschung" sind Beispiele für Institutionen, die nicht nur Herausgeber von periodisch erscheinenden Publikationen sind, sondern auch regelmäßig als Veranstalter von Fachtagungen tätig werden und deren Verlauf und Ergebnisse veröffentlichen.

Auf den regionalen Ebenen engagieren sich in vielfältiger Weise fachspezifische Arbeitskreise, wie z.B. in Hamburg der „Hamburger Arbeitskreis für Regionalgeschichte" oder die Geschichtswerkstätten in verschiedenen Hamburger Stadtteilen, z.B. in Ottensen und in Bergedorf. Die Schwerpunktarbeit auch der diversen Vereine, die sich mit Regional- und/oder Heimatgeschichte beschäftigen, wird deutlich am Ergebnis einer Umfrage vom April 1974[13] , in die 287 Städte mit über 20000 Einwohnern einbezogen wurden. Nur 13% der erfassten Städte teilten mit, dass es bei ihnen weder geschichtliche Arbeitsgemeinschaften noch Geschichts- oder Heimatvereine gäbe. Für die effektive Auswertung der Antworten der 252 verbliebenen Städte mussten allerdings vier weitere Gruppen gebildet werden, so dass sich als Auswertungsgruppen

---

[11] Henkel,G., Der Ländliche Raum, Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland, 4., erg. und neu bearb. Aufl.,Studienbücher der Geographie, Berlin, Stuttgart 2004, S. 22.

[12] Als einige wenige Beispiele seien hier genannt: *Paesler,R.*, Urbanisierung als sozialgeographischer Prozeß – dargestellt am Beispiel südbayerischer Regionen. Kallmünz/Regensburg 1976. - *Teuteberg, H.-J.* (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln 1983. - *Matzerath,H.* (Hrsg.), Städtewachstum und innerstädtische Strukturänderungen: Probleme des Urbanisierungsprozesses im 19. und 20. Jahrhundert, Stuttgart 1984. - *Ders.,*Urbanisierung in Preussen 1815 – 1914, Stuttgart 1984. - *Reulecke, J.,* Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a. M. 1985. - *Engeli, Chr., Matzerath, H.* (Hrsg.), Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan. Ein Handbuch. Stuttgart 1989. - *Krabbe, W.,*Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung. Göttingen 1989. - *Priamus, H.-J., Himmelmannn,R..* (Hrsg.), Stadt und Region – Region und Stadt. Stadtgeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Regionalgeschichte. Essen 1993. *Aring, J.,* Suburbia – Posturbia – Zwischenstadt. Die jüngere Wohnsiedlungsentwicklung im Umland der großen Städte Westdeutschlands und Folgerungen für die Regionale Planung und Steuerung. Hannover 1999. - *Zimmermann, C.,* Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung. Frankfurt a.M. 2000.

[13] Engeli, Chr., Städtische Geschichts- und Heimatvereine. Zum Ergebnis einer Umfrage, in: Informationen zur Modernen Stadtgeschichte (IMS), herausgegen vom Deutschen Institut für Urbanistik, Nr. 8, Berlin, April 1974, S. 1 – 9.

Geschichtsvereine, Heimatvereine, regionale Geschichtsvereine, regionale Heimatvereine, Heimat- und Geschichtsvereine und geschichtliche- und heimatkundliche Arbeitsgemeinschaften ergaben. Ohne hier auf nähere Einzelheiten wie etwa die Höhe der Mitgliederzahlen oder die Berufszugehörigkeit der Mitglieder einzugehen, sind die Gründungsjahre und die Kontinuität der Arbeit der Vereine und Arbeitsgemeinschaften über den Zeitraum von ca. 100 Jahren bedeutsam für diese Einrichtungen. So ergab die Umfrage, dass Heimatvereine und regionale Heimatvereine in einem Teil der befragten Städte bereits vor 1848 existierten.

In Glinde und Reinbek gab es derartige Heimat- oder Geschichtsvereine allerdings erst seit 1970.

Während sich die historische Forschung stark auf die Großstädte konzentrierte, sind „Landgemeinden“ und „Kleinstädte“ in Deutschland bisher kaum hinsichtlich ihrer politischen, demographischen und wirtschaftlichen Entwicklungen untersucht wurden. Sie sind dagegen oft Gegenstand von Abhandlungen juristischer, medizinischer oder technischer Art geworden. Gerade in neuerer Zeit sind vor allem im norddeutschen Raum historische Untersuchungen von Landgemeinden selten, wenn man von den sehr differenzierten Arbeiten von Klaus-Joachim Lorenzen-Schmidt absieht, der in zahlreichen Veröffentlichungen nicht nur die landwirtschaftliche Entwicklung einiger Gemeinden in Schleswig-Holstein untersucht und ausgewertet hat[14], sondern auch Mitautor eines Schleswig-Holstein Lexikons[15] und Verfasser dorfhistorischer Werke ist, die sich allerdings z.T. nur auf die Zeit zwischen 1871 und 1914 beziehen[16]. Als grundlegend ist auch die Arbeit von Hans-Jürgen Perrey anzusehen, der die Geschichte des Kreises Stormarn von 1863 bis 1946/47 erforscht hat.[17]

Umfangreicher dagegen stellen sich die Ergebnisse der Kleinstadtforschung dar, deren Untersuchungen allerdings häufig bei bereits bestehenden Klein-

---

[14] Als einige Beispiele: Lorenzen-Schmidt, K.-J., Die landwirtschaftliche Entwicklung zwischen 1870 und 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Stormarner Raumes, in: Fischer/Kopitzsch/Spallek (Hrsg.), Von ländlichen Lebenswelten zur Metropolregion, Stormarner Hefte Nr. 21, Neumünster 1998, S. 93 – 108.

[15] Ders. u.a.(Hrsg.), Schleswig-Holstein Lexikon, Neumünster 2000.

[16] Ders., Pferde für Europa. Pferdehändler Johann Ahsbahs & Co. Steinburg 1830 – 1840, Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holstein, Kiel 1991.
Ders., Das Kremper Stadtbuch 1488 – 1602, Arbeitskreis für Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig Holstein, Kiel 1998.

[17] Perrey, H. – J., Stormarns preussische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1863 bis 1946/47, Neumünster 1993.

städten jüngeren Datums ansetzen, obwohl deren Siedlungsursprünge vornehmlich dörflicher Natur sind, wie etwa im Hamburger Umland.[18]

Ergebnisse neuerer Untersuchungen von Kleinstädten und deren Entstehung finden sich im Berichtsband einer Arbeitstagung des „Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung“ , bei denen die Frage nach „demographischen Strukturen, nach Physiognomien der Urbanisierung, Problemen der Selbstverwaltung und der politischen Geschichte“[19] im Vordergrund standen. Dort wurde die Entwicklung von Kleinstädten im 19. und 20. Jahrhundert in verschiedenen Regionen (Hessen, Westfalen, Brandenburg, Österreich, Norddeutschland, Ostdeutschland) untersucht. Als Beispiele für die Untersuchung von Kleinstädten im norddeutschen Raum seien hier die Arbeiten von Reinhard Stewig[20] und Oliver Barghorn-Schmidt[21] genannt, wobei letzterer vornehmlich die Entwicklung kommunaler Verwaltungsstrukturen und Kommunalfinanzen in sechs ausgewählten Gemeinden (Wedel, Nienburg, Bergedorf, Vienenburg, Schwartau und Sonderburg) untersucht hat.

Außer einem Beitrag von Ingrid Hübener[22] im Sammelband von R. Stewig über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein haben über Glinde in der Kaiserzeit zwischen 1871 und 1914 bisher keine umfassenden Untersuchungen stattgefunden, es existieren allerdings Einzeldarstellungen spezieller Themen wie z.B. die Entwicklung und Inbetriebnahme der Südstormarnschen Kleinbahn[23] oder die Glinder Mühle.[24] Ansonsten sind lediglich einige Bildbände mit ausgewählten historischen Einzelinformationen zu Glinder Themen erschienen.[25] Zum

---

[18] Priebs, A., Die Städte im Hamburger Umland, in: Müller,M.J. / Riecken, G. (Hrsg.), Stadtlandschaften in Schleswig-Holstein, Neumünster 1990, S. 143 – 158, hier S. 143.

[19] Zimmermann, C. (Hrsg.), Kleinstadt in der Moderne, Arbeitstagung in Mühlacker vom 15. bis 17. November 2002, Ostfildern 2002.

[20] Stewig, R. (Hrsg.), Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein (Kieler Geographische Schriften, Bd. 66), Kiel 1987.

[21] Barghorn-Schmidt, O., Auf dem Wege zur modernen Kleinstadt: Politik, Verwaltung und Finanzen norddeutscher Kleinstädte und Landgemeinden in der Zeit des Kaiserreiches 1871 – 1914, Taunusstein 2005.

[22] Hübener, I., Glinde und Schwarzenbek, in: Stewig,R.(Hrsg.), 1987, S. 289-313.

[23] Spallek,J., Vor 75 Jahren nahm die Südstormarnscher Kreisbahn den Betrieb auf, in: Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1983, herausgegeben vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, Husum 1983, S. 73 – 88.

[24] Lange, W., Der Glinder Kupferhammer, in: Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1985, herausgegeben vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, Husum 1985, S. 51 – 61.

[25] So z.B.: Jendert, S.W., Glinde bei Hamburg in alten Ansichten, Zaltbommel/NL 1976; Bachofer, W., Glinde: Eine junge Stadt stellt sich vor. Eine Ortsgeschichte in Einzeldarstellungen (1229 – 1979), Glinde 1979 ; Böckel, M., „...herzlichen Dampf !“ und anderes aus der Geschichte dieser jungen Stadt, Glinde 1984.

Teil wurden diese Bände aus Anlaß der Verleihung der Stadtrechte an Glinde 1979 erstellt.

Zur Stadt Reinbek stellt sich der Forschungsstand schon deswegen anders dar, weil Reinbek nicht nur Landgemeinde, sondern auch Amt und zeitweise Sitz des Landratsamtes war und zudem historische Bauten wie das Schloß und das Kloster besaß und besitzt.

Zum Amt[26], zum Schloß[27] und zum Kloster[28] sind ausführliche Untersuchungen angestellt und veröffentlicht worden. Einzelne Aufsätze zu historischen Themen beinhalten auch die Festschriften zu Jahrfeiern der Gemeinde.[29]

Eine themenorientierte Darstellung - „Von den Steinzeitjägern zur Freizeitgesellschaft“, Stadtmitte, Villenviertel, chronologischer Überblick über 750 Jahre Reinbek - hat Dirk Bavendamm erarbeitet.[30]

Unter geographischem Aspekt erschien 1973 die Untersuchung Reinbeks von Dieter Jaschke als Beispiel zum Strukturwandel im Hamburger Umland.[31]

1.4 Quellenlage zur Geschichte Glindes und Reinbeks

Quantität und Qualität der Quellen stellen sich hinsichtlich der Geschichte der beiden Landgemeinden Glinde und Reinbek für den zu untersuchenden Zeitabschnitt zwischen 1892 und 1914 sehr unterschiedlich dar.

Die Gründe dafür liegen im wesentlichen einerseits in der Art und Intensität der Archivierung des vorhandenen Materials in der Vergangenheit in den jeweiligen Stadtarchiven, anderseits natürlich auch im unterschiedlichen Aufkommen von Archivmaterial im Laufe der Zeit. Dass in einer Gemeinde wie Reinbek mehr zu archivierendes Material entstanden ist, ergibt sich schon daraus, dass Reinbek Amtsgemeinde war und über die Gemeinde hinaus eine grössere politische und wirtschaftliche Bedeutung im Kreis Stormarn hatte als Glinde.

---

[26] Meiffert, N., Die Geschichte des Amtes Reinbek 1576 – 1773, Neumünster 1995.
[27] Wendt, A., Das Schloß Reinbek: Untersuchungen und Ausstattung, Anlage und Architektur eines landesherrlichen Schlosses, Neumünster 1994.
[28] Heuer, H., Das Kloster Reinbek, Neumünster 1985.
[29] Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek. 1238 – 1938, Hamburg 1938; Magistrat der Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek. 1238 – 1963, Reinbek 1963.
[30] Bavendamm, D., 1996.
[31] Jaschke, D., 1973.

Die Menge der Quellen des Stadtarchivs Glinde ist für den Untersuchungszeitraum sehr gering, da einerseits durch verschiedene Umzüge der Verwaltung eine grosse Menge an den per se schon gering vorhandenen Archivalien verloren gegangen ist, anderseits nach Aussagen von heutigen Verwaltungsmitarbeitern auch unwiederbringliches und einzigartiges Archivmaterial einfach vernichtet wurde. Deswegen konnten bei der vorliegenden Arbeit nur in wenigen Fällen Glinder Archivalien benutzt werden, z.B. das „Dorfbuch", das aus einzelnen, mit vorgedruckten Überschriften versehenen Kapiteln besteht, deren Seiten mit der Vor-, Kriegs- und Rassengeschichte des Dorfes im nationalsozialistischen Sinne gefüllt, bzw. ausgefüllt werden sollten[32]; fernerhin das Protokollbuch der Gemeindevertretung für den Zeitraum 1894 bis 1907 und die Akte „Baukonzessionen 1892 – 1914". Auch im Kreisarchiv des Kreises Stormarn in Bad Oldesloe finden sich nur wenige Quellen über Glinde und Reinbek für die Zeit des Kaiserreiches.

Deswegen bilden sowohl die Akten der kommunalen Aufsichtsbehörden des Kaiserreiches[33], z.B. die des Oberpräsidiums der Provinz Schleswig-Holstein und der Königlichen Regierung, als auch die Erhebungen des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus einen Grundpfeiler der Untersuchung der Gemeinden Glinde und Reinbek im genannten Zeitraum. Im einzelnen handelt es sich hierbei vor allem um Akten des Landesarchivs in Schleswig, die Aufschluß geben können über das Schul- und Bildungswesen, das Gesundheitswesen und die Armenfürsorge. Unentbehrlich für die vorliegende Untersuchung sind Archivalien, die das Vereinswesen, hier speziell das der Kriegervereine, dokumentieren und solche, anhand derer die Verfolgungen Angehöriger der Arbeiterbewegung in der Zeit des Sozialistengesetzes und darüber hinaus nachgewiesen werden können.

Eine weitere wichtige Informationsquelle stellen die Meldungen der im Lokalbereich konkurrenzlosen „Bergedorfer Zeitung" und teilweise auch des „Oldesloer Landboten" sowie Adressbücher dar. Auch auf die vom Glinder Heimat- und Bürgerverein gesammelten Unterlagen konnte in der vorliegenden Arbeit zurückgegriffen werden. Dagegen ist die Quellenüberlieferung im Reinbeker Stadtarchiv wesentlich dichter. Hier existieren für die Zeit des Kaiserreiches u.a. Einwohnermeldebücher, Adressbücher, diverse Ortsstatute, Steuerakten,

[32] STAG, Glinder Chronik, archiviert unter: „Verschiedene Themen".
[33] Diese Akten befinden sich im Schleswig-Holsteinischen Landesarchiv in Schleswig.

Gebäude- und Personenverzeichnisse, Akten über Wege-, Strassen- und Brückenbau sowie das Protokollbuch der Gemeindevertretung von 1893 – 1913.

1.5 Zu den Begriffen „Landgemeinde“ und „Kleinstadt“

Die moderne kommunale Selbstverwaltung begann in Deutschland mit der preußischen Städteordnung des Freiherrn H.F.K. vom und zum Stein vom 19.11.1808[34], durch die die Stadtgemeinden Selbstverwaltung erlangten. Das preußische Vorbild veranlasste die meisten anderen deutschen Staaten, ihre Gemeindeordnungen nach ähnlichen Grundsätzen wie die preußische Magistratsverfassung neu zu errichten. Durch die Weimarer Reichsverfassung von 1919 (Art. 127) erhielten die Gemeinden und Gemeindeverbände allgemein das Recht der Selbstverwaltung. In diesem Zeitraum der sich immer mehr durchsetzenden Städteordnungen vor der Weimarer Reichsverfassung ist die vorliegende Arbeit angesiedelt.

Zunächst sollen die beiden grundlegenden Begriffe Landgemeinde und Kleinstadt diskutiert werden.
Mit Landgemeinden bezeichnet man einerseits auf der politisch-rechtlichen Ebene eine Körperschaft mit öffentlichen Rechten und einem abgegrenzten territorialen Gebiet.[35] Diese Körperschaft konstituierte sich in den Gemeindeversammlungen und später den Gemeindevertretungen, die alle wichtigen Fragen der Gemeindeentwicklung behandelten. Andererseits kann man mit dem Begriff Landgemeinde auch die Gruppe der in dem Siedlungsbereich lebenden Einwohner, ihr Territorium und ihre alltägliche Lebensweise kennzeichnen.
Im Verlaufe des Spätmittelalters wurden die grund- und leibherrlichen Bindungen der einzelnen Höfe zunehmend durch die Landgemeinde überlagert. Die bäuerliche Nutzungsgemeinschaft und ihr Regelungsbedarf trieb die Entwicklung zur Landgemeinde entscheidend voran, so dass sie sich neben dem „Hof“ als maßgebliche Organisation und Vergesellschaftungsform etablierte. Die Zu-

[34] Schöber, P., Kommunale Selbstverwaltung. Die Idee der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1991, passim.
[35] Als Synonyme wurden Flecken und Dörfer verwendet,wobei Flecken bereits Markrecht besaßen.

sammenarbeit der Höfe und Bauernfamilien wurde über die kooperative Organisation der Gemeinde vermittelt. Nutzungsrechte, das Hüten von Tieren, die Reparatur von Straßen und Wegen u. a. wurden geregelt.

Die Hauptfunktionen der Landgemeinde lassen sich mit den Begriffen Wirtschaft, Politik und Religion beschreiben. Dem entsprechend regelte die ländliche Bevölkerung die wirtschaftlichen und religiösen Belange nach innen (innerhalb der Gemeinde) und nach außen (in Bezug auf die übergeordneten Einflussgrößen) durch Gemeindeversammlungen, Gemeindevertretungen, -ämter und –satzungen. Über diese eigenen Organe und Ämter wurden Selbstverwaltungskompetenzen ausgeübt, Normen und Satzungen erlassen sowie eine Sanktions- und Zwangsgewalt gegenüber den Gemeindeeinwohnern ausgeübt.

Im religiösen Bereich wurde die Selbstverwaltungskompetenz der Kirchengemeinde vor allem durch die Institution der Kirchenpflegschaft ausgeübt. Durch die Kirchenpflegschaft wurden das Einkommen und das Vermögen der lokalen Kirche verwaltet.

Hinzu kamen noch weitere Funktionen, die sich auf das alltägliche Zusammenleben bezogen. Feste wurden vorbereitet und gefeiert, die Gemeinde bot den hauptsächlichen Heiratsmarkt, nachbarschaftliche Konflikte wurden ausgetragen. Die Gemeinde stand immer auch in einem bestimmten Wettbewerb mit den Nachbargemeinden. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war das Leben im ländlichen Raum bzw. in ländlichen Siedlungen im wesentlichen durch drei Merkmale gekennzeichnet:[36]

1. Die mit landwirtschaftlichen Tätigkeiten in Zusammenhang stehenden Berufe waren eindeutig in der Mehrzahl.
2. Vorherrschend waren herrschaftliche und genossenschaftliche Bindungen, die u.a. einer individuellen Berufsausübung im Wege standen.
3. Durch soziale Gruppenbildung (Stand, Familie, Nachbarschaft, Kirche) war der Bewohner des Dorfes sehr stark festgelegt.

Seit der Mitte des 19. Jahrhunderts war die Bevölkerung der Landgemeinden – vor allem in den wirtschaftlichen Ballungsräumen der Reichsstädte – zu einem Gutteil bereits städtisch-bürgerlich akkulturiert, d. h. an die städtische Lebensweise und Kultur mehr und mehr angepasst. Die Unterschiede zwischen Stadt und Land verringerten sich und lösten sich hinsichtlich der Lebensbedingungen

[36] Kappe,D., Knappstein,T., Schulte-Altedorneburg, M., Grundformen der Gemeinde – Großstadt und Dorf, Opladen 1975, S. 61 ff.

– allerdings sehr langsam - auf. Die ökonomischen und sozialen Verhältnisse waren aber innerhalb der Gemeinden sehr breit gefächert. Dies bedeutete auch eine weniger einheitliche Orientierung in den allgemeinen Lebensverhältnissen, als sie in früheren Generationen bestanden hatte, nicht zuletzt auch im Hinblick auf die religiöse Lebensführung. Die soziale Differenzierung nahm immer mehr zu. Die noch um 1800 konstatierte ungefähre zahlenmäßige Parität von Vollbauern, Kleinbauern und Landlosen[37] verschob sich immer mehr zu den Schichten der Handwerker, des Gesindes und der unterbäuerlichen Helfer.

Die im Spätmittelalter erworbene, relativ große genossenschaftliche Autonomie der Gemeinden ging im Laufe der Neuzeit im Zuge der Staatsbildung immer mehr verloren. Die landesherrliche Regulierungs-, Kontroll- und Verwaltungstätigkeit verstärkte sich. Das Bevölkerungswachstum verschärfte die sozialen Unterschiede in der Landgemeinde und ließ die unterbäuerlichen Schichten anwachsen, die das Arbeitskräftereservoir für vorindustrielle und industrielle Gewerbe darstellen. Besitzkonzentration und Pauperisierung führten in dieser Zeit zur Schwächung der Gemeinden als Solidarverband. Die traditionelle bäuerliche Mentalität (Unterordnung unter Autoritäten, Mußepräferenz, Risiko- und Innovationsscheu, praktisch orientierte Frömmigkeit usw.) wurde von dem städtischen Bürgertum zunehmend kritisiert und durch vielfältige Maßnahmen, der sog. Volksaufklärung bekämpft.

Diese Tendenzen galten sowohl für die nicht verdichteten Gebiete der Landgemeinden als auch für die Verdichtungsräume, in denen sich Städte entwikkelten. Ihre Gründung ging vornehmlich auf obrigkeitliche Initiative zurück (Residenzstädte). Allgemein wurde unterschieden in

Ackerbürgerstädte,

Marktstädte,

Gewerbe- und Handelsstädte sowie

Handelsemporien.[38]

Ausgehend davon, dass es nicht nur *eine* einheitliche Form der Landgemeinde geben könne, stellt Hauptmeyer fest, dass es in Norddeutschland im 19. Jahrhundert „viele, sich überschneidende gemeindliche Verbände [gab], also di-

---

[37] Stollberg-Rilinger, B., Einführung in die frühe Neuzeit. Diss. phil. Münster 2003.

[38] Gerteis, K., Die deutschen Städte in der Frühen Neuzeit. Zur Vorgeschichte der „bürgerlichen Welt“, Darmstadt 1986, S. 29.

verse Personalkorporationen, in die ein Grundbesitzer einbezogen war und die vom Hof und seinen Nutzungsflächen aus betrachtet *die* gemeindliche Bindung ausmachten. So entstand, mit Heiratskreisen, sozialen Hierarchien, wirtschaftlichen Abhängigkeiten usw. – neudeutsch ausgedrückt - die `lebensweltliche Totalität` für den einzelnen Menschen."[39] So war auch in Norddeutschland in der frühen Neuzeit aufgrund der naturräumlichen Bedingungen wie z.B. große Wasserflächen, weite Flußtäler, große Moor- und Heidegebiete „keine einheitliche Form der Landgemeinde zu erwarten."[40]
Bei der Untersuchung der Entwicklung der Landgemeinden Glinde und Reinbek nach Einführung der LGO 1892 bis 1914 ist zunächst zu klären, auf welcher gesetzlichen Grundlage diese Entwicklung stattfand und wie der Gesetzgeber den Begriff „Landgemeinde" definierte.

„ Unter Landgemeinde ist eine Mehrzahl von Personen zu verstehen, welche auf einem räumlich abgegrenzten Gebiet des platten Landes zusammenwohnen und einer gemeinsamen Ortsverfassung unterstellt sind (vgl. auch LGO, § 7). Von den Landgemeinden unterscheiden sich die Stadtgemeinden, nachdem durch die Freizügigkeit und die Gewerbefreiheit der historische Unterschied in Wegfall gekommen ist, nur noch dadurch, daß die letzteren durch eine Städteordnung organisiert sind, in Schleswig-Holstein durch das Gesetz vom 14. April 1869 (G.S. S. 589), betreffend die Verfassung und Verwaltung der Städte und Flecken in der Provinz Schleswig-Holstein, eingeführt in dem Herzogtum Lauenburg durch das Gesetz vom 16. Dezember 1870 (Off. W. Bl. S. 521)."[41]

Eine Begrenzung der Einwohnerzahl einer Landgemeinde nach unten und/oder oben wurde in der LGO nicht festgesetzt, der entscheidende Unterschied zwischen Landgemeinde und Stadtgemeinde lag folglich nach dem Gesetz darin, ob für ein räumlich abgegrenztes Gebiet, einen Ort also,die Landgemeinde- oder die Städteordnung Gesetzeskraft besaßen.

---

[39] Hauptmeyer, C.-H., Die Landgemeinde in Norddeutschland, in: Blickle,P. (Hrsg.), Landgemeinde und Stadtgemeinde, München 1991, S. 365.
[40] Ebd., S. 359.
[41] Landgemeindeordnung für die Provinz Schleswig-Holstein .Mit Erläuterungen versehen von Dr. Scheiff, Schleswig 1906, S. 31.

Folgt man den Zahlen, die der Internationale Statistikerkongress 1871[42] festgelegt hat, dann bestand eine Landgemeinde aus weniger als 2000 Einwohnern. Allerdings gab es erhebliche Abweichungen. So zählte in der Rheinprovinz „die größte deutsche Landgemeinde, Recklinghausen i.W. , nach der Volkszählung von 1925 54461 Einwohner“ .[43]

Ein weiteres Merkmal einer Landgemeinde legte die LGO dergestalt fest, dass eine Mehrzahl von Personen einer solchen auf dem platten Lande zusammenwohnt und einer gemeinsamen Ortsverfassung unterstellt ist.[44]
Mit diesem Gesetz, der LGO, war also nicht nur festgelegt, was unter einer Landgemeinde zu verstehen war, sondern es wurde auch im Detail bestimmt, wie die Bewohner der Landgemeinden als „ öffentliche Körperschaften“ in der Provinz Schleswig-Holstein „ das Recht der Selbstverwaltung ihrer Angelegenheiten nach den Vorschriften dieses Gesetzes“[45] wahrzunehmen hatten.

Die SPD kritisierte die Landgemeindeordnung heftig. Sie sei „alles eher als freiheitlich“, denn es sei „ weniger eine gerechte Ordnung, als eine auf Bevorrechtigung der Reichen zugeschnittene künstliche Unordnung, die man da geschaffen hat.“[46] Für die Untersuchung der beiden Landgemeinden Glinde und Reinbek in der Zeit von 1892 bis 1914 ist diese Landgemeindeordnung zugrunde zu legen, wenn der gesetzliche Rahmen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenhänge in Kapitel 4 der vorliegenden Arbeit dargestellt wird.

Ausgehend von der Themenstellung: „Unterschiedliche Wege zur modernen Kleinstadt“ ist zu fragen, welche Klassifizierungsmerkmale gelten, um eine Gemeinde als Kleinstadt einzuordnen und welche Merkmale die Landgemeinden Glinde und Reinbek aufwiesen, die sie später tatsächlich zu Kleinstädten werden ließen?

---

[42] Matzerath, H., Urbanisierung in Preußen: 1815 – 1914, Stuttgart 1985, S. 243.
[43] Most,O.(Hrsg.), Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung. Eine Einführung in die Kommunalpolitik der Gegenwart, Berlin und Leipzig 1926, S. 5.
[44] Siehe auch § 1 der LGO von 1892.
[45] LGO, § 5.
[46] Führer durch das schleswig=holsteinische Landgemeinderecht, Verlag der Agitations=Kommission in Altona, o.Verf., Altona 1907, S. 5.

Wie und warum veränderten sich die demographischen Strukturen, gab es äußere Merkmale einer Urbanisierung ? Wie schritt die kommunale Selbstverwaltung voran und welchen Genehmigungs- und Kontrollbehörden unterlag sie? Welche Versorgungseinrichtungen auf dem Energiesektor wie z. B. der Gas- und Elektrizitätsversorgung wurden errichtet und welche Verkehrswege entstanden oder wurden ausgebaut ? Schließlich: welche kulturellen Aktivitäten fanden statt, welche Bildungseinrichtungen existierten und was wurde für die Gesundheit allgemein und für den einzelnen Menschen geleistet?
Dass eine quantitative Abgrenzung nach der Zahl der Einwohner einer Gemeinde nicht ausreicht, um einen Ort als (Klein-) Stadt zu definieren, dürfte unwidersprochen sein; aus diesem Grunde müssen also Bestimmungsmerkmale gefunden werden, die sowohl *vor* 1892 als auch in der darauf folgenden Zeit den Weg der hier zu untersuchenden Landgemeinden zur modernen Kleinstadt markierten.

1.6 Zeitliche Eingrenzung

Der Zeitrahmen zwischen 1892 und 1914 wurde gewählt, weil die Landgemeindeordnung für die Provinz Schleswig-Holstein von 1892 Veränderungen in den Landgemeinden der Provinz mit sich brachte, die sich auf die politische Entwicklung und die Effizienz der kommunalen Selbstverwaltung der Gemeinden dergestalt auswirkten, dass z. B. in Gemeinden ab einer bestimmten Grösse (40 Gemeindemitglieder) nicht mehr die Gemeindeversammmlung, sondern die von den wahlberechtigten Mitgliedern der Gemeinde gewählte, vom Gemeindevorsteher geleitete Gemeindevertretung über Veränderungen in der Gemeinde entscheiden konnte. Zudem wurden auch Änderungen bei der Wahl der Gemeindevertretungen, der Stellung der Gemeindevorsteher, der besoldeten Gemeindebeamten, der Gemeindehaushalte und des Steuerrechts vorgenommen, die sich vom vorher geltenden Recht der preussischen Verordnung vom 22. September 1867, unterschieden.
Eine wesentliche Neuerung bestand in dem Recht und der Möglichkeit der Gemeinden, sich in kommunalen Angelegenheiten zu Zweckverbänden zusammen zu schließen, wovon auch die Gemeinden Glinde und Reinbek im

Kreis Stormarn Gebrauch gemacht haben (z.B. Armenverband, Wegeverband usw.).
Das Jahr 1914 wurde als zeitliche Rahmengrenze gewählt, weil der Beginn des 1. Weltkrieges eine deutliche historische, politische und wirtschaftliche Zäsur darstellt. Schwerpunkte in dieser Arbeit sind auch aufgrund der Materialen gesetzt worden, die für den zu untersuchenden Zeitraum zur Verfügung standen.

1.7 Vorgehensweise

Bevor die Entwicklungen der Gemeinden Glinde und Reinbek zwischen 1892 und 1914 untersucht werden, soll deren Entstehung und Entwicklung jeweils in einem historischen Abriss dargestellt werden, wobei die Geschichte Reinbeks auf Grund seiner Bedeutung durch das Schloß, das Kloster und der Funktion als Amtsgemeinde einen grösseren Raum einnehmen wird. Soweit dies möglich ist, soll die Entwicklung beider Gemeinden bis 1892 verglichen werden.
Die jeweilige Bevölkerungsentwicklung ab 1892 wird einen Schwerpunkt dieser Arbeit darstellen; es handelt sich dabei um die Veränderung der Bevölkerungszahl- und struktur in Glinde durch die Ansiedlung des Gutes Glinde und dessen Auswirkungen auf das Leben in der Gemeinde. In Reinbek werden Gründe und Auswirkungen des Zuzuges von begüterten Hamburger Bürgern und die Konsequenzen des Baues der Bahnstation an der Eisenbahnstrecke Berlin – Hamburg schwerpunktmäßig untersucht. Einen weiteren Schwerpunkt stellt die Entstehung von Einrichtungen in Reinbek dar, die sich auf den Gesundheitsschutz, die gesundheitsrelevante Infrastruktur und die Versorgung mit Energie beziehen, wobei auch die Abhängigkeit Glindes von den privaten und öffentlichen Dienstleistungen Reinbeks dargestellt werden soll.
Der Untersuchung der landwirtschaftlichen Situation und Entwicklung in beiden Gemeinden liegen u.a. die Erhebungen des Königlichen Preußischen Statistischen Bureaus Berlin und des Kaiserlichen Statistischen Amtes, ebenfalls Berlin, zugrunde. Aus diesen Daten wurden Tabellen erstellt, die sowohl die Entwicklung in der jeweiligen Gemeinde aufzeigen als auch einen Vergleich zwischen Glinde und Reinbek für die einzelnen Jahre der Datenerhebungen er-

möglichen. Diese Tabellen befinden sich auch z.T. im Anhang, auf sie wird im Text an den entsprechenden Stellen hingewiesen werden.
Handwerks-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe nahmen zahlenmäßig zwischen 1892 und 1914 in beiden Kommunen zu; auch deren Entwicklung und die damit verbundenen Veränderungen in den Gemeinden soll hier berücksichtigt werden, trugen sie doch - zumindest in Reinbek - entscheidend zum Wachsen der Landgemeinden auf dem Wege zur Kleinstadt bei.
Die kulturellen Aktivitäten wurden durch Vereine und Verbände geprägt, die - in Reinbek stärker als in Glinde – auch auf die politische und wirtschaftliche Kommunalentwicklung einwirkten.

2. Die Entwicklung von Glinde und Reinbek bis zum Erlass der LGO von 1892

2.1 Die Entstehung und Entwicklung von Glinde bis 1892

2.1.1 Die räumliche Entwicklung, Herrschaft und Verwaltung

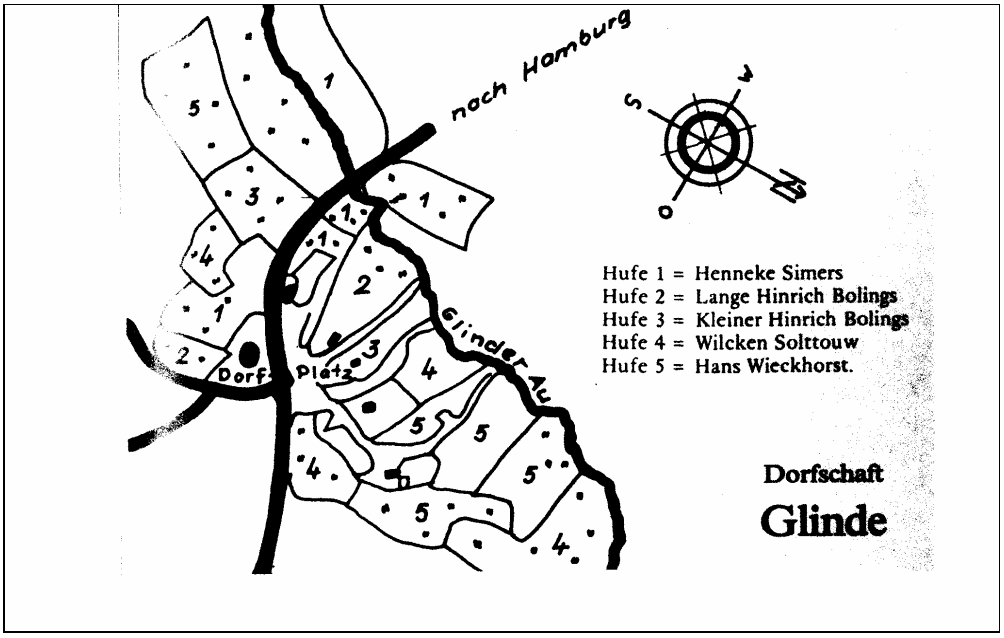
Erste Bodenfunde, z.B. steinerne Streitäxte und Beile lassen darauf schließen, dass das Gebiet um das heutige Glinde bereits in der Jungsteinzeit besiedelt worden war.
Auch aus der Bronzezeit stammen etliche Funde, wie beispielsweise Gegenstände des täglichen Gebrauchs, die in den 30er Jahren des 20.Jahrhunderts ausgegraben wurden, als die Baugrube für das später zu erbauende Heereszeugamt ausgehoben wurde.
Die erste Siedlung auf dem heutigen Gebiet von Glinde entstand nach Rodung im Bereich der Glinder Au und sowohl der späteren und heutigen Möllner Landstraße als auch der Dorfstraße.[47]
Erste urkundliche Erwähnung fand Glinde am 25.3.1229 mit der Bestätigung des Grafen Adolf von Holstein, den Ort Glinde mit allen Rechten, Pflichten und Abgaben einschließlich aller landwirtschaftlichen Flächen und der Glinder

[47] Jendert, S.W., 1999, S.8.

Wassermühle dem Maria-Magdalenen Kloster der Zisterzienserinnen in Hoibek zu schenken.[48] Der Orden zog 1250 nach Reinbek in das dort erbaute Kloster um. Die Glinder Landwirtschaft hatte dadurch entscheidenden Anteil an der Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten an das Kloster und an Diensten, die zu leisten waren. Zudem unterstand der Ort der Oberherrschaft der Zisterzienserinnen, die sich für die Regelung der profanen Angelegenheiten eines Probstes bedienten.

Mit dem Kloster, das 1528 an Friedrich I., König von Dänemark und Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein-Gottorf, verkauft wurde, ging auch Glinde in dessen Besitz über. Nach Auflösung (1529) und Zerstörung (1534) des Klosters wurde aus dem Klosterbesitz und dessen Landbesitztümern und Orten, also auch Glinde, das Amt Reinbek gebildet, [49] dessen erster Amtmann Detlev Reventlow war. 1544 übernahm Adolf I., Herzog von Schleswig-Holstein-Gottorf die Herrschaft auch über das Amt Reinbek.

Die ersten bekannten Aufzeichnungen über Gebäude- und Besitzverhältnisse in Glinde stammen aus dem Jahr 1577, in dem für den Ort fünf Hufen nachgewiesen werden, deren Besitzer auch namentlich genannt werden können: [50]



Quelle: Jendert, S.W., Gut Glinde, in: Böckel, M., Erinnerungen an Glinde „...herzlichen Dampf !“, Glinde 1984, S. 101.

[48] Eine Kopie der Urkunde befindet sich ohne Nr. archiviert im Stadtarchiv Glinde.
[49] STAG, III/ 2450, Historischer Abriß der Orts- und Verwaltungsgeschichte von Glinde, Stand Dezember 2000.
[50] Fink,W.,Das Amt Reinbek 1577 – 1800, Frankfurt/Main 1969, S. 25.

Während eine Erweiterung des Ortsgebietes bis 1892 nur geringfügig durch Neubauten von Wohn- und Stallgebäuden erfolgte, änderte sich die politische und verwaltungsmäßige Zugehörigkeit des Dorfes mit den Änderungen der Herrschaftsverhältnisse, denen das Amt Reinbek unterworfen wurde[51], zu dem Glinde bis 1896 gehörte. So wurde auch Glinde von 1742 bis 1773 mit dem Amt Reinbek unter großfürstlich-russische Verwaltung gestellt. Von 1773 bis 1864 gehörte Glinde zum dänischen Gesamtstaat; 1865/1866 wurde Holstein, und damit auch Reinbek und Glinde, nach dem Gasteiner Vertrag österreichisch und 1867 kraft der Annektierung Schleswig-Holsteins durch das Königreich Preussen preussisch.

Nach den neuen kommunalrechtlichen Gesetzen und Verordnungen gehörte nun die Zeit der Bauernvögte in den Dörfern als Vertreter der Amtmänner der Vergangenheit an, und die relative Autonomie in den die Dörfer betreffenden inneren Angelegenheiten wurde ersetzt durch neue Vorschriften, die die (eingeschränkte) Selbstverwaltung detailliert reglementierten.

Die kommunale Aufsicht in Preussen und somit auch in der Provinz Schleswig-Holstein führten Landräte, Regierungspräsidenten und Oberpräsidenten. Es mußten fortan in den Gemeindeversammlungen der Gemeindevorsteher durch die stimmberechtigten Mitglieder der Gemeinde gewählt werden. Die Regelung, obligatorisch eine Gemeindevertretung in Gemeinden mit über 40 Stimmberechtigten zu wählen, schrieb erst die Landgemeindeordnung für die Provinz Schleswig-Holstein von 1892 vor.

Da sich die Quellenlage für die Gemeinde Glinde (s. 1.3) denkbar defizitär darstellt, ist nicht eindeutig zu ermitteln, wer dieses Amt in Glinde vor dem 5.3.1887 wahrnahm, als der Anbauer Johann Eggers zum Glinder Gemeindevorsteher[52] auf sechs Jahre gewählt wurde und zu seinem Stellvertreter der 1894 zum Gemeindevorsteher gewählte Johann Hinrich Suck. Die „Bergedorfer Zeitung“ vom 17.03.1887 meldete aber, dass „der bisherige Gemeindevorsteher, Anbauer J.C. Eggers, hierselbst, . . . „[53] für die nächsten sechs Jahre wiedergewählt wurde, das heißt, Eggers mußte schon seit 1881 Gemeindevorste-

[51] Siehe 2.2.1.
[52] Gemeinde Glinde – Der Bürgermeister (Hrsg.), Glinde 1299 – 1979, Glinde 1979, S. 10.
[53] BZ vom 17. März 1887.

her gewesen sein. Das Bergedorfer Adreßbuch von 1880[54] nannte als einzige Publikation Ernst Krause als Gemeindevorsteher der Gemeinde Glinde.

2.1.2 Die Bevölkerungsentwicklung

Obwohl für den Kreis Stormarn eine erste offizielle Volkszählung erst für das Jahr 1803 vorliegt, wurden vorher bereits „Mannzahlregister“ mit dem Ziel erstellt, die Einwohner zu erfassen, welche der Steuerpflicht unterlagen. Die Anfänge derartiger Zählungen gehen auf das Jahr 1766 zurück[55], in dem das Amt Reinbek und zugehörige Dörfer der großfürstlich-russischen Verwaltung unterstanden. Für den Ort Glinde selbst liegen keine Zählungsergebnisse vor, jedoch wurde 1774 (das Amt Reinbek mit Glinde wurde nun wieder dänisch verwaltet) dem dänischen König mitgeteilt, dass im Amt Reinbek 78 „Alte und Kümmerliche“, 2149 Diensttüchtige und 1124 Kinder unter 15 Jahren wohnten.[56]

Die Bevölkerungsentwicklung des Kreises Stormarn zeigt, dass zwischen 1871 und 1885 sowohl die Städte als auch die Landgemeinden an Einwohnern zunahmen, während sich deren Zahl in den Gutsbezirken verringerte. So erhöhte sich die Bevölkerungszahl in den stormarner Landgemeinden von 15 507 (1871) auf 43 891 (1875)[57] und von 45 307 (1880) auf 46 468 (1885)[58], was zwischen 1871 und 1885 einen Zuwachs von 7,6% bedeutete. Im Vergleich dazu nahm die Bevölkerungszahl der Landgemeinden im Kreis Segeberg im gleichen Zeitraum um 4,8% ab, während sie im Kreis Oldenburg um 3,7% und im Kreis Plön um 33,5% stieg.

Im Jahr 1803, dem Jahr der ersten allgemeinen Volkszählung in Schleswig-Holstein, zählte Glinde 220 Einwohner, davon 50% männlich und 50% weiblich in 39 Wohneinheiten. In ihnen lebten in unterschiedlichen Zusammensetzun-

---

[54] Fischer, C.F., Winterberg ,E.(Hrsg.), Adreßbuch für die Landherrenhaft Bergedorf [...], die Amtsgerichtsbezirke Trittau und Reinbek [...], 1880, Bergedorf 1880.
[55] Wulf, M., Alte Volkszählungen in Stormarn, in: Jahrbuch des Alstervereins e.V., Jg. 49, Hamburg 1970, S. 25 – 27.
[56] Ebd.
[57] Provinzial-Handbuch für Schleswig-Holstein, herausgegeben vom Oberpräsidium und der Königlichen Regierung Kiel, 1880, S. 11 f.
[58] Provinzial-Handbuch 1891, S. 84.

gen Männer, Frauen, Ehepaare, Kinder, Altenteiler und Gesinde .[59] Neben den Bauern hatten sich je ein Schuster, Grützmacher, Schneider, Grobschmied, Schlosser, Schulmeister, zwei Zimmerleute und eine Hebamme sowie auf der Kupfermühle ein Meister, ein Geselle und ein Gärtner niedergelassen. Die nicht weiter charakterisierten Erwerbsfähigen arbeiteten vermutlich in der Landwirtschaft oder im Haushalt.[60]

Die Zahl der Bevölkerung stieg 1841 auf 265 Einwohner und erreichte bei der Volkzählung 1867 58 Haushalte mit 272 Einwohnern[61] in 41 Fachwerkgebäuden, acht Holzbauten, sechs Backsteinbauten.[62] Bei oben aufgeführten Gebäuden war auch ein als „Armenhaus“ bezeichnetes Fachwerkgebäude enthalten, als Wohnhaus mit Garten „von 100 □ Ruten“[63], aufgeführt, strohgedeckt mit drei Wohneinheiten und in mittelmäßigem Zustand. Als Eigentümer wurde die „Commüne“ angegeben.[64]

Aufgeteilt nach Erwerbstätigen, Altenteilern und Rentnern wurden im Adreßbuch der Landherrenschaft Bergedorf von 1880[65] für die Gemeinde Glinde dreizehn Insten, vier Kätner, zwölf Anbauern mit weiterer Tätigkeit, drei Hufner, vier Handwerker, fünf Arbeiter, zwei Kaufleute und Händler, ein Angestellter, ein Gemeindeangestellter, ein Lehrer, fünf Altenteiler und ein Gastwirt aufgeführt.[65]

Nach den jeweiligen allgemeinen Volkszählungen betrugen die Bevölkerungszahlen der Gemeinde Glinde zwischen 1867 und 1890:[66]

---

[59] Lange, W., Zur Volkszählung 1803, Beispiel Glinde, in: Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1987, herausgegeben vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, Husum 1987, S. 96.
[60] Fink, W., 1969, S. 27
[61] Statistisches Landesamt (Hrsg.), Die Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein, 1867 – 1970, Kiel 1972, S. 206, 207.
[62] Günther, B.,(Hrsg.), Stichwort: Glinde, Stormarn Lexikon, Neumünster 2003.
[63] 1 (hamburgische) Rute mißt 4,58 m.
[64] LAS Abt. 309, Nr.878,Gebäudesteuer 1867, Veranlagungsnachweis der Ortschaft Glinde, Amt Reinbek.

[65]Fischer,C.F., Winterberg, E.jr.(Hrsg.) Adreßbuch 1880
[66] Statistisches Landesamt (Hrsg.), Die Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig Holstein 1867-1970, Kiel 1972, S. 206,207.

Jahr	Einwohner
1867	**272**
1871	**261**
1875	**253**
1880	**247**
1885	**282**
1890	**281**

Verglichen mit der Veränderung der Bevölkerungszahl in Schleswig-Holstein ist für Glinde und Reinbek festzustellen, dass die Zahl der Einwohner in den beiden Gemeinden zwischen 1871 und 1910 im Vergleich mit Provinz prozentual wesentlich stärker zunahm.
Es lebten in schleswig-holsteinischen Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, davon in Glinde und Reinbek:

	1871	1890	1910	Veränderung in Prozent
Schleswig-Holstein[67]	1 046 000[68]	1 219 523	1 621 004	+ 35,5
Glinde[69]	261	281	421	+ 61,9
Reinbek[70]	866	1320	1980	+ 143,7

[67] Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972 Stuttgart 1972.
[68] Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, herausgegeben vom statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1967, S. 10. (Die Zahl ist geschätzt.)
[69] Statistisches Landesamt (Hrsg.), Die Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein 1867 – 1970, Kiel 1972, S. 206,207.
[70] Ebd.

Die Gründe für diese Veränderungen in den Gemeinden Glinde und Reinbek sollen unten jeweils auf die einzelne Gemeinde bezogen untersucht und erläutert werden.

2.1.3 Landwirtschaft, Handwerk, Handel

In der Zeit von 1864 bis 1914 vollzog sich der Durchbruch zur modernen Landwirtschaft in Schleswig-Holstein, „wobei hier die Unterordnung der Landwirtschaft unter gesamtvolkswirtschaftliche Interessen, weltweite Konkurrenz und ihre Abwehr prägend waren.“[71]

Da sich also die Konkurrenz des Weltmarktes für Agrarprodukte bemerkbar machte, wurden 1880 im Deutschen Reich Schutzzölle für Getreide eingeführt, die das Sinken der Preise für Agrarprodukte durch den Auslandsimport verhindern sollten. In Schleswig-Holstein kam es allerdings ab 1887 durch vermehrte Viehhaltung und Milchwirtschaft, die einen Ausgleich für die niedrigen Getreidepreise darstellten, nicht zu den Notsituationen, wie sie in anderen deutschen Gebieten herrschten, sondern im Gegenteil zu einem Aufschwung in der Landwirtschaft.[72] Diese Phase der Intensivierung war in den Jahrzehnten der preußischen Herrschaft bis zum Ersten Weltkrieg durch fünf Elemente gekennzeichnet : „Steigerung der Ackerproduktion durch Verwendung von Handels- und Kunstdünger, Ausweitung der Anbauflächen und Änderung der Fruchtfolgen, Aufstockung des Viehbestandes bei Intensivierung der Ausbeute an tierischen Produkten, parallel dazu Verstärkung des ländlichen Bildungs- und Beratungswesens und Organisierung landwirtschaftlicher ‚pressure groups´.“[73]

Bereits 1881 forderte P. Ellerholz: „Die Zucht des Rindviehs ist für die Landwirtschaft in Schleswig-Holstein von größter Wichtigkeit. Die Provinz hat die größte Durchschnittszahl der Rinder aufzuweisen.[...] Der bedeutende Viehbestand dieser Provinz neben der nicht starken Bevölkerung gestattet eine regelmäßige und starke Viehausfuhr nach England.“[74]

---

[71] Lorenzen-Schmidt, K.-J., 1998, Die landwirtschaftliche Entwicklung zwischen 1870 und 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Stormarner Raumes, 1998, S. 93.
[72] Cord, A.J., Die ostholsteinische Gutswirtschaft im 19.Jahrhundert, Neumünster 2002, S. 27.
[73] Lorenzen-Schmidt, K.-J., 1998, S. 96.
[74] Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich. Nach amtlichen und authentischen Quellen bearbeitet durch P. Ellerholz. I. Das Königreich Preussen. VIII. Lieferung. Die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1881, S. XVI.

Innerhalb des preussischen Staates gehörte Schleswig-Holstein zu den vier führenden landwirtschaftlichen Provinzen.

Die hauptsächlichsten Bodennutzungsarten in Preussen 1900 in Hektar[75]

(Angabe der Regierungsbezirke[76] mit dem größten Anteil an den jeweiligen Flächen

Ackerland:

Reg. Bez. Königsberg	1 185 195
Reg. Bez. Posen	1 112 382
Reg. Bez. Schleswig	1 063 106

Wiesen:

Reg. Bez. Potsdam	249 668
Reg. Bez. Königsberg	218 407
Reg. Bez. Schleswig	206 655

Weiden, Hutungen, Öd- und Umland:

Reg. Bez. Lüneburg	366 022
Reg. Bez. Osnabrück	290 277
Reg. Bez. Schleswig	339030

Haus- und Hofräume, Gartenland, Wegeland, Gewässer usw.:

Reg. Bez. Potsdam	156 833
Reg. Bez. Gumbinnen	134 712
Reg. Bez. Schleswig	165 280

[75] Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, Herausgegeben vom Statistischen Bureau, Berlin 1905, S. 55.

[76] Während die anderen preussischen Provinzen in mehrere Regierungsbezirke aufgeteilt waren, galt der Regierungsbezirk Schleswig als identisch mit der Provinz Schleswig-Holstein. Jürgensen, K., Der Amtssitz des Oberpräsidenten in der Provinz Schleswig-Holstein, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Jg. 118, 1993, S. 167-210, hier: S. 169.

Gesamte landwirtschaftliche Fläche:

Reg. Bez. Königsberg	2 110 767
Reg. Bez. Potsdam	2 063 960
Reg. Bez. Frankfurt	1 919 787
Reg. Bez. Schleswig	1 900 384

Dass auch die Milchproduktion in Stormarn immer bedeutsamer wurde, zeigt das Beispiel des Gutes Glinde, auf dem Milch und Milchprodukte nach neuesten technischen Kenntnissen produziert und haltbar gemacht wurden. Die von dem spätern Gutsbesitzer (von 1901 bis 1912) Rudorff hergestellte „aseptische Milch“ , die von ca. 140 Kühen stammte, wurde nicht nur in der näheren Umgebung und in Hamburg abgesetzt, sondern auch an die Passagierschiffe der Hamburg-Amerika-Linie geliefert. Sie erlangte ihren Bekanntheitsgrad nicht zuletzt durch zahlreiche Auszeichnungen bei nationalen landwirtschaftlichen Ausstellungen.[77]

Die Landwirtschaft des Ortes Glinde wurde bis zur Errichtung des Gutes Glinde 1880 durch Hufner, Kätner, Anbauern und Insten geprägt,[78] wobei das Gut Glinde im Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich von 1881 noch nicht erwähnt wurde, was wohl am zu geringen Grundsteuerreinertrag gelegen haben mag, denn Angaben über landwirtschaftliche Güter oder Höfe mit einem Grundsteuer-Reinertrag von unter 1500 Mark wurden im Handbuch des Grundbesitzes im deutschen Reich von 1881 nicht erwähnt. Welche Schwerpunkte beim Anbau von Feldfrüchten und bei der Haltung von Nutzvieh geherrscht haben, ist für die Zeit vor 1890 - mit Ausnahme der vorliegenden Zahlen zur Viehhaltung des Gutes Glinde - aufgrund mangelnder Quellen nicht zu

---

[77] Archiv des Heimatvereins Glinde e.V, Akte „Gut Glinde“, Werbeprospekt des Gutes Glinde, o. Nr.

[78] *Hufner* waren mitspracheberechtigte Mitglieder der Gemeinde und berechtigt, die Ländereien der Gemeinde mit anderen Voll- oder Teilhufnern zu nutzen. Sie besassen zudem relativ große eigene agrarische Flächen. Eine Sozialschicht unter den Hufnern rangierten die *Kätner*, obwohl es durchaus zutreffen konnte, dass Teilhufner (Eigentümer von 1/8 -, 1/16- und 1/32- Hufen) weniger Land besassen als die Kätner, die Eigentümer von Land waren. Über Mitspracherecht in Dorfangelegenheiten verfügten Kätner bis zur preußischen Gemeindereform 1867 aber nicht . Auf der untersten sozialen Stufe auf dem platten Lande befand sich in Stormarn die Schicht der *Insten*. Sie besassen weder Häuser noch Land und waren somit darauf angewiesen, den nötigen Wohnraum zu mieten. Ihren Lebensunterhalt verdienten sie in der Regel als Landarbeiter, die mehr mit Naturalien als mit Geld entlohnt wurden. Eine Sonderstellung nahmen die *Anbauern* ein, die in Stormarn von der sozialen Schicht her den Kätnern glichen, im Unterschied zu diesen allerdings neben ihrer kleinen Landwirtschaft zur Selbstversorgung in den allermeisten Fällen einen erlernten handwerklichen Beruf ausübten, um damit ihr Geld zu verdienen.
Vgl. dazu: Lorenzen –Schmidt,K.-J., Auf dem Wege in die moderne Klassengesellschaft - Soziale Entwicklung 1830 – 1918, in: Lange, U.(Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1996, S. 400 – 404.

ermitteln, aber es kann davon ausgegangen werden, dass auch hier mithilfe der in Holstein verbreiteten Dreifelderwirtschaft (Brache, Winterung, Sommerung) Rüben, Kartoffeln, Roggen, Weizen und Hafer angebaut wurden. Der Schwerpunkt beim Anbau von Getreide scheint beim Roggen gelegen zu haben, folgt man den Angaben von B. von Wülfingen und W. Frahm:

„Im Amte Reinbek soll nach Hanßen ewiger Roggenanbau üblich gewesen sein.“ [79] Es finden sich auch keine Belege dafür, dass Glinder Hufner, Kätner oder Anbauern mit ihren landwirtschaftlichen Produkten außerhalb des Dorfes Handel getrieben haben, deswegen ist zu schließen, dass sie zumindest bis Ende des 19.Jahrhunderts vorwiegend landwirtschaftliche Tätigkeiten ausübten, um sich mit den von ihnen erzeugten Naturalien weitgehend selbst zu versorgen.

Während im Jahre 1880 in Glinde noch dreizehn Insten gezählt wurden, erscheint diese Bezeichnung in den Folgejahren in den Statistiken und Adreßbüchern nicht mehr. Im gleichen Jahr waren in der Gemeinde zwölf Anbauern, drei Hufner und vier Kätner zu verzeichnen.[80] Während sich die Zahl der Kätner in den Folgejahren kaum verändert hatte, nahm die Zahl der Hufner immer weiter ab, die Zahl der Anbauern jedoch zu. Diejenigen, die mit dem Begriff „Arbeiter“ bezeichnet wurden, deren Zahl in Glinde 1880 fünf betrug[81], waren wohl schon diejenigen, die auf dem Gut Glinde als Landarbeiter oder in der Mühle als Arbeiter tätig waren.

Als weitere Erwerbstätige wurden 1880 gezählt: Vier Handwerker, zwei Kaufleute und Händler, ein Angestellter, ein Gemeindeangestellter, ein Lehrer und ein Gastwirt. Daneben lebten in Glinde fünf Altenteiler.

Bereits vor 1892 spielte das Gut Glinde eine entscheidende Rolle für die Gemeinde. 1876 erwarb der Oberregierungsrat Wagner aus Berlin das Gut von seinem bisherigen Besitzer Jacob imTausch gegen ein Berliner Grundstück (ohne Größenangabe) und eine Villa in Zehlendorf mit Grundstück von ca. 3000 m^2 (= 1/3 Hektar) gegen das Gut in Glinde mit einer Anbauerstelle in der Größe von ca. 165 Hektar mit allem toten und lebenden Inventar, „ auch mit sämmtlichen noch vorhandenen Getreide= und Futter Vorrathen u. der auf dem

---

[79] Wülfingen, Bock von C., Frahm,W., Stormarn – Der Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck, Hamburg 1938, S. 506.

[80] Fischer,C.F.,Winterberg,E.jr. (Hrsg.), Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf, [...] die Amtsgerichtsbezirke Trittau und Reinbek [...] , 1880, Bergedorf 1880.

[81] Ebd.

Halm noch befindlichen Getreide= und Erdfrucht“. [82] Über die Differenz der jeweiligen Werte wurden Ausgleichszahlungen detailliert vereinbart. In der Urkunde des Amtsgerichts Reinbek vom 2. Oktober 1876 verpflichtete sich der Käufer, alle Rechte und Pflichten, z. B. Unterpächtern gegenüber „dem Krugpächter Timmann über das Krughaus in Glinde und dem Schmidt in Glinde “[83] zu übernehmen.

Ab 1879 wurde aus dem Gut ein landwirtschaftlicher Betrieb in einer ansehnlichen Größe geschaffen, der von nun an ständig wuchs. In diesem Jahr kaufte der Hamburger Kaufmann Dr. E. Banks, der auch Mitglied der Hamburger Bürgerschaft und Reichtagsabgeordneter der Fortschrittspartei war, das ursprüngliche Land mit Hofstelle; durch Ankauf von zwei Hufen, zwei Katen und vier Anbauerstellen in Glinde und den Kauf weiterer Hufen im angrenzenden Schönningstedt wurde die Fläche des Gutes ständig erweitert.[84]

1888 übernahm der Sohn des Dr. Banks, Hans-Rudolf Banks, das Gut Glinde. In dieser Zeit erfolgte der Aufbau des oben erwähnten modernen Milchwirtschaftsbetriebes , der bis 1970 Bestand hatte.

Das Herrenhaus des Gutes wurde 1889 erbaut, wobei „ die Bezeichnung Herrenhaus kaum noch zutreffend ist, das Gebäude ist eher als Villa am Stadtrand in neobarockem Stil zu bezeichnen.“[85] In diesem Zusammenhang ist es erwähnenswert, dass dieses Herrenhaus als nicht integrierter Bestandteil des Gutes vom eigentlichen Hofareal isoliert seinen Platz fand.

Die urkundlich schon 1229[86] erwähnte Glinder Mühle war eine von fünf in verschiedenen Jahrhunderten errichteten Wassermühlen an der Glinder Au.

Außer ihr standen an dem in die Bille mündenden Bach Wassermühlen in Kirchsteinbek, Steinfurt, Oststeinbek und die auch auf Glinder Gemarkung liegende Mühle Domhorst. Die Glinder Mühle, die an dem durch die gestaute Glinder Au entstandenen Mühlenteich liegt, diente wahrscheinlich ursprünglich als Kornmühle. Ende des Dreißigjährigen Krieges wurde sie von Fürst Friedrich, Erbe zu Norwegen, Herzog zu Schleswig-Holstein, Stormarn und Dithmar-

---

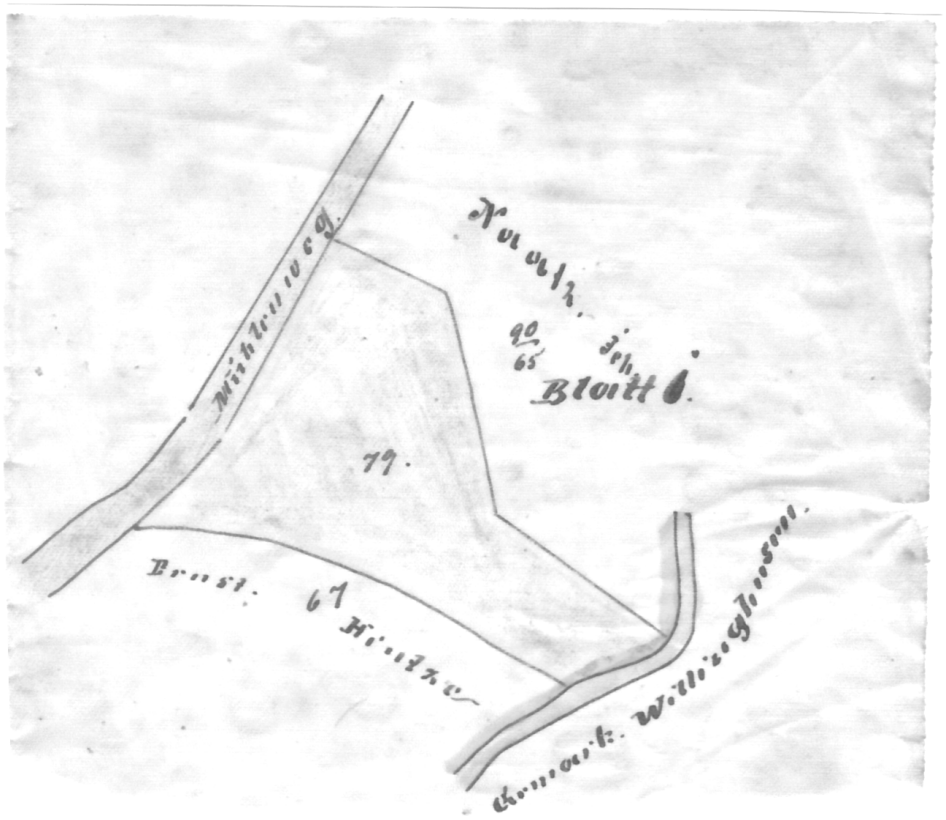
[82] LAS, Abt. 111, Nr. 1470.
[83] Ebd.
[84] Neuschäffer, H., Schlösser und Herrenhäuser in Südholstein, Würzburg 1984, S. 279.
[85] Wergin, J., Das Herrenhaus des Gutes Glinde, in: Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1993, 11. Jg, Hamburg 1992, S. 12.
[86] STAG, Kopie der Urkunde nicht mit Archivierungsnummer versehen.

schen, Graf zu Oldenburg und Delmenhorst als Fellmühle (Ledermühle, in der Felle bearbeitet wurden) an das Amt der Weißgerber in Hamburg verpachtet,[87] bevor sie ab 1679 für ca. 200 Jahre als Kupfermühle genutzt wurde.[88] Der neue Pächter baute sie aus diesem Grunde aufwändig um, gab sie aus Gründen des geschäftlichen Mißerfolges jedoch auf und 1690 pachtete sie der Gewürzhändler Jacob Peterson aus Hamburg, der den Betrieb an seinen Sohn vererbte. Erstmalig käuflich erworben wurde das Gebäude nebst dazugehörendem Land 1766 von Cornelius Jacob Berenberg, dessen Witwe die Mühle aber schon 1783 an den Hamburger Kaufmann Rudolf Amsink verkaufte,[89] der bereits Eigentümer weiterer Kupfer-, Messing und Drahtmühlen in Stormarn war. Das aus Ungarn und Schweden stammende Rohkupfer wurde in den stormarner Mühlen zu Kupferplatten für Kirchendächer und Schiffsrümpfe, vereinzelt auch zu Geldstücken verarbeitet.[90] Amsink, dessen Eigentum an Land, das zur Glinder Mühle gehörte, nach der Verkoppelung etwa 22 Hektar betrug, starb 1809. Nach weiteren Besitzerwechseln[91] brannte das Gebäude 1849 ab,wurde wieder aufgebaut und diente nach dem Umbau zu einer Farbholzmühle 1864 ab 1866 dem neuen Besitzer Karl Kahle aus Hamburg nun wieder als Kornmühle. Schließlich erwarb der Glinder Müller Ernst Hinrich Hintze 1874 die Mühle, den Mühlenteich und die zum Mühlenanwesen gehörenden landwirtschaftlich genutzten Flächen; er baute den ursprünglich reinen Mühlenbetrieb zu einem landwirtschaftlichen Anwesen mit forstwirtschaftlichen, fischwirtschaftlichen und viehzüchterischen Anteilen aus, indem er die hierfür notwendigen Ställe und Scheunen errichtete.[92] Es entstand der erste Gewerbebetrieb in Glinde.[93] Auf der gegenüberliegenden Seite des Weges an der Mühle (heute „Kupfermühlenweg“) erbaute Hintze 1889 als sein Wohnhaus eine herrschaftliche Villa[94], direkt am Mühlenteich gelegen, in der seit längerer Zeit nacheinander verschiedene Restaurationsbetriebe geführt werden.

---

[87] Jendert, S.W., Die Glinder Wassermühle, in: Bachofer, W.(Hrsg.), Glinde: eine junge Stadt stellt sich vor; eine Ortsgeschichte in Einzeldarstellungen, Glinde 1979, S. 18-28, hier: S. 19.
[88] Lange, W., Der Glinder Kupferhammer, in: Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1985, Husum 1985, S. 54-61, hier: S. 57.
[89] Stormarnsche Zeitung Nr. 125 vom 7. Mai 1943.
[90] Ebd.
[91] Kaufverträge bezüglich der Glinder Mühle befinden sich im STAG: III/ 2507 (1827), III/ 2509 (1835), III/ 2506 (1855), III/ 2510 (1869).
[92] STAG, II/35, Baukonzessionen.
[93] Jendert, S.W., 1979, S. 21 ff.
[94] STAG, II/ 35, Baukonzessionen.

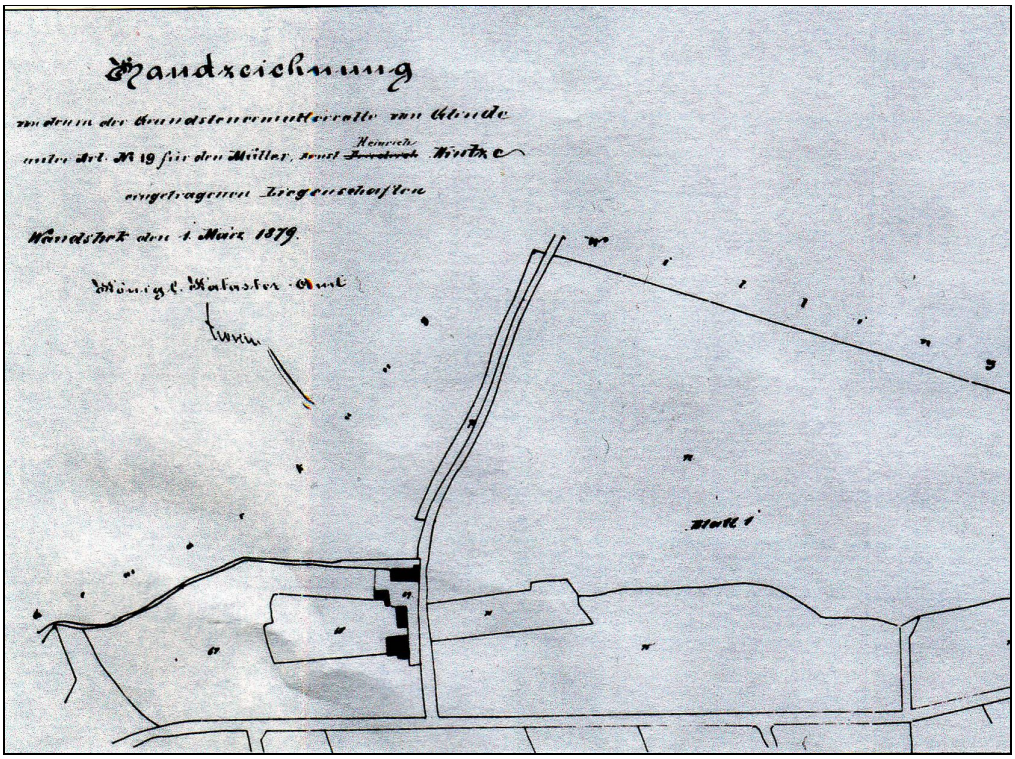
Im Grundbuch der Gemeinde Glinde[95] ist die Liegenschaft ohne Gebäudeaufbauten als Originalzeichnung des Katasteramtes Wandsbek im Maßstab 1:2000 vom 1. März 1879 vorhanden, die zeigt, das alleine das Grundstück unmittelbar um das Mühlengebäude herum ca. 5.600m^2 groß war.



Quelle: STAG, II/ 114

Nachstehend die Kopie einer Handzeichnung der Liegenschaften mit Gebäudeaufbauten des Müllers Ernst Hinrich (auf der Karte fälschlicherweise „Heinrich“) Hintze aus Glinde, erstellt durch das Königliche Kataster-Amt Wandsbek aus dem Jahre 1879.

[95] STAG, II/ 114.



Quelle: STAG, II/ 251

Nach weiteren, zahlreichen Besitzerwechseln wurde der Mühlenbetrieb 1952 eingestellt, die umliegenden Liegenschaften weitgehend als Bauland verkauft.[96] Die Stadt Glinde ersteigerte 1981 das verfallene Gebäude, wobei die Stadt dem Vorbesitzer nicht den Kaufpreis in einer Summe erstattete, sondern in einen bestehenden Leibrentenvertrag im Werte von DM 242.000 eintrat[97], der bis 2005 erfüllt wurde. Die Restaurierungs- und Renovierungsarbeiten an dem unter Denkmalschutz stehenden Gebäude, das nun ein Heimatmuseum enthält und Sitz des Heimat- und Bürgervereins Glinde e.V. ist, dauern noch immer an.

Ein weiterer Mühlenbetrieb auf Glinder Gebiet ist die Domhorster Mühle, die wie die Glinder Mühle an der Glinder Au, südwestlich von Glinde, gelegen ist.

Ihre Erbauung geht auf das Jahr 1581 zurück, aus dem die älteste Urkunde stammt, in der der Beschluss zum Bau seitens des Herzogs Adolph zu Schleswig und Holstein Stormarn ausgewiesen ist.[98] Sie lag bis zur Gebietsreform in den 1970er Jahren auf dem Gebiet der Glinder Feldmark, heute gehört sie zur

[96] STAG, III/ 1099 und III/ 1100.
[97] STAG , II/ 3119 Erwerb der Glinder Kupfermühle durch die Stadt Glinde.
[98] Davids, C., Domhorst. Die Geschichte einer Mühle, Heide in Holstein 1958, S. 6 f.

Gemeinde Oststeinbek. Im Laufe der Jahrhunderte diente sie als Pulver-, Kupfer-, Loh-, Korn-, Graupen- und Holzmühle und war teils an Hamburger, teils an Lübecker Kaufleute verpachtet.[99] Erstmalig käuflich erworben wurde die Mühle von dem Hamburger Tischler Paul Friedrich Möller, wurde im Lauf der Zeit an weitere neue Eigentümer verkauft, bis der Hamburger Dr. Edward Banks, der Gründer des Gutes Glinde, das Anwesen 1881 erwarb; er gab sie 1888 an seinen Sohn weiter, der sie aber bereits ein Jahr später wegen Zahlungsschwierigkeiten wieder verkaufen mußte.[100] Zwischenzeitlich war auch eine Stahlwarenfabrik in der Planung, die aber letztlich nicht realisiert wurde.[101]
In den Jahren 1581 bis heute war die Domhorster Mühle im Besitz von insgesamt 33 Pächtern[102] und Eigentümern. Sie dient heute als Wohngebäude, die Nebengebäude werden u. a. als Pferdeställe genutzt.

2.1.4 Schule und Vereine

Der preussische Staat führte schon unter Friedrich dem Großen 1763 auf dem Verwaltungswege die Schulpflicht ein, auch wenn sie in der Realität kaum durchgesetzt werden konnte. Die erste allgemeine Schulordnung für die Herzogtümer Schleswig und Holstein trat am 24. August 1814 in Kraft. Während das Schulwesen in Stormarn wie in den anderen Kreisen und Provinzen vorher entweder in kirchlicher oder privater Trägerschaft stand, wurden die jetzt so genannten Volksschulen unter staatliche Aufsicht gestellt. 1888 wurde in Preussen und damit in der Provinz Schleswig-Holstein die Schulgeldfreiheit für die Volksschule eingeführt, um die Elementarbildung (Lese-, Schreib- und einfache Rechenfähigkeiten) auch in den sozial schwachen Bevölkerungsschichten, und dies vor allem in ländlichen Gebieten, zu fördern.[103] Immerhin sank die Zahl der Analphabeten in Preussen zwischen 1871 und 1892 von

---

[99] Ebd., S. 11 ff.
[100] Ebd., S. 17.
[101] „Auf der zwischen den Ortschaften Glinde und Havighorst belegenen Domhorst, die kürzlich an einen anderen Besitzer überging, soll eine Stahlwarenfabrik, die zahlreiche Arbeiter beschäftigen wird, errichtet werden.“ „Oldesloer Landbote“ vom 30. Januar 1898.
[102] Ebd., S. 18.
[103] Auf die Entwicklung der „höheren“ Schulen und die damit verbundenen Lehr- und Lernbedingungen wird in dieser Arbeit nicht eingegangen, weil weder die Einwohner Glindes noch Reinbeks in der Kaiserzeit - mit wenigen Ausnahmen in Reinbek – finanziell in der Lage waren, das erforderliche Schulgeld zu bezahlen.

9,5% der männlichen und 14,7% der weiblichen Einwohner auf 4% bei den Männern und 6% bei den Frauen, schließlich sogar auf 0,2% bzw. 0,3% bis 1911.[104]

Diese positive Entwicklung im Volksschulwesen war auf die vermehrte Errichtung von Schulgebäuden und eine höhere Anzahl von ausgebildeten Lehrkräften und deren Einsatz zurückzuführen, was vor allem aus Statistiken für die Jahre zwischen 1891 und 1901 hinsichtlich der Verhältnisse in Schleswig- Holstein zu ersehen ist.[105]

Öffentliche Volksschulen		**Lehrkräfte**		**Schulkinder**	
1896	**1901**	**1896**	**1901**	**1896**	**1901**
1868	1887	3926	4304	209700	226818

Auf je eine Lehrkraft kamen Schulkinder:

In den Städten:			**Auf dem Lande:**		
1891	1896	1901	1891	1896	1901
58	55	57	54	53	52

Auf je eine Schulklasse kamen Schulkinder:

In den Städten:			**Auf dem Lande:**		
1891	1896	1901	1891	1896	1901
61	58	57	53	51	51

Trotz der in den Landschulen im Gegensatz zu den Stadtschulen positiveren Lehrer - Schülerverhältnisse kann die Qualität des Unterrichts in den Landschulen nur als eingeschränkt bezeichnet werden, wenn man in Betracht zieht, dass auf dem Lande in wesentlich mehr einklassigen Schulen unterrichtet wurde als in den Städten. Zwar sank die Zahl der einklassigen Volksschulen auf dem Lande zwischen 1886 und 1911 von 56,7% auf 39,9%; sie wiesen aber für

[104] Reulecke J., Von der Dorfschule zum Schulsystem, in: Reulecke,J., Weber,W. (Hrsg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 247 – 271, hier: S. 248.

[105] Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, Berlin 1915, S. 145.

die gleichen Jahre einen wesentlich höheren Prozentsatz auf als in den Städten mit 15,2% bzw. 7,7%. Noch deutlicher wird der Unterschied bei den drei- und mehrklassigen Volksschulen. Existierten von diesen auf dem Lande 1886 nur 8,1% und 1911 17,4%, so betrug der Prozentsatz in den Städten durchschnittlich 72,6% bzw. 85,0%.[106]

Eine öffentliche Schule soll in Stormarn bereits 1524 in Bad Oldesloe gegründet worden sein, aber auch Landschulen entstanden im Kreis um 1600.

„ 1621 bestanden in den sieben Kirchdörfern der Ämter Trittau und Reinbek (Trittau, Siek, Rahlstedt, Bergstedt, Steinbek, Eichede und Sambs in Lauenburg) sogenannte Kirchspielschulen, in denen der Küster bzw. der Prediger selbst den Kindern Unterricht erteilte.“[107]

Aufgrund der neuen Schulordnung von 1814 wurden alle vorhandenen Schulen zu Distriktschulen erklärt, wobei kleine Gemeinden zu Schuldistrikten zusammengeschlossen wurden. In den Gemeinden wurden Schulvorsteher eingesetzt und die Schulpflicht sollte mit staatlichen Mitteln durchgesetzt werden. Fand in vielen Gemeinden der Unterricht vorher noch in den bescheidenen Wohnhäusern der Unterrichtenden, die in der Mehrzahl keine ausgebildeten Lehrer waren, unter teils elenden Bedingungen statt, wurden nun unter behördlichem Druck Schulhäuser errichtet, so z.B. in „Langeloe=Papendorf und Kronshorst, Stemwarde, Willinghusen Stellau, Braak und Stapelfeld, Witzhave und Grande.“[108]

Seitens der obersten Schulaufsicht wurden Vorschriften über Einzelheiten der Schulbauten erlassen, die nicht nur Schulneubauten, sondern auch Umbauten von Gebäuden zu Schulen genauestens regelten. Als Beispiel sei hier die Regelung hinsichtlich der Größe von Plätzen für die Schüler aufgeführt:

„ Für die Plätze sind nach der Größe der Kinder in drei Abstufungen folgende Maße anzunehmen:

		Breite	Tiefe
für kleine	Kinder	0,50m	0,68m
„ mittlere	„	0,52m	0,70m

[106] Preußische Statistik, hrsg. v. Kgl. Statistischen Bureau Berlin, 1886 (Heft 101), 1911 (Heft 231).
[107] Sparmann, F., Entwicklung des Schulwesens in Stormarn von 1814 bis zur Gegenwart, in: Wülfingen, Bock von,C., Frahm,W. (Hrsg.) , 1938, S. 524 – 533, hier: S. 524.
[108] Ebd., S. 527.

„ große „ .....0,54m 0,72m“[109]

„Für den Lehrersitz sind mindestens 1,20m Breite und 2,50m Länge zu rechnen.“[110]

Ein Mißstand, der sich erst allmählich zum Besseren wendete, war die Ausbildung und Stellung der Volksschullehrer.In den Landgemeinden fungierten noch in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in Stormarn Schneider, Schuster, Kätner, Schäfer und Angehörige anderer Berufe als schlecht besoldete Schul“meister“. „So wird von dem Schulmeister Bojsen in Meiendorf berichtet, daß er mit seiner Familie in Gefahr sei, zu verhungern und zu erfrieren; denn er habe weder Brot noch Feuerung, noch Geld. Er müsse nach Erledigung seiner Schulstunden seine notdürftige Feuerung auf den Feldern suchen.“[111] Der Zustand, dass das Lehrpersonal von den Zuwendungen der Einwohner der Gemeinde in Form von Naturalien und Geld abhängig war, wurde erst mit dem Volksschulgesetz von 1864, in dem unter anderem die Lehrerbesoldung und die rechtliche Form der Anstellung geregelt wurden, geändert. 1872 wurden in Preussen mit den Allgemeinen Bestimmungen weitere Vorschriften hinsichtlich Einrichtung, Aufgabe, Lernzielen und Lehrplänen der Volksschulen und der Lehrerfortbildung erlassen. Diese so gesetzten Normen sahen auch einen institutionellen Ausbau der Volks- und Mittelschulen vor.[112]

Besonders auffällig am Schulwesen in Schleswig-Holstein waren in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts die aus heutiger Sicht bei weitem zu hohen Schülerzahlen pro Klasse und pro Lehrer. Allerdings waren hier die Verhältnisse, wie die folgende Tabelle zeigt, durchgehend günstiger als im Reichsdurchschnitt und verbesserten sich zwischen 1892 und 1911 erheblich.

---

[109] LAS, Abt. 301, Nr. 2823, Ministerium der geistlichen Unterrichts= und Medizinalangelegenheiten, Einzelne Vorschläge seitens der Referate im Ministerium seit 1875 betreffend alle Einzelheiten bezüglich der Schulneubauten und Umbauten.

[110] Ebd.

[111] Sparmann, F., 1938, S. 525.

[112] Kuhlemann, F.-M., Schulen, Hochschulen, Lehrer, I. Schulsystem, 1. Niedere Schulen, in: Berg, Chr. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Band IV 1879-1918, München 1991, S. 179-227.

Die Zahl der Schüler und Lehrer betrug in Schleswig-Holstein 1882 – 1911:

JAHR	LEHRER	SCHÜLER	VERHÄLTNIS LEHRER-SCHÜLER IN SCHLESW:-HOLST.	IM DEUTSCHEN REICH
1882	3256	189 985	1: 58,2	1:72
1891	3664	201 861	1: 55,1	1: 69
1901	4304	226 818	1: 52,7	1: 63
1906	4764	243 670	1: 51,2	1: 60
1911	5216	251 853	1: 48,3	1: 56

Quelle: Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat. Berlin 1913, S. 416.- LAS, Abt. 302, Nr. 2490.

Diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, da die Verlängerung des Militärdienstes der Volksschullehrer auf ein Jahr allein für Schleswig-Holstein einen Mehrbedarf von 1500 Lehrern erforderte.[113] Nach der Ableistung des Militärdienstes erhöhte sich zugleich der Sozialstatus der Volkschullehrer, denen nun der Weg zum Reserveoffizier offen stand und deren wirtschaftliche Situation sich durch die Besoldungsreform von 1909 erheblich verbesserte,[114] nachdem das Besoldungsgesetz von 1897 eine weitgehende materielle Absicherung der Volksschullehrer bewirkt hatte.[115] Die Ableistung eines einjährig-freiwilligen Militärdienstes wurde von den Lehrerverbänden aus Statusgründen propagiert und durch Gewährung von Darlehn finanziell unterstützt. Dies bewirkte, dass 1912/13 46,6% „aller eingezogenen Volksschullehrer in Deutschland freiwillig dienten.“[116]

[113] LAS, Abt. 302, Nr. 2350. Acten des Provinzial=Schulkollegiums betreffend die Fortführung und Ergänzung der außerordentlichen Maßnahmen zu Senkung des einmaligen Ausfalls von Lehramtsbewerbern in Folge des verlängerten Heeresdienstes der Volksschullehrer.
[114] Cloer, E., Sozialgeschichtliche Aspekte der Solidarisierung der preußischen Volksschullehrerschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Heinemann, M. (Hrsg.), Der Lehrer und seine Organisation, Stuttgart 1977, S. 59-79, hier S. 70 f.
[115] Ebd., S. 77.
[116] Bölling, R., Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1800 bis zur Gegenwart, Göttingen 1983, S. 61 f.

Der Bedarf an katholischen Lehrer/innen fiel Anfang des 20. Jahrhunderts in Schleswig-Holstein kaum ins Gewicht (1908 und 1909 herrschte hier jeweils ein Bedarf an einer einzigen Lehrkraft),[117] allerdings mangelte es offensichtlich weiterhin an evangelischen Schulamtsbewerbern, denn das Kultusministerium in Berlin forderte die Bezirksregierung in Schleswig am 26. November 1910 auf, sich wegen Überweisung von evangelischen Schulamtsbewerbern mit den Regierungen in Magdeburg und Köln, „woselbst voraussichtlich noch ein geringer Überschuß an solchen Lehrkräften vorhanden sein wird, schleunigst in Verbindung [zu] setzen."[118] Dabei besaß die Provinz Schleswig-Holstein im Preussischen Staat die größte Anzahl an Seminaren für Volksschullehrer und –lehrerinnen, nämlich sechs, die sich in Tondern, Segeberg, Eckernförde, Uetersen, Hadersleben und Ratzeburg befanden. Im Vergleich dazu: Potsdam fünf, Frankfurt fünf, Merseburg fünf, Berlin , Osnabrück und Köln je eins; große, ländlich geprägte Bezirke wie Aachen, Wiesbaden, und Münster verfügten über kein einziges Seminar.[119]

Weiterhin kennzeichnend für das Schulwesen in Schleswig-Holstein blieb die unterschiedliche Ausbildung der einzelnen Lehrer. So unterrichteten sowohl seminaristisch ausgebildete Lehrer als auch Handwerker und Angehörige anderer Berufe „mit ´Meisterlehre` und kirchlicher Prüfung"[120], die sich auf autodidaktischem Wege das ihrer Meinung nach notwendige Wissen angeeignet hatten. Für die Lehrtätigkeit an Schulen mußten erst im frühen 19. Jahrhundert Qualifikationen in einer geregelten Ausbildung erworben werden. Vorher hatten sich Bewerber um eine Schulmeisterstelle nur einer Prüfung zu unterziehen, in der sie nachweisen sollten, dass sie lesen und schreiben konnten und in den Grundrechenarten bewandert waren. Größter Wert wurde auf die Fähigkeiten gelegt, geistliche Lieder auswendig vortragen zu können und sich in biblischer Geschichte auszukennen.[121] Die preussischen Bestimmungen von 1854 über die Ausbildung an Lehrerseminaren („Stiehl´sche Reformen"), die auch für die Schulen in Schleswig-Holstein galten, hatten nicht nur zum Ziel, den zukünfti-

---

[117] LAS, Abt. 302, Nr. 2491, Acten des Schulkollegiums in Schleswig-Holstein, Verordnung der Präparanden=Prüfungen, Prüfungen=Verteilung der Seminar=Abiturienten, hier: Nachweisung B., Katholische Lehrer= und Lehrerinnenstellen und deren Bedarf an Schulamts=Bewerbern und =Bewerberinnen; Stand am 2. Oktober 1908, Stand am 1. Mai 1909.
[118] Ebd.
[119] Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat, Berlin 1907, S. 149.
[120] Kopitzsch, W., Lehrerorganisation in der Provinz. Weiterbildung von Volksschullehrern zur Zeit des Kaiserreichs in Schleswig-Holstein, in: Heinemann, M. (Hrsg.), 1977, S. 94.
[121] Bölling, R., 1983, S. 53.

gen Lehrern Kenntnisse und Fertigkeiten zu vermitteln, die für das Unterrichten an der einklassigen Elementarschule unbedingt notwendig waren, sondern sie sollten auch bewirken, dass die Seminarzöglinge im Sinne der monarchistischen Ideale („Gott, König und Vaterland“) erzogen wurden, um im späteren Unterricht die anerzogenen Normen und überkommenen „Strukturen, Lebensformen und Leitbilder aufrechtzuerhalten“, weiterzugeben „und allem Neuerertum entgegenzuwirken“.[122]

Ab 1872 sollten die „Allgemeinen Bestimmungen [. . .] einer qualitativen Verbesserung der Volksschulbildung den Boden bereiten.“[123] Die Stiehl´schen Regulative wurden revidiert und die Ausbildungsfächer Pädagogik, Naturkunde, Erdkunde und Fremdsprachen in den Lehrplan der preußischen Lehrerseminare aufgenommen.[124] Bei der Neuregelung der Lehrerausbildung in Preussen wurde 1901 die Ausbildung der Präparanden und Seminaristen in einem sechsjährigen einheitlichen Ausbildungsgang zusammengefasst.[125]

Lange Zeit blieb auch die Bezahlung der Lehrer unzureichend. Ihre rechtliche, soziale und vor allem wirtschaftliche Lage entsprach in keiner Weise anderen Bediensteten des Staates, denn neben einem geringen Einkommen mussten Volksschullehrer bis in die ersten Jahre des Kaiserreiches auf eine Pensionsberechtigung und die Versorgung ihrer Witwen und Waisen verzichten.[126]

Bis in die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts waren die Volksschullehrer auf dem Lande von Naturalabgaben der Gemeindemitglieder in Form von Heizmatarial, Getreide, Fleisch, Brot usw. abhängig, denn die Besoldung reichte zum Bestreiten der Existenzgrundlage bei weitem nicht aus, was zu immer wieder kehrenden Klagen an die Schulaufsichtsbehörde führte. So wandten sich z. B. 1892 drei Lehrer aus Wandsbek direkt an den preußischen Kultusminister und baten nicht nur um Anrechnung der auswärtigen Dienstjahre, sondern auch um eine Angleichung an die Lehrerbezüge der nahen Stadt Hamburg, die im Vergleich zu anderen Großstädten Spitzengehälter zahlte und zudem Lehrern aus Schleswig-Holstein und benachbarter Provinzen als Anreiz zum Übertritt anbot,

---

[122] Kluchert, G., Die Unterprivilegierten sammeln sich. Volksschullehrer und Sozialdemokratie, in: Becker, H., Kluchert, G., Die Bildung der Nation. Schule, Gesellschaft und Politik vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik, Stuttgart 1993, S. 81 – 107, hier S. 84.
[123] Meyer, F., Schule der Untertanen. Lehrer und Politik in Preußen 1848 – 1900, Hamburg 1976, S. 69.
[124] Bölling, R., 1983, S. 60.
[125] Kluchert, G., 1993, S. 86.
[126] Ebd., S. 81.

eingegangene reversalische Verpflichtungen zu übernehmen.[127] Als Begründung legten sie eine detaillierte Berechnung der Lebenshaltungskosten eines Lehrerhaushaltes von sechs Personen vor und kamen zu dem Ergebnis, dass die Kosten das Einkommen pro Jahr um 951 Mark überschritten hatten. Das Durchschnittsgehalt betrug „nach Einführung der Gehaltsskala von 1891 (nach dem Haushaltsplan der Stadt Wandsbek für 1892/93)“ 1.822,50 M[128], was im Verhältnis zu den Lehrerbezügen in der Stadt Elmshorn z.B. noch relativ hoch bemessen war, denn dort betrug nach der Gehaltsordnung für Volksschullehrer 1893 das Durchschnittsgehalt bei der Anstellung 1.150 M und nach der Zweiten Lehrerprüfung 1.250 M.[129] Dies lag im Verhältnis zum durchschnittlichen Jahreseinkommen der preußischen Volkschullehrer einschließlich Amtszulagen und Wohngeld weit darunter. 1886 verdienten Lehrer in Preußen in der Stadt bereits 1.635 Mark und auf dem Land 1.133 Mark. 1896 lag die Höhe der Gehälter bei 2.029 bzw. 1.357 Mark pro Jahr und der Gehaltszuwachs betrug zwischen 1886 und 1911 in der Stadt 96,8 % und auf dem Land 111,9 %. Die Gehälter der Lehrerinnen waren in diesem Zeitraum geringer als die der Lehrer, allerdings machte die Gehaltssteigerung der Lehrerinnen und Lehrer in den Städten und auf dem Land zusammengenommen im Durchschnitt 99,6 % aus.[130]

Der Kampf um die Existenzsicherung und die Hebung des materiellen Wohlstandes bewirkte eine Solidarisierung unter den Volksschullehrern, sodass es von den 70er Jahren bis zur Jahrhundertwende zu einem schnellen Anwachsen des Deutschen Lehrervereins und dessen Provinzialvereinen kam. Der 1871 in Berlin gegründete Verein wuchs zwischen 1876 mit 9.592 Mitgliedern auf 46.610 Mitglieder 1897.[131] Insgesamt waren 1897 von den 187.000 Volkschullehrern im Deutschen Reich 172.000 in verschiedenen Verbänden

---

[127] LAS, Abt. 302, Nr. 2016, Akten des Provinz=Schulkollegiums betreffend die Präparandenanstalten in Schleswig-Holstein. Schreiben des Oberpräsidenten an den Minister der geistlichen= und Unterrichtsangelegenheiten vom 14. Oktober 1911.

[128] LAS, Abt. 301, Nr. 2934. Eingabe vom 16.11.1892. Mit dieser Eingabe hielten die Lehrer nicht den Dienstweg ein, sondern wandten sich auf direktem Wege unter Umgehung der Orts- und Kreisbehörden und der Schulabteilung der Bezirksregierung unmittelbar an die Zentralbehörde in Berlin. - Über die Verwaltung und Beaufsichtigung der Volksschulen auch: Kuntze, G.C.Th., Das Volksschulwesen der Provinz Schleswig-Holstein. Systematische Zusammenstellung der bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Nach authentischen Quellen bearbeitet von G.C.Th. Kuntze, Schleswig 1887.

[129] LAS, Abt. 302, Nr. 287, Akten des Provinzial=Schulkollegiums betreffend die Umwandlung der Mittelschule in Elmshorn in eine höhere Bürgerschule, hier: gedruckte Gehaltsliste, herausgg. v. Magistrat der Stadt Elmshorn 1893.

[130] Bölling, R., 1983, S. 73

[131] Cloer, E., 1977, S. 72.

organisiert: im „Deutschen Lehrerverein 120.207, im Allgemeinen Deutschen Lehrerinnenverein 18.000 (1906), im Verein christlicher Lehreinnen 900 (1906), im Verein katholischer deutscher Lehreinnen 14.130 und im Katholischen Lehrerverband des Deutschen Reiches 18.662.“[132]

Das Angebot an Zeitungen der Lehrerorganisationen war auch in Schleswig-Holstein vielfältig, wenn auch einzelne Titel nicht über längere Zeit erschienen. Zu nennen sind:

1. Das schleswig-holsteinische Schulblatt (1836 – 1859)
2. Die Christliche Haus- und Schulzeitung (1850 – 1852)
3. Die Holsteinische Lehrerzeitung (1863 – 1865)
4. Die Pädagogische Wochenschrift (1869 – 1871)
5. Die pädagogische Monatsschrift (1875)
6. A=B=C (1878)
7. Das Evangelisch=Lutherische Schulblatt (1895 – 1923)[133]

W. Mannzen weist darauf hin, dass das „Schleswig-Holsteinische Schulblatt“ ursprünglich „Schleswig-Holsteinische Schulzeitung“ geheißen habe, dann wieder „Schulblatt der Provinz Schleswig-Holstein“ und es letztendlich doch wieder die ursprüngliche Bezeichnung erhalten habe.

In seiner Darstellung zu den Bemühungen der Lehrerorganisationen um eine gerechtere Besoldung vergleicht Bielfeldt die Gehälter von mittleren Staatsbeamten mit denen der Lehrer und rechtfertigt mit dem für die Lehrer negativen Ergebnis des Vergleichs den Kampf des Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins für bessere Versorgungsleistungen seiner Mitglieder.

Für die Darstellung des Vergleichs seien an dieser Stelle nur die Beispiele der Postassistenten und Lokomotivführer einerseits und der Lehrer auf dem Land und in der Stadt andererseits angeführt.

---

[132] Ebd., S. 74.

[133] Mannzen, W., Die Geschichte des „Schulblattes der Provinz Schleswig-Holstein“ in: Aus der Geschichte des Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins während der Zeit von 1900 – 1925, Eckernförde 1925, S. 3 – 19, hier S. 17 ff.

Bezogen auf das Jahr 1901 betrug das Einkommen in Mark in Schleswig-Holstein bei:[134]

	Post-assistenten	**Lokomotiv-führern**	**Lehrern (Land)**	**Lehrern (Stadt)**
in 10 Dienstjahren	15.755,50	14.860	11.602	14.901
in 20 Dienstjahren	40.625,50	36.030	27.934	36.857
in 30 Dienstjahren	72.095,50	63.400	48.424	64.852

1905 erhöhte das preussische Unterrichtsministerium die Grundgehälter für erste und alleinstehende Lehrer auf 1.100 Mark, für alle anderen auf 1.000 Mark, gleichzeitig erfolgte eine Erhöhung der Alterszulagen. 1909 wurde ein neues Besoldungsgesetz mit rückwirkender Kraft zum 1. April 1908 erlassen, nach dem Lehrer ein gesetzliches Gehalt von 3.300 Mark und Lehrerinnen von 2.450 Mark jährlich erhielten.[135] „Dazu kam freie Dienstwohnung oder eine Mietentschädigung, die eine ausreichende Entschädigung für die nicht gewährte Dienstwohnung darstellen sollte.“[136]

Weil aber die Lebenshaltungskosten vielerorts über der Höhe der Einkommen lagen, sahen sich viele Lehrer gezwungen, bezahlte Nebentätigkeiten auszuüben. Damit waren mit den Volkkschullehrerstellen vielfach die verhassten niederen Küsterdienste verbunden, die das Reinigen der Kirche und des Kirchengrundstückes als auch das Läuten der Glocken, das Heizen, das regelmäßige Öffnen und Schließen der Kirche und das Anzünden der Lichter beinhalteten . Andere Nebentätigkeiten als Organist, Kantor, Gemeindeschreiber oder Schriftführer in Vereinen wurden dagegen als willkommen und angenehm akzeptiert.[137] „Bis 1886 war in Preußen jede vierte Stelle für männliche Lehrer mit solchen Nebenämtern verbunden“.[138] Auch nach dem 1. Weltkrieg gelang es in der Weimarer Republik nicht, die niederen Küsterdienste vom Lehramt zu trennen, sodass es „im Januar 1933 immer noch 7.400 mit einem Kirchenamt ver-

[134] Bielfeldt, A., Unser Kampf um eine gerechte Gehaltseinstufung, in: Aus der Geschichte des Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins während der Zeit von 1900 – 1925, Eckernförde 1925, S. 29 – 47, hier S. 33
[135] Ebd., S. 41.
[136] Ebd.
[137] Bölling, R., 1983, S. 64.
[138] Ebd.

bundene Stellen gab."[139] Die Gesamteinnahmen der Lehrer, sowohl in der Stadt als auch auf dem Land, bestanden bis in das 20. Jahrhundert hinein nicht nur aus Gehaltszahlungen, sondern zu einem nicht unerheblichen Teil aus Nebenerwerbstätigkeiten. Waren es in der Stadt private Nachhilfestunden, so steigerten Volksschullehrer auf dem Land ihr Einkommen durch Tätigkeiten in der Landwirtschaft und Bewirtschaftung des zur Schule gehörenden Landes und begaben sich - hier wie dort - in Abhängigkeiten, die ihre berufliche Position gefährteten und das Ansehen und die Professionalität des Lehrerberufs in Zweifel stellten.[140]

Eine weitere Möglichkeit der Einkommensvernesserung bestand darin, die Gemeinden um höhere Leistungen zu bitten.

Die höheren Bezüge in den Städten führten vielerorts zu Abwanderungen dorthin. In den Schuljahren 1902/03 bis 1907/08 lag die Zahl der Übertritte aus dem schleswig-holsteinischen Schuldienst in den hamburgischen zwischen 18 Lehrer/innen (1904/05, 1905/06, 1907/08) und 44 Lehrer/innen (1906/07). [141]

Ein zusätzlicher Anreiz für ausgebildete Lehrer, von Schleswig-Holstein nach Hamburg abzuwandern, war die Bereitschaft der Hansestadt, die finanziellen Verpflichtungen der abgewanderten Lehrer zu übernehmen, welche diese gegenüber den Präparandenanstalten und Seminaren[142] in der Form eingegangen waren, dass sie sich verpflichtet hatten, die Kosten für ihre Ausbildung (und z.T. auch für Unterkunft und Verpflegung) an die jeweiligen Träger bei Berufstätigkeit und Einkommen zurückzuzahlen.[143]

Über die Glinder Schulgeschichte ist wenig bekannt. Vermutet wird, dass ab 1735 Schulunterricht in Glinde abgehalten wurde, denn es liegt das Schreiben eines Schulmeisters Zander an die Obrigkeit vor, in dem er 1744 an die Zuteilung von Land an den Schulmeister vor neun Jahren erinnert. Eine Zeit lang soll dann eine Strohkate am Oher Weg als Schulhaus gedient haben,[144] was aus einer Urkunde aus dem Jahre 1825 ersichtlich ist. Es handelt sich um den

---

[139] Ebd., S. 65.
[140] Meyer, F., 1976, S. 104.
[141] LAS, Abt. 302, Nr. 2016, Akten des Provinzial=Schulkollegiums betreffend die Präparandenanstalten in Schleswig-Holstein.
[142] Zur Geschichte der Präparandenanstalten und Seminare in Schleswig-Holstein siehe: Grönhoff, J., Die Berufsausbildung der Lehrer und Lehrerinnen in Schleswig-Holstein, Kiel 1963.
[143] LAS. Abt. 302, Nr. 2016..
[144] Bachofer, W., 1979, S. 38.

auf der Königlichen Amtsstube zu Reinbek beurkundeten Kaufvertrag zwischen der Dorfschaft Glinde, vertreten durch den Hufner Carl Hinrich Soltau, und dem Johann Westphal, der am 19. November 1825 die alte Schulkate für den Betrag von 1000 p. Courant kaufte und dem dort wohnenden Lehrer das Wohnrecht weiterhin einräumte. [145]

Weiterhin ist im Glinder Stadtarchiv eine unvollständig geführte Schülerliste von 1876 bis 1909 archiviert[146], aus der z.T. hervorgeht, welche Schüler die Schule besucht haben. So enthält diese Liste Angaben über Namen und Vornamen der Schüler sowie Namen und Beruf der Eltern, Leistungsbeurteilungen in den erteilten Schulfächern Religion, Rechnen und Deutsch und das Jahr der Aufnahme und des Abgangs der Schüler. Demnach besuchten 1876 die Glinder Schule 28 Jungen und 22 Mädchen. 1891 wurden 25 Abgänger verzeichnet, 1892 14 Abgänger und 25 Aufnahmen, 1908 20 Aufnahmen und 1909 12 Abgänge.

Das Schulhaus wurde im November 1897 mit dem größten Teil des Gartens und der anliegenden Schulkoppel wieder verkauft, da es nach Ansicht der Gemeinde den baulichen und hygienischen Anforderungen an ein Schulhaus nicht mehr entsprach.[147] Die Gemeindevertretung war mit dieser Angelegenheit aber offensichtlich nicht befasst, da ein entsprechender Tagesordnungspunkt für eine Sitzung der Gemeindevertretung im Protokollbuch der Gemeinde nicht vorhanden ist. Erst 1898 wurde ein den staatlichen Normen entsprechendes Schulhaus in Glinde an der Möllner Landstraße errichtet (s. 4.1.5).

Über Vereine und Verbände ist für den Zeitraum vor 1900 nichts bekannt, ausgenommen die Gründung der freiwilligen Brand(Feuer-)wehr im Jahre 1898, der aber eine von der Gemeindevertretung organisierte Brandwache vorausgegangen sein muss, denn in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 19. Juni 1894 „wurde eine vom Spritzenmeister Ohlen vorgelegte Rechnung über 90 M für Reinigung der Spritze im Jahre 91, 1892 u. 93 zur Zahlung bewilligt.“[148] Bereits vor der Gründung der Freiwilligen Feuerwehr Glinde verfügte die Gemeinde offensichtlich auch über eine moderne Spritze, denn in der Sitzung der Ge-

---

[145] LAS, Abt. 111, Nr. 1462.
[146] STAG II/ 134.
[147] BZ vom 19. November 1897.
[148] STAG, II/ 118, Protokollbuch der Gemeinde Glinde 1894 – 1907, S.9.

meindevertretung vom 21. Oktober 1897 wurde einstimmig beschlossen, „daß eine Spritze aus der Fabrik von G. Ewald aus Cüstrin und zwar Nr. 197 mit Federn zum Preise von 1.275 M (wenn möglich mit beweglichem Schwengel) angeschaft wird.“ Dies hatte eine Anleihe zur Vergrößerung des Spritzenhauses zur Folge, deren Aufnahme dann in der gleichen Sitzung beschlossen wurde.[149]

2.2 Die Entstehung und Entwicklung von Reinbek bis 1892

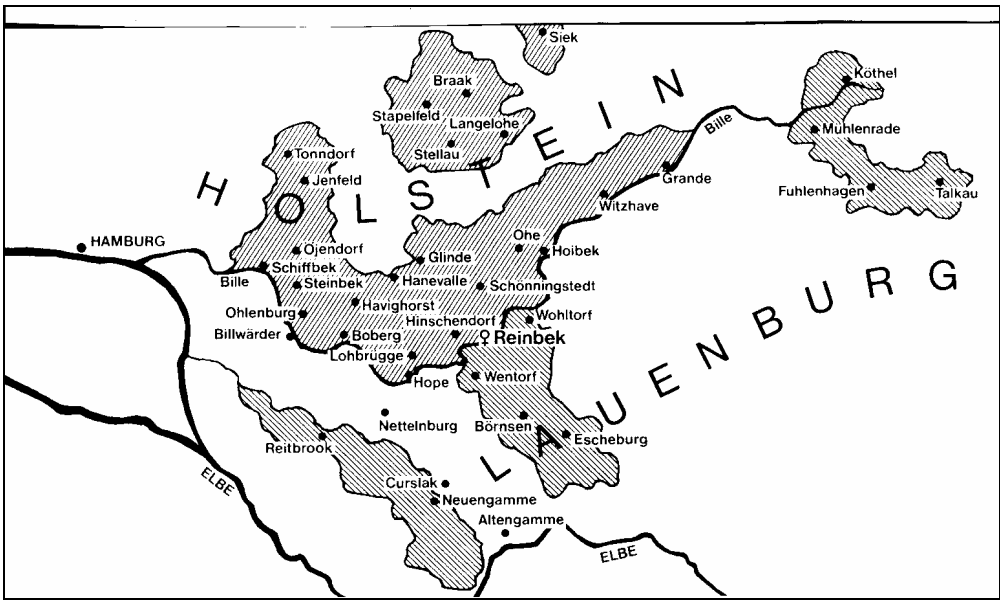
2.2.1 Die räumliche Entwicklung, Herrschaft und Verwaltung

Erste Anzeichen einer Besiedlung der Gemarkung Reinbek sind archäologische Funde aus der Bronzezeit, die 1969 entdeckt wurden.[150]
1220 gründete ein Zisterziensermönch in Hoibek (= Reinbek) an der Bille die Maria-Magdalenen-Kapelle, aus der mithilfe von Schenkungen des dänischen Grafen von Ortamünde und Holstein das Kloster Reinbek entstand; das dänische Reinbek wurde 1225 deutsch.
Nachdem 1227 der Landesherr von Holstein, Graf Adolf IV. von Schauenburg siegreich aus der Schlacht von Bornhöved gegen die Dänen hervorgegangen war,vermachte er den Zisterzienserinnen, die inzwischen das Kloster übernommen hatten, das Dorf Huncingerthorpe, das heutige Hinschendorf, mit entsprechendem Land und verschiedenen Rechten. Dort wurde das eigentliche Kloster 1238 eingerichtet, das bis zum Jahre 1528 als Kloster der Zisterzienserinnen bestanden hat.
In der Zwischenzeit - also zwischen 1238 und 1528- wurden dem Kloster etliche Dörfer und Ländereien übertragen, so z.B. 1229 das Dorf Glinde. Die Schenkungsurkunde weist einerseits die Existenz des Klosters erstmalig schriftlich (soweit bekannt) nach und andererseits stellt sie auch die älteste Urkunde dar, die auf das Dorf Glinde hinweist. Sie ist noch heute im Landesarchiv Schleswig im Original vorhanden. (S. auch 2.1.1.)

---

[149] Ebd., S. 67.
[150] Kreis Storman(Hrsg.), Kreis Stormarn, Stadt Reinbek, München 1972, S.62.

In den Jahren zwischen 1238 und 1528 wurden dem Kloster nicht nur erhebliche Ländereien in Holstein geschenkt (Glinde, Boberg, Köthel, Ohe, Schönningstedt, Hope, Lohbrügge, Grande, Gröhnwold, Witzhave, Braak, Alt-Stapelfeld,Hanevalle, Havighorst, Öjendorf, Ohlenburg, Kirchdorf-Steinbek, Tonndorf, Jenfeld, Siek, Neu Stapelfeld, Dorf Steinbek), sondern es erwarb auch Dörfer und Ländereien, die im Gebiet der Elbmarschen (Billwerder, Allermöhe, Alten- und Neuengamme, Curslack, Nettelnburg, Reitbrook) und in Lauenburg (Wentorf, Wohltorf, Börnsen, Escheburg, Kröppelshagen; Fuhlenhagen, Mühlenrade) lagen.[151]



Das Gebiet der Klosterherrschaft Reinbek im Jahre 1465

Quelle: Heuer,H., Das Kloster Reinbek. Beitrag zur Geschichte der Landschaft Stormarn, Neumünster 1985 (Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 86), S. 234.

Im Jahre 1528 verkauften die Nonnen das Kloster, beeinflusst durch die Auswirkungen der lutherischen Reformation, an König Friedrich I. von Dänemark und Norwegen, Herzog von Schleswig-Holstein-Gottorf.

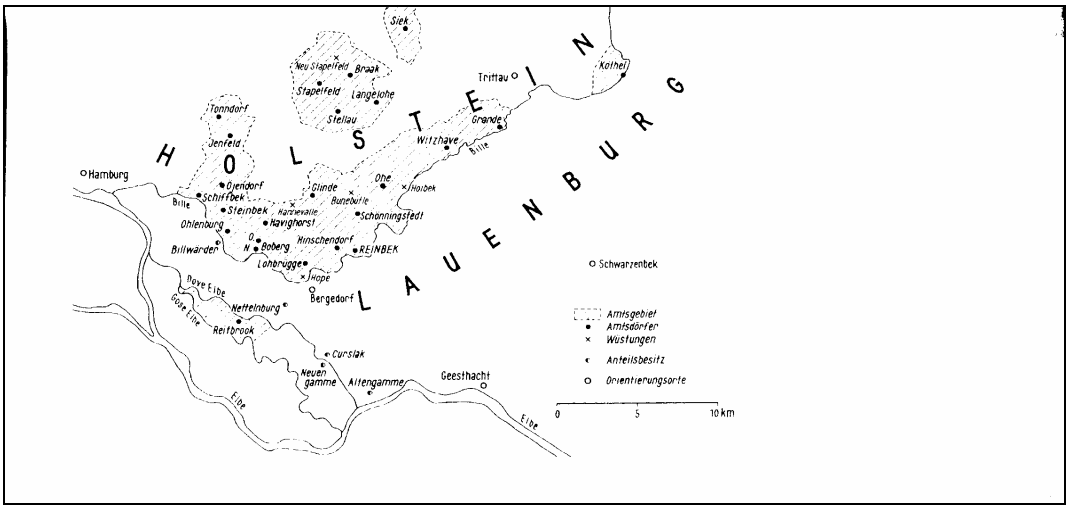
Damit begann wiederum die dänische Herrschaft, auch über Reinbek.

Im Auftrag des Königs verwaltete nun der Probst Detlev Reventlow als Amtmann das verlassene Kloster sowie dessen Güter, und die Geschichte des Amtes Reinbek als Rechtsnachfolger des Klosters Reinbek nahm ihren Anfang.

[151] Bavendamm;D., Reinbek – Eine holsteinische Stadt zwischen Hamburg und Sachsenwald, Reinbek 1996, S. 77.

Sehr ausführlich beschreibt Nicole Meiffert „Die Geschichte des Amtes Reinbek 1576- 1773“,[152] so dass hier auf die Einzelheiten der Amtsführung, der Einnahmen und Ausgaben, der Verpachtungen und Verpfändungen des Amtes nicht weiter eingegangen werden muß.

Reventlow verwaltete das Amt Reinbek bis ins Jahr 1534, in dem das Klostergebäude durch Lübecker Truppen im Zuge des Krieges zwischen der Hansestadt Lübeck und Dänemark durch Landsknechte der Lübecker niedergebrannt wurde.



Dörfer und Ländereien des Amtes Reinbek nach Übernahme des Klosters

Quelle: Heuer, H., Aus der Geschichte des Amtes Reinbek, vornehmlich in älterer Zeit, in: Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek, Heide/Holst. 1963, S. 85.

Durch die Niederlage der Lübecker Truppen blieb Reinbek dänisch, wurde aber zwischenzeitlich von 1742 bis 1773 großfürstlich russisches Amt, anschließend bis 1864 wieder dänisch und in den Jahren 1865/66 wurde Reinbek durch den Vertrag von Gastein (Preussen übernahm Schleswig und Österreich Holstein in seine Zuständigkeit) zum österreichischen Amt .

1867 wurde Reinbek preussisch, gehörte jetzt als Kirchspielvogtei und Gemeinde zum Kreis Stormarn und war bis 1873 der Sitz des ersten preussischen Landrats, der den Kreis als ausführendes Organ der Regierung verwaltete.

Der Kreis Stormarn, der aufgrund der neuen Kreisverfassung vom 22. September 1867 entstand, „setzte sich nach der Reichsgründung aus den Städten

---

[152] Meiffert,N., Die Geschichte des Amtes Reinbek 1576 – 1773, Neumünster 1995.

Oldesloe und Wandsbek, dem Flecken Reinfeld sowie 154 weiteren kommunalen Einheiten zusammen. Genau 107 Gemeinden entfielen auf die vier Kirchspielvogteibezirke Bargteheide, Reinbek, Reinfeld und Trittau [...].“[153]

Er bestand zu dieser Zeit aus 927 qkm Fläche, grenzte im Norden und Westen an die Kreise Segeberg und Pinneberg, im Nordosten an das Großherzogtum Oldenburg , im Osten an die Hansestadt Lübeck und im Süden an Hamburg.

Nach der Volkszählung von 1871 lebten im Kirchspiel Reinbek insgesamt 8.576 Einwohner.

Aufgrund der neuen kommunalrechtlichen Bestimmungen mußte sich jetzt die Bevölkerung mit neuen Begriffen und Institutionen wie Kreistag, Kreisversammlung, Kreiskommission, Gemeindeversammlung, Gemeindevertretung und Gemeindevorsteher vertraut machen.

Aus der Kirchspielvogtei entstand 1889 der Amtsbezirk Reinbek, zu welchem die Gemeinden Reinbek, Schönningstedt, Ohe, Glinde, Gut Silk und der Forstbezirk Reinbek gehörten.[154] In diesem Amtsbezirk lebten am 1.Dezember 1890 2.445 Personen. [155]

Der Amtsbezirk existierte als solcher bis 1896, von da ab bestand er nur noch aus der Gemeinde Reinbek, denn die verbliebenen Gemeinden wurden im selben Jahr dem neu geschaffenen Amtsbezirk Ohe zugeordnet.

Dieser Umstand wurde in den Protokollen der Reinbeker Gemeindevertretung mit keinem Wort erwähnt, während die Gemeindevertretung Glinde am 25. Februar 1896 beschloss:

„Die anwesenden Gemeindevertreter waren einstimmig gegen die Zulegung der Gemeinde Glinde zu dem neu zu bildenden Amtsbezirke und zwar aus folgenden Gründen.

In Reinbek haben wir unsere Kirche, Standesamt, Post, Amtsgericht, Krankenkasse, Arzt und Apotheke, auch telephonische Verbindung [...]. Zu allen anderen Gemeinden des neu zu bildenden Amtsbezirks haben wir keine Verbindung. Wir gehen bei gutem Wetter in ca. 45 Minuten nach

Reinbek [...]. Dahingegen haben wir nach den anderen Gemeinden des neu zu bildenden Amtsbezirks z.B. nach Witzhave ca. 2 Stunden zu gehen [...].

---

[153] Perrey,H-J., Stormarns preußische Jahre. Die Geschichte des Kreises von 1867 bis 1946/47, Neumünster 1993, S. 45.

[154] Bavendamm,D., 1996, S. 185.

155 Boysen,v.,L., Statistische Übersichten für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel und Leipzig 1894, S. 13.

Ferner wird durch die Neubildung des Amtsbezirks wesentlich Mehrausgaben für diesen Bezirk in Frage kommen, was bei der so überaus traurigen Lage der Landwirtschaft doppelt fühlbar würde.“[156]

Eine Gemeindevertretung bestand in Reinbek schon seit 1882. Am 6. März 1882 bat die Bezirksregierung den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein darum, beim Minister des Innern in Berlin „geneigtest erwirken zu wollen,“ dass eine Gemeindevertretung in Reinbek bestätigt werden solle. „Die Gemeinde Reinbek, Kreis Stormarn, in welcher bereits seit mehreren Jahren über die Einführung einer gewählten Vertretung an Stelle der bisherigen Gemeindeversammlung berathen ist, hat, wie Euer Hochwohlgeboren aus den angeschlossenen Verhandlungen geneigtest erfahren wollen, unter dem 7. Mai v. Js., einen hierauf bezüglichen Beschluß gefaßt, und unter dem 27“ desselben Monats das in zwei Exemplaren beigefügte Statut vom selbigen Datum angenommen. Nach diesem Statut, welches denjenigen anderer Gemeindevertretungen im Wesentlichen entspricht und gegen dessen Inhalt unsererseits nichts zu erinnern ist, soll die Gemeindevertretung außer dem Gemeindevorsteher aus neun Gemeindevertretern bestehen, deren Wahl auf sechs Jahre dergestalt festgesetzt ist, daß nach je zwei Jahren drei Gemeindeverordnete und zwar ein Vertreter aus den gebildeten drei Wahlklassen ausscheiden und durch neu zu wählende ersetzt werden. Bei Eintheilung der Wahlklassen sind die direkten Staatssteuern mit Ausnahme der Gewerbesteuer zum Grunde gelegt. [. . .] Es wird die I=Wahlklasse aus 4 Stimmberechtigten mit 2894 M., die II=Wahlklasse aus 11 Stimmberechtigten mit 2485 M. und die III=Wahlklasse aus 84 Stimmberechtigten mit 2457 M. Staatssteuern gebildet.“[157]

Wie hoch dieses Steueraufkommen in Reinbek war, lässt sich durch einen Vergleich mit der Nachbargemeinde Lohbrügge aus dem Jahr 1889 darstellen.

Danach sollten „die stimmberechtigten Mitglieder nach Maßgabe der direkten Staatssteuern in 3 Klassen getheilt werden, von welchen jede 3 Gemeindeverordnete zu wählen hat. Hiernach würden ausweislich des anliegenden Verzeichnisses der Stimmberechtigten 4 Gemeindemitglieder mit 728 M Staatssteuern die erste, 8 mit 549 M die zweite und 49 mit 491 M die dritte Klasse bilden. Diese Eintheilung entspricht den Verhältnissen der Gemeinde Lohbrüg-

[156] STAG, Protokollbuch der Gemeinde Glinde im Kreise Stormarn, 1894 - 1907, S. 45 ff.
[157] LAS, Abt. 301, Nr. 444.

ge und hat in der Sitzung des Kreistages vom 25. Februar d.Js. dessen Zustimmung gefunden."[158]

2.2.2 Die Bevölkerungsentwicklung

Älteste Einwohnerzahlen Reinbeks stammen, wenn auch nicht durch Volkszählungen gesichert, aus dem Ende des 16.Jahrhunderts.
So wurden für das Jahr 1578 12 Bewohner in Reinbek benannt, nämlich

3 Beamte
1 Bauknecht (Leiter des Vorwercks)
1 Meiersche
2 Mägde
1 Schäfer
1 Schweinehirt
1 Fischer
1 Brauer
1 Müller[159]

Bis zur Erhebung erster gesicherter Einwohnerzahlen wuchs die Zahl der Familienväter von 12 (1578) auf 54 (1647) und schließlich auf 82 (1667). Aufgrund dessen, dass nur die Zahl der Familienväter und Haushaltsvorstände gezählt wurden, war die eigentliche Bevölkerungszahl weit größer.
Vom Jahr 1750 an stieg die Zahl der Bevölkerung ständig:

Jahr	Einwohner
1750	**192**
1803	**284**
1840	**432**
1850	**446**
1867	**735**
1871	**866**

[158] Ebd., Schreiben der Königlichen Regierung an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, 22. März 1889.
[159] Volkshochschule Sachsenwald. Begleitheft zu: Eine Ausstellung zur Reinbeker Ortsgeschichte. Arbeitskreis Reinbeker Stadtgeschichte an der VHS Sachsenwald, o.J., S. 6.

1875	**973**
1880	**1097**
1885	**1165**
1890	**1320**[160]

Der relativ starke Anstieg der Bevölkerung Reinbeks zwischen 1850 und 1867 (60,7 %) ist ursprünglich auf die Ansiedelung finanzkräftiger Großbürger aus Hamburg zurückzuführen, die dann täglich zwischen ihrem neuen Wohnort Reinbek und dem „Contor“ in Hamburg pendelten. Verkehrsmittel war die Eisenbahn. Allein zwischen 1846 (Inbetriebnahme des Reinbeker Bahnhofs) und 1891 stieg die Anzahl der Züge von und nach Reinbek auf der Strecke Hamburg-Reinbek von täglich zwei auf acht (1880) und schließlich auf 18 im Jahre 1891.[161]

Allein zwischen 1850 und 1870 wurden 43 Häuser neu erbaut, und in diese Zeit fiel auch der Bau des Sophienbades (1858).
Damit verbunden war gleichzeitig der Anstieg der Bevölkerung durch die Notwendigkeit der Beschäftigung von häuslichem Personal. So stieg zwischen ca. 1800 und 1850 die Zahl der Dienstboten um fast 100 %.[162]
Diese Beschäftigten stellten mit einem Anteil von ca. 30 % die stärkste Gruppe der in Reinbek Erwerbstätigen dar, die für das Jahr 1850 mit 218 Personen beziffert wurde. Davon arbeiteten 21,6 % als Knechte und Insten, 0,5 % als Hufner, als Handwerker und Händler waren 22,9 % im produzierenden Gewerbe und im Handel tätig, überwiegend in der Verwaltung waren 23,4 % als Angehörige gehobener Berufe und einfache und mittlere Beamte beschäftigt, so jedenfalls die Ergebnisse der Untersuchungen von Ohl.[163]
Das Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf[164] für das Jahr 1880 verzeichnet an Erwerbstätigen, Altenteilern und Rentnern 187 Personen:
12 Anbauern mit weiterer Tätigkeit, 45 Handwerker, 53 Arbeiter, 3 Hof-bzw. Gutsbesitzer, 13 Kaufleute und Händler, 6 Angestellte, 2 Gemeindeangestellte,

---

[160]Jascke, D., 1973, Tab. 16;
Ohl, W.H.C., Bevölkerungsbiologie eines holsteinischen Fleckens (Reinbek bei Hamburg), Hamburg 1941, S. 21 ff.
[161] Jaschke, D., 1973, Tab. 1.
[162] Volkshochschule Sachsenwald, o.J. S.12 ff.
[163] Ohl, W.H.C., 1941, S. 68.
[164] Fischer, C.F, Winterberg,E.jr, Adreßbuch Bergedorf 1880, S. 116 ff.

4 Lehrer, 1 Hebamme, 2 Ärzte, 26 Beamte, 7 Gastwirte, 2 Altenteiler, 7 Rentner und 4 Privatiers.

In diesem Zeitabschnitt stellte somit der Ort noch eine Einheit dar, der seine Entwicklung weitgehend aus sich heraus steuerte, während in den kommenden Jahrzehnten die vorwiegend aus Hamburg hinzuziehenden Großbürger mehr und mehr die örtliche Entwicklung bestimmten.

1890 betrug die Zahl der Einwohner 998 , verteilt auf 211 Familien mit 353 Berufstätigen.

Davon waren beschäftigt als:

Beamte	42
Angehörige gehobener Berufe	49
Hufner	1
Kätner	7
Insten	67
Handwerker und Händler	89
Personal	98 [165].

Jaschke gibt für 1890 für Reinbek die Einwohnerzahl mit 1320 an[166], wobei die Differenz darin liegt, dass hier auch neben den Familienvätern und Haushaltsvorständen die übrigen Familienmitglieder aufgeführt wurden. Zudem wurden später im Reinbeker Melderegister von 1891 - 1902[167] - im Gegensatz zu den Adressbüchern – auch diejenigen Personen aufgeführt, die nur kurzfristig, z.B. als Personal in der Gastronomie, in Haushalten oder Handwerksbetrieben beschäftigt waren und dann Reinbek wieder verlassen haben.

[165] Einwohnermeldekartei der Stadt Reinbek bei Ohl, W.H.C., 1941, S. 68.
[166] Jaschke, D., 1973, Tab. 16.
[167] STAR, II/ 2414, Melderegister von 1891 – 1902.

2.2.3 Landwirtschaft, Handwerk, Handel

Selbständige Bauern, die allein von ihrem Grund und Boden leben konnten, gab es aufgrund der Tatsache, dass das Gut Hinschendorf durch Bodenreformen Mitte des 18.Jahrhunderts geschaffen worden war, vor 1892 in Reinbek offensichtlich nur wenige. Auch aus der mittelalterlichen Geschichte des Ortes hinsichtlich der Klosterherrschaft läßt sich erklären, dass die in Reinbek in der Landwirtschaft beschäftigten Personen entweder Kätner, Anbauer oder Insten waren; Ohl erwähnt für die Gemeinde in der Zeit zwischen 1803 und 1870 und weit darüber hinaus nur einen Hufner. [168]

Zwei größere Anwesen, auf die unten noch genauer eingegangen wird, waren die Erbpachtstellen Gut Hinschendorf und der Carolinenhof. Für das Jahr 1881 wurden im „Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich“ neben Gut Hinschendorf mit einer Gesamtfläche von 191,37 ha und einem Grundsteuerreinertrag von 7.182 Mark jährlich (Besitzer: F.H. Lingmann, Reinbek) nur noch drei weitere grössere Höfe angegeben, nämlich: Carolinenhof, Gesamtfläche 126,62 ha, Grundsteuerreinertrag 1.824 Mark jährlich (Besitzer: F.H. Lingmann, Reinbek); ein weiterer Hof mit 90,76 ha und einem Grundsteuerreinertrag von 2.349 Mark jährlich gehörte dem Hotelbesitzer Julius Jahnke, Reinbek, und schließlich wurde der Hof von Wilhelm Soltau, Reinbek, mit einer Gesamtgröße von 72,85 ha und einem Grundsteuerreinertrag von 2.021 Mark jährlich aufgeführt. [169] Alle anderen Hofstellen, Hufen, Katen und Anbauerstellen müssen demnach unter einem Grundsteuerreinertrag von 1.500 Mark pro Jahr gelegen haben, denn im Handbuch des Grundbesitzes 1881 wurden nur die Güter und ländlichen Besitzungen von einem Grundsteuerreinertrag von 1.500 Mark an aufwärts nachgewiesen.

---

[168] Ohl.W.H.C., 1941, S. 68.

[169] Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich. Nach amtlichen und authentischen Quellen bearbeitet durch P. Ellerholz. I. Das Königreich Preussen. VIII. Lieferung. Die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1881.

Reinbek 1881[170]

Nachweisung der Güter und ländlichen Besitzungen von 1500 Mark Grundsteuer-Reinertrag an aufwärts.

Hinschendorf, Hof
(Zahlenangaben in ha)

Acker incl. Gärten	Wiesen	Wald	Oedland, Umland, Wege, Hofräume	Wasser	Summa	Grundsteuerreinertrag in Mark	Namen des Besitzers
156,35	30,86	1,86	2,26	0,04	191,37	7182	F.H. Lingmann Reinbek

Carolinenhof, Hof
(Zahlenangaben in ha)

Acker incl. Gärten	Wiesen	Wald	Oedland, Umland, Wege, Hofräume	Wasser	Summa	Grundsteuerreinertrag in Mark	Namen des Besitzers
117,55	6,82	0,93	1,24	0,08	126,62	1824	F.H.Lingmann Reinbek

[170] Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich. Nach amtlichen und authentischen Quellen bearbeitet durch P. Ellerholz. I. Das Königreich Preussen. VIII. Lieferung. Die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1881, S. 226.

Reinbek, Hufe[171]
(Zahlenangaben in ha)

Acker incl. Gärten	Wiesen	Wald	Oedland, Umland, Wege, Hofräume	Wasser	Summa	Grundsteuerreinertrag in Mark	Namen des Besitzers
78,88	11,33	- -	0,50	0,05	90,76	2349	Julius Jahnke Hotelbesitzer Reinbek

Reinbek, Hof[172]
(Zahlenangaben in ha)

Acker incl. Gärten	Wiesen	Wald	Oedland, Umland, Wege, Hofräume	Wasser	Summa	Grundsteuerreinertrag in Mark	Namen des Besitzers
65,95	4,08	- -	0,82	- -	72,85	2021	Wilhelm Soltau Reinbek

[171] Handbuch des Grundbesitzes 1881, S. 230.
[172] Ebd.

Lorenzen-Schmidt konstatierte, dass die Zeit „von 1864 bis 1914 als Durchbruch der modernen Landwirtschaft in der Provinz Schleswig-Holstein gelten“ konnte, [173] deswegen stellt sich hier die Frage, ob und welchen Anteil Reinbek daran vor und nach 1892 hatte.

Im Gegensatz zu den landwirtschaftlichen Gesamterträgen der Feldwirtschaft des Kreises Stormarn zwischen 1878 und 1879 z.B., die vor allem den Anbau von Weizen ausweisen[174], wurde in dieser Zeit in Reinbek die landwirtschaftliche Fläche (ca. 420 ha) hauptsächlich zum Anbau von Roggen und Hafer genutzt. Der Rest der Nutzung entfiel auf Forstwirtschaft[175] und Wiesen, die in der Regel der Rinderhaltung dienten.

Die Entwicklung der Handwerksbetriebe - wenn man überhaupt von „Betrieben“ sprechen kann - entsprach im Mittelalter bis zur Auflösung des Klosters dessen Anforderungen. So wurden z.B. um 1700 vier Handwerker und Händler genannt, unter ihnen ein Braumeister, ein Müller und ein Schmied.[176]

Deshalb mußten zusätzlich für die Unterhaltungs- und Instandsetzungsarbeiten des Schlosses Handwerker beschäftigt werden, die in der Regel aus Hamburg und Bergedorf kamen.

Die Amtsrechnungen von 1577 – 1703 weisen aus, dass folgende Handwerker im Schloß tätig waren:

Buchbinder, Brunnenbauer, Böttcher, Drechsler, Glaser, Klempner, Kesselmacher, Leineweber, Maurer, Ofenmacher, Stellmacher, Sattler, Dachdecker, Bootsbauer, Schlosser, Schmiede, Schornsteinfeger, Uhrmacher, Tischler, Pflasterer, Steinhauer, Zimmerleute und die dazugehörigen Hilfskräfte.[177]

Die Beschäftigung der Hamburger Handwerker fand jedoch auf Grund einer holsteinischen Verordnung von 1766 ein Ende, die bewirkte, dass Bergedorfer und Hamburger Handwerker in Reinbek quasi „Berufsverbot“ erteilt bekamen.[178]

---

[173] Lorenzen-Schmidt,K.-J., 1998, S.93.

[174] Rehders,W., Entwicklung der Landwirtschaft in dem Gebiet zwischen Hamburg und Lübeck seit der Verkoppelung, in: Wülfingen,Bock von, Frahm,W., Stormarn - Der Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck, Hamburg 1938, S. 508.

[175] Oldekop, H. (Hrsg.), Topographie des Herzogtums Schleswig-Holstein, 2. Band, Kiel 1908, S. 98.

[176] VHS Sachsenwald, o.J., S. 9.

[177] Wendt, A., Das Schloß Reinbek, Untersuchungen und Ausstattung, Anlage und Architektur eines landesherrlichen Schlosses, Neumünster 1994 und Schleswig-Holsteinisches Landesarchiv (LAS), Abt 111, Nr.227 und 238.

[178] Bünning,E., Handwerker im alten Reinbek, in: Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1999,17.Jg., Hamburg 1998, S. 73.

In Reinbek hatten sich bereits im Jahre 1775 einige Handwerksbetriebe angesiedelt:
Eine Grobschmiede, eine Kleinschmiede, ein Rademacher, ein Tischler, ein Böttcher, ein Töpfer, ein Bäcker, zwei Schneider und drei Schuster[179]. Diese Zahl erhöhte sich in der Folgezeit mit der zunehmenden Bautätigkeit, beginnend in den 50er Jahren des 19. Jahrhunderts, so dass 1880 bereits 45 Handwerker, 53 Arbeiter und 13 Kaufleute in Reinbek waren,[180] um 1890 dann ca. 80 Handwerker und Händler.[181]
Der älteste Handwerksbetrieb in Reinbek war die „schon im Mittelalter nachweislich vorhandene Kornmühle.“[182] Sie blieb bis zu ihrem Teilabbruch 1899 im Gegensatz zur Glinder- und zur Domhorster Wassermühle eine Kornmühle.
Die Namensliste der Zeitpächter reicht bis in das Jahr 1660 zurück, deren Zahl bis zum Ankauf durch die Berlin-Hamburger-Eisenbahngesellschaft 1846 vierzehn betrug.[183] Das Mühlenanwesen wurde, nachdem die Eisenbahngesellschaft Gebäude und Gelände an den Altonaer Kaufmann Heinrich Wilhelm Lange verkauft hatte, von diesem erheblich durch den Zukauf des auf dem Schloßgelände befindliche Backhauses und von Ländereien der ehemaligen Amtsbrauerei erweitert. Die Söhne Langes erbten 1873 die Mühle, dazugehörende Gebäude und das Land. Der Mühlenbetrieb als solcher wurde 1897 eingestellt mit der Begründung, dass der Eigentümer nicht mehr gewillt sei, gegen „das Ausbeutesystem des französischen Mehlexports“ anzukämpfen.[184] Die Eigentümer verkauften das Anwesen zuächst an die Gemeinde Reinbek[185], die es aber im gleichen Jahr an den Unternehmer Johann Ernst Sperling veräußerte, der damit begann, ein Elektrizitätswerk auf dem Mühlengelände zu errichten, das offiziell am 1. November 1899 seinen Betrieb aufnahm.
Einen außerordentlich bedeutenden und weitreichenden Einfluss auf die Entwicklung Reinbeks hinsichtlich der Zahl und Struktur der Bevölkerung, der Vermehrung von Handwerksbetrieben und Geschäften, der Ausweitung bebauter Flächen, der Art von Bebauung, des kulturellen Lebens und nicht zuletzt der finanziellen Grundlagen und Möglichkeiten der Gemeinde stellte der Eisen-

---

[179] Ebd., S. 74.
[180] Fischer, C.F., Winterberg, E.,jr. (Hrsg.), Adreßbuch Bergedorf 1880, S. 116.
[181] VHS Sachsenwald,o.J., S. 18.
[182] Davids, C., Die Wassermühle in Reinbek, Heide 1982, S. 20.
[183] Ebd., S. 46.
[184] BZ vom 4. September 1897.
[185] STAR,II/ 2, Protokollbuch 1893 – 1913, S. 117.

bahnanschluss Reinbeks an die Strecke Hamburg-Berlin der Berlin-Hamburger-Eisenbahngesellschaft dar. Wenn dieser Anschluss auch ursprünglich nicht geplant war, sondern aus geographischen, geologischen und finanziellen Erwägungen die günstigere Alternative zur kürzeren Strecke zwischen Bergedorf und Boizenburg durch das Tal der Elbe darstellte[186], so brachte er nach der Eröffnung der Bahnstation 1846 eine Veränderung nicht nur der Verkehrsstruktur der Gemeinde mit sich. Wie auch in Preussen allgemein –im Personenverkehr der Eisenbahnen betrug von 1840 bis 1873 die Wachstumsrate 15,3 Prozent, und zwischen 1874 und 1913 war eine durchschnittliche jährliche Expansion von 5,1 Prozent festzustellen[187] - so stieg auch die Zahl der beförderten Personen von und nach Reinbek. Bereits 1847, ein Jahr nach Eröffnung des Bahnofs, wurden von Hamburg nach Reinbek 1334 und von Reinbek nach Hamburg 1672 Personen befördert bei werk- und sonntäglich je zwei Zügen von und nach Hamburg.[188] 1900 fuhren sonntags und werktags von Hamburg nach Reinbek 21 und von Reinbek nach Hamburg 22 Züge.[189] Durch die schnelle Verbindung mit der Eisenbahn von Hamburg nach Reinbek bot sich für die Bevölkerung der Großstadt die Möglichkeit, anstatt mit der Kutsche in sechs Stunden nun in weniger als einer Stunde[190] mit der Eisenbahn ein, zunächst nur von der Natur her gesehen, attraktives Naherholungsgebiet bequem zu erreichen, das im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte durch Parkanlagen, Ausflugslokale und Beherbergungsbetriebe für den Fremdenverkehr noch attraktiver gestaltet werden sollte. Durch den auch so entstandenen Kontakt mit dem Naherholungsgebiet vor den Toren der Großstadt rückte Reinbek in den Interessenbereich begüterter Hamburger Bürger, die sich in der Folgezeit für den Ankauf großer Baugrundstücke interessierten und diese kauften, um dort Villen, umgeben von parkähnlichen Gärten, zu errichten, wobei ihnen die Gemeindevertretung in späteren Jahren durch den Erlass von entsprechend zugeschnittenen Ortsstatuten[191] entgegenkam.

---

[186] Hüttmann, E., Verkehrsgeographische Probleme am Beispiel der Eisenbahnen Schleswig-Holsteins, Elmshorn 1949, S. 36 f.
[187] Fremdling, R., Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840 – 1879, Dortmund 1975, S. 14.
[188] Jaschke, D. 1973, Tabelle 2.
[189] Ebd., Tabelle 1.
[190] Ebd., Tabelle 1.
[191] STAR II/2394, Ortsstatut über die landhausmäßige Bebauung in Reinbek, 1909; STAR V/14, Villenklausel, 1912.

Villenviertel wie in Reinbek entstanden auch in anderen Orten im Hamburger Umland, so in Hamburg-Marienthal und Bergedorf oder in unmittelbarer Reinbeker Nachbarschaft in Wohltorf (1899), Aumühle (1891) und Wentorf (1866/67).

2.2.4. Kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten

In diesem Kapitel erfolgt eine Beschränkung auf Schulen und Vereine und deren Aktivitäten in Reinbek vor 1892, weil kulturelle Einrichtungen wie z. B. Theater, Museen in Reinbek nicht vorhanden waren. Vereinsaktivitäten fanden aufgrund der relativen Vielzahl von Vereinen jedoch statt.

In Reinbek wurde schon im Kloster der Zisterzienerinnen eine Schule unterhalten, in der sowohl Kinder reicher Bürger aus Hamburg und Lübeck, als auch Mädchen unterrichtet wurden, die später ins Kloster eintreten wollten. In der am Ende des 18. Jahrhunderts im Garten des Reinbeker Schlosses untergebrachten Schule wurde, wie andernorts auch, durch Kräfte unterrichtet, die ihren Tätigkeit nicht erlernt hatten. Erst 1828 wurde ein Lehrer ernannt, der eine Lehrerausbildung erhalten hatte. Der erste Lehrer Reinbeks namens Magnus wurde kurz darauf zum Distriktlehrer ernannt und erhielt ein festes Einkommen, bestehend aus Geld, freier Wohnung und Naturalien.[192] Dieser verließ aber schon zwei Jahre später Reinbek, um in Bergedorf eine höher besoldete Stelle unter günstigeren Raum- und Lehrbedingungen anzunehmen.
Nachdem die Unterrichtsverhältnisse in der Gemeinde für Schüler und Lehrer unerträglich geworden waren, entstand das erste eigentliche Schulhaus. Durch die Erhöhung der Zahl der Schüler, die teilweise aus Privatschulen abgewandert waren, benötigte die Gemeinde zusätzlichen Schulraum, der bis 1871 errichtet wurde. 1881 betrug die Schülerzahl: „ Klasse I: 58, Klasse II: 65, Klasse III: 63“[193], also insgesamt 186 Schüler, die von drei Lehrern unterrichtet wur-

[192] Tralau, E., Die Volksschule in Reinbek in ihrer Entwicklung, in: Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek, Hamburg 1938, S. 152 – 158, hier: S.154. Aus dem Kontext des Aufsatzes ist zu schließen, dass in Klasse I die jüngsten und in Klasse III die älteren Schüler unterrichtet wurden.
[193] Ebd., S. 155.

den. Das Lehrer-Schüler-Verhältnis lag zu dieser Zeit vermutlich also wesentlich über dem Durchschnitt in der Provinz.[194]

Zum kulturellen Leben in Reinbek trugen die - für eine Landgemeinde - zahlreichen Vereine bei, denn politische Vereinigungen waren dort vor 1892 noch nicht organisiert tätig. Die Gemeinde folgte hinsichtlich der Vereinsgründungen der vorherrschenden Tendenz in Deutschland, wenn auch verspätet. In der Mitte des 19. Jahrhunderts entstanden im Deutschen Reich in der Hauptsache Kunst-, Konzert-, Gesangs- Turn- und Kriegervereine. Letztere hatten nach dem deutsch-französischen Krieg und nach der Reichsgründung 1871 einen weiteren Aufschwung zu verzeichnen.
Um 1840 war aus der Vereinsbereitschaft der Bürger eine Art Vereinsleidenschaft geworden, denn alle bürgerliche Aktivität organisierte sich nun z.B. in Geselligkeits-, Bildungs- und Berufsvereinen.[195] Zur Jahrhundertmitte wurde die Vereins- zur Massenbewegung.[196] Vereine spielten seit der Revolution von 1848/49 bei den Veränderungen politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Art eine wichtige Rolle. Sie verdeutlichten den Aufstieg des Bürgertums. Im politischen Spektrum bildeten sich noch während der ersten Revolutionsphase „ fünf Vereinsgruppen heraus, die sich aufgrund ihrer unterschiedlichen, z.T. konträren politischen Zielperspektiven scharf voneinander abgrenzten und sich z.T. erbittert bekämpften.“[197] Sie wurden die Grundlage für das Parteiensystem des Kaiserreiches.

1. Die Organisationen der Arbeiterbewegung als außerparlamentarische Vereinigungen.
2. Die demokratischen Vereine, basierend auf den Teilen des Bürgertums, die das Ziel des unbeschränkten Wahlrechts verfolgten.
3. Die liberalen Vereine aus den Kreisen des Bürgertums stammend, die Wahlrechtsbeschränkungen und ein monarchistisches Staatsoberhaupt bevor-

---

[194] LAS Abt. 302, Nr.2490.
[195] Freudenthal, H., Vereine in Hamburg: ein Beitrag zur Geschichte und Volkskunde der Geselligkeit, Hamburg 1968, S. 180.
[196] Tenfelde, K., Die Entfaltung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850 – 1873), in: Dann, O. (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 55 – 114, hier: S. 59.
[197] Langewiesche, D., Vereins- und Parteibildung in der Revolution von 1848/49, in: Dann, O. (Hrsg.), 1984, S. 51 – 53, hier: S. 52.

zugten.

4. Die katholischen Vereine, die das Ziel der Protestanten nach einem kleindeutschen Nationalstaat verhindern und staatliche Eingriffe in kirchliche Kompetenzbereiche abwehren wollten.
5. Die politischen Vereine der Konservativen mit dem Ziel der Begrenzung der in der Revolution erzwungenen Reformen.[198]

Hauptsächlich in den Großstädten wie München, Nürnberg, in den Städten des Ruhrgebiets und vor allem in Hamburg[199] nahm die Zahl der Vereine ungemein zu, „und erfassten seit den 1880er und 1890er Jahren in einer zweiten Gründungswelle insbesondere die Unterschichten.“[200] Die Bildung von Vereinen auf dem Lande fand, da der Verein „überwiegend städtischen Ursprungs“[201] war, später als in den Städten statt, denn dort war die Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz Grund für mehr freie Zeit von der Arbeit. Diese Voraussetzung war auf dem Lande erst später gegeben.

In Reinbek datiert die Gründung des ältesten Vereins, des „Vaterländischen Frauenvereins“, auf das Jahr 1869, drei Jahre nach der Gründung des Hauptvereins in Berlin. Er hatte sich in Friedenszeiten wohltätigen Zwecken verschrieben und befand sich schon auf Grund seines Namens in der geistigen Nähe der Kriegervereine. Im Statut des Reinbeker Zweigvereins des „Vaterländischen Frauen Vereins zu Berlin“ wird in § 1 und in Anlehnung an das Statut des Hauptvereins vom 24. Mai 1869 es als Zweck und Aufgabe bezeichnet, „ 1. in Kriegszeiten alle zur Fürsorge für die Verwundeten und Kranken im Felde dienenden Einrichtungen zu fördern und zu unterstützen.“[202] Diese Aufgabe wurde auch schon wahrgenommen, als 1864 ein Vorläufer des „Vaterländischen Frauenvereins“, das „Reinbeker Hilfs-Comite im preussisch-österreichischen Krieg [...] wollene Decken, Rotwein und Fleischextrakt an die Front schickte,“[203]

---

[198] Ebd.
[199] Freudenthal, H., 1968, S. 129.
[200] Tenfelde, K., in: Dann, O. (Hrsg.), 1984, S. 59.
[201] Mayntz, R., Soziologie der Organisation, Reinbek 1963, S. 15, zitiert nach: Tenfelde, K., in: Dann,O. (Hrsg.), 1984, S. 71.
[202] STAR , V/81, Statut des Reinbeker Zweigvereins des „Vaterländischen Frauenvereins zu Berlin“ vom 1.December 1869, § 1, Abs. 1.
[203] Bavendamm, D., 1996, S. 103.

Der Reinbeker Verein, dem auch Männer angehören durften, kümmerte sich im Frieden um Bedürftige und richtete alljährlich Weihnachtsfeiern und Bescherungen „für unbemittelte Familien und Wittwen aus Reinbek und Umgegend“ aus.[204] Die jeweilige Jahresabrechnung wurde in der Regionalpresse veröffentlicht und verdeutlichte somit die Schwerpunktarbeit des Vereins. „ Nach Abrechnung des Frauen-Vereins betragen die Einnahmen desselben 1885: Mk 755,86, [...]. Die Ausgaben betragen Mk 720, nämlich: [...] Ausgaben für die Weihnachtsbescheerung Mk 363,15, Geldunterstützung Mk 77, für Arbeitsmaterial Mk 21,70, Arbeitslohn Mk 75,75, für Kleidungsstücke von Konfirmanden einschließlich die Ausstattung eines Taubstummen Mk 66,90, für Unterstützung der Nähschule Mk 30, Beihilfe zur Unterbringung zweier kranker Kinder in Krankenhäusern Mk 50,50, für kleine Ausgaben Mk 8.“[205]

Als Nachfolger der Reinbeker Brandgilde, die bereits Anfang des 18. Jahrhunderts bestand, wurde 1874 der „Reinbeker Schützenverein von 1874 e.V.“ gegründet. Auf dessen Mitgliederverflechtung mit anderen Vereinen wird noch in 4.2.5.1 eingegangen werden. Nicht auf die Brandgilde zurückzuführen ist die Gründung der freiwilligen Feuerwehr 1887 durch acht aktive und 62 passive Mitglieder.[206]

Am 31. März 1884 fand die Gründungsversammlung des „Männergesangverein von 1884 e.V.“ statt[207], der sich in der Berichterstattung durch die örtliche Presse größter Beliebtheit erfreute.[208]

Seit Mai 1864 bestand in Reinbek bereits eine Kampfgenossenschaft, die bei der Gründung 30 und 1888 51 Mitglieder zählte. Bis 1910 ging die Mitgliederzahl auf 11 zurück.[209] Über eine Fortführung oder eine Auflösung dieser Kampfgenossenschaft existieren, zumindest in Reinbek, keine Unterlagen, allerdings wird 1884 in der Presse erwähnt, dass der „hiesige Verein Schleswig=Holsteinischer Kampfgenossen von 1848/51“ für den ehemaligen „hiesi-

---

[204] BZ vom 24. Dezember 1884 und vom 23. Dezember 1885.
[205] BZ vom 27. Dezember 1885.
[206] STAR, I/145; II/ 264.
[207] STAR, I/ 192.
[208] Z.B. bei der Berichterstattung über Sängerfeste oder hier zur Fahnenweihe, BZ vom 5. Mai 1889.
[209] Zimmermann, H.-P., „Der feste Wall gegen die rote Flut“, Kriegervereine in Schleswig-Holstein 1864 – 1914, Neumünster 1989, Anhang 3, Tab. 1, S. 797.

gen Kirchspielvogt Friedrich Borgfeld“ einen Kranz zu dessen Grab nach Meran gesandt habe.[210]“

Kriegervereine wurden in Preußen vereinzelt schon kurz nach den Befreiungskriegen 1813/15 gegründet. Ursprünglich waren sie von ehemaligen Soldaten ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, für gefallene und verstorbene Kriegsteilnehmer ein militärisch-ehrenvolles Begräbnis sicherzustellen. Einen Aufschwung nahmen die Kriegervereine nach den Kriegen von 1864, 1866 und 1870/71 im gesamten Deutschen Reich, bis sie, nachdem auch Reservisten Mitglieder werden konnten, vor dem Ersten Weltkrieg eine Mitgliederzahl von drei Millionen erreichten.[211] 1873 bildete sich der „Deutsche Kriegerbund“, dessen Ziel es war, alle deutschen Kriegervereine zu vereinigen. Nach Auseinandersetzungen um die Zentralisierung der Verwaltung und des Kassenwesens und der Trennung von seinen Vereinen in Bayern, Sachsen, Württemberg und Baden gewann das Landesverbandsprinzip immer mehr Anhänger. Der „Deutsche Kriegerbund“ beschränkte sich in der Folgezeit auf Aktivitäten in Preußen. Die Landeskriegerverbände vereinigten sich 1899 im „Kyffhäuserbund“ der deutschen Landeskriegerverbände mit insgesamt zwei Millionen Mitgliedern. Die ursprüngliche Aufgabe des „Kyffhäuserbundes“, das auf dem Kyffhäuserberg in Thüringen errichtete Kaiser-Wilhelm-Denkmal zu verwalten, weitete sich dahingehend aus, dass bei Landesvertretertagen Fragen beraten wurden, die das gesamte Kriegervereinswesen im Deutschen Reich betrafen.

Neben den ursprünglichen Kriegervereinen bildeten sich weitere Vereine mit gleichen oder ähnlichen Zielsetzungen wie z. B. Kampfgenossen-, Veteranen-, Soldaten-, Militär-, Regiments- und Waffengattungsvereine oder militärische Kameradschaftsvereine.[212]

Während sich in anderen Provinzen die Kriegervereine hauptsächlich auf dem Lande in den Dörfern bildeten, lagen die Zentren der Vereine in Schleswig-Holstein hauptsächlich in Kleinstädten, Flecken und größeren Dörfern.[213] Auch hier wurden Kriegervereine nach 1864 von ehemaligen Kriegsteilnehmern gegründet, nachdem bis 1863/64 „das ideologische und zahlenmäßige Potential

---

[210] BZ vom 24. Januar 1884.
[211] Rohkrämer, Th., Der Militarismus der „kleinen Leute“. Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871 – 1914, München 1990, S. 27.
[212] Ebd., S. 29 f.
[213] Zimmermann, H.P., 1989, S. 283.

an oppositionellen Kräften und damit für Kriegervereine“[214] bedeutsam angestiegen war. Die Entwicklung in Schleswig-Holstein war gekennzeichnet durch fünf Schritte:

1. Gründung des Nationalvereins in den Herzogtümern Schleswig und Holstein (1861 bzw. 1863), dessen Mitglieder den Anschluß Schleswig-Holsteins an das zentralisierte Deutschland forderten.
2. Eskalation der Konflikte und die Schleswig-Holstein-Bewegung in Deutschland.
3. Übergreifen der Bewegung auf die Herzogtümer.
4. Gründung der „Schleswig-Holsteinischen Vereine“ (1864) mit Schwerpunkten in Holstein, den Hamburger Randgebieten und Süder-Dithmarschen[215].
5. Entstehen der Wehrbewegung.[216]

In Schleswig- Holstein waren bis 1914 folgende Verbände aktiv:

- Die Kampfgenossenschaften von 1848/51	(1863 - 1914)
- Die Kampfgenossenvereine von 1870/71	(1870 - 1914)
- Die allgemeinen Kriegervereine	(1877 - 1914)
- Die Regimentsvereine	(1883 - 1914)
- Vereine ehemaliger Kolonialkrieger	(1907 – 1914)[217]

Wenn es auch aufgrund ungenauer Angaben in den Mitgliederlisten der Kriegervereine nicht möglich ist, ihre Sozialstruktur exakt festzustellen, so scheint es doch mit Hilfe von Statistiken aus den Kreisen möglich zu sein, einen Rückschluß auf die Berufstätigkeit der Mitglieder zu ziehen.[218] In der Regel ging die Gründung der Vereine von einfachen, kriegsgedienten Soldaten aus, die im Zivilleben vorwiegend Arbeiter, Landarbeiter und Kleinbürger waren.[219] Nach statistischen Angaben des Deutschen Kriegerbundes waren 1911

---

[214] Ebd., S. 226.
[215] Ebd., S. 238.
[216] Ebd., S. 227. Auch Schützen- und Turnvereine, die von Mitgliedern der Schleswig-Holstein-Vereine durchsetzt waren, hielten Schieß- und andere militärische Übungen ab, um die Wehrbewegung zu stärken. Im Zusammenhang mit derlei Aktivitäten und Aufrufen dazu ist der Altonaer Schützenverein hervorzuheben.
[217] Ebd., Anhang 3, S. 793 ff.
[218] Ebd., S. 328.
[219] Rohkrämer, Th., 1990, S. 34.

„ 28,8% der Mitglieder Landarbeiter und kleine Landbesitzer, 27,8% gewerbliche Arbeiter, 24,9% Gewerbetreibende und Handwerker und 18,5% Beamte und Angestellte.“[220] H.-P. Zimmermann stellt in Frage, ob es überhaupt möglich sei, aufgrund von Statistiken, die u.U. von den Erstellern, z.B. Landräten, „geschönt“ worden seien, genaue Rückschlüsse auf die Berufszugehörigkeit der Vereinsmitglieder zu ziehen, da dort Berufsbezeichnungen oft pauschalisiert worden seien und deswegen keine exakten Analysen zuließen.[221] Hinsichtlich der Mitglieder der Kampfgenossenschaften von 1848/51 scheint allerdings festzustehen, dass „weit über die Hälfte der organisierten Veteranen des Erhebungskampfes aus unteren Bevölkerungschichten stammte und die Oberschichten deutlich unter drei Prozent der Mitglieder stellten.“[222]

Robert v. Friedeburg untersuchte acht örtliche Kriegervereine im hessischen Schwalmkreis zwischen Eder und Werra anhand von Wählerlisten von 1893 hinsichtlich der sozialen Herkunft ihrer Mitglieder, um ein Bild der Kriegervereine in der ländlichen Klassengesellschaft des Schwalmkreises Ende des 19. Jahrhunderts darzustellen.[223] Bei den acht untersuchten Gemeinden waren 1893 durchschnittlich 32,27% der Bauern, 39,9% der Handwerker, 46,6% der Tagelöhner und 33,46% sonstige Haushaltsvorstände Mitglieder der örtlichen Kriegervereine.[224] Eine genau Differenzierung nach Rangskala, wie sie die Kriegerverbände vorgenommen haben, erfolgte hier nicht. Deutlich wird aber, dass im Gegensatz zum Reichsdurchschnitt von 1911[225] der Anteil der Tagelöhner signifikant größer war, wenn davon ausgegangen wird, dass diese sowohl in der Landwirtschaft als auch im Gewerbe beschäftigt waren.

V. Friedeburg folgert aus dem Ergebnis seiner Untersuchung: „ Je schärfer sich die soziale Differenzierung, je schroffer sich die soziale Abhängigkeit der Un-

---

[220] Saul, K., Der „Deutsche Kriegerbund“. Zur innenpolitischen Funktion eines „nationalen“ Verbandes im kaiserlichen Deutschland, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1969, H. 2, S. 95 ff., hier S. 109.

[221] Zimmermann, H.-P., 1989, S. 328.

[222] Ebd., S. 330 f. Zimmermann legte hier die Rangskala der Kriegerverbände zugrunde.“Danach gehörten zur Unterschicht: Fürsorgeempfänger, Land- und Fabrikarbeiter, Handwerksgesellen, kleine Angestellte und Beamte; zur Mittelschicht: Landwirte (Hufner, Bauern, Landmänner), Kaufleute, Handwerksmeister, mittlere Beamte und Angestellte (z.B. Amtsvorsteher, Förster, Inspektoren, Kapitäne, Ingenieure, Stationsvorsteher, Volksschullehrer) und Künstler; zur Oberschicht: Gutsbesitzer, Offiziere, hohe Beamte und Angestellte (Präsidenten, Direktoren, Räte, Gymnasiallehrer), akademische Freiberufe, Kommerzienräte und Konsuln.“

[223] Friedeburg, R.,v., Ländliche Gesellschaft und Obrigkeit. Gemeindeprotest und politische Mobilisierung im 18. und 19. Jahrhundert, Göttingen 1997, S. 204 – 218.

[224] Ebd., S. 211. Als Sonstige bezeichnet v. Friedeburg „in erster Linie Auszögner, Lehrer, Kaufleute usf.“

[225] Saul, K., 1969, S. 109.

terschichten der Mieter und je eingeschränkter sich der Handlungsspielraum für die Unterschichten gemeindespezifisch darstellte, desto mehr wurden die Kriegervereine eine Sache der Tagelöhner und Handwerker, der Landarmen und Landlosen im Dorf."[226] Zusammenfassend ergibt sich bei v. Friedeburg der Befund, dass im untersuchten örtlichen Bereich die Kriegervereine gerade für Angehörige der Unterschichten eine Möglichkeit zur Integration boten und ein „Vehikel von Ehrbarkeit, Ansehen und Selbstbewußtsein" in der dörflichen Gesellschaft bildeten.[227]

Allgemeine Politisierung und die Einflußnahme der Kriegervereine in der Öffentlichkeit, basierend auf monarchistischem und nationalem Gedankengut, wurde von Sozialdemokraten bereits sehr früh kritisiert, wobei Bebel „schon 1888 das politische Engagement norddeutscher Kriegervereine" im Reichstag thematisierte.[228] Andererseits gilt es als gesichert, dass Sozialdemokraten und Mitglieder der freien Gewerkschaften in nicht geringer Anzahl in den Kriegervereinen aktiv waren.[229] Das hatte zeitweise zur Folge, dass die sozialdemokratische Führung auf der einen Seite die Kriegervereine regelrecht dazu animierte, Sozialdemokraten auszuschließen, auf der anderen Seite versuchten vor allem ältere sozialdemokratische Arbeiter entweder deswegen in den Vereinen zu bleiben, um einen erworbenen Unterstützungsanspruch nicht zu verlieren oder sogar eine Mehrheit in den Kriegervereinen zu bilden, um diese somit zu sozialdemokratischen Vereinen zu machen.[230] In den nun folgenden Jahren wurden die Kriegervereine zum Kampf gegen die Sozialdemokratie eingesetzt: eine neue Satzung des Deutschen Kriegerbundes legte 1891 fest, dass sich die Vereine zu verpflichten hätten, sozialdemokratische Mitglieder auszuschließen.[231] „Der offene Kampf gegen die Sozialdemokratie und eine massive Einflußnahme auf die Wahlentscheidung der Mitglieder waren im Bereich des Deutschen Kriegerbundes seit den 90er Jahren die Regel."[232] Vonseiten der Führungsebenen der Sozialdemokraten eineseits und der Kriegervereine andererseits kam es somit zum gegenseitigen Boykott.

---

[226] Friedebur, R.,v., 1997, S. 211
[227] Ebd., S. 218.
[228] Rohkrämer, Th., 1990, S. 52.
[229] Saul, K., 1969, S. 118 f.
[230] Rohkrämer, Th., 1990, S. 53.
[231] Rohkrämer, Th., 1990, S. 41.
[232] Ebd.

Auch die freien Gewerkschaften wurden zur Zielscheibe der Kriegervereine, die diese als Unterstützer der Sozialdemokratie ansahen und folgerichtig war die Mitgliedschaft für Angehörige der Kriegervereine in den Gewerkschaften verboten. Realisieren liessen sich diese Ausschlüsse jedoch nicht in allen Landesverbänden, wie z. B. in Westfalen, wo in den großen Städten die Mitglieder der Kriegervereine zum großen Teil auch gleichzeitig Gewerkschaftsmitglieder waren. In Hamburg weigerte sich der Verband ebenfalls, Arbeitervertreter auszuschließen.[233]

Weil sich die Durchsetzung der o.g. Verbote auch in Schleswig-Holstein nicht so einfach in die Wirklichkeit umsetzen ließ und bis 1914 immer noch Anhänger der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften Mitglieder der Kriegervereine waren, konzentrierte sich die Führung des Preußischen Landeskriegerverbandes im Reichstagswahlkampf 1903 darauf, die möglichen Ergebnisse der Sozialdemokraten so gering wie möglich zu halten.[234] Dass dies nicht gelang, zeigt in besonderer Weise das Wahlergebnis der SPD im Wahlkreis Altona-Stormarn, in dem diese bei der Reichstagswahl 1903 69,4% der Stimmen erhielt (vor dem Wahlkreis Kiel-Rendsburg-Neumünster mit 56,3% und Pinneberg-Segeberg mit 52,4%). Dies war das beste Ergebnis der Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein.[235] Der in den Landgemeinden Schleswig-Holsteins unter 2000 Einwohnern hohe sozialdemokratische Wähleranteil war hauptsächlich auf die Wahlkreise 5, 6, 8 und 10 im Hamburger Umland zurückzuführen.[236] Ein solch hohes Wahlergebnis konnte allerdings in den Reichstagswahlen von 1907 und 1912 nicht mehr ganz erreicht werden. Indem die Kriegerverbände in Schleswig-Holstein durch Verunglimpfungen des politischen Gegners, durch Drohungen und Sanktionen gegenüber den eigenen Mitgliedern versuchten, diese zu halten und von sozialdemokratischen Agitationen fernzuhalten, gelang es ihnen dennoch nicht, Ideen und Einflußnahme der Sozialdemokratie auf einen großen Teil der Bevölkerung zurückzudrängen.

---

[233] Saul, K., 1969, S. 121.
[234] Zimmermann, H.-P., 1989, S. 344 f.
[235] Paetau, R., Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988, Tab. 41, S. 543.
[236] Ebd., S. 445.

Eine wichtige Rolle hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke und ihrer Aktivitäten in der Öffentlichkeit spielte die „Militärische Kameradschaft von 1887 zu Reinbek" im kulturellen Leben der Gemeinde Reinbek in der Kaiserzeit. Sie wurde am 17. April 1887 gegründet, zählte zu den allgemeinen Kriegervereinen und trat 1889 dem „Deutschen Kriegerbund“ bei. Bei den Mitgliedern handelte es sich um ehemalige Soldaten[237], die es als ihre Aufgaben ansahen, kriegsbedingte Witwen und Waisen zu unterstützen und national orientierte Festivitäten zu organisieren und abzuhalten. Mitglieder des Militärvereins waren neben Angehörigen der Unter- und Mittelschicht später auch angesehene und wohlhabende Bürger Reinbeks, wie z. B. der Gemeindevorsteher Kiehn, Gutsbesitzer, Ärzte und Adelige, wenn auch letztere als Ehrenmitglieder geführt wurden, denen die Mitgliedschaft vom Vorstand des Vereins angetragen worden war.[238]

Die jährlichen Mitgliederzahlen von 1887 bis 1891:[239]

1887	**1888**	**1889**	**1890**	**1891**
19	19	24	46	51

Der Anstieg der Mitgliederzahl entsprach generell dem Trend der im DKB/PLKV zusammengeschlossenen Kriegervereine in den einzelnen Provinzen Preußens (1875 – 1914)[240] und dem jährlichen Zuwachs der Mitglieder im DKB allgemein. Dort betrug der jährlich Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr 1889 14,5%, 1890 21,0% und 1891 19,2%. Im gleichen Zeitraum betrug der Mitgliederzuwachs in Reinbek 1889: 26,3%, 1890: 91,6% (!) und 1891: 10,8%. Auf welches Ereignis oder auf welche Aktivitäten seitens des Reinbeker Vereins der hohe Mitgliederzuwachs zwischen 1888 und 1891 zurückzuführen ist, kann anhand der vorliegenden örtlichen Quellen nicht festgestellt werden, zu vermuten ist aber, dass eine spätere Bestimmung des DKV dafür ausschlag-

[237] STAR, II/ 308. „Gründung der Mil. Kamer. z. Reinbek 1887. Bei der Controllversammlung im April 1887 wurde der Wunsch allgemein ausgesprochen, auch hier in Reinbek einen Verein ehemaliger Kameraden zu gründen [...]. Nach mehreren Zusammenkünften und Bekämpfung mancher Schwierigkeiten [...], wurde die Vorlage des ausgearbeiteten Statuts vom Kirchspielvoigt Herr Major Meier genehmigt und erhielt der neue Verein den Namen Militärische Kameradschaft von 1887 zu Reinbek.“
[238] STAR, II/308.
[239] Ebd., Protokollbuch der „Militärischen Kameradschaft“.
[240] Zimmermann, H.-P., 1989, Anhang 5, S. 836.

gebend war, die festlegte, dass kein Verein weniger als 50 Mitglieder haben dürfe, um so eine Zersplitterung des Kriegervereinswesens zu verhindern.[241]
Die Berufszugehörigkeit der Reinbeker Mitglieder in den Jahren 1887 bis 1891 verteilte sich wie folgt: 45% Handwerker (selbständige und unselbständige, in der Mehrzahl selbständige Handwerksmeister), 10% Beamte (Lehrer und Postboten), 20% Händler und Gastwirte, 20% Anbauern, 5% Arbeiter.[242] Mittlere Beamte oder Akademiker waren in den Jahren nach der Gründung des Reinbeker Vereins bis 1891 als Mitglieder dort nicht eingetragen.
Für Schleswig Holstein läßt sich für die Zeit zwischen 1900 und 1914 ermitteln, dass in „105 von insgesamt 650 allgemeinen Kriegervereinen [. . .] 15% der Vereinsvorsitzenden Gutsbesitzer, hohe Beamte (vor allem Landräte) und freiberufliche Akademiker waren [...]. Die übrigen gehörten zu 32% der Unter- und zu 51% der Mittelschicht an. Vor allem Lehrer drängten in Führungspositionen. Arbeiter waren dagegen nur 7 von 105 Vereinsvorsitzenden.“[243]
Der erste Vorstand der „Militärischen Kameradschaft von 1887 zu Reinbek“ bestand aus dem Tischlermeister Carl Franck (Vorsitzender, später Präses), dem Krämer Joseph Pohl (Schriftführer) und dem Postboten Julius Uhl (Kassierer).[244] Damit entsprach die Zusammensetzung des Reinbeker Vereins und dessen Vorstand in etwa den von Sievers dargestellten Befunden für Schleswig-Holstein zwischen 1900 und 1914.
Wenn Aktivitäten der allgemeinen Kriegervereine dargestellt werden, geht es dabei in der Hauptsache um die feierliche Durchführung von Beerdigungsfeierlichkeiten für ehemalige Mitglieder, um die Ausrichtung von Feierlichkeiten zu nationalen Feiertagen und um die Gestellung von Personal für Feiern solcher Art. Als nationale Feiertage galten die Kaisergeburtstage (Wilhelm I. am 22. März, bis 1899), Wilhelm II. (27. Januar), das Sedanfest (2. September), Stiftungsfeste von lokaler und regionaler Bedeutung und insbesondere in Schleswig-Holstein der Erhebungstag (24. März) als Erinnerung an die Erhebung gegen die dänische Herrschaft.
Über die Ausrichtung der Feiern an den Kaisergeburtstagen herrschte allgemein Einigkeit, sie boten keinen Anlaß zu Problemen oder Diskussionen. Aber

---

[241] Rohkrämer, Th., 1990, S. 56, Anmerkung 175.
[242] STAR, II/308, Protokollbuch der „Militärischen Kameradschaft“. Prozentzahlen gerundet.
[243] Sievers, K.-D. Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins in der Kaiserzeit 1867 – 1914, Neumünster 1991, S. 153.
[244] STAR, II/ 308.

bei den bereits 1871 gemachten Vorschlägen, den Tag des Sieges über Frankreich und die Kapitulation Napoleons III. alljährlich im ganzen Reich am 2. September zu feiern, entstanden bei den Initiatoren Auseinandersetzungen darüber, auf welche Art und Weise und zu welchem Termin dieser Feiertag begangen werden sollte.[245] Den ausschlaggebenden Anstoß, das nationale Fest als Friedensfest zu feiern, gab Pastor Friedrich v. Bodelschwingh, Gründer der Bethel`schen Anstalten bei Bielefeld in Westfalen. Er, der bereits 1866 den Vorschlag gemacht hatte, ein Friedensfest im christlichen (will heißen: im protestantischen) Sinne zu feiern, ohne sich auf ein bestimmtes Datum festzulegen, ließ keinen Zweifel daran, dass ein wesentlicher Bestandteil des Festes der Gottesdienst sein müsse. Trinkgelage und andere Ausschweifungen müßten vermieden werden.[246] Im Laufe des Jahres 1871 waren konkrete Planungen erarbeitet worden, wann und auf welche Weise dieser Gedenktag gestaltet werden sollte. Eine wichtige Rolle dabei spielte die in Bonn tagende Generalversammlung des Rheinisch-Westfälischen Provinzialausschusses für die innere Mission, in deren Verlauf sowohl das genaue Datum (2. September) als auch der Ablauf des Festes detailliert vorgeschlagen und in einem Flugblatt veröffentlicht wurden.[247] Beginnen sollte das Fest am Vorabend des 2. September mit einer Vorfeier, bei der Friedensfeuer entzündet, patriotische Lieder gesungen und die Kirchenglocken geläutet werden sollten.[248] Der eigentliche Feiertag sollte mit Umzügen der Kriegsveteranen durch geschmückte Straßen beginnen. Nach dem anschließenden Festgottesdienst, vaterländischen Reden und Liedern könnten die Feierlichkeiten mit Volksbelustigungen und abendlichem Feuerwerk enden.[249]

Am Beispiel von Flensburg schildert Zimmermann den Ablauf der Feierlichkeiten des Sedantages, „die ihn und fast alle größeren nationalen Feierlichkeiten im Reich bis 1914 kennzeichneten: Zapfenstreich, Gottesdienst, Glockengeläute, Festumzüge und Kommerse.“[250] Bei der Gestaltung und vorrangig als Träger der Feierlichkeiten wirkten in Schleswig-Holstein in besonderer Weise die

---

[245] Schellack, F., Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste, in: Düding, D., Friedemann, P., Münch, P. (Hrsg.), Öffentliche Festkultur , politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 279 – 296, hier S. 279.
[246] Zimmermann, H.-P., 1989, S. 461.
[247] Schellak, F., 1988, S. 280.
[248] Ebd., S. 281.
[249] Ebd.
[250] Zimmermann, H.-P., 1989, S. 462.

Kriegervereine mit. Aber auch Gesangsvereine, Turnvereine, Schützenvereine und die Freiwilligen Feuerwehren engagierten sich hauptsächlich bei Märschen und Umzügen.[251]
Damit war aus dem von v. Bodelschwingh intendierten Friedensfest auf christlicher Grundlage am Ende eine militärisch geprägte, deutsch-patriotische Veranstaltung geworden.

2.2.5. Armut und soziale Sicherheitssysteme

Die Armenpflege ist eine der ältesten Aufgaben der Gemeinde. Schon im 16. Jahrhundert wurde sie per Gesetz verpflichtet, die Armenfürsorge als Pflichtaufgabe zu übernehmen.
Wer aus der Bevölkerung aber zählte zu den Armen, wie hoch war deren Anteil an der Gesamtbevölkerung im Mittelalter? Wolfram Fischer unterschiedet zwar ländliche von städtischer Armut, verdeutlicht dabei aber, dass zu den Armen zählende Tagelöhner, Arbeitslose, Kranke, Witwen, Waisen und mittellose alte Menschen, ehemalige Straftäter, unehelich Geborene und Prostituierte sowohl auf dem Lande als auch in den Städten zu finden waren.[252] Die wichtigssten Gründe für Armut auf dem Lande waren die niedrige Produktivität der Landwirtschaft, die Abhängigkeit der Kleinbauern und die damit verbundenen hohen Abgaben und kostenlosen Dienste für die Grundherren. Weil die Bauern hohe Abgaben zu leisten hatten, fehlte ihnen das Kapital für Werkzeuge und Zugvieh, mit deren Hilfe sie vermutlich höhere Erträge erzielt hätten als mit menschlicher Arbeitskraft allein. Deswegen waren große Teile der Landarmen besonders im Winter darauf angewiesen, Lohnarbeit in den Städten zu finden, in denen sie dann auch wieder zur armen Unterschicht gehörten. Hungernde

---

[251] Sievers, K.D., Kriegervereine als Träger dörflicher Festkultur in Schleswig-Holstein, in: Jakubeit, W., Mooser, J., Stroth, B. (Hrsg.), Idylle oder Aufbruch ? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Ein europäischer Vergleich, Berlin 1990, S. 155 – 167, hier S.161.
[252] Fischer, W., Armut in der Geschichte. Erscheinungsformen und Lösungsversuche der „Sozialen Frage“ in Europa seit dem Mittelalter, Göttingen 1982. Bezug hier auf: Mollat, M. (Hrsg.), Etudes sur l´histoire de la Pauverté, Paris 1914, Bd. 1, S. 13.

Arme gab „es im mittelalterlichen Dorf nicht nur in Zeiten allgemeiner Hungersnot [. . .], sondern zu jeder Zeit.“[253]

Schwierig ist die Antwort auf die Frage, ob die Armut in den mittelalterlichen Städten größer war als in ländlichen Gebieten. Wie auf dem Lande gab es auch in den Städten eine breite einheimische Schicht, die als arm galt. Zu ihr gehörten nicht nur „Lohnarbeiter, sondern auch die Mehrzahl der kleineren Gewerbetreibenden, deren Beschäftigung oft ebenso unregelmäßig [war] wie die von Lohnarbeitern.“[254] Unterhalb dieser Schicht, die neben den Gewerbetreibenden aus Handwerksgesellen, Lehrlingen, Knechten und Mägden bestand, rangierte noch eine weitere Schicht, die der „unehrlichen“ Leute, wie etwa Henker und Abdecker, oder auch die der „fahrenden“ Leute und umherziehenden Schäfer. „Unabhängig vom Beruf gehörten dazu jedoch die Arbeitslosen und Arbeitsscheuen, die Kranken, Waisenkinder und oft auch die Alten.“[255] Der Anteil der Unterschichten an der Bevölkerung in süddeutschen und schweizer Städten betrug im 15. Jahrhundert beispielsweise in Konstanz 61%, in Memmingen 63%, Ravensburg 70%, St.Gallen 65%, Schaffhausen 61%, Schwäbisch Hall 59%, Überlingen 50%.[256] Zur Unterschicht in Lübeck zählten 1460 39% der Bevölkerung, dazu kamen weitere 14% der ganz Armen, die über keinerlei Einkommen verfügten.[257]

Eine weitere Gruppe Armer war die der „verschämten Armen“, die sich besonders bei den sog. „Hausarmen“ fand, welche weder bettelten noch sich in Spitälern verpflegen oder behandeln ließen. Sie lebten zuhause und wurden von Wohlhabenderen mit Nahrung und evtl. auch Kleidung in deren Häusern unterstützt. Unter diesen Almosenempfängern befanden sich nicht nur Frauen und Kinderreiche, sondern durchaus auch Bäcker, Zimmerleute, Schuhmacher, Tuchscherer und sogar Kürschner und Goldschmiede. Diese Gruppe wurde häufig als unverschuldet in Not geraten bezeichnet und war im Gegensatz zu

---

[253] Ebd., S. 12 ff.
[254] Ebd., S. 16.
[255] Ebd., S. 21.
[256] Eitel, P., Die oberschwäbischen Reichsstädte im Zeitalter der Zunftherrschaft, Stuttgart 1970, S. 119, 122.
[257] Brandt, v., A., Die gesellschaftliche Struktur des spätmittelalterlichen Lübeck, in: Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa. Reichenau-Vorträge 1963-1964, Sigmaringen: Jan Thorbecke[2] 1974, S. 222 ff., zit. n. Fischer, W., 1982, S. 16 f.

Bettlern und umherziehenden Arbeitsscheuen der Almosen Wohlhabender würdig.[258]

In Preußen zählten um 1800 Bauern, Pächter, Krämer, fahrendes Volk und seßhafte Künstler, Handwerker, Wirte auch zu den sog. „niederen Ständen", die mehr als 14% der Gesamtbevölkerung ausmachten. Die zumeist auf dem Lande lebenden, besitzlosen Heimarbeiter, also Spinner, Weber, Besenbinder und Korbflechter machten einen weiteren, großen Teil derjenigen aus, die ein Leben in Armut führten. In Deutschland waren „am Vorabend der Industrialisierung" „Knappheit, ja Armut so weit verbreitet [. . .], daß man darin eine normale Situation der Bevölkerungsmehrheit sehen muß."[259]

In der nun wachsenden Industriegesellschaft ging der Anteil der bleibend Armen zumindest in den Städten stetig zurück. So wurden z.B. um 1850 noch 20 bis 30% der städtischen Einwohner von der Armenpflege unterstützt; in Hamburg betrug der Anteil 1800 nur noch etwa 10%, in Berlin, Bremen und Lübeck zwischen 6 und 7%. Eine Veränderung in den preußischen Landgemeinden fiel nicht so deutlich aus, denn der Anteil der Unterstützungsempfänger lag dort um die Jahrhundertwende bei 2,4%, aber die Hauptursachen der Armut blieben bis zur Einführung der Sozialversicherung weiterhin bestehen: Arbeitslosigkeit, Krankheit, Alter, Kinderreichtum, unvollständige Familie.

Im Mittelalter wurden Arme, Kranke, geistig und körperlich Behinderte auch von christlichen Nonnen und Mönchen in Hospizen versorgt, die größtenteils aus Stiftungen finanziert wurden, deren Stifter im Sinne des Ablassgedankens der Kirche glaubten, sich dadurch einen Platz im „Himmel" erkaufen zu können.[260] Hier fand eine Differenzierung nach Art der Krankheiten nicht statt, und eine Aufnahme mit dem Ziel, in einer bestimmten Zeit eine Krankheit zu heilen, war unüblich bzw. nicht bekannt. „Das Hospital blieb, den Möglichkeiten der Zeit entsprechend, stets ein Hort für Bedürftige im weitesten Sinne, ein Haus Gottes [. . .] im Dienste der Barmherzigkeit.[261] Erst nach der Reformation wurden in

---

[258] Fischer, W., 1982, S. 25 f.
[259] Ebd., 1982, S. 54 f.
[260] Roscher, W., System der Volkswirthschaft, Bd. V, System der Armenpflege und Armenpolitik, 2. Aufl., Stuttgart 1894, S. 80.
[261] Leistikow, D., Das deutsche Krankenhaus in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, in: Schadewaldt, H.(Hrsg.), Studien zur Krankenhausgeschichte im 19. Jahrhundert im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland, Göttingen 1976, S. 12.

den Städten, nach dem Vorbild Englands, die Wohlfahrtseinrichtungen und Krankenhäuser säkularisiert, wie z.B. in Leipzig, München und Hamburg.[262]
Unter dem Begriff „Armenpflege“[263] wurde nun die Versorgung derjenigen verstanden, die entweder durch Armut, Alter, Krankheit oder Behinderung nicht in der Lage waren, für die Deckung ihrer Grundbedürfnisse dauerhaft zu sorgen. Auch diejenigen, die zwar Arbeit hatten, aber sie im Krankheitsfalle verloren, waren auf die Armenfürsorge angewiesen. Davon waren in der Regel solche Menschen betroffen, die man der Unterschicht zuordnete: Dienstboten und Gesellen, Landarbeiter, Knechte und Mägde, Arbeitslose, Handlanger und Prostituierte.[264] Diese Versorgung fand bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts stationär im Bedarfsfalle noch undifferenziert statt, d.h., Bettler, Krüppel, Geisteskranke und Menschen mit akuten und ansteckenden Krankheiten wurden in ein und derselben Anstalt versorgt.
Die öffentliche Wohlfahrtspflege in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war zunehmend gekennzeichnet durch „bürokratisch-administrative Organisation, professionelle Wahrnehmung und zentrale Steuerung.“[265] Daraus folgte eine stärkere Differenzierung der Einrichtungen in der Armen- und Krankenpflege. Zwangsarbeiterhäuser wurden den Gefängnissen zugeordnet, für arbeitsfähige Arme wurden Arbeitsanstalten auf freiwilliger Basis geschaffen, Armenhäuser wurden zu Wohnstätten für alte, arme Menschen. Geistig gestörte wurden in gesonderten Anstalten verwahrt, wie z.B in Schleswig-Holstein in der „Provinz-Irrenanstalt“ in Schleswig.[266] Durch eine Differenzierung war der Grundstein für die unterschiedlichen Bereiche der noch heute bestehenden Gesundheits- und Sozialpolitik gelegt worden:

1. Krankenversorgung
2. Behindertenversorgung und –hilfe
3. Altenhilfe
4. Arbeitslosenhilfe
5. Armenhilfe

---

[262] Foucault, M., Wahnsinn und Gesellschaft, Frankfurt/M. 1969, S. 19.
[263] Bei Sachße, Chr., 1988, wird der Begrifff „Armenpflege“ durch „Armenfürsorge“ ersetzt. „Wir bezeichnen damit die am unentbehrlichen Minimal-Lebensunterhalt orientierte traditionelle Form der Armenunterstützung.“ S. 11.
[264] Kocka, J., Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990, S. 161 f.
[265] Sachße, Chr., 1988, S. 11.
[266] Sievers, K.D., Zimmermann, H.P, Das disziplinierte Elend. Zur Geschichte der sozialen Fürsorge in schleswig-holsteinischen Städten 1542 – 1914, Neumünster 1994, S. 330.

Diese Hilfen bestanden sowohl hinsichtlich der materiellen Sicherung als auch in einer Fürsorge durch soziale Dienste.

Ende des 18. Jahrhunderts wurde die Armenpflege in Preußen im „Allgemeinen Preußischen Landrecht“ zur Aufgabe des Staates erklärt. In § 1 des neunzehnten Titels „Von Armenanstalten und anderen milden Stiftungen“ heißt es: „ Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen, und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können.“ Dies hatte zur Folge, dass der preußische Staat selbst Anstalten gründen (§ 6), Stiftungen, die einen „schädlichen“ Müßiggang begünstigen, aufheben (§ 8), bestehende Einrichtungen zur Unterstützung verpflichten (§ 9) und schließlich Städten und Dorfgemeinden die Versorgung der Armen auferlegen konnte (§§ 10 ff.). Sie sollte dort durch Landarmenhäuser sichergestellt werden, (§ 16), die durch die eigene Arbeit der Insassen, durch Zinsen aus den Stiftungskapitalien, durch Kirchen- und Haussammlungen, durch Besteuerung von Luxusgütern und Vergnügungsveranstaltungen und durch Bußgelder finanziert werden solten (§§ 25 – 29, 19. Titel). Hieraus resultierte erstmalig ein allgemeiner Rechtsanspruch auf Hilfe, der theoretisch notfalls auch einklagbar gewesen wäre. Nach § 32 standen „Armenhäuser, Hospitäler, Waisen- und Findel-, Werk- und Arbeitshäuser [. . .] unter dem besonderen Schutz des Staates.“[267] Kirchliche Einrichtungen sind somit größtenteils zu staatlichen Institutionen geworden. Ausnahmen bildeten die - allerdings außerhalb des Geltungsbereichges des ALR liegenden – bekannten Einrichtungen wie z.B. das Raue Haus in Hamburg oder die Bethel`schen Anstalten in Bielefeld.

Für Preussen 1842, den Norddeutschen Bund (1870)[268] und das Deutsche Reich (1871)[269] wurde das Heimatprinzip des traditionellen Armenrechts ersetzt durch den Unterstützungswohnsitz, d.h., nicht mehr der Geburtsort gewährte die Armenunterstützung. Sie war nunmehr an einen mindestens zweijährigen

---

[267] Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, hrsg. v. Hattenhauer, H., Frankfurt/Main, 1970, S.663.

[268] Gesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870, in: Grais, de Hue, Peters, H. (Hrsg), Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, Berlin 1927, S. 818 ff.

[269] Preußisches Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871, in: Heffter H, Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, Stuttgart 1969, S. 520.

Aufenthalt und/oder weitere Voraussetzungen in der Wohngemeinde gebunden. Die Durchführung der Armenpflege sollte nach dem Gesetz durch die Gründung von Orts- und Landarmenverbänden organisiert und geregelt werden. Scharpff interpretierte in seinen Erläuterungen zum Armenrecht das Gesetz von 1870 in der Form, „daß der prinzipielle Unterstützungsbezirk die Ortsgemeinde sein kann, aber nicht muß, unter Umständen sogar nicht sein darf.“ Die kommunale Qualifikation als solche sei nicht entscheidend, „sondern der Gesichtspunkt, räumliche Bezirke, welche ein Wirtschaftsgebiet - in erster oder zweiter Linie - darstellen und der Armenlast und =Pflege gewachsen sind, als Armenverbände zu organisieren.“[270]

Eine Gründung institutionalisierter Versorgungseinrichtungen für kranke Menschen aus den unteren Bevölkerungsschichten fand in Schleswig-Holstein erst Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts statt, als eine Trennung von Armenpflege und Gesundheitswesen durchgeführt wurde. In der Landgemeindeordnung von 1892 war vorgesehen, dass die Versorgung von Kranken in der Regel auf Kosten der öffentlich finanzierten Armenhilfe durchzuführen sei, wenn ein stationärer Krankenhausaufenthalt notwendig geworden war. „ Öffentliche Armenunterstützung empfängt jedoch auch der, welcher selbst oder in der Person eines seiner Familienmitglieder wegen Krankheit auf öffentliche Kosten vorbehaltlich späterer Kostenerstattung in ein Krankenhaus aufgenommen ist.“[271] Da sich die wenigsten eine derartige Kostenerstattung leisten konnten, fand häusliche Krankenpflege durch die freiwillige Arbeit von Mitgliedern sozialer und humanitärer Einrichtungen statt, wie z. B. in Reinbek der des Deutschen Roten Kreuzes[272] oder von christlichen Gemeindeschwestern[273]. Bezüglich der Arbeit derartiger Einrichtungen spricht Sachße von „lokaler Vereinskultur“[274], die weniger auf dem Lande als vielmehr in den Städten präsent war. Er stellt fest, dass es um die Jahrhundertwende „bemerkenswerte Ansätze einer kommunalen Sozialpolitik jenseits der klassischen Armenfürsorge“ gegeben habe, dass aber „diese Reform und Ausweitungsprozesse kommunaler Wohlfahrt“ nur auf Großstädte beschränkt gewesen seien, „zahlreiche mittlere und kleinere Städ-

---

[270] Scharpff, R., Handbuch des Armenrechts: Eine mit Erläuterungen versehene Zusammenstellung der reichs- und württermbergischen Bestimmungen über das Armenwesen, Stuttgart 1896, S. 35.
[271] LGO, § 41, Abs. 4, Anm. 5.
[272] STAR, V/ 81, Protokollbücher des DRK Reinbek 1870 – 1976.
[273] STAR, II/ 38, Warteschule.
[274] Sachße, Chr., 1988, S. 24.

te und vor allem die Landgemeinden“ seien davon „völlig unberührt“ geblieben.[275] Für die hier zu untersuchende Landgemeinde Glinde trifft dies, was die Zugehörigkeit zu einem Gesamtarmenverband betrifft, nicht zu. Sie war, wie die Gemeinde Reinbek selbst auch, wie unten näher ausgeführt, bereits seit 1874 Mitglied des Gesamtarmenverbandes Reinbek.

Die Entwicklung der individuellen und kommunalen Absicherung Hilfsbedürftiger Ende des 19. Jahrhunderts muß jedoch hinsichtlich des vorliegenden Untersuchungsthemas vor dem Hintergrund der Bismarck`schen Sozialgesetzgebung und den in der Zeit davor in Preussen erlassenen Sozialgesetzen gesehen und interpretiert werden. Dabei lässt sich diese Gesetzgebung und deren Auswirkungen in zwei Zeitabschnitte - den Untersuchungszeitraum betrefffend - einteilen:

1. 1839 bis 1890
   Anfänge der Sozialgesetzgebung bis zur Entlassung Bismarcks
2. 1888 bis 1918
   Die Sozialgesetzgebung unter der Regierung Kaiser Wilhelms II.[276]

Vorläufer der deutschen Sozialversicherung bestanden in Deutschland nicht erst seit den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts, sondern schon Jahrzehnte vorher. Für die von G.A. Ritter bezeichnete „Verfrühung“ nennt er u.a. zwei hervorgehobene Ursachen:

1. „die altständische Vorstellung vom Anspruch des Untertanen auf angemessene Subsistenzvorsorge, sobald und solange der Untertan seinen Pflichten gegenüber der Obrigkeit genügte.“[277]
2. Die Gefährdung der staatlichen Ordnung durch ein herandrängendes Proletariat während der Revolution von 1848/49 und die darauf folgende Politik größerer Staaten im Deutschen Bund in Preußen etwa die Einrichtung von Gewerbeinspektionen (Arbeitsschutz) und das Unterstützungskassengesetz von 1854, aufgrund dessen durch Beschluß eines

[275] Ebd., S. 28.
[276] Erdmann, G., Die Entwicklung der deutschen Sozialgesetzgebung, 2. erw. Auflage, Göttingen 1957, S. 3.
[277] Ritter, G.A., Die Entstehung der Sozialversicherung besonders in Deutschland und Großbritannien, in: Köhler, P.A., Zacher, H.F. (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte und aktueller Situation der Sozialversicherung, Colloqium des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht,Berlin 1983, S. 79 – 108, hier: S.83.

Ortsstatutes sowohl Arbeiter als auch Arbeitgeber zu Mitgliedschaften bzw. Zuschüssen für örtliche Unterstützungskassen verpflichtet werden konnten.

Eine weitere, sicherlich entscheidende Ursache für die Bismarck`sche Sozialgesetzgebung war nicht nur die Furcht vor einer sozialen Revolution in Deutschland nach dem Vorbild der Pariser Kommune von 1871, sondern auch die Absicht, „bedrohlich erscheinende Gruppen politisch-sozial zu schwächen".[278] Damit waren zweifellos die Sozialdemokraten gemeint, und er räumte ein: „Wenn es keine Sozialdemokratie gäbe, und wenn nicht eine Menge sich vor ihnen fürchtete, würden die mäßigen Fortschritte, die wir überhaupt in der Sozialreform bisher gemacht haben, auch noch nicht existieren."[279]
Bismarcks Sozialpolitik entstand somit nicht aus der Absicht, den weniger Privilegierten in der Gesellschaft Wohlfahrt und eine gewisse Sicherheit in schwierigen Lebenssituationen zu garantieren, sondern vielmehr aus der Intention, den Einfluß der Sozialdemokratie zu schwächen. Folglich war Bismarck bestrebt, die Ungleichheit zwischen Unternehmern und Arbeitern zu manifestieren. Er hielt es nicht für notwendig, eine Waffengleichheit beider Interessengruppen entstehen zu lassen, die z.B. bewirkt hätte, dass nicht nur im Falle einer akuten Bedürftigkeit der Arbeiter die sozialen Sicherungsmaßnahmen ergriffen wurden, sondern dass auch im Vorfelde von Betriebsunfällen über Arbeitsschutzmaßnahmen mit den Unternehmern hätte verhandelt werden können. Es schien von staatlicher Seite auch nicht denkbar zu sein, politische Grundlagen dafür zu schaffen, dass Arbeitszeiten, Arbeitsentgelte und Arbeitsordnungen Gegenstand von Verhandlungen hätten sein können.[280]
Neben den Sozialisten, die sich 1875 in der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands vereinigten, beeinflussten vor allem die sog. „Kathersozialisten" Lujo Brentano, Adolph Wagner, Wilhelm Roscher und Gustav Schmoller, die sich 1872 zum „Verein für Socialpolitik" zusammenschlossen, die öffentliche Meinung. Sie versuchten eine konservative Antwort auf die sozial-politischen Forderungen der Sozialdemokraten zu geben, indem sie sozialreformerische Ideen aus dem Katholizismus und dem Protestantismus zu realisieren suchten.

---

[278] Hentschel, V., Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880-1980, Frankfurt/Main 1983 S. 9.
[279] Bismarck im Reichstag am 26. November 1884. Zit.nach Hentschel, V., 1983, S. 9.
[280] Hentschel, V., 1983, S. 10.

Seit 1880 entwickelten sich im Kaiserreich „zwei ineinanderwirkende wohlfahrtsstaatliche Systeme“, nämlich das System der sozialen Sicherung im Krankheits- und Invaliditätsfall, im Fall der Arbeitslosigkeit und bei Erreichen des Arbeitsunfähigkeitsalters sowie beim Tod des Ernährers auf der einen Seite und ein System „institutionalisierten Interessenausgleiches“[281] auf der anderen, d.h. staatlich garantierte Einrichtungen, die das Arbeitsrecht wie die Koalitionsfreiheit, das Vereinsrecht, die Tarifautonomie, Betriebsverfassung und Unternehmensmitbestimmung regeln sollten. Politische Prioritäten galten den gewerblichen, genauer: den Industriearbeitern, die nach Ansicht der Regierung mehr als Land- und Heimarbeiter anfällig waren für die Agitation der Sozialdemokraten, obwohl deren Not keineswegs am größten war.[282]

Vor dem Hintergrund der erstarkten Sozialdemokratie sah sich also der Staat gezwungen, seine Stärke zu demonstrieren und deutlich zu machen, dass es der Sozialdemokraten nicht bedurfte, um ein System der sozialen Absicherung zu schaffen.

Auf professionell-ärztliche Initiative ging der „Deutsche Verein für öffentliche Gesundheitspflege“ zurück, der aus der Hygienebewegung des 19. Jahrhunderts entstand und 1873 gegründet wurde. Er sah seine Aufgabe darin, durch Ausbau der öffentlichen und privaten Hygiene allgemeine Vorsorge gegen Infektionskrankheiten wie Cholera, Geschlechtskrankheiten, Tyhus, Tuberkulose und Pocken zu treffen und diese einzudämmen.[283] Augenfällig werden die Ergebnisse der Hygienebewegung in Schleswig-Holstein. Aus den Sanitätsberichten der Regierung gehen deutlich die Kontrollen der „Irren-, Heil- und Pflegeanstalten“ seitens der Behörden hinsichtlich der Einhaltung von Hygienevorschriften bezüglich der Räumlichkeiten, Bekleidung und der Patienten hervor.[284] Auf die erfolgreiche Verhinderung des Übergriffs von Seuchen, hauptsächlich der Cholera, die 1892 in Hamburg eine hohe Anzahl von Opfern gefordert hatte, auf Schleswig-Holstein wird noch eingegangen werden.

Auch die christlichen Kirchen bereiteten mit Hilfe sozialer Organisationen, wie z.B. auf evangelischer Seite der Inneren Mission (J.H. Wichern) und der e-

---

[281] Ebd., S.7.
[282] Ritter, G.A., 1983, S. 86.
[283] Sachße, Chr., 1988, S.22.
[284] LAS Abt. 309, Nr. 7371, Sanitätsberichte der Regierung zu Schleswig.

vangelisch-sozialen Bewegung (A. Stoecker) und bei den Katholiken der christlich-sozialen Arbeitervereine (Bischof Ketteler) und der Gesellenbewegung (A. Kolping), den Boden für „sozialreformatorische Reformen“[285] vor.
Nachdem das Sozialistengesetz von 1878[286] nicht das von Bismarck erhoffte Ergebnis, nämlich die Unterdrückung der sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Bestrebungen erbracht hatte, sondern genau das Gegenteil bewirkte, nämlich Solidarisierung der Verfolgten und Anwachsen der sozialistischen Bewegung, glaubte er die Antwort auf die Forderungen nach politischen und sozialen Veränderungen darin zu finden, die organisierte Arbeiterbewegung durch eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“[287] klein halten zu können. Er übertrug dem Staat die Aufgabe, für die Bedürfnisse der Schwachen in Notfällen wie Betriebsunfällen oder Krankheit zu sorgen. Im November 1881 ließ Kaiser Wilhelm I. verkünden, „daß die Heilung der sozialen Schäden nicht ausschließlich im Wege der Repression sozialdemokratischer Ausschreitungen, sondern gleichmäßig auf dem der positiven Förderung des Wohles der Arbeiter zu suchen sein werde.“[288] Diese Botschaft aber hätte es vermutlich ohne das „Sozialistengesetz“ nicht gegeben, auf welches sich Wilhelm I. ja indirekt berief. Deswegen galten die Sozialversicherungsgesetze seit Einführung des „Sozialistengesetzes“ immer als dessen Ergänzung.[289]

Bismarcks Absicht war es ursprünglich, eine Reichsversicherungsanstalt zu gründen, die Leistungen erbrachte, ohne dass die potentiellen Leistungsempfänger Beiträge dafür zahlen mussten. Zentrum und Liberale, die diese Absicht als „Staatssozialismus“ bezeichneten, waren aus verschiedenen Gründen dagegen, sodass dieser Gesetzentwurf von Bismarck zurückgezogen wurde.[290]
Es wurden Gesetze über Krankenversicherung, Betriebsunfallversicherung und über die Alters- und Invalidenversicherung angekündigt. Als erstes Gesetz wurde die Krankenversicherung 1883 vom Reichstag verabschiedet.

---

[285] Erdmann, G., 1957, S. 8.
[286] Auf die Durchführung des Sozialistengesetzes in Schleswig-Holstein, auch im Kreis Stormarn und in Reinbek, wird unter 4.1.3.1 und 4.2.5.1 genauer einzugehen sein, um dort die Überwachung der SPD und der ihr nahestehenden Vereine durch staatliche Behörden in der Provinz und in einzelnen Gemeinden auch nach Aufhebung des Gesetzes zu dokumentieren.
[287] Mehring, F., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Gesammelte Schriften, Bd. 2, Berlin 1960, S. 560.
[288] „Die Reichsversicherung“, 1931, Heft 11, S. 313.
[289] Ritter, G.A., 1983, S. 86.
[290] Hentschel, V., 1983, S. 13.

Das Krankenversicherungsgesetz konnte auf die auch vom Staat geförderten Einrichtungen der Arbeiter aufbauen. Dabei handelte es sich um „Einrichtungen der Innungen, Betriebskrankenkassen, Knappschaften, gemeindlichen Krankenkassen und vor allem um die sogenannten eingeschriebenen Hilfskassen der Arbeiter bestimmter Berufe.“[291] Zu diesen bereits bestehenden Einrichtungen kamen nun für Arbeiter von Betrieben mit weniger als 50 Beschäftigten Orts- und Gemeindekrankenkassen.

Die Beiträge nach dem neuen Krankenversicherungsgesetz hatten zu zwei Dritteln die Arbeitnehmer und zu einem Drittel die Arbeitgeber zu zahlen, wobei die Höhe der Arbeiterbeiträge zwei bis drei Prozent des Lohnes betrugen.

Aufgrund des Krankenversicherungsgesetzes konnte ein Versicherter freie medizinische Versorgung beanspruchen. Außerdem sah es Krankheitstagegelder von mindesten 50 Prozent des Lohnes vor, der den Arbeitern während der durch Krankheit bedingten Abwesenheit vom Arbeitsplatz durch den Arbeitgeber nicht gezahlt wurde.[292] Die Kranheitstagegelder wurden allerdings gekürzt, wenn der Erkrankte in einem Krankenhaus versorgt wurde. Eine Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle war zu dieser Zeit im Gesetz nicht vorgesehen.

Freie medizinische Versorgung war zwar im Gesetz ursprünglich verankert, der Kranke mußte jedoch die Ärzte aufsuchen, die ihm von der Krankenkasse bestimmt worden waren. Das Krankentagegeld wurde längsten 13, seit 1903 längstens 26 Wochen gezahlt. Damit konnte aber ein gewerblicher Arbeiter nur sich alleine, nicht aber auch noch seine Familie ernähren. Somit fiel diese der Armenfürsorge anheim, der Versicherte auch dann, wenn er länger als 13 bzw. 26 Wochen erkrankt war.[293]

Allerdings ergaben sich auch Vorteile zumindest für die organisierte Arbeiterschaft, denn in den dezentralisierten Verwaltungen der Kassen galt der Grundsatz der Selbstverwaltung. Dies kam somit - ganz entgegen Bismarcks ursprünglicher Absicht, die organisierte Arbeiterschaft zu schwächen - der Sache der Arbeiterbewegung, vor allem während der Zeit der Organisationsverbote, entscheidend entgegen,[294] denn hier wurden nicht nur über die Auslegung des Krankenversicherungsgesetzes diskutiert, sondern die Delegiertenversamm-

---

[291] Ritter, G.A., Tenfelde, K., Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 – 1914, Bonn 1992, S. 698.
[292] Ebd., S. 699.
[293] Hentschel, V., 1983, S. 22.
[294] Ebd., S. 16.

lungen wurden vielmehr von „den Sozialdemokraten zur Wiederbelebung der unter dem Sozialistengesetz zunächst fast völlig unterbundenen Versammlungstätigkeit genutzt.“[295]

Durch die zunehmende Industrialisierung im Deutschen Reich, d.h. den stark vermehrten Einsatz von Maschinen bei gleichzeitig mangelhaftem Arbeitsschutz, hatten sich die Unfallgefahren in den Betrieben stark erhöht. Es bestand zwar eine Haftpflicht der Unternehmer für bei Betriebsunfällen enstandene Personenschäden, aber aus den rigiden Bestimmungen des Reichshaftpflichtgesetzes von 1871, die dem Verunglückten die Beweislast für die Schuld des Arbeitgebers an einem Unfall auferlegte, folgte die Konsequenz, dass für etwa 80% der gemeldeten Betriebsunfälle keine Entschädigung gezahlt wurde.[296] Das nach drei Lesungen im Reichstag verabschiedete Unfallversicherungsgesetz von 1884 sah vor, dass die als Träger der Versicherung fungierenden Berufsgenossenschaften der Unternehmer Leistungen bei allen Betriebsunfällen garantierten.[297] Während aber nach dem Reichshaftpflichtgesetz noch voller Lohnausgleich für die Zeit der Erwerbsunfähigkeit nach einem Betriebsunfall geleistet werden sollte, wurden nach dem Gesetz von 1884 von den Berufsgenossenschaften nur noch zwei Drittel des Lohnes gezahlt. Außerdem wurden Teilrenten im Falle einer nicht völligen Erwerbsunfähigkeit gewährt. Bei Tod eines Unfallopfers im Betrieb zahlten die Unfallversicherungen Witwen- und Waisenrenten (für Waisen bis zum 16. Lebensjahr) in Höhe von 20% des Arbeitseinkommens des zu Tode Gekommenen. Damit ging es den Hinterbliebenen dieser Opfer zwar viel besser als den Hinterbliebenen von Invaliden, aber bei Betrachtung absoluter Zahlen hinsichtlich der damaligen Lohnhöhen, muß diese Feststellung z.T. relativiert werden.[298]

In verschiedenen Branchen wurde in den Jahren 1873 bis 1913 durchschnittliche Verdiensthöhen erreicht, wobei Arbeiter u.a. in der Metallerzeugung, dem Berbau und den Salinen durchschnittlich die höchsten, Arbeiter in der Textilindustrie die niedrigsten Löhne erhielten.[299]

Nach Bismarcks ursprünglichem Willen sollten die Berufsgenossenschaften auch Träger der Invaliditäts- und Altersversicherung und vom Staat finanziert

---

[295] Ritter, G.A., 1983, S. 91.
[296] Ebd. S. 86.
[297] Ritter, G.A., Tenfelde, K., 1992, S. 698.
[298] Hentschel, V., 1983, S. 28.
[299] Ritter, G.A., Tenfelde,K., 1992, S. 476.

werden. Da sich aber sowohl die Berufsgenossenschaften als auch die Mehrheit des Reichtags gegen diese Absicht wandten, wurde die Invaliditäts- und Altersversicherung in öffentlich-rechtlichen Landesversicherungsanstalten organisiert und verwaltet.[300] Das entsprechende Gesetz konnte 1889 verabschiedet werden, und die Invaliditäts- und Altersversicherung wurde als vorerst letzte der Sozialversicherungen am 1. Januar 1891 eingeführt. Sie wurde zu 50% von Arbeitnehmern und zum gleichen Prozentsatz von Arbeitgebern finanziert, ferner folgte durch das Reich eine Ergänzung für jede ausgezahlte Rente in Höhe von 50 Mark pro Jahr. Voraussetzung für Leistungen aus der Invaliditätsversicherung war die Zahlung von Beiträgen über mindestens fünf Jahre, nachdem geprüft wurde, ob weniger als ein Drittel der Erwerbsfähigkeit im Vergleich mit einem gesunden Erwerbstätigen vorhanden war. Als Voraussetzung für den Erhalt der Altersrente galt ein Alter von 70 Jahren und eine regelmäßige Beitragszahlung über mindestens 30 Jahre.

Ziel dieser Versicherung war es, „den schlimmsten Auswirkungen der Altersarmut, die durch das Desinteresse der Industrie an älteren Arbeitskräften verschärft worden war, zu begegnen und zu verhindern, dass die Masse der früher erwerbstätigen Arbeiter im Alter der Armenfürsorge zur Last fiel."

Aber genau das geschah, denn erstens erreichten von 1901 bis 1910 nur 27% der Männer das Alter von 70 Jahren (das Durchschnittsalter, in dem Versicherte erstmals Rente bezogen, lag 1913 bei 56,8 Jahren), zum anderen betrug die durchschnittliche Altersrente für Arbeiter jährlich nur 165,27 Mark und die durchschnittliche Invalidenrente 183,49 Mark.[301] Die Verarmung betraf auch diejenigen über vierzig Jahre, die, möglicherweise durch Krankheit, ihren Arbeitsplatz verloren hatten und infolge körperlicher Gebrechen, nachlassender Arbeitskraft oder mangelnder Qualifikation auf dem Arbeitskräftemarkt keine Chance mehr hatten.

Unter den gegebenen Belastungen und Gefahren am Arbeitsplatz war es einerseits für viele Arbeiter unwahrscheinlich, das festgesetzte Rentenalter gesund zu erreichen, und wenn sie es erreichten, war ihnen andererseits klar, dass sie im Rentenfalle aufgrund der viel zu niedrigen Rente die Armenfürsorge in Anspruch nehmen mußten. Dies galt in noch stärkerem Maße für ihre Angehörigen, denn wenn (bis 1911) ein Versicherter vor Erreichen des An-

[300] Hentschel, V., 1983, S. 14.
[301] Ritter, G.A., Tenfelde, K., 1992, S 699 ff.

spruchsalters nicht durch einen Betriebsunfall verstarb, verfiel der Rentenanspruch ohne Rücksicht auf die eingezahlten Beiträge, die Witwen und ggf. Waisen gingen also leer aus.
Gleichwohl folgert Gerhard. A. Ritter, dass die mit der Industrialisierung verbundenen Probleme langfristig gemildert wurden und die Solidarität unter den Arbeitern durch deren Mitwirkung in Selbstverwaltungsorganen der Versicherungen gestärkt worden seien. Grundsätzlich habe die Einführung der Sozialversicherungen „dazu beigetragen, die Lage der Unterschichten zu verbessern und deren politische und soziale Emanzipation zu fördern.“[302]
Die langfristig politische Auswirkung allerdings bestand darin, dass im Zusammenhang mit der Einführung der Sozialversicherungen die Arbeiterbewegung durch die staatlichen Repressalien nicht geschwächt , sondern dauerhaft gestärkt wurde und Bismarck sein politisch-strategisches Ziel, Sozialdemokraten und Freie Gewerkschaften zu eliminieren, nicht erreichte.

Krankenhäuser entstanden in Schleswig-Holstein erst Mitte des 19. Jahrhunderts und waren „Bestandteil der Armenpflege, das heißt, die Entscheidungen über den Bau, das Inventar, das Personal, die Finanzierung und die Art und Weise der Behandlung fielen in den städtischen Armenkollegien.“[303] Auch die Verwaltung der Armenversorgung auf dem Lande lag in den Ortsarmenverbänden, „ bei der Gemeindeverwaltung, im Gesamtarmenverband beim Armenkollegium, das sich aus den Gemeindevorstehern der zugehörigen Dörfer zusammensetzte.“[304] Gesamtarmenverband bedeutete, dass sich Landgemeinden zu einem Zweckverband nach § 128 der LGO zusammenschließen konnten, der sich „für eine gleichmäßigere Verteilung der Armenlast und zur Beseitigung sonstiger Unzuträglichkeiten in höherem Maße als notwendig erwiesen“[305] hatte, denn die einzelnen Gemeinden und auch Gesamtarmenverbände waren mit der Finanzierung der Armenpflege oft überfordert . Bereits vor Einführung der LGO brachten die Ortsarmenverbände und der Landarmenverband erhebliche Summen für die öffentliche Armenpflege auf. So wurden 1885 in der Provinz Schleswig-Holstein von den Ortsarmenverbänden 42.552 Perso-

[302] Ritter, G.A., 1983, S. 104 ff.
[303] Sievers, K.D,, Zimmermann, H.-P., 1994, S. 331.
[304] Sievers, K.D, 1991, S. 142.
[305] LGO, Kommentar zu § 128.

nen mit einem Gesamtaufwand von 2 897.877 Mark und vom Landarmenverband 396 Personen mit einem Gesamtaufwand von 273.291 Mark unterstützt.[306] Deutlich wird damit die hohe Belastung der Gemeinden als Mitglieder von Ortsarmenverbänden, was später dazu führte, dass reichere Gemeinden wie z.B Reinbek nicht mehr bereit waren, die Lasten ärmerer Gemeinden im Gesamtarmenverband mit zu übernehmen. Die Gemeindevertretung beantragte am 23. Juli 1903 die Auflösung des Gesamtarmenverbandes Reinbek[307] , die dann mit Beschluß der Gemeindevertretung vom 18. Dezember 1903 erfolgte.[308] Gegen diesen Beschluß wandte sich mit Mehrheit die Gemeindevertretung von Glinde in ihrer Sitzung vom 11. Februar 1904[309]

Nach Angaben des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein bestanden 1889 in der Provinz im ganzen 270 Gesamt-Armenverbände, „während ländliche Ortsarmenverbände, welche mit einer Gemeinde oder einem Gutsbezirk zusammenfallen, 516 (Ortsarmenverbände überhaupt - einschließlich der Städte - 552) vorhanden sind. Die Gesamtarmenverbände umfassen 1307 Landgemeinden, 83 Gutsbezirke, 7 Städte und 8 Flecken und die bedeutende Mehrheit der ländlichen Bevölkerung. 196 Gesamt=Armenverbände sind nur aus Landgemeinden [. . .] gebildet.“[310]

Die Statistik über öffentliche Wohlfahrtspflege weist für die Provinz Schleswig-Holstein zwischen 1876 und 1920 insgesamt 1002 Ortsarmenverbände und zwei Landarmenverbände aus. Für Personen, die einen Unterstützungswohnsitz hatten, waren die Ortsarmenverbände bzw. Gesamtarmenverbände zuständig, für die restlichen Personen die Landarmenverbände. Die Gesamtzahl der Selbstunterstützten und Mitunterstützten betrug in der Provinz Schleswig-Holstein 1876 bis 1920:

Selbstunterstütze: 25.314 Personen

Mitunterstützte: 17.634 Personen

„Als Selbstunterstützte galten dabei alle Familienvorstände, einzel stehende Personen und getrennt von dem Familienvorstand in einer Anstalt verpflegten Angehörigen. [. . .] Als Mitunterstützte galten die mit dem Ehemann oder dem

---

[306] Boysen, L., Statistische Übersichten für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel u. Leipzig 1894, S. 33.
[307] STAR, Protokollbuch 1893 – 1913, S. 202.
[308] Ebd., S. 212.
[309] STAG, Protokollbuch der Gemeindevertretung, S. 145.
[310] LAS, Abt. 301, Nr. 120. Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein an den preußischen Innenminister, 21. Februar 1889.

Vater oder der Mutter zusammen lebenden oder gemeinsam in einer Anstalt untergebrachten Ehefrauen und Kinder oder Enkel unter 14 Jahren.“ Als Ursachen der Unterstützungsbedürftigkeit wurden Tod des Ernährers, Krankheit, Gebrechen und Unfallverletzung, Altersschwäche, große Kinderzahl, Arbeitslosigkeit, Trunksucht und sonstige Ursachen angegeben. Die Gesamtausgaben der Orts- und Landarmenverbände in Form von Bargeld, Naturalien, übrigen Kosten und außerordentlichen Kosten, z.B. Neubauten, betrugen zwischen 1876 und 1920 3 273.178 Mark.[311]

Der „Gesammt-Armenverband Reinbek“ bestand von 1874 bis zu seiner Auflösung 1903 aus den Gemeinden:

Reinbek, Schönningstedt, Glinde, Oststeinbek, Sande, Lohbrügge, Havighorst, Boberg, Steinbek, Schiffbek, Oejendorf, Jenfeld, Barsbüttel, Willinghusen, Stellau, Stemwarde, Braak, Stapelfeld, Langeloe, Alt-Rahlstedt, Neu-Rahlstedt, Meiendorf, Oldenfelde, Ohe und Siek.[312]

2.2.6 Ausbau des Gesundheitswesens

Vielfach aber reichte die Armenfürsorge zur Versorgung der Kranken im häuslichen Bereich aus ärztlicher Sicht nicht mehr aus. Deswegen wurden nun nach und nach in den Städten Krankenhäuser mit entsprechend ausgebildetem Personal und den für die damalige Zeit notwendigen medizinischen Geräten eingerichtet.

Bereits im 18. Jahrhundert hatte sich der Gedanke entwickelt, „Allgemeine Krankenhäuser“ zu schaffen, die dem Zweck dienen sollten, Kranke nur für die Zeit einer gezielten ärztlichen Behandlung und kompetenter Pflege aufzunehmen. Die „Allgemeinen Krankenhäuser“ verfügten neben geburtshilflichen Stationen meist über eine internistische und eine chirurgische Abteilung.[313] Da sich Krankheiten und Seuchen hauptsächlich in den Ballungszentren, den Städten, ausbreiteten, avancierte die Stadt „somit zum prädestinierten Standort von

---

[311] Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins. Herausgegeben vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1967, S. 172.

[312] STAR, II/ 2432.

[313] Murken, A.H., Das kommunale und konfessionelle Krankenhaus in Deutschland von der Biedermeierzeit bis zur Weimarer Republik, in: Blotevogel, H.H. (Hrsg.), Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln u.a. 1990, S. 81 f.

Krankenhäusern."[314] Weil im 19. Jahrhundert Seuchen wie Pocken, Cholera, Syphillis, Diphterie oder Tuberkulose viele Menschenleben forderten, mußten Quarantänelazarette geschaffen werden, um der Verbreitung dieser Seuchen vorzubeugen und sie einzudämmen. Man benutzte dazu entweder bereits vorhandene Gebäude oder „errichtete leichtgebaute Lazarette, wie es beispielhaft 1831 in Hamburg der Fall war."[315] Die Städte und Regionen mußten z.B. bei der Cholera-Epedemie, die sich 1831 über Ost- und Mitteleuropa ausbreitete, vielfältige Gegenmaßnahmen ergreifen, die im Rahmen dieser Untersuchung nicht näher erläutert werden können.[316] Wie notwendig aber derartige Maßnahmen waren, zeigten auch in den Folgejahren die Todesursachen in Preussen. 1877 hatten, bezogen auf 10.000 Lebende, 54,9 der männlichen Verstorbenen an Krankheiten des Verdauungssystems gelitten, wobei diese hohe Zahl in der Hauptsache durch die Erkrankungshäufigkeit bei Kindern von null bis fünf Jahren zustande kam. Bei den weiblichen Verstorbenen litten vor ihrem Tode 44,1 an Krankheiten des Verdauungssystems. 35,7 der männlichen Verstorbenen litten an Tuberkulose, die vor allem bei Männern über 60 Jahren Todesursache war. Auch bei den weiblichen Verstorbenen rangierte die Tuberkulose als Todesursache hinter den Erkrankungen des Verdauungssystems. Diese Erkrankungen galten auch 1885 und 1900 als Ursachen für den Tod der meisten Menschen in Preussen. Erst 1907 ging die Anzahl der an diesen Krankheiten männlichen und weiblichen Verstorbenen drastisch zurück,[317] was auf die effektiveren Behandlungsmaßnahmen und verbesserten hygienischen Bedingungen im häuslichen Bereich und in den Krankenhäusern, aber auch auf den Ausbau der sanitären Infrastruktur zurückgeführt werden konnte. Dazu kam 1875 die gesetzliche Einführung des Impfzwanges gegen die Pockenkrankheit

Als Vorbild für „Allgemeine Krankenhäuser" galt in Deutschland das Bamberger Allgemeine Krankenhaus, das in den Jahren 1787 bis 1789 errichtet worden war. Nach dessen Konzeption hinsichtlich der Berücksichtigung hygieni-

---

[314] Wagner, B.J., Zur Finanzierung der Krankenhauspflege in Preußen, in: Labisch, A., Spree, R. (Hrsg.), Krankenhausreport 19. Jahrhundert. Krankenhausträger, Krankenhausfinanzierung, Krankenhauspatienten, Frankfurt u.a. 2001, S. 42.

[315] Murken, A.H., 1990, S.88.

[316] Genaue Untersuchungsergebnisse und einen umfassenden Überblick zur Ausbreitung und Bekämpfung der Cholera in Europa, aber hauptsächlich in Hamburg 1892 gibt Evans, R.J., Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830 – 1910, Reinbek bei Hamburg 1990.

[317] Vögele, J., Sozialgeschichte städtischer Gesundheitsverhältnisse während der Urbanisierung, Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd. 69, Berlin 2001, S. 481 ff.

scher, ärztlicher und sozialmedizinischer Ansprüche erfolgte der Bau weiterer Krankenhäuser in Fulda, Augsburg, München, Stuttgart, Darmstadt, Frankfurt/Main, Nürnberg, Oldenburg und Bremen. Ihnen folgten Großkrankenhäuser in Hamburg-St. Georg (1.100 Betten) und die Charité in Berlin (800 Betten).[318]
Die Entstehung des St.-Georg Krankenhauses in Hamburg ist auf das St.-Georgs-Hospital zurückzuführen. Nähere Umstände und genauer Zeitpunkt dessen Gründung sind weder in einer Urkunde noch in einer chronikalischen Nachricht überliefert. Allerdings war es in seiner Funktion ursprünglich zur Aufnahme von Aussätzigen bestimmt, worauf seine Lage in einiger Entfernung außerhalb der Stadtmauern schließen läßt und dass es, wie viele derartige Anstalten in Norddeutschland, dem Hl. Georg geweiht war.[319] Die erste überlieferte Urkunde stammt aus dem Jahr 1220, in der Graf Albert von Orlamund und Holstein dem Hospital St. Georg eine größere Fläche Land übereignete.[320]
Da die Krankenhäuser in ihren neuen Konzepten im 19. Jahrhundert mit ihren vielfältigen Dienstleistungen bei einer hohen Anzahl von Patienten als Teil der öffentlichen Wohlfahrtspflege galten, stellt sich die Frage nach deren Finanzierung.
Nach den Bestimmungen des Allgemeinen Landrechts von 1794 hatten sich in erster Linie die nächsten Verwandten um ein in Not geratenes oder erkranktes Familienmitglied zu sorgen,[321] Wenn eine Unterstützung nicht leistbar war, mußte die Gemeinde für „die Ernährung ihrer verarmten Mitglieder“[322] aufkommen. Im Falle einer Krankheit wurden die Krankenpflegekosten bei Zahlungsunfähigkeit der Betroffenen aus der „Armen-, Stadt- oder Kämmereikasse beglichen“,[323] auch wenn es sich um eine stationäre Krankenhauspflege handelte. Dass in größeren und großen Städten Preussens Konflikte zwischen Krankenhäusern und Gemeinden dann entstanden, wenn die Gesamtkosten für die Krankenhauspflege zunahmen, stellt Wagner ausführlich am Beispiel der Charité in Berlin und des Breslauer Hospitals zu Allerheiligen dar.[324] Es wurde

---

[318] Murken, A.H., 1990, S. 90 ff.
[319] Reicke, S., Das deutsche Spital und sein Recht im Mittelalter, Bd. 1, Stuttgart 1932, S. 315 ff.
[320] Berger, W., Das St.-Georgs-Hospital zu Hamburg.. Die Wirtschaftsführung eines mittelalterlichen Großhaushaltes, Hamburg 1972, S. 18. Berger stellt weniger die historische Entstehung dieses Hospitals in seiner Darstellung in den Vordergrund ,als vielmehr die Funktion des Spitalverbandes mit dessen Verwaltung, den Insassen, dem Wirtschafts- und Kirchenpersonal und die Haushaltsführung.
[321] ALR II, 2, § 251; 3, §14 in: Hattenhauer 1970, S. 391, 409.
[322] ALR II, 19, § 9,10, S. 663.
[323] Wagner, B.J., 2001, S. 47.
[324] Ebd., passim.

versucht, die finanziellen Differenzen dadurch zu überbrücken, dass in Berlin der Kommune ein gewisses Kontingent an freien Verpflegungstagen für Kranke, „die von der Polizei eingewiesen wurden, wie zum Beispiel syphilitische Prostituierte“[325] und inhaftierte Kriminelle als auch zur Gemeinde gehörende Gemütskranke, die ohne Vermögen waren, zur Verfügung gestellt wurde. Für darüber hinausgehende Verpflegungstage mußte die Gemeinde zahlen. Das Krankenhaus machte, auch unter der Berücksichtigung der Einnahmen von Selbstzahlern, erhebliche Verluste. Auch die 1835 vom Breslauer Krankenhaus zu Allerheiligen eingeführte „Aversionale“ für Gesellen und Lehrlinge, das 1844 angebotene Dienstbotenabonnement und die Selbstzahler konnten nicht verhindern, dass das Krankenhaus entweder von Zuschüssen der Kommune abhängig war, „um seine Bilanzen auszugleichen“[326], um Spenden bitten mußte, wie das auch bei anderen Krankenhäusern der Fall war oder auf die Arbeit von Ärzten gegen geringe oder ohne Bezahlung angewiesen war. Erst nach dem Inkrafttreten des Kassengesetzes von 1854 konnten die „Pflegesätze für Kassenmitglieder betriebswirtschaftlich ermittelt und mit den Krankenkassen vertraglich vereinbart werden.“[327] Damit waren die Krankenhäuser aber immer nocht nicht aus den roten Zahlen und blieben weiterhin ein Teil der staatlichen Armenpflege, denn die Versicherungspflicht, die auf den Ortsstatuten der Städte beruhte, fand weder auf das Dienstpersonal noch auf die in der Landwirtschaft Beschäftigten Anwendung. Nicht versichert war auch in der Regel die gesamte landwirtschaftliche Bevölkerung, es sei denn, sie waren Mitglied in privaten Krankenkassen, wie der Reinbeker Ortskrankenkasse von 1865 („eingeschriebene Hülfskasse Nr. 53“) , die am 10. Oktober 1865 von dem Gastwirt Susemihl und dem Postboten Linau gegründet wurde.[328] Sie hatte bei ihrer Gründung zehn Mitglieder, deren Zahl bis zum Inkraftreten des Krankenkassengesetzes ständig stieg. Die Reinbeker „Hülfskasse“ war eine von 108 im Jahre 1891 in Schleswig-Holstein eingeschriebenen privaten Hilfskassen, deren durchschnittliche Mitgliederzahl in der Provinz bei 769,9 lag.[329] 1884 wurde in Reinbek die Ortskrankenkasse Reinbek gegründet, die nach dem Hinzutreten von landwirtschaftlichen Arbeitern aus Reinbek und Umgegend neben den

[325] Ebd., S. 56.
[326] Ebd., S. 59.
[327] Ebd., S. 61.
[328] BZ vom 7. Oktober 1890.
[329] Boysen, L., Statistische Übersichten für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel und Leipzig 1894, S.32.

schon als Mitglieder eingetragenen Arbeitern der Lange`schen Mühle in Reinbek 1890 ca. 2.000 Mitglieder[330] aufwies, während sie zu Anfang des Jahres 1889 erst 402 Mitglieder gezählt hatte.[331]

Gründungen von Krankenhäusern fanden in Schleswig-Holstein erst auf der Basis aufklärerischen Gedankengutes statt. Das bedeutete, die Armen-Bevölkerung sollte „sachgerecht, das heißt, der Ursache der Verarmung gemäß“,[332] behandelt werden. Es fand eine von Ärzten und Armenpflegern vorgenommene Trennung zwischen tatsächlich Kranken, Erwerbsunfähigen und –unwilligen statt, um zu verhindern, dass Simulanten dringend benötigte Betten für Kranke und deren zielgerichteteter Behandlung belegten.[333] Die Kranken ihrerseits mußten sich während ihrer Pflegezeit permanenten, strengen Kontrollen ihres Gesundheitszustandes unterziehen, um die Liegezeit so kurz wie möglich zu halten. Sievers/Zimmermann bezeichnen die „Disziplinierung des Elends“ als Fortschritt, denn mit ihr sei „eine stete Verbesserung der Hilfeleistungen einher“ [gegangen], „indem die Behörden lernten, die vielfältigen Notlagen zu unterscheiden und in differenzierter Form darauf zu reagieren.“[334]

Die Zahl der Krankenhäuser in Schleswig-Holstein nahm in den Jahren 1877 bis 1913 erheblich zu. Während 1877 in der Provinz 30 Krankenhäuser insgesamt 6.867 Kranke verpflegt hatten, waren es 1891 57 Häuser mit 20.041 Kranken und 1913 94 Häuser mit 52.665 verpflegten Kranken.[335] Das 1785 in Kiel gegründete „Klinische Institut zum Besten der Armen“ verfügte bereits 1802 über eine Abteilung für innere Medizin, eine chirurgische, augenheilkundliche und gynäkologische Abteilung und eine Poliklinik.[336] 1871 befanden sich in Schleswig-Holstein Krankenhäuser in Kiel, Altona, Rendsburg, Preetz, Oldesloe, Wandsbek, Glückstadt, Elmshorn, Itzehoe, Wilster, Hadersleben, Gram, Apenrade, Sonderburg, Tondern, Flensburg, Husum und Schleswig.[337]

Auch die Zahl der approbierten Ärzte stieg in Schleswig-Holstein im letzten Drittel des 19.Jahrhunderts deutlich an an; so z.B. zwischen 1876 und 1913

---

[330] BZ vom 24. November 1890.
[331] BZ vom 27. Februar 1889.
[332] Sievers,K.D., Zimmermann, H.P., 1994, S. 331.
[333] Ebd., S. 332 f.
[334] Ebd., S. 347.
[335] Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967, S. 43.
[336] Sievers, K.D., Sozialgeschichte Schleswig-Holstein in der Kaiserzeit 1867 – 1914, Neumünster 1991, S. 128.
[337] Ebd.

von 403 auf 896.[338] Allerdings kann eine zunehmende verbesserte Versorgung Kranker durch die alleinige Zunahme der Zahl von Ärzten nicht festgestellt werden, denn in den Jahren 1887 bis 1913 nahm - auch bedingt durch die steigende Bevölkerungszahl-[339] die Anzahl der Patienten pro Arzt von 37 auf 53 zu, wobei die aufkommenden Epidemien auch eine entscheidende Rolle spielten. Von den zu behandelnden schweren und ansteckenden Krankheiten stand in Schleswig-Holstein während des Kaiserreiches die Tuberkulose an oberster Stelle, von den 35 Regierungsbezirken in Preußen lag der Regierungsbezirk Schleswig bei der Anzahl der an Tuberkulose Erkrankten an 20. Stelle.[340] Eine Befragung durch die Behörden 1891 hinsichtlich der in den Krankenhäusern der Provinz behandelten Fälle von Tuberkulose ergab, dass die Kreise Süderdithmarschen und Stormarn die meisten Kranken aufwiesen; Stormarn hatte im Jahre 1891 29 Fälle von Tuberkulose zu verzeichnen, davon im Krankenhaus Reinbek zwei Fälle.[341]

In den Folgejahren, in denen die Zahlen der an Tuberkulose Erkrankten und Verstorbenen durch statistische Erhebungen bei den Gemeinden wesentlich präziser wurden, schwankten die Zahlen zwischen 1892 und 1901 sowohl in bezug auf Erkrankte als auch auf Verstorbene. (Siehe 4.2.6 und 4.2.7. Hier wird auch auf Maßnahmen seitens der Behörden gegen die Ausbreitung der Tuberkulose einzugehen sein.)

Nicht auf behördliche, sondern auf private Initiative ging die Gründung des Krankenhauses Reinbek zurück. Die „Grauen Schwestern von der heiligen Elisabeth“, ein katholischer Orden aus Oberschlesien, waren bereits in Hamburg in der Krankenpflege tätig gewesen und bekamen 1883 von dem in Reinbek ansässigen Hamburger Überseekaufmann Adolph Schramm ein Haus lediglich als Stiftung überlassen, in dem sich eine private Töchterschule befand. Schramm hatte sich allerdings ausbedungen, dass hier ein Krankenhaus entstehen solle.[342] Nach der kaiserlichen Genehmigung zur Annahme der Schenkung[343] mit der Maßgabe, dort Kranke zu pflegen, begannen die Schwestern 1884 ihre pflegerische Tätigkeit in dem Haus. Erst mit Schenkungsvertrag vom

---

[338] Beiträge zur historischen Statistik, 1967, S. 42.
[339] Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, 4/1985, S. 100.
[340] Sievers, K.D., 1991, S. 129.
[341] LAS, Abt. 309, Nr. 7380. Umfrage der Regierung bei den Krankenhäusern über die dort behandelten Fälle von Lungenschwindsucht.
[342] Provinzarchiv der Schwestern von der hl. Elisabeth, Berlin, MH 675/1.
[343] Ebd. MH 675/3.

9. Dezember 1890 ging das „im Grundbuch von Reinbek Kreis Stormarn Land I. Blatt N° 16 Grundsteuerbuch Art. N° 108 geschrieben stehende Grundstück mit den darauf ruhenden Gebäuden und allem, was daran erd,= wand,= band,= mauer,= nied= und nagelfest ist, an die katholische Wohltätigkeitsanstalt ´zur heiligen Elisabeth zu Breslau´, damit diese das Kranken=Asyl in bisheriger Weise, aber als ein ihr gehörendes Eigentum weiterführe.“[344]

Seit 1891 heißt das Krankenhaus „St. Adolf Stift“.[345]

Ein wichtiger Bestandteil der individuellen Gesundheitsfürsorge, aber auch der Armenpflege waren die teils angestellten, teils selbständigen Hebammen in den Gemeinden. Ihr Verdienst war mit 107 Mark bei 50 Entbindungen im Jahr, zusätzlichem Wohngeld von 45 Mark und durchschnittlichen 36 Mark, die bei verschiedenen Familienfeiern gesammelt wurden, gering[346], und dieser wurde durch die Taxenordnung von 1872 noch dadurch geschmälert, dass Kollekten nicht mehr erlaubt waren. Dadurch litt die Qualität der Arbeit von Hebammen erheblich, hinzu kamen Probleme im Umgang mit der Anwendung von Hygienevorschriften, so dass sie ihre Tätigkeit ab 1873 nur noch in Anwesenheit eines Arztes ausüben durften.[347] Mit der Zeit verbesserte sich die Arbeitsweise der Hebammen und der Konkurrenzkampf, bedingt durch einen großen Andrang zu diesem Beruf, trug auch dazu bei, dass durch eine Qualitätsverbesserung geburtenbedingte Krankheiten oder gar Tod von Mutter und/oder Kind nur noch die Ausnahmen blieben.[348]

Zum Hebammendistrikt Reinbek - die ältesten diesbezüglichen Quellen im Reinbeker Stadtarchiv stammen aus dem Jahr 1870 - gehörten die Gemeinden Reinbek, Sande, Lohbrügge, Glinde, Schönningstedt, Ohe und der Gutsbezirk Silk. Diese Gemeinden hatten zu den Ausgaben des Hebammendistrikts Reinbek jährlich ihre Beiträge nach Anzahl der Bevölkerung zu leisten.[349] Nach einem Vertrag zwischen dem Hebammendistrikt Reinbek, vertreten duch den Amtsvotsteher des Amtes Reinbek, vom 25. Februar 1892 standen der Hebamme Luise Hanel folgende Leistungen zu:

---

[344] Provinzarchiv der Schwestern von der hl. Elisabeth Berlin, MH 675/1.
[345] Bavendamm, D., 1996, S. 108.
[346] Generalbericht über das öffentliche Gesundheitswesen der Provinz Schleswig-Holstein für das Jahr 1878, S. 33.
[347] Generalbericht über das öffentliche Gesundheitswesen 1878, S. 18.
[348] Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1962, S. 42.
[349] STAR, I/ 134, Akten des Hebammendistricts Reinbek.

- Wegegeld
- Taxmäßige Gebühren, die bei „Personen, die der öffentlichen Armenpflege anheimgefallen sind, mit dem niedrigsten Satz seitens des zuständigen Armenverbandes zu entrichten sind.“[350]
- Stellung der notwendigen Geräte
- Kostenfreie Lieferung von Desinfektionsmitteln
- Festes Gehalt (ohne Gebühren) von einhundert Mark, Steigerung nach fünf Jahren um fünf Mark jährlich bis höchstens 150 Mark
- Nach zehnjähriger Dienstzeit bei Dienstunfähigkeit Anspruch auf eine Pension von jährlich vierzig Mark, nach fünfzehn Jahren fünfzig Mark, nach zwanzig Jahren sechzig Mark, nach dreißig Jahren fünfundsiebzig Mark, nach vierig Jahren Dienstzeit einhundert Mark.

Der Vertrag wurde auf ein Jahr mit der Option auf eine Verlängerung befristet. Der Hebammendistrikt Reinbek bestand in dieser Form bis 1950.[351]

Wenn auch die Kaltwasserheilanstalt „Sophienbad“ in Reinbek nicht zur unmittelbaren medizinischen Versorgung der Einwohner der Gemeinde diente, so behandelten in ihr doch Ärzte, die auch der Reinbeker Bevölkerung zur Verfügung standen. Die in der Wildkoppel gelegenen Parzellen mit der Heilquelle kaufte der Sanitätsrat Dr.med. Andresen vom Königlichen Ministerium für die Herzogtümer Holstein und Lauenburg 1857 für 2.968 Reichstaler, um dort eine Kaltwasserheilanstalt zu errichten,[352] die er „Sophienbad“ nannte. Nach und nach ließ er als Leiter der Anstalt die Heilstätte errichten, die aus der Heilanstalt, aus drei Wohnhäusern, zwei Logierhäusern, einer Musikhalle, einem Pavillon, einem Eiskeller, einem Kohlenschuppen und einem Federviehhaus bestand.[353] Bis 1858 müssen weitere Logierplätze hinzugekommen sein, denn im hauseigenen Prospekt aus diesem Jahr werden „die Zimmer, ca. 100 an der Zahl, in fünf Häusern“[354] liegend angeboten. Angewendet wurden Behandlun-

---

[350] Ebd.
[351] STAR, I/ 133.
[352] STAR, I/ 176, Kopie des Kaufvertrages zwischen Dr. Andresen und dem Ministerium.
[353] Frahm, W., Vom Sophienbad in Reinbek, in: Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek 1238 – 1963, herausgegeben vom Magistrat der Stadt Reinbek am Sachsenwalde, Heide 1963, S. 128.
[354] Ebd., S. 131.

gen gegen „Gicht, Rheumatismus, Unterleibsleiden, Nervenkrankheiten, climatische Affectionen, Säfteverderbnisse“[355] und Anregungsbehandlungen gegen Stoffwechselerkrankungen. Wissenschaftliche Untersuchungen über die Zusammensetzung und die mögliche chemische oder physikalische Wirkweise des Wassers legte Dr. Andresen nicht vor. Da erst in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts in der Balneologie medizinische Erkenntnisse zum Tragen kamen, die ein gezieltes Eingreifen in den Krankheitsverlauf mit wissenschaftlich beweisbaren Mitteln möglich machten[356], ist zu vermuten, dass die ärztliche Leitung der Wasserheilanstalt Sophienbad lediglich auf den Glauben an die Wirksamkeit von Mineralquellen baute. Die Anstalt war zudem als Erholungsmöglichkeit für zahlungskräftige Patienten gedacht, denn es wurden „auch solche aufgenommen, die sich für einige Zeit von der Arbeit ausruhen, durch Bäder sich erfrischen und in angenehmer Gesellschaft sich zerstreuen wollen,...“[357] In der Anstalt konnten in den 23 Jahren ihres Bestehens etwa 1.100 Menschen behandelt werden.

1879 erfolgte eine Umwandlung der Heilanstalt in eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 120.000 Mark, verteilt auf 80 Aktien mit einem jeweiligen Betrag von 1.500 Mark. Die Dividende schwankte zwischen 5% (1888), 3% (1889), 0% (1890), 10% (1891) und 6% (1892).[358] Hauptaktionär war der leitende Arzt Dr. Andresen. Nach dessen Tod 1883 übernahm der von der Generalversammlung der A.G. gewählte Dr. Hennings die Leitung der Anstalt. 1893 ging die Zahl der Patienten drastisch zurück, was auf einer Generalversammlung der Aktiengesellschaft „Sophienbad“ auf „die stark verbreitete Furcht vor der Wiederkehr der Cholera“[359], die 1892 in Hamburg eine hohe Anzahl von Todesfällen gefordert hatte, zurückgeführt wurde. Die Aktiengesellschaft meldete 1910 Konkurs an und ging mit allen Gebäuden und Grundstücken an den Ortskrankenkassenverband Reinbek über.[360]

---

[355] Ebd.
[356] Steudel, J., Therapeutische und soziologische Funktion der Mineralbäder im 19. Jahrhundert, in: Artelt, W., Rüegg, W., Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1967, S. 82.
[357] „Prospectus“ der Wasserheilanstalt Sophienbad in Reinbek, in Frahm, W.,1963, S. 128
[358] Boysen, L., Statistische Übersicht für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel und Leipzig 1894, S. 54.
[359] BZ vom 16. Januar 1894.
[360] Bavendamm, D., 1996, S.35.

Sehr schwierig gestaltete sich die Einrichtung einer Apotheke in Reinbek, um die dortige Bevölkerung und die der zahlreichen umliegenden Gemeinden mit Medikamenten zu versorgen.

1884 stellte der Oberpräsident der Provinz Schleswig-Holstein auf einer Dienstreise fest, „daß für Reinbek und Umgegend die Errichtung einer Apotheke in Reinbek dringend gewünscht wird. Dess. ersuche ich ergebenst, dieserhalb die erforderliche Ermittellung gefälligst anzustellen und mir über das Resultat derselben Bericht zu erstatten.“[361] Auch nach Ansicht der Bezirksregierung war gegen die Errichtung einer Apotheke in Reinbek nichts einzuwenden sei, es bliebe nur die Frage offen, „ ob irgendeine Aussicht für die Existenzmöglichkeit einer solchen vorhanden ist.“[362] Verwiesen wurde in diesem Schreiben auf die angeblich nahen Apotheken in Bergedorf und Altona, die immerhin 6 km bzw. 27 km von Reinbek entfernt lagen, was in diesem Schreiben nicht erwähnt wurde. Daraufhin beriefen sich die Reinbeker Gemeindevertreter Cohr, Rumke, Ohl, Susemihl, Albertz, Soltau und Jahnke in einem Gesuch an die Regierung auf einen Beschluss der Gemeindevertetung in dieser Sache und argumentierten: „Da sich hier bereits verschiedene Apotheker nach den Verhältnissen umgesehen haben, ist anzunehmen, daß sich genug Reflectenten melden, die in besitz der nöthigen Mittel sind und mit einem bescheidenen Einkommen zufrieden sein werden.“[363] Die Regierung lehnte ab, auch der Stormarner Landrat schlug unter Berufung auf den Kreisphysikus Dr. ten Doornkaat, der sich gegen eine Apotheke in Reinbek aussprach, vor, „ von der Einrichtung einer Apotheke in Reinbek ganz abzusehen “, allerdings solle eine Apotheke in Kirchsteinbek mit einer Filiale in Reinbek für die Sommermonate errichtet werden. [364]

Erst 1888 wurde ein erneuter Versuch unternommen. Nach einem vom Reinbeker Gemeindevorsteher eingereichten „Gesuch um Anlegung einer Apotheke in Reinbek“ an das Oberpräsidium in Schleswig mit 95 Unterschriften von Einwohnern aus Reinbek, Schönningstedt und Glinde (ohne die vielerorts erwähn-

---

[361] LAS, Abt. 301, Nr. 5977, Schreiben des Oberpräsidenten der Provinz Schleswig –Holstein an die Königliche Regierung vom 11. Juni 1884.

[362] Ebd., Schreiben der Königlichen Regierung, Abteilung des Innern, an den Oberpräsidenten vom 3.September 1884.

[363] Ebd., Schreiben von Gemeindevertretern an die Königliche Regierung vom 4. Oktober 1884.

[364] Ebd., Schreiben des Landratsamtes Wandsbek vom 12.Mai 1885 an die Königliche Regierung, Abteilung des Innern.

te Unterschrift von v.Bismarck) [365] bat der Landrat v. Bülow im Dezember 1888 darum, zur Ausschreibung einer Bewerbung um die Konzession für die Führung einer Apotheke ermächtigt zu werden.[366] Mit Schreiben vom 3. Januar 1889 an den Reinbeker Gemeindevorsteher Kiehn über den Landrat v. Bülow erkannte der Oberpräsident „ das Bedürfnis zur Errichtung einer Apotheke in Reinbek "[367] an. Als Anlage folgten die Namen von 30 Bewerbern um eine Konzession zur Führung einer Apotheke in Reinbek nicht nur aus Schleswig-Holstein, sondern auch aus anderen Provinzen. Der Apotheker Willrich, der die Konzession bereits erhalten hatte[368], gab diese zurück, und an seine Stelle trat am 21. August 1889 der Apotheker Edmund Julius Jakobsen aus Hamburg .[369]

2.3 Zusammenfassung

Die räumliche Entwicklung der Gemeinde Glinde hielt sich seit ihrer ersten urkundlichen Erwähnung im 13. Jahrhundert bis 1892 in engen Grenzen. Verwaltungsmäßig war Glinde bis 1892 und darüber hinaus durchgehend unmittelbar abhängig von Reinbek. So wie Reinbek jeweils anderen Herrschaftsverhältnissen unterworfen wurde, folgte Glinde zwangsläufig nach. Schon sehr früh bestand eine erhebliche Abhängigkeit der Gemeinde Glinde von Reinbek, da bereits zur Zeit der Klosterherrschaft die Glinder Bauern verpflichtet waren, landwirtschaftliche Produkte an das Kloster zu liefern und zusätzlich verschiedene Dienste zu leisten. Dies änderte sich nach der Zerstörung des Klosters und der Aufteilung seines Grundbesitzes nicht, denn Glinde gehörte zu den Orten, aus denen 1534 das Amt Reinbek gebildet worden war.
Bei politischen Veränderungen in späteren Zeiten tat sich die Gemeinde schwer. Z.B. beschloss erst zwei Jahre nach Einführung der Landgemeinde-

---

[365] Ebd., Brief des Gemeindevorstehers Kiehn an das Oberpräsidium in Schleswig vom 10.Dezember 1888.
[366] Ebd., Königliche Regierung, Abteilung des Innern, an den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein, vom 24. Dezember 1888.
[367] Ebd., Schreiben des Oberpräsidenten an den Reinbeker Gemeindevorsteher A. Kiehn vom 3. Januar 1889.
[368] BZ v. 5. Mai 1889: „Die Konzession zur Anlegung und Betreibung einer Apotheke in Reinbek ist vor Kurzem dem Herrn Apotheker Wilbrich in Hannover vom Herrn Oberpräsidenten [. . .] ertheilt worden...".
[369] LAS, Abt. 301, Nr. 5977, Konzessionsurkunde zur Führung der Apotheke in Reinbek vom 21. August 1889.

ordnung von 1892 die Glinder Gemeindeversammlung, eine Gemeindevertretung einzuführen[370], die am 26. November 1894 zum ersten Mal tagte.[371]
Zwischen 1867 und 1880 fand ein stetiger Bevölkerungsrückgang von 272 auf 247 Einwohner statt. Diese Zahl stieg aber bis 1890 wieder auf 281. Angesichts der desolaten Quellenlage kann nicht festgestellt werden, ob der Rückgang durch Abwanderung von Teilen der Glinder Bevölkerung oder durch Geburtenrückgang bedingt war.
Aus dem Adreßbuch der Landherrenschaft Bergedorf von 1880 läßt sich schließen, dass der überwiegende Teil der erwerbstätigen Einwohner in der Landwirtschaft tätig war, wobei die Zahl der Insten drastisch zurückging. Dies war möglicherweise darauf zurückzuführen, dass diese Arbeit auf dem 1880 neu errichteten landwirtschaftlichen Betrieb Gut Glinde fanden und nun unter dem Begriff „Arbeiter“ aufgeführt wurden. An Handwerkern waren 1880 nur ein Bäcker, ein Zimmermann, ein Tischler und ein Maurer verzeichnet, außerdem ein Krämer, der aber zugleich noch eine Anbauerstelle bewirtschaftete.
Vereine und Verbände gab es vor 1892 in Glinde nicht.
Schulunterricht wurde vermutlich schon in der Mitte des 18. Jahrhunderts in der Gemeinde erteilt. Die älteste bekannte urkundliche Erwähnung einer Kate, in der unterrichtet wurde, geht auf das Jahr 1825 zurück. Ein eigenes Schulhaus wurde erst 1898 erbaut.
Über die gesundheitliche Versorgung in Glinde ist aus der Zeit vor 1892 nichts bekannt. Es ist jedoch zu vermuten, dass Glinder Einwohner die in Reinbek praktizierenden Ärzte und Hebammen konsultierten , wobei dies auch erst seit der Mitte des 19. Jahrhunderts möglich war. Auch eine Apotheke wurde erst 1889 in Reinbek eingerichtet. Von kleinstädtischen Strukturen, wie z.B. Größe der Bevölkerung, Dienstleistungen und Professionalisierung der Verwaltung, Tätigkeit von Sicherheitsorganen, verkehrsmäßige Infrastruktur bzw. Anbindungen per Schiene an die Stadt Hamburg oder andere Städte, kulturelle Einrichtungen, Wasserver- und entsorgung und gesundheitliche Versorgung konnte in Glinde vor 1892 keine Rede sein. Veränderungen in diesen Bereichen auf dem Wege zur Kleinstadt sind während dieses Zeitabschnitts nicht erkennbar.

---

[370]STAG, II/ 118, Protokollbuch der Gemeinde Glinde 1894 - 1907, Gemeindeversammlung vom 24. September 1894, S. 14.
[371] Ebd., S.19.

Anders als Glinde besaß Reinbek schon in relativ früher Zeit, zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert, überregionale Bedeutung durch das Kloster und dessen Besitz an Ländereien über den näheren Umkreis hinaus bis in das Gebiet der Elbmarschen. Auch politisch gewann Reinbek früh Bedeutung durch die Schaffung des Amtes Reinbek 1534, in dessen Besitz, Verwaltung und Nutznießung die Ländereien des Klosters gelangten. Der Sitz des Amtmannes war das zwischen 1572 und 1576 von Herzog Adolf I. von Schleswig-Holstein erbaute Schloß Reinbek. Von 1868 bis 1873 diente das Gebäude als Sitz des preussischen Landrats v. Lewetzau. 1874 baute man das Schloß zu einem Hotel mit Restaurationsbetrieb um.

Akten aus dem Jahre 1821 über den Bau von Wegen, Straßen und Brücken im Stadtarchiv Reinbek geben erstens Aufschluß über innergemeindliche Wege, Straßen und Brücken und darüber hinaus über Chausseen und Nebenlandstraßen, die die Gemeinde mit den umliegenden Orten verbanden, die zum Amtssitz Reinbek, aber auch zum Herzogtum Lauenburg gehörten. [372]

Schon früh bemühte sich die Gemeindeversammlung im 19. Jahrhundert darum, eine Gemeindevertretung in Reinbek durch die Kommunalaufsichtsbehörde in Schleswig bestätigen zu lassen. Die erste gewählte Gemeindevertetung in Reinbek nahm 1882 ihre Arbeit auf. Durch das preußische Drei-Klassen-Wahlrecht bedingt war damit in der Gemeinde die Herrschaft derjenigen gefestigt, die ein hohes Steueraufkommen nachweisen konnten, das heißt, in Reinbek dominierte das besitzende Bürgertum in der Gemeindevertretung.

Die Zahl der Einwohner, welche 1750 192 betrug, wuchs bis 1890 und darüber hinaus stetig. Zwischen 1850 und 1867, nach der Eröffnung des Bahnhofes in Reinbek, stieg die Einwohnerzahl von 446 auf 735 und bis 1890 schließlich auf 1320. Zurückzuführen ist der Anstieg u.a. auf den Zuzug von wohlhabenden Hamburgern, die in Reinbek günstige Voraussetzungen fanden, preiswert große Areale an Land zu erwerben, um dort Villen und Nebengebäude in landschaftlich reizvoller Umgebung zu bauen und dennoch in relativ kurzer Zeit per Eisenbahn Hamburg erreichen zu können, um ihren Geschäften nachzugehen. Der überwiegende Aufenthalt an ihrem Wohnsitz Reinbek brachte zusätzlich Steuern in die Gemeindekasse. Zudem verursachten die sogenannten „Forensen“ einen größeren Bedarf an Dienstpersonal und Dienstleistungen von

[372] STAR, I/ 70.

Handwerkern und Händlern am Ort, so dass infolge dessen auch zusätzliche Handwerker, lohnabhängige Arbeitskräfte allgemein und Händler in Reinbek ihren Wohnsitz nahmen.[373]

Bis auf einige größere landwirtschafliche Anwesen sank die Zahl der Hofstellen und der Insten, Kätner und Anbauern bis zum Ende des 19. Jahrhunderts ständig und damit auch die Menge der in Reinbek produzierten landwirtschaftlichen Erzeugnisse. So wurden in den Statistiken des Deutschen Reiches für Reinbek im Jahr 1881 nur noch zwei Güter und zwei größere Höfe angegeben.[374]

Im Gegensatz zu Glinde waren vor 1892 bereits Einwohner Reinbeks in verschiedenen Vereinen aktiv, deren Tätigkeiten reges Interesse der örtlichen Presse hervorrief, wovon zahlreiche Zeitungsartikel und -meldungen der „Bergedorfer Zeitung“ zeugen. Das erste Schulhaus Reinbeks wurde 1832 erbaut und 1871 erweitert , um die wachsende Zahl von Volksschülern aufnehmen zu können. Ein neues Schulgebäude wurde an anderer Stelle 1914 errichtet. Neben der Volksschule existierte bis 1892 eine „Industrieschule für Mädchen“, eine Privatschule, in der hauptsächlich Handarbeitsunterricht erteilt wurde. Daneben gab es zwei weitere Privatschulen, die aufgrund des zu zahlenden Schulgeldes den Kindern wohlhabender Bürger aus Reinbek und dem nahen Wentorf vorbehalten waren.[375]

Die gesundheitliche Versorgung der Bevökerung war - im Gegensatz zu der in Glinde - in den Grundzügen von der Mitte des 19. Jahrhunderts an in Reinbek vorhanden. Hier praktizierten Hebammen unter behördlicher Aufsicht[376] und Ärzte, die auch in der 1858 entstandenen Heil- und Kuranstalt „Sophienbad“ tätig waren. 1884 begannen katholische Nonnen im neu gegründeten Krankenhaus, das später „St.Adolf Stift“ benannt wurde, in bescheidenem Umfang ihre Arbeit.

Eine Apotheke konnte 1889 errichtet werden, nachdem Einwohner Reinbeks und der umliegenden Gemeinden fünf Jahre duch vielfältige Korrespondenz in Form von Gesuchen und Unterschriftslisten mit dem Oberpräsidium der Provinz Schleswig-Holstein und untergeordneten Behörden um die Eröffnung der Apotheke gerungen hatten.

---

[373] Die näheren Umstände und Zahlen dazu sollen in 4.2.2.1 ausführlich dargestellt werden.
[374] Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich, Berlin 1881, S. 226, S. 230.
[375] Bavendamm, D., 1996, S. 110.
[376] STAR, I/ 60; I/ 125; I/ 133; I/ 134.

Ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts kann für Reinbek festgestellt werden, dass zu dieser Zeit schon Grundlagen auf dem Wege zur modernen Kleinstadt gelegt wurden. Diese waren

- das ständige Anwachsen der Bevölkerungszahl,
- eine ständig größer werdende Zahl von Zuzüglern aus Hamburg, die der Gemeinde eine zunehmende städtische Prägung gaben und die Finanzkraft der Gemeinde erhöhte,
- ein hoher Prozentsatz von Dienstleistungspersonal am Anteil der Bevölkerung,
- kulturelle Aktivitäten, die im Vergleich mit anderen Landgemeinden im Umkreis Reinbeks über dem Durchschnitt lagen,
- eine gesundheitliche Versorgung auch für Bewohner der im Einzugsbereich des Amtes Reinbek gelegenen Gemeinden,
- der Sitz der Verwaltung des Amtes Reinbek,
- der Verwaltungssitz eines Zweckverbandes (Gesamtarmenverband Reinbek),
- die zunehmende Anzahl von Beherbergungs- und Restaurationsbetrieben,
- der verstärkte Bau von Wohn- und Geschäftshäusern,
- die Verkehrsanbindung durch den Bahnhof der Berlin-Hamburger-Eisenbahn an das deutsche Schienennetz,
- der Ausbau von innergemeindlichen und über den Gemeindebezirk hinausgehenden Wegen und Straßen.

3. Auswirkungen unmittelbar nach Inkrafttreten der Landgemeindeordnung von 1892 auf die kommunale Selbstverwaltung der Gemeinden Glinde und Reinbek

3.1 Die Gemeindevertretung in Glinde und die Zusammensetzung der Gemeindeverordneten nach Berufen

Nach der Landgemeindeordnung von 1892 trat in Gemeinden mit mehr als vierzig stimmberechtigten Mitgliedern anstelle der Gemeindeversammlung eine Gemeindevertretung.[377] Wenn die Anzahl der Stimmberechtigten niedriger war, konnte die Gemeindeversammlung durch Beschluß des Gemeindevorstehers und der Mehrheit der Stimmberechtigten der Gemeinde beim Kreisausschuß die Einführung einer Gemeindevertretung „ im Wege ortsstatuarischer Anordnung“[378] beantragen. Stimmberechtigt waren alle männlichen Gemeindemitglieder, die

- älter als 24 Jahre waren,
- Angehörige des deutschen Reiches waren,
- die bürgerlichen Ehrenrechte besaßen,
- seit einem Jahr einen Wohnsitz in der Gemeinde hatten,
- keine dauernde öffentliche Armenunterstützung erhielten,
- Staats- und Gemeindesteuerzahler waren und
- entweder ein Wohn- oder Geschäftshaus oder Grundbesitz innerhalb der Gemeinde als Eigentum nachweisen konnten oder
- mehr als 600 Mark Steuern pro Jahr bezahlten.[379]

Grundbesitzer konnten sich bei der Ausübung des Stimmrechtes in bestimmten Fällen vertreten lassen, auch durch Ehefrauen. Damit handelte es sich um ein beschränktes, nicht allgemeines Stimm- bzw. Wahlrecht.

Die Gemeindevertreter wurden nach dem Dreiklassenwahlrecht gewählt.[380] „Zum Zwecke der Wahlen der Gemeindeverordneten werden die sämtlichen Stimmberechtigten der Landgemeinde nach Maßgabe der von ihnen zu entrich-

---

[377] LGO, § 49.
[378] Ebd.
[379] Ebd., § 41.
[380] Für die Wahl der Gemeindeversammlung galt noch das Mehrstimmenwahlrecht der großen Steuerzahler. So hatten in der Glinder Gemeindeversammlung vom 24.September 1894 von 26 Stimmen, verteilt auf 15 stimmberechtigte Gemeindemitglieder, zwei Mitglieder vier Stimmen, zwei Mitglieder drei Stimmen, ein Mitglied zwei Stimmen und zehn Mitglieder je eine Stimme. STAG, Protokollbuch, S. 14.

tenden direkten Staats-, Gemeinde-, Kreis- und Provinzialsteuern [. . .] in drei Abteilungen geteilt, und zwar in der Art, daß auf jede Abteilung ein Drittel der Gesamtsumme der Steuerbeträge aller Wähler fällt.[381] Das Dreiklassenwahlrecht, 1849 von König Friedrich Wilhelm IV. eingeführt, ruhte auf drei Säulen:

1. Ungleichheit des Stimmrechtes,
2. indirektes Wahlverfahren (bei Landtags- und Reichstagswahlen),
3. offene Stimmabgabe oder kollektives Abstimmungsprinzip.[382]

Auf jede Klasse entfiel ein Drittel der Gesamtsumme der Steuern, jeder Stimmberechtigte besaß in seiner Abteilung eine Stimme, und jede Abteilung wählte aus der Zahl der Stimmberechtigten ein Drittel der Gemeindeverordneten.[383] Das bedeutete, dass wenige Bewohner einer Landgemeinde mit einem hohen Einkommen oder größerem Grundbesitz in der ersten Abteilung ebenso viele Mitglieder wählten wie die vielen in der dritten Abteilung mit niedrigem Einkommen. Zusätzlich regelte die LGO, dass „ zwei Drittel der Mitglieder der Gemeindevertretung [. . .] Angesessene sein“[384] mußten, wobei als „Angesessene“ diejenigen galten, die größere Gebäude oder Grundstücke besaßen. Damit war den Besitzenden der größte Einfluß in den Gemeindevertretungen sicher.

Bis zu ihrer letzten Sitzung am 16. Oktober 1894 besaß die Gemeinde Glinde eine Gemeindeversammlung. Die Einführung einer Gemeindevertretung zum 1. Oktober 1894 war in der Gemeindeversammlung vom 11. September 1894 beschlossen[385] und im Ortsstatut vom 24. September 1894 festgeschrieben worden.[386] Die erste Sitzung der aus elf Mitgliedern bestehenden Gemeindevertretung fand am 26. November 1894 statt,[387] in deren Verlauf die gewählten Gemeindeverordneten durch den Gemeindevorsteher Suck verpflichtet wurden. Der Anbauer und Schuhmacher Johann Hinrich Suck war bereits am 24. März 1894 zum Gemeindevorsteher gewählt worden[388] und behielt dieses Amt bis 1922. Unter den elf Mitgliedern der ersten Gemeindevertretung war ein Guts-

---

[381] LGO, § 50.
[382] Kuhn, Th., Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867 – 1914, Landtagswahlen zwischen kooperativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1984, S. 576.
[383] LGO, § 50.
[384] Ebd., § 52.
[385] STAG, Protokollbuch, S. 13.
[386] Ebd., S. 15.
[387] Ebd., S. 20.
[388] BZ vom 25. März 1894.

besitzer, ein Hofbesitzer, ein Mühlenbesitzer, ein Kaufmann, ein Hufner, zwei Kätner und vier Anbauern.[389] Die Mehrheit der Stimmen lag also in der ersten Glinder Gemeindevertretung bei denjenigen, die relativ am meisten besaßen.

3.2. Die Gemeindevertretung in Reinbek und die Zusammensetzung der Gemeindeverordneten nach Berufen

Nachdem die Gemeindeversammlung Reinbek schon seit Ende der 1870er Jahre über die Einführung einer Gemeindevertretung beraten hatte,[390] wurde am 7. Mai 1882 beschlossen, eine solche einzuführen. Dieser Beschluß fand seinen Niederschlag im Ortsstatut vom 27. Mai 1882.[391] Die Gemeindevertretung bestand aus zehn Mitgliedern. Mitglieder in den Jahren vor 1892 waren:
vier Kaufleute, ein selbständiger Bäckermeister, ein Gastwirt und Krämer, ein selbständiger Maurermeister, zwei selbständige Zimmer- und Tischlermeister und ein Erbpächter. Der Gemeindevorsteher war von Beruf Amtsanwalt und zugleich Vorsteher des Amtes Reinbek. Es fällt auf - und diese Zusammensetzung der Gemeindevertretung hat sich in den Folgejahren nur geringfügig verändert -, dass keiner der Anbauern, Kätner, Hufner oder Arbeiter in die Gemeindevertretung gewählt worden war.[392]
Auch nach Einführung der LGO bestand die Reinbeker Gemeindevertretung aus insgesamt elf Mitgliedern.

---

[389] STAG, Protokollbuch, S. 20.
[390] LAS, Abt. 301, Nr 444.
[391] s. Punkt 2.2.1.
[392] STAR, II/ 1, Protokollbuch zu Sitzungen der Gemeindevertretung, April 1869 - Februar 1891.

4. Die Entwicklung der Gemeinden Glinde und Reinbek zwischen 1892 und 1914

4.1 Glinde: Naturräumliche, demographische und politische Bedingungen; wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung

4.1.1.1 Die räumliche Entwicklung

Zugrunde gelegt wird hier die Untersuchung einer räumlichen Entwicklung der Gemeinde über die politischen Grenzen hinaus, d.h., es wird die Frage gestellt. ob und welche räumlichen Veränderungen außerhalb der Gemeindeflächen nach 1892 stattgefunden haben.
Räumliche Veränderung bedeutet aber auch immer Veränderung innerhalb des Gemeindeareals; dies betrifft insbesondere den Straßen- und Wegebau, den Gebäudeneu- und Erweiterungsbau. Folge dieser Entwicklung kann ein Prozeß des Wirtschaftswachstums sein, welches sich bei einer Landgemeinde am Steueraufkommen messen läßt.

4.1.1.2 Straßen- und Wegebau

Die Untersuchung der Schaffung und des Wachsens einer Infrastruktur in den Landgemeinden Glinde und Reinbek muß gesehen werden vor dem Hintergrund der Modernisierung der Infrastruktur in Preussen im 19. Jahrhundert, denn die entstandenen, immobilen Infrastrukturen wirkten schon stark durch die Prägung räumlicher Strukturen auf Wirtschaft und Gesellschaft zu Beginn der Kaiserzeit neben den technischen, ökonomischen und sozialen Grundprozessen der Industrialisierung.[393] Die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft lassen sich u.a. verdeutlichen durch das Anwachsen der Staats- und Nichtstaatschausseen in Preussen, deren Länge in Kilometern in Preussen

[393] Müller, U., Infrastrukturpolitik in der Industrialisierung. Der Chausseebau in der preußischen Provinz Sachsen und dem Herzogtum Braunschweig vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, Berlin 2000, S. 439.

1862 insgesamt 28.284 und 1875 bereits 37.172 betrug.[394] Im gesamten Reichsgebiet wuchs die Anzahl der Gesamtbeschäftigten im Dienstleistungssektor Verkehr zwischen 1852/55 und 1910/13 von 1,08 Prozent auf 3,65 Prozent, deren Anteil am Nettosozialprodukt betrug 1852/55 0,8 Prozent und stieg bis 1910/13 auf 6,36 Prozent.[395] Da der „Verkehrssektor neben der Energieversorgung als der Kern der materiellen Infrastruktur gilt",[396] und Güter- und Personenverkehr in der untersuchten Region nur auf Straßen- und Schienenwegen abgewickelt wurde, soll hier die Entwicklung der innerörtlichen Straßen und anderer Verkehrswege untersucht werden, für die die Gemeinden verantwortlich waren, d.h., für die sie finanziell aufzukommen hatten.

Auch die Folgen des Eisenbahnbaus, in geringerem Maße für Glinde als vielmehr für Reinbek, sind Gegenstand der Untersuchung.

Obwohl „das Wachstumstempo des Chausseenetzes erst durch den Ausbau der Nebenstraßen seinen Höhepunkt" [397] erreichte, kann hier die vielfältige Problematik des Chausseebaus und der Chausseeunterhaltung in Preussen nur angerissen werden.[398] Die grundsätzlich für Schleswig-Holstein relevante (Binnen-) Schiffahrt, die Schaffung und Nutzung von Wasserwegen werden hier nicht untersucht, da diese für die untersuchten Landgemeinden keine unmittelbare Bedeutung besaßen.

In Schleswig-Holstein wurde, nachdem schon seit den zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts Vertreter der Wirtschaft eine Straßenverbindung zwischen Altona und Kiel über Neumünster in Form einer Chaussee gefordert hatten, eine solche als erste Kunststraße im Lande 1832 realisiert. Ihre Oberfläche war makadamisiert, d.h., sie bestand aus zerschlagenen Steinen, die auf der Oberfläche der Straße gewalzt wurden. Ihre Breite betrug zwischen sechs und sieben Meter auf einer Gesamtlänge von 97,5 Kilometern. Wirtschaftlich attraktiv wurde sie dadurch, dass durch sie nicht nur die Reise- und Transportzeiten erheblich verkürzt worden waren, sondern auch die Frachtpreise um bis zu zwei Dritteln verringert werden konnten, da sich die Transportleistung eines

---

[394] Ebd., Tabelle A1, S. 454.
[395] Tilly, R., Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handels-, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1850 – 1914, in: Aubin H., Zorn, W. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 563.
[396] Ebd., S. 564.
[397] Müller, U., 2000, S. 441.
[398] Ausführliche Darstellung hinsichtlich der Entwicklung des Wege- und Chausseenetzes und der Straßen- und Wegeverwaltung sowie der Finanzierung, des Wegezolles, des Baus und der Unterhaltung von Chausseen und der Rolle des Staates als Geldgeber bei Müller, U., 2000.

Frachtwagens um das Dreifache steigern ließ. Die Schnellpost erreichte ihr Ziel nun in 9 statt in 16 Stunden.[399] Eine direkte Straßenverbindung zwischen Hamburg und Lübeck folgte 1840. [400] Einen überdurchschnittlichen Anteil am Straßennetz in den Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg hatte Holstein, bedingt durch eine vergleichsweise stärkere Entwicklung im wirtschaftlichen Bereich, wie folgende Tabelle zeigt:
Entwicklung des Chausseenetzes in den Herzogtümern Schleswig, Holstein und Lauenburg 1842 – 1867 (in Km) :[401]

	1842	**1847/48**	**1857/58**	**1866/67**
Schleswig	-	212	264	440
Holstein	150	300	780	1080
Lauenburg	37	70	80	108
Insgesamt	187	582	1124	1628

Während bis 1880 in Schleswig-Holstein verkehrsräumliche Grundstrukturen durch ein Netz zwischen Landstraßen und Hafenstandorten geschaffen wurde, konnten diese Strukturen bis 1914 durch Erweiterungen und Ausdifferenzierungen weiter entwickelt werden. Die Auswirkungen dieser Entwicklung stellten sich primär dar durch

- Erschließung des ländlichen Raumes mit Hilfe von Straßen und Eisenbahnlinien,
- wachsendes Bedürfnis nach Individualverkehr,
- bessere Möglichkeiten der Vermarktung landwirtschaftlicher Produkte,
- Neugründungen und Erweiterungen von Gewerbebetrieben, deren Zulieferung an Rohstoffen einerseits und Absatzmöglichkeiten von Waren andererseits optimiert wurden,

---

[399] Asmus, W., Probleme der Verkehrsstruktur und Verkehrsentwicklung in Schleswig-Holstein und ihr Einfluß auf die gewerbliche Entwicklung 1800 – 1867, in: Brockstedt, J. (Hrsg.), Gewerbliche Entwicklung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis zum Übergang ins Kaiserreich, Neumünster 1989, S. 183 – 206, hier S.188.
[400] Ders., Die verkehrs- und wirtschaftsräumliche Entwicklung Schleswig-Holsteins 1840 – 1914. Ein Beitrag zur Industrialisierung agrarischer Räume, in: Momsen, I.E. (Hrsg.), Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne, Neumünster 1988, S. 43 – 63, hier S. 48.
[401] Ders., 1989, S. 189.

- Aufwertung solcher Gemeinden, die an überregionale Straßen und Eisenbahnlinien angebunden waren im Gegensatz zu den ländlichen Gemeinden, die abseits der Verkehrslinien lagen.[402]

Als „dynamisch“ bezeichnete W. Asmus die Entwicklung des Chausseenetzes in Schleswig-Holstein, das in den Jahren 1847 bis 1912 von insgesamt 580 Kilometern auf eine Länge von 5.892 Kilometer anwuchs.[403] Diese neuen Chausseen dienten u.a. auch für Zubringertransporte zu Eisenbahnstationen. Der Landstraßenverkehr wurde so in Preußen nach dem Bau von Eisenbahnen nicht etwa geringer, sondern entfaltete sich im Durchschnitt stärker.[404] Wie Untersuchungen für Niedersachsen zeigen, wurde im 19. Jahrhundert dem Straßenverkehr zwar durch die Eisenbahn Fracht entzogen, andererseits wurden auch neue Straßen gebaut, um die Zufahrten zu Bahnhöfen zu ermöglichen bzw. zu verbessern.[405] Dies waren nicht nur Gemeindestraßen, sondern konnten durchaus Landstraßen sein, die fehlende örtliche Anbindungen an Bahnstationen überbrückten. Damit erhielt der Straßenverkehr, „seiner damaligen technischen Leistungsfähigkeit bezüglich Geschwindigkeit und Transportkapazität entsprechend, die Rolle eines sekundären Verkehrssystems neben der Eisenbahn,“[406] das in der Hauptsache die lokale Erschließung und Anbindung gewährleisten sollte. So entstand ein Grundnetz von Straßen, das auch im Bereich der Gemeindestraßen immer weiter ausgebaut wurde.

Die Hauptverkehrswege in Holstein, die auch den Kreis Stormarn berührten oder durch ihn führten, erstreckten sich in der Hauptsache von Südwesten nach Nordosten (Stand 1908):

„1. Altona, Hamburg, Ochsenzoll, Harksheide, Bramstedt.
2. Ochsenzoll, Heidkrug, Borgfeld, Elmenhorst, Oldesloe, Reinfeld nach Ahrensburg und Lübeck.

---

[402] Ders., 1988, S. 58.
[403] Ebd.
[404] Müller, U., Die Verkehrsintensität auf den preußischen Staatschausseen unter dem Einfluß von Eisenbahnverkehr und Industrialisierung, in: Fischer, W., Müller, U., Zschaler,F. (Hrsg.), Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Lothar Baar zum 65. Geburtstag, St. Katharinen 1997, S. 26 – 45, hier S. 28.
[405] Baldermann, U., Die Entwicklung des Straßennetzes in Niedersachsen von 1768 – 1960, Hildesheim 1968, S. 85.
[406] Asmus, W. 1988, S. 50.

3. Oldesloe, Rethwischfeld und Rethwischdorf nach Ratzeburg.
4. Hamburg, Hummelsbüttel, Poppenbüttel, Duvenstedt, Wulfsfelde (an vorgen. Chaussee).
5. Hamburg, Bramfeld, Sasel, Bergstedt, Hoisbüttel, Bargteheide, Elmenhorst, Oldesloe.
6. Wandsbek, Alt-Rahlstedt, Ahrensburg, Bargteheide.
7. Alt-Rahlstedt, Siek, Lütjensee, Dwerkathe, Lübeck.
8. Hamburg, Glinde, Witzhave, Grande, Trittau und Mölln.
9. Hamburg nach Bergedorf und Lauenburg."

Von Südosten nach Nordwesten bzw. von Süden nach Norden verliefen die Strecken:

„10. Stellmoor, Volksdorf, Bergstedt, Mellingstedt.
11. Trittau, Großensee, Siek, Ahrensburg.
12. Trittau, Grönwohld, Sprenge, Eichede, Barkhorst, Oldesloe.

Zahlreiche andere kleinere Verbindungen."[407]

Bemerkenswert ist, dass im Gegensatz zur Gemeinde Glinde das Amt bzw. die Gemeinde Reinbek von keiner dieser Hauptverkehrswege durchquert oder tangiert wurde.

In Glinde beschränkten sich Straßen- und Wegebau zwischen 1892 und 1914 bis auf eine Ausnahme auf Straßen und Wege innerhalb der Gemeinde. Waren in den Jahren 1894 bis 1909 lediglich Einzelbeschlüsse der Gemeindevertretung maßgebend für Zeitpunkt und Art und Weise des Aus- bzw. Neubaus von Wegen und Straßen, so regelte die Gemeindevertretung in einem Ortsstatut vom 7. April 1909[408] und einer diesbezüglichen Polizeiverordnung vom 26.April 1909 das Verfahren grundsätzlich. In dem Ortsstatut wurden festgelegt:

- Verpflichtung der Anlieger zur Erstattung der Anlagekosten bei der Anlage neuer Straßen durch die Gemeinde,
- Vorschriften bei der Anlage von Gebäuden an nichtregulierten Straßen,
- Verteilung der Anlagekosten auf die zur Erstattung Verpflichteten je nach Breite des an die Straße grenzenden Grundstückes,

[407] v. Bonin, Kreis Stormarn, in: Oldekop, H., 1908., S. 7.
[408] Genehmigt vom Bezirksausschuß zu Schleswig am 10. Mai 1909.

- Unterhaltung neuer Straßen, wobei als neue Straße im Sinne des Statuts „ auch die Umwandlung eines öffentlichen oder Feldweges, einer Landstraße oder Chaussee oder dergleichen, in eine für den öffentlichen Verkehr“ bestimmte fertige Straße galt.

Die entsprechende Polizeiverordnung, deren rechtliche Grundlagen die §§ 5 ff. der Verordnung über die Polizeiverwaltung in den neuerworbenen Landesteilen vom 20. September 1867 und des § 54 der Kreisordnung vom 26. Mai 1888 enthielt folgende Detailregelungen:[409]

- Wahrung des vorgeschriebenen Verhältnisses zwischen Breite der Straße und der Bürgersteige,
- Beschaffenheit des Straßenuntergrundes und des Belages,
- Beschaffenheit der Befestigung und der Planierung der Bürgersteige,
- Entwässerung der Straße durch Rinnsteine, Kanäle oder Rohrleitungen,
- Ausnahmegenehmigungen durch die Gemeindevertretung unter Zustimmung der Polizeibehörde,
- Strafen bei Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen.

Bevor das Ortstatut „für den Ausbau von Straßen und die Anlegung von Straßen und Plätzen“ von 1909[410] beschlossen worden war, hatten von der Gemeindevertretung gebildete „Commissionen“ und der Gemeindevorsteher angeordnet, ob und auf welche Art und Weise Ausbesserungen von Wegen oder deren Neuanlage vorgenommen werden mußten.[411]

Neben zahlreichen kleineren und mittleren Wegebaumaßnahmen, die zwischen 1892 und 1914 in Glinde projektiert und realisiert wurden,[412] für die teilweise Darlehn bei der Reinbeker Sparkasse aufgenommen werden mußten,[413] zog sich die Planung einer Straße nach Reinbek über einen längeren Zeitraum hin. Ausschlaggebend für dieses Projekt war die pfarrgemeindliche Abtrennung Glindes vom Kirchspiel Steinbek und die Zuweisung zum Kirchspiel Reinbek, „dem die Ortschaften Reinbek, Schönningstedt, Ohe und Glinde eingepfarrt

---

[409] STAG II, 117, Wege und Straßen.
[410] Ebd.
[411] Protokollbuch Glinde, S. 7, 16.
[412] Ebd., S. 24, 40, 41, 57, 115, 157, 160, 185, 195 passim.
[413] Beschluß der Gemeindevertretung vom 21. Januar 1896 über die Aufnahme eines Darlehns „bis zu 2000 Mark bei einer Amortisation von 2%“. Protokollbuch Glinde S. 40.

sind.“[414] Beschlossen wurde der Bau eines „jederzeit fahrbaren Weges (am besten Steindämme) nach Reinbek [. . .], welcher durch den nach dorthin erfolgten Kirchenanschluß für die Gemeinde Glinde unumgänglich notwendig ist, da die jetzigen Wegeverhältnisse einen regelrechten Kirchenbesuch etc. etc. geradezu ausschließen.“ Im März des darauf folgenden Jahres (1895) beantragte die Gemeinde beim Landratsamt in Wandsbek „diesen Weg im Zuge des Steindammes Hamburg-Osteinbek-Glinde [die heutige Möllner Landstraße. H.-H. St.] nach der nächsten Bahnstation Reinbek “[415] zur Nebenlandstraße erster Ordnung zu erheben und erwartete nach der Übernahmebereitschaft für den Kostenvoranschlag auch eine Beteiligung der Gemeinde Reinbek an den entstehenden Straßenbaukosten.

Von 1897 an, beschloß die Gemeindevertretung im März 1895, sollten die vorhandenen Straßen nicht mehr nur nach Bedarf mit Schotter und Sand immer wieder aufgefüllt, sondern gepflastert werden.. Auch die neben den Straßen befindlichen Fußwege wurden nun von der Fahrbahn durch Kantsteine abgetrennt und eingefaßt.[416] 1905 einigte sich die Gemeindevertretung darauf, eine Brücke über die Glinder Au[417] zu bauen. Die Brücke sollte „fest gemauert werden und mit starken eisernen Trägern versehen sein. Die 4m breite Fahrbahn soll gepflastert und durch ein Eisengeländer befestigt werden.[418] Mit der Bekanntmachung des Ortsstatuts vom 30. April 1913 wurde die Reinigung der öffentlichen Wege geregelt. Danach wurden die Eigentümer der innerhalb der geschlossenen Ortschaft gelegenen bebauten oder unbebauten Grundstücke verpflichtet, die an den Grundstücken verlaufenden öffentlichen Wege zu reinigen oder durch Beauftragte, z.B. Mieter, reinigen zu lassen. „Brücken, Durchlässe oder ähnliche Bauwerke“ wurden von der Gemeinde gereinigt. Bei Nicht-

---

[414] „Oldesloer Landbote“ vom 21. September 1894. Siehe auch BZ vom 28. August 1894: „Das Kirchenkollegium in Steinbek hat nun auch die Entlassung der Gemeinde Glinde aus der Kirchengemeinde Steinbek beschlossen. Glinde kommt zur Kirchengemeinde Reinbek, die demnach aus den Ortschaften Reinbek, Schönningstedt mit Silk, Ohe und Glinde bestehen wird.“

[415] Protokollbuch Glinde, S. 30, Beschluß vom 30. März 1895.

[416] Diese Maßnahmen wurden auch von der Lokalpresse wahrgenommen. BZ vom 4. April 1897: „ Unser Ort hat in den beiden letzten Jahren eine ganz erhebliche Aufbesserung der Wegeverhältnisse erfahren. Ganze Wegestrecken sind jetzt schön gepflastert, und sämmtliche Fußsteige im Dorfe sind begrandet und mit Kantsteinen abgesetzt, so daß es eine wahre Freude ist, zu sehen, wie auch unser Ort von Jahr zu Jahr in dieser Beziehung sich hebt und von einem gewissen Schönheitssinn seiner Bewohner Zeugniß ablegt.“

[417] Der Bach Glinder Au entspringt südlich von Kronshorst und mündet südwestlich von Kirchsteinbek in die Bille.

[418] Protokollbuch Glinde, S. 162.

erfüllung der Verpflichtung konnte den zu Reinigung der öffentlichen Wege Verpflichteten eine Geldstrafe von bis zu neun Mark auferlegt werden.[419]
Die Straßen Glindes nahmen Gestalt an, was sich 1907 bei der Eröffnung des Bahnhofes für die Südstormarnsche Kreisbahn als vorteilhaft erweisen sollte, denn die Zufahrtsstraßen dorthin waren bereits gepflastert und für das ganzjährige Befahren mit Fuhrwerken geeignet.

Einen Eisenbahnanschluß, über den Glinde zwischen 1907 und 1952 durch die Südstormarnsche Kreisbahn verfügte, verdankte die Gemeinde den Plänen und Beschlüssen des Kreisausschusses 1891, den Süden des Kreises Stormarn verkehrstechnisch und wirtschaftlich durch den Bau einer Eisenbahnlinie besser zu erschließen und zum anderen, so banal es klingen mag, der Finanzkraft des Glinder Gutsbesitzers Franz Rudorff, der aus nicht uneigennützigen Gründen einen erheblichen finanziellen Teil dazu beitrug, dass die Bahnstrecke der Südstormarnschen Kreisbahn von Trittau nach Tiefstack über Glinde führte und dort eine Haltestation gebaut wurde. Ursprünglich war eine Strecke von Wandsbek über Trittau nach Mölln geplant, um der Landwirtschaft die Möglichkeit zu bieten, einerseits ihre Produkte in die Stadt Hamburg zu befördern und im Gegenzug Dünger, Kraftfutter und Kohlen auf das Land zu transportieren. Zusätzliche Erwartungen waren mit dem Bahnprojekt verbunden, weil die Planer annahmen, im geplanten Trassengebiet Industriebetriebe wie z. B. Sägewerke und Konservenfabriken ansiedeln zu können, wenn erst einmal eine Bahnverbindung zur Großstadt Hamburg als Absatzmarkt bestünde. Landrat v. Bülow war sogar der Ansicht, dass die an der Bahnlinie gelegenen Landgemeinden davon steuerlich profitieren könnten, wenn sich städtische Arbeiterfamilien auf dem Lande niederließen, um den sozialen und gesundheitlichen Nachteilen des Wohnens in den Arbeitervierteln der Stadt Hamburg zu entgehen. Durch eine Umsiedlung von Arbeiterfamilien in die Landgemeinden im Kreis Stormarn könnten womöglich auch billige Arbeitskräfte gewonnen werden, an denen es auf dem Lande mangelte. Die an den Vorbesprechungen für den Bahnbau beteiligten Gemeindevorsteher waren sogar in ihrer Mehrheit der Meinung, dass durch die Ansiedlung von Arbeiterfamilien entstehende Mehrkosten für den öffentlichen Haushalt etwa im Schulbereich oder im Armenwesen

[419] STAG, II/ 97.

durch erhöhte Gemeindesteuereinnahmen oder durch Verkauf von Bauland mehr als ausgeglichen werden würden.[420] Der Stormarner Kreistag plante im März 1892 ursprünglich die Strecke von Wandsbek über Jenfeld, Barsbüttel, Trittau nach Mölln.[421] Nachdem jedoch die Stadt Wandsbek nach einstimmigem Beschluß ihrer Stadtverordneten die Beteiligung Wandsbeks am Bahnprojekt aus Kostengründen abgelehnt hatte, wurde 1904 eine neue Streckenführung beschlossen. Sie sollte von Trittau über Gröhnwohld, Lüttjensee, Hoisdorf, Siek, Papendorf, Langeloe, Stellau, Willinghusen, Stemwarde, Glinde, Domhorst, Havighorst, Billstedt nach Tiefstack führen. Von dort aus bestand eine Bahnverbindung zum Hauptbahnhof in Hamburg.

Die Streckenführung über Glinde jedoch, die auf Betreiben des Gutsbesitzers Rudorff mit Unterstützung des Landrats zustande kam, bedurfte erst eines Beschlusses des Stormarner Kreistages vom 29. Februar 1904, der die „Variante Glinde“ unter der Bedingung akzeptierte, dass dem Kreis der auf die Provinz entfallenden Teil der Mehrkosten ersetzt werde, „falls diese die Erhöhung des Zuschusses ablehnt.“ Rudorff übernahm die Mehrkosten in Höhe von 25.400 Mark. Eine Genehmigung des Ministers der öffentlichen Arbeiten war schon vorher signalisiert worden: „Sollte vom Kreis nachträglich die Variante Glinde zur Ausführung gewählt werden, so würde nichts entgegenstehen, bei Bemessung der Staatsbeihilfe die anschlagsmäßigen Mehrkosten mit zu berücksichtigen.“[422]

Die Gemeindevertretung Glinde war bereits im Vorfeld der Kreistagsbeschlüsse zum Bahnbauprojekt damit befasst worden, Gemeindegrundstücke für den Bahnbau zur Verfügung zu stellen. Sie beschloß bereits im Dezember 1901 einstimmig, „das für den Bahnbau Trittau-Schiffbek in der Gemarkung Glinde erforderliche Terrain unentgeltlich freizugeben.“[423] Selbst private Landbesitzer waren schon 1893 bereit, Land für den Bau der Trasse abzugeben, selbst wenn diese auch nur in die Nähe der Gemeinde Glinde gelegt würde. „Die betreffenden Landbesitzer hierorts sind geneigt, dem Projekt durch theilweise unentgeltliche Abgabe von Grund und Boden entgegenzukommen, wenn die

---

[420] Perrey, H.-J., 1993, S. 130 ff.
[421] LAS, Abt. 309, Nr. 10 404.
[422] LAS, Abt. 301, Nr. 5149, Südstormarnsche Kreisbahn (Kleinbahn Trittau=Schiffbek) und die Schienenverbindung Willinghusen=Wandsbek. Minister der öffentlichen Arbeiten an das Oberpräsidium in Schleswig vom 12. Januar 1904.
[423] STAG, Protokollbuch Glinde, Sitzung der Gemeindevertretung vom 30. Dezember 1901, S. 114.

neue Bahn unsern Ort berühren wird. Ein Anhalteplatz resp. Bahnhof würde dann in der Mitte der Ortschaften Willinghusen, Stemwarde und Glinde entstehen.“[424] Dass die Gemeinde grosses Interesse daran hatte, einen Bahnhof in Glinde selbst zu erhalten, wird überdies dadurch deutlich, dass sie bereit war, gewissermaßen in Vorleistung finanzieller Art zu treten. Sie beschloß im Februar 1903: „Die Gemeinde=Vertretung ist damit einverstanden, daß so lange und soweit die Überschüsse der projektierten Kleinbahn Trittau-Schiffbek nicht ausreichen die Ausgaben für Tilgung und Verzinsung der Anleihe usw. die hiesige Gemeinde vorkommendenfalls mit 40% der Kreissteuer voraus belastet wird, wenn sie an der Bahn direkt beteiligt wird.“[425] Aber auch private Grundbesitzer waren bereit, ihr Land der Bahn unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.
„Die unterzeichneten Grundbesitzer erklären hierdurch ihr Land welches von der Bahn durchschnitten wird gratis herzugeben.“ Es folgten sechs Unterschriften von Grundstückseigentümern.[426]
Am 31. August 1905 wurde schließlich mit dem Bau der geplanten Bahnlinie Trittau-Tiefstak begonnen. Die Südstormarsche Kreisbahn nahm am 17. Dezember 1907 ihren Betrieb auf, konnte aber im Verlaufe ihres Bestehens im Bereich Güterverkehr nicht die geplante und gewünschte Rentabilität erreichen. Dagegen stieg die Zahl der beförderten Personen, die entweder den Zug für Ausflugsfahrten von Hamburg auf das Land oder als Verkehrsmittel zum Arbeitsplatz nach Hamburg benutzten, bis zum Ersten Weltkrieg erheblich. Betrug die Zahl der jährlich beförderten Personen 1907/08 noch etwa 47.000, so waren es bis 1913/14 bereits 536.000. [427]

4.1.1.3 Gebäudeerweiterungen und Neubauten

Eine defizitäre Quellenlage macht sich auch bei der Untersuchung neu erbauter Gebäude und der Gebäudean- und umbauten zwischen 1892 und 1914 in Glinde bemerkbar. Für die Jahre 1894 bis 1896, 1899,1901, 1910, 1912 und 1914 befinden sich keine Archivalien hinsichtlich erteilter Baukonzessionen im

---

[424] BZ vom 21. März 1893.
[425] STAG,Protokollbuch Glinde, Sitzung der Gemeindevertretung vom 20. Februar 1903, S. 127.
[426] Ebd., Sitzung der Gemeindevertretung vom 29. Januar 1904, S. 148 f.
[427] Kreisarchiv Stormarn, Die südstormarnsche Kreisbahn. Zu ihrem 25jährigen Bestehen. Ein geschichtlicher Überblick erstattet von der Leitung der Verkehrsbetriebe des Kreises Stormarn, o.J.

Glinder Stadtarchiv. Aus diesem Grunde kann der Befund nur sehr lückenhaft bleiben und keinen Vergleich mit der Erbauung von Gebäuden in Reinbek im gleichen Zeitraum zulassen. Gleichwohl sollen hier die in Glinde nachweisbaren Bauten aufgeführt werden. In den Jahren 1892 bis 1914 wurden demnach in Glinde mindestens 13 Wohnhäuser neu erbaut und zwei um- bzw. angebaut. Weiterhin erfolgten zwölf Stall- und fünf Scheunenneubauten, der Bau eines Ladengeschäftes, einer Gastwirtschaft und eines Eiskellers. Diese Bauten wurden im Dorfzentrum errichtet; ein Landhaus wurde 1904 erbaut. Genehmigungen zum Bau von Sondergebäuden wurden erteilt :
1898 für eine Schule mit Wohnung und Stallung, 1907 für ein Empfangsgebäude mit separater Abortanlage für den Bahnhof Glinde der Südstormarnschen Eisenbahn und 1908 für eine Wohnkaserne für Wanderarbeiter. Bereits vorhanden waren außer Wohnhäusern, Scheunen und Ställen ein Armenhaus und die an der Glinder Au gelegene Wassermühle mit Wohn- und Stallgebäuden.
1895 erstreckte sich die Gemeinde Glinde über eine Gesamtfläche von 687,7 ha und umfaßte zwei Wohnplätze, von denen der eine das Dorfzentrum und der andere die Mühlenanlage darstellte.[428]

[428] Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 2.Dezember 1895 und anderen amtlichen Quellen, bearbeitet vom Statistischen Bureau, Berlin 1897, S. 110.
Anhang 1, Tabelle.

4.1.2.1 Die Bevölkerungsentwicklung

In der Provinz Schleswig-Holstein stieg die absolute Zahl der Bevölkerung zwischen 1892 und 1914 von 1 236.400 auf 1 699.000.[429]
Dort lebten 1890 in Gemeinden mit weniger als 2.000 Einwohnern 54%, von 2.000 bis 5.000 Einwohnern 10,8%, von 5.000 bis unter 20.000 12,6%, mit 20.000 und darüber 22,6% und in Städten mit über 100.000 Einwohnern 11,8%, wobei eine Gesamtbevölkerung von 1 219.523 Einwohnern zugrunde gelegt wurde. Diese Zahlen erhöhten sich bis zum Jahre 1910: In Gemeinden unter 2.000 Einwohnern lebten 41,4%, von 2.000 bis unter 5.000 Einwohnern 12,0%, von 5.000 bis unter 20.000 14,9%, von 20.000 und darüber 31,7%, und in Städten mit 100.000 Einwohnern und mehr lebten 23,7% der Bevölkerung.[430] Der Rückgang der Bevölkerung in den kleineren Gemeinden und die Zunahme in den größeren Gemeinden und vor allem in den großen Städten ist vor allem durch die Binnenmigration ländlicher Arbeitskräfte in die Städte zu begründen, denn dort fanden sie in der Regel witterungsunabhängige Arbeitsplätze in arbeitskraftintensiven Betrieben vor, wenn auch oft Verschlechterungen der Arbeits- und Lohnsituation in Kauf genommen werden mußten.[431]
Durch die Stadtflucht ländlicher Arbeitskräfte stiegen auf dem Lande einerseits für Landarbeiter, Tagelöhner und Dienstkräfte die Löhne, andererseits wurden freie Arbeitsplätze durch Wanderarbeiter eingenommen, die nicht nur aus dem Königreich Preußen, „zu dem ja damals ein erheblicher Teil des nachmaligen Polen gehörte“, sondern auch aus Dänemark, Schweden, Norwegen, Galizien und anderen östereichisch-ungarischen Gebieten kamen. Ein geringer Prozentsatz wanderte aus Italien, der Schweiz, den Niederlanden und England ein.[432]
Ein weiterer Grund für die Abnahme der Bevölkerung in kleinen und größeren Landgemeinden in Schleswig-Holstein war die Auswanderung von Landarbei-

---

[429] Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, hrsgg. vom Statistischen Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel 1967, S. 100.
[430] Hohorst, G., Kocka, J., Ritter, G.A., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 – 1914, 2. Aufl., München 1978, S. 42.
[431] Lorenzen – Schmidt, K.J., Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne, in: Lange, U. (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, Von den Anfängen bis zur Gegenwart. 2. Aufl., Neumünster 2003, S. 341 – 345, hier: S. 344.
[432] Ders., Auf dem Weg in die moderne Klassengesellschaft – Soziale Entwicklung 1830 – 1918, in: Lange, U. (Hrsg.), 2003, S. 408.

tern in die USA, Brasilien und Argentinien, Australien und Afrika. Alleine nach USA wanderten zwischen 1871 und 1914 fast 125.000 Menschen aus.[433]
Der größte Teil der Bevölkerung in Schleswig-Holstein gehörte zwischen 1871 und 1910 der evangelischen Konfession an. Angehörige anderer Religionen waren römisch-katholische Christen, sonstige Christen und Israeliten, die aber insgesamt nur einen geringen Prozentsatz im Vergleich zur evangelischen Bevölkerung ausmachten[434]. Auffallend ist die Erhöhung der Anzahl katholischer Christen im genannten Zeitraum, was darauf zurückzuführen ist, dass Wanderarbeiter aus vornehmlich katholischen Gegenden nach Schleswig-Holstein einwanderten.
Unter 10.000 ortsanwesenden Personen waren am 1. Dezember 1871:[435]

evangelisch	römisch-katholisch	sonst.Christen	Israeliten
9894	60	10	36

Unter 10.000 ortsanwesenden Personen waren am 1. Dezember 1910:

evangelisch	römisch-katholisch	sonst. Christen	Israeliten
9588	330	61	21

Die Zahl der Erwerbstätigen in der Industrie überstieg mit 8 281.000 Beschäftigten bereits 1895 die Anzahl der in der Landwirtschaft tätigen Personen. Obwohl sich hier die Zahl der Erwerbstätigen bis 1907 auf 9 883.000 erhöhte, wurde diese Zahl von den in der Industrie Beschäftigten mit 11 256.000 erheblich übertroffen. Auch im Handel und Verkehr wuchsen die Beschäftigtenzahlen deutlich, während sie in den Sektoren „Häusliche Dienste“ und „Verwaltung, Militär und freie Berufe“ in etwa gleich blieben oder sich nur geringfügig erhöhten.[436] Das Bevölkerungswachstum bis 1914 betraf in der Provinz Schleswig-Holstein allerdings nicht alle Gebiete. Nach 1867 läßt sich feststellen, dass im dichter als Schleswig besiedelten Holstein die Bevölkerung stärker zunahm, bedingt durch die beginnende Industrialisierung und eine zunehmende Intensivierung der Landwirtschaft. In den Kreisen Schleswigs sank die Zahl der Einwohner zwischen 1867 und 1885 um 2,1%, während sie in den dreizehn hol-

[433] Ebd., S. 344.
[434] Hohorst, G., Kocka, J., Ritter, G.A., 1978, S. 53.
[435] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich , hrsg. vom Statistischen Reichsamt, Berlin 1880, S.13. und 1913, S.11.
[436] Ebd., S. 66.

steinisch-lauenburgischen Kreisen - Ausnahmen bildeten Oldenburg und Segeberg - um 19,8% stieg.[437] Auch die Bevölkerungsdichte war in Holstein höher als in Schleswig. Es lagen bei einer durchschnittlichen Zahl von 68 (1895) bzw. 85 (1910) Einwohnern pro Quadratkilometer in der gesamten Provinz „die Zahlen für Schleswig mit 35 und 54 erheblich unter dem Provinzialdurchschnitt."[438]

Die Bevölkerungsentwicklung des Kreises Stormarn zeigt, dass dort zwischen 1871 und 1885 sowohl die Städte als auch die Landgemeinden an Einwohnern zunahmen, während sich deren Zahl in den Gutsbezirken verringerte. So erhöhte sich die Bevölkerungszahl in den stormarner Landgemeinden von 43.196 (1871) auf 43.891 (1875)[439] und von 45.307 (1880) auf 46.468 (1885). Dies bedeutete zwischen 1871 und 1885 einen Zuwachs von 7,6%. Im Vergleich dazu nahm die Bevölkerungszahl der Landgemeinden im Kreis Segeberg im gleichen Zeitraum um 4,8% ab, während sie im Kreis Oldenburg um 3,7% und im Kreis Plön um 33,5% stieg.

Insgesamt betrug die Wachstumsrate der Bevölkerung zwischen 1871 und 1885 im Kreis Stormarn, auch unter Berücksichtigung der Städte (Zuwachs von 49,1%) und der Gutsbezirke (Abnahme von 9,8%) insgesamt 15,5%.[440]

Die Bevölkerungszahl Glindes stieg zwischen 1890 (281 Einwohner) und 1910 ständig, mit Ausnahme der Jahre zwischen 1895 und 1900, in denen sie von 314 auf 303 Einwohner sank, dann aber 1905 wieder auf 385, 1910 auf 421 und schließlich bis 1919 auf 465 Einwohner anstieg. Wie aus der Tabelle zur Berufsstruktur unten zu ersehen ist, kann die Zunahme der Bevölkerung auf eine zunehmende Zahl von ortsansässigen Arbeitern, die hauptsächlich auf dem Gut Glinde arbeiteten und Handwerker zurückgeführt werden, die z.T. auch in umliegenden oder weiter entfernten Gemeinden, z. B in Hamburg, erwerbstätig waren.[441]

---

[437] Lorenzen-Schmidt, K.-J., Bevölkerungsentwicklung 1830 – 1914 in: Lange, U.(Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, 2. Aufl., Neumünster 2003, S. 341 – 345, hier: S. 342

[438] Ebd., S. 344.

[439] Provinzialhandbuch für Schleswig-Holstein, hrsg. mit amtlicher Unterstützung des Königlichen Oberpräsidiums und der Königlichen Regierung, Kiel 1880, S. 11 f.

[440] Provinzialhandbuch 1891, S. 84.

[441] „Leider sind jetzt auch in Glinde 2 Cholera=Todesfälle bekannt geworden. Der hier wohnhafte Cigarrenarbeiter Wilken, der seit längerer Zeit in Ottensen arbeitete, kehrte am Mittwochnachmittag etwas krank zu seiner Familie zurück. In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag erkrankte auch seine Frau und beide wurden, da der Arzt die asiatische Cholera konstatierte, noch am Sonntagvormittag nach dem zum Krankenhaus eingerichteten Wohnause des Anbauers J. Soltau geschafft. Gesten morgen sind beide Personen der bösen Seuche erlegen." „Oldesloer Landbote" vom 6.September 1892.

Bei einer gleichbleibenden Gesamtfläche der Gemeinde von 687,6 Hektar erhöhte sich zwischen 1895 und 1905 die Zahl der bewohnten Wohnhäuser von 38 auf 41 und die Zahl der gewöhnlichen Haushaltungen von zwei und mehr Personen von 53 auf 58. Die Gesamtzahl von 314 Einwohnern verteilte sich 1895 auf 164 männliche und 150 weibliche. Die Mehrzahl der Einwohner war 1895 evangelisch, lediglich 38 waren katholisch. Bei der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 wurden von insgesamt 385 Einwohnern 190 männliche gezählt, weibliche wurden in der Statistik nicht aufgeführt. Bei der gleichen Zählung blieben 303 evangelische Christen in der Mehrzahl gegenüber 82 katholischen. Erstmalig wurden bei einer Volkszählung auch die Muttersprachen der katholischen Einwohner erfasst, von denen in Glinde 14 deutsch-sprachig, 62 polnisch-sprachig und zwei Deutsch und eine andere Sprache zusätzlich sprachen.[442]

Die polnisch-sprachigen ortsansässigen Einwohner Glindes waren, wie in Punkt 4.1.4.1 noch auszuführen sein wird, landwirtschaftliche Arbeiter des Gutes Glinde.

Zwischen 1892 und 1914 war in der Gemeinde Glinde keine Bevölkerungsentwicklung festzustellen, die darauf hingewiesen hätte, dass sich Glinde in absehbarer Zeit zu einer Gemeinde hätte entwickeln können, die nicht mehr dem Bild und der Struktur eines Dorfes entspräche.

---

[442]Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 1.Dezember 1905 und anderen amtlichen Quellen, bearbeitet vom Königlichen Statistischen Bureau, Berlin 1908, S. 92.

In der hier zugrunde liegenden amtlichen Statistik ist ein Fehler enthalten, denn es ergibt sich bei der Erfassung der Muttersprachen der Glinder Katholiken eine Differenz von vier.

Einwohner und Haushaltungen in Glinde (1895)[443]

Gesamt-fläche(ha)	Wohnplätze	Bewohnte Wohnhäuser	Schulhaus	Gewöhnliche Haushaltungen von 2 und mehr Personen	Einzeln lebende Personen mit eigener Hauswirtschaft
687,7	2	38	1	53	männl. weibl. 3 --

Zusätzlich: **1 Armenhaus[444]**
1 Mühle

Ortsanwesende Bevölkerung am 2. Dezember 1895:

Gesamt	männlich	weiblich	evangelisch	katholisch
314	164	150	276	38

Kirchspiel: Reinbek **Standesamtsbezirk: Reinbek**
Amtsbezirk: Ohe[445]

[443] Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 und anderen amtlichen Quellen,bearbeitet vom Statistischen Bureau, Berlin 1897, S. 110.
[444] LAS Abt. 309, Gebäudesteuer 1867, Nr. 878, Veranlagungsnachweis der Ortschaft Glinde, Amt Reinbek.
[445] Das Gemeindelexikon von 1897 gibt die Zugehörigkeit Glindes 1895 zum Amtsbezirk Ohe falsch an, denn dieser Amtsbezirk wurde erst 1896 neu gebildet. Glinde gehörte 1895 noch zum Amtsbezirk Reinbek. LAS Abt. 301, Nr. 6666, Betreffend die Bildung der Amtsbezirke, die Berufung der Amtsvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie die Bestellung kommissarischer Amtsvorsteher, hier: Bildung des Amtes Ohe. Kreistagsbeschluß v. 23. September 1895.

Einwohner und Haushaltungen in Glinde (1905)[446]

Gesamt-fläche(ha)	Wohn-plätze[447]	Bewohnte Wohn-häuser	Andere bewohnte Baulichkei-ten	Gewöhnliche Haushaltungen von 2 und mehr Personen	Einzeln le-bende Per-sonen mit eigener Hauswirt-schaft
687,6	2	41	1	58	1

Zusätzlich: 1 Armenhaus[448]
1 Mühle

Ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1905:

Gesamt	männlich	aktive Militärpersonen
385	190	---

Kirchspiel: Reinbek **Standesamtsbezirk: Reinbek**
Amtsbezirk: Ohe

Konfessionen und Muttersprache

evangelisch[449]	katholisch,davon :	deutsch-sprachig	polnisch-sprachig	deutsch u. eine andere Sprache
303	82	14	62	2

[446] Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und anderen amtlichen Quellen, bearbeitet vom Königlichen statistischen Bureau, Berlin 1908, S. 92.
[447] Ebd. Als zweiter Wohnplatz wird genannt: „Glinder Mühle (evgl. Kirchspiel Bargteheide)“ mit 1 Wohngebäude und 6 Einwohnern.
[448] LAS Abt. 309, Gebäudesteuer 1867, Nr. 878, Veranlagungsnachweis der Ortschaft Glinde, Amt Reinbek.
[449] Zu den Evangelischen „sind alle Personen gezählt worden, die als ihr Bekenntnis angegeben hatten: evangelische Landeskirche, unirt, evangelisch, evangelisch=lutherisch, evangelisch=reformiert, separiert= usw. lutherisch. alt=, separiert= usw. reformiert. Zu den Katholiken gehören die katholischen schlechthin, die Römisch=katholischen, Russisch=orthodoxen, die Anhänger anderer griechisch= (orientalisch=) katholischen Kirchen, ferner die sonstigen Katholiken.“ Gemeindelexikon 1908, S. VI.

4.1.2.2 Berufsstruktur

Nach der Berufszählung von 1895 waren im Kreis Stormarn in der Landwirtschaft insgesamt 35.192 Personen als Vollerwerbs- oder als Nebenerwerbsbauern beschäftigt. In dieser Zahl sind sowohl die selbständigen Bauern als auch Verwaltung-, Aufsichts- und Büropersonal, Familienangehörige als in der Wirtschaft des Haushaltsvorstandes Tätige und auch landwirtschaftliche Knechte und Mägde enthalten. [450]

Zwischen 1880 und 1896 waren in Glinde die ortsanwesenden Haushaltsvorstände hauptsächlich in und mit der Landwirtschaft beschäftigt, wobei die in der im Anhang aufgeführten Tabelle als Arbeiter benannten Einwohner mit großer Wahrscheinlichkeit in der Landwirtschaft des Gutes Glinde erwerbstätig waren. [451]Einem Handwerk gingen zwischen 1880 und 1894 Bäcker, Tischler, Zimmerleute und Maurer nach. Die zwischen 1880 und 1896 aufgeführten Angestellten gehörten zum Personal des Gutes Glinde. Bei der Gemeinde angestellt waren in diesem Zeitraum Lehrer und Nachtwächter. Dazu kamen in den Jahren 1908 bis 1912 weitere Angestellte des Gutes, z.b. Techniker und Sekretär, Inspektor und Meiereiverwalter. Die steigende Zahl der Handwerker zwischen 1908 und 1912 ist vermutlich nur darauf zurückzuführen, dass vielmehr lohnabhängig beschäftigte Handwerker als Selbständige, bis auf den Mühlenbesitzer, aufgeführt wurden, die allerdings z.T. auch den Meistertitel führten, z. B. Gärtnermeister, Schmiedemeister, Zimmermeister, Maurermeister und Dachdeckermeister. Inwieweit diese Handwerker in Glinde oder andernorts beschäftigt waren, ist nicht bekannt.

Gesellschaftlich herausragend hinsichtlich ihres Besitzes an Grund und Boden waren in diesem Zusammenhang nur der Besitzer des Gutes, der Besitzer eines großen Hofes und der Mühlenbesitzer. Die Bevölkerung setzte sich also in den Jahren 1880 bis 1912 in der Hauptsache aus Insten, Kätnern, Hufnern, Handwerkern und Arbeitern zusammen, wobei im Laufe der Jahre die Zahl der Angestellten stieg. Dies hing zum großen Teil mit der zunehmenden Vergrößerung und den damit verbundenen betriebsinternen Verwaltungsnotwendigkeiten des Gutes Glinde zusammen. Es existierten in Glinde außer dem Gut und der

---

[450] Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967, S. 82.
[451] Anhang 2, Tabelle: Erwerbstätige, Altenteiler und Rentner in Glinde 1880 – 1912.

Mühle keine Betriebe, in denen Arbeiter oder Angestellte hätten beschäftigt werden müssen oder beschäftigt werden können.

4.1.3.1 Politische Entwicklung

Nach Einführung der LGO von 1892 hatten die Landgemeinden die Pflicht, bei einer Zahl von über vierzig Stimmberechtigten eine Gemeindevertretung zu wählen.[452] Der von der Glinder Gemeindeversammlung am 5. März 1887 gewählte Gemeindevorsteher, Anbauer J.C. Eggers,[453] führte dieses Amt mit seinem Stellvertreter, dem Anbauern und Schuhmacher Hinrich Suck bis 1891. Die ursprünglich vorgesehene Amtszeit von sechs Jahren wurde von beiden aus unbekannten Gründen nicht zuende geführt. Am 14. Februar 1893 wählte die Gemeindeversammlung den Hofbesitzer H.R. Banks zum Gemeindevorsteher.[454] Aufgrund fehlender Quellen ist nicht bekannt, wer zu dessen Stellvertreter gewählt wurde, aber aufgrund der Reihenfolge der Stimmenzahl ist anzunehmen, dass dies der Kaufmann Wilde gewesen sein muß.[455] Auch deren Amtszeit dauerte nur ein Jahr, denn am 24. März 1894 wurde von der Gemeindeversammlung der Anbauer H. Suck zum Gemeindevorsteher und der Mühlenbesitzer H. Hintze zu dessen Stellvertreter gewählt.[456] Suck behielt dieses Amt durch erneute Wiederwahlen auf jeweils sechs Jahre 28 Jahre bis zu seinem Rücktritt 1922.

Die letzte Gemeindeversammlung in Glinde vor Einführung der Gemeindevertretung fand am 16. Oktober 1894 statt. Auf der Sitzung vom 11. September 1894 wurde „Eine Einführung einer Gemeindevertretung [. . .] mit 21 Stimmen dafür, gegen 10 dagegen beschlossen.“[457] Die erste Sitzung fand am 24. November 1894 statt. Sie bestand aus elf Mitgliedern: ein Gutsbesitzer (Rudorff), ein Hofbesitzer (Roesing), ein Kaufmann (Wilde), ein Hufner (Kopperholdt), zwei Kätner (C. Schröder, M. Soltau) und drei Anbauern (Stein, Ohl, Israel). Gemeindevorsteher Suck und Mühlenbesitzer Hintze als stellvertretender Ge-

---

[452] LGO § 49.
[453] BZ v. 17.3.1887.
[454] BZ v. 15.02.1893. Kreisblatt für Stormarn Nr. 12, v. 24. März 1893.
[455] BZ v. 15. Februar 1893: „Abgegebene Stimmen: 43. 27 entfielen auf H.R. Banks, 15 auf Wilde.“
[456] BZ v. 25. März 1894.
[457] Protokollbuch , S. 15.

meindevorsteher wurden nach § 64 der LGO in ihren Ämtern bestätigt und verpflichtet.

Wirtschaftlich und politisch war Glinde seit Jahrhunderten mit dem Amt Reinbek verbunden. Seit 1895 allerdings gingen Bestrebungen seitens des stormarner Kreistages dahin, den Amtsbezirk Reinbek mit den Gemeinden Glinde, Ohe, Schönningstedt und Gut Silk aufzulösen und die mit dem Amtsbezirk vereinigten Gemeinden mit der vom Amtsbezirk Trittau abzuzweigenden Gemeinde Witzhave zu einem neuen Amtsbezirk zu vereinigen. Es erfolgte am 23. September 1895 zwar ein solcher Beschluß, der aber offensichtlich nur vorläufig gewesen sein konnte, denn veröffentlicht wurde er im Kreisblatt nicht.[458] Auch fehlte für diese Änderung im Beschluß eine Begründung, die Landrat v. Bonin freilich in seinem Schreiben vom 6. Dezember 1895 an den Oberpräsidenten gab: Demnach wurde der Beschluß „auf Anregung Sr. Durchlaucht des Fürsten Bismarck gefaßt." Er „ bezweckt, den bisherigen Amtsbezirk Reinbek in zwei Theile zu theilen, um die bisher bestehende Verbindung zwischen den ihren Interessen nach verschiedenen Bestandtheilen dem ganz städtischen Ort Reinbek einerseits und den rein ländlichen Gemeinden und Gutsbezirken andererseits aufzuheben. Zu dem ländlichen Theile des jetzigen Amtsbezirks Reinbek soll die von dem Amtsbezirke Trittau abzutrennende Gemeinde Witzhave zugelegt werden."[459]

Die Gemeindevertretung Glinde stimmte gegen diese Absicht mit der Begründung, der ohnehin weite Fußweg von 45 Minuten zum Telefon, zur Kirche, zum Arzt, zum Amt und anderen Einrichtungen in Reinbek verlängere sich erheblich und betrage nach Witzhave nun ca. zwei Stunden. Außerdem verschlechtere sich dadurch die ohnehin angespannte finanzielle Lage der Gemeinde und deren Einwohner.[460] Fälschlicherweise waren die Gemeindevertreter in Unkenntnis der Sachlage wohl davon ausgegangen, dass nun ein Amt Witzhave eingerichtet werden sollte, was aber von der Regierung und dem Oberpräsidium nur im Ansatz geplant war, aber letztendlich nicht realisiert wurde.

Die Zusammensetzung der Gemeindevertretung nach sozialer und beruflicher Stellung ihrer Mitglieder änderte sich zwischen 1894 und 1907 nur unwesent-

---

[458] LAS, Abt. 301, Nr. 6666, Acten betreffend die Bildung der Amtsbezirke.
[459] Ebd.
[460] Protokollbuch Glinde, S. 45. Die näheren Einzelheiten und Hintergründe zur Auflösung des Amtes Reinbek und der Neubildung des Amtes Ohe werden in 4.2.3.1 dargestellt.

lich. Von 1897 an war der Gutspächter und spätere Besitzer des Glinder Gutes Rudorff ständig gewählter Gemeindevertreter, des weiteren bildeten Hufner, Kätner und Anbauern die Glinder Gemeindevertretung. Nicht selbständige Handwerker, Arbeiter oder Insten, Einwohner, die weder Land noch Haus besaßen, waren nicht als Mitglieder vertreten. Die aus elf Mitgliedern bestehende Gemeindevertretung wurde von 1894 bis 1907 von insgesamt 16 verschiedenen Mitgliedern gebildet, von denen sechs bereits in die erste Gemeindevertretung gewählt worden waren.[461] Andere schieden nach Fortzug oder Abwahl aus und wurden durch neu gewählte Mitglieder ersetzt.

Bei den Reichstagswahlen 1898, 1903, 1907 und 1912 wählten die wahlberechtigten Glinder mit den meisten Stimmen den sozialdemokratischen Abgeordneten Karl Frohme, der auch im schleswig-holsteinischen Wahlkreis 8, Altona-Stormarn, bei diesen Wahlen den größten Stimmenanteil auf sich vereinigen konnte. Die Kandidaten der anderen Parteien hatten mit Ausnahme von Friedrich Raab (Wahlkreis 2, Schleswig-Holstein, von 1904 – 1912) ihre Reichstagswahlkreise in anderen Regionen des Reiches und können somit lediglich als Zählkandidaten gewertet werden.[462]

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1893 in Glinde[463]

Kandidat	Stimmen
Frohme (Sozialdemokraten)	20
Niepa (Liberale Reichspartei)	1
Wuth (Deutsche Reichspartei)	25
Liebermann (Antisemiten)	--
Schmarje (Nationalliberale)	--
Zersplittert	--
Ungültig	--

[461] Protokollbuch Glinde, passim.
[462] Anhang 11, Kurzbiographien der Kandidaten für die Reichstagswahlen 1893 – 1912 im Wahlkreis 8 (Altona-Stormarn), die in den Reichstag gewählt wurden.
[463] Hamburger Echo, .Jg. 7, Nr. 139 vom 16. Juni 1893. Zuordnung der Kandidaten zu den Parteien in: Specht, F., Schwabe,P., Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und eines Verzeichnisses der gewählten Abgeordneten, 2.Aufl., Berlin 1904, S. 112 f. und: Huber, Patzig,C.A. (Hrsg.), Die Reichstagswahlen seit 1871, Bibliothek für Politik und Volkswirtschaft, Heft 11, Berlin 1903, S. 66 f.

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1898 in Glinde[464]

Kandidat	Stimmen
Frohme (Sozialdemokraten)	24
Fischbach (Freis. Volkspartei)	--
Volckens (Nationalliberale)	--
Wuth (Bund der Landwirte)	18
Raab (Deutschsoz.Reformpartei, Antisemiten)	--
Stötzel (Zentrum)	--
Diverse	--
Ungültig	--

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1903 in Glinde[465]

Kandidat	Stimmen
Frohme (Sozialdemokraten)	28
Sieveking (Nationalliberale)	18
Träger (Freisinnige Volkspartei)	--
Raab (Reformpartei,Antisemiten)	--
Bitter (Zentrum)	9
Zersplittert	--
Ungültig	--

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1907 in Glinde[466]

Kandidat	Stimmen
Frohme (Sozialdemokraten)	88
Löwenthal (Nationalliberale)	8
Dernburg (Freisinnige Volkspartei)	--
Liebermann (Reformpartei,Antisemiten)	28
Giesberts (Zentrum)	--
Zersplittert	--
Ungültig	--

[464] Hamburger Echo, 12. Jg., Nr. 139 vom 17. Juni 1898.
[465] Hamburger Echo, 17. Jg., Nr. 138 vom 17. Juni 1903.
[466] Hamburger Echo, 21. Jg., Nr. 23 vom 27. Januar 1907.

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1912 in Glinde[467]

Kandidat	Stimmen
Frohme (Sozialdemokraten)	84
Walbstein (Nationalliberale)	5
Warsow (Freisinnige Volkspartei)	--
v.Kardorff (Reformpartei;Antisemiten)	81
Zersplittert	--
Ungültig	--

Besonders auffällig waren sowohl die relativ hohen Glinder Reichstagswahlergebnisse der Sozialdemokraten einerseits und andererseits die der Konservativen, des Bundes der Landwirte, der Deutsch-sozialen Reformpartei und der Antisemiten. Alle Wahlergebnisse lagen bei diesen Parteien bzw. Gruppierungen, mit Ausnahme des BdL 1903, z.T. weit über dem Provinz- und Reichsdurchschnitt. Die Ergebnisse der SPD lassen sich, auch wenn in Glinde vor Beginn des 20. Jahrhunderts selbst keine Parteiveranstaltungen stattfanden, auf die Agitationen der Parteifunktionäre und Abgeordneten, auf die Verteilung von Flugschriften, Volkskalendern u.a.m. im Kreis Stormarn zurückführen.[468]
Was aber war der Bund der Landwirte (BdL), welche Verbindung bestand zwischen ihm und der Konservativen Partei, der Deutsch-sozialen Reformpartei und den Antisemiten, deren Kandidaten Liebermann v. Sonnenberg (Antisemiten), Wuth (Deutsche Reichspartei, später BdL), Raab (Reformpartei, Antisemiten) und v. Kardoff (Reformpartei, Antisemiten) [469] bei den Reichstagswahlen zwischen 1893 und 1912 so viele Wählerstimmen in Glinde erhielten ?
Eine entscheidende Rolle im politischen Prozeß und im Wandel konservativer Politik in Deutschland zwischen 1893 und 1914 spielte der BdL, der 1893 als radikale Opposition gegründet wurde, sich aber gleichsam als staatserhaltend und konservativ darstellte. Äußerer Anlaß zu seiner Gründung war der Regierungsplan, einen deutsch-russischen Handelsvertrag abzuschließen, der die Herabsetzung der Getreidezölle neben anderen Staaten wie z.B. Italien auch Rußland gegenüber beabsichtigte. Mit der Gründung sollte eine neue, macht-

[467] Hamburger Echo, 26. Jg., Nr. 10 vom 13. Januar 1912.
[468] STAR V/114 (280 u. 286), Berichte des Reinbeker Amtsvorstehers an Landrat v. 30. Juli 1897 u.v. 7. Februar 1905.
[469] Specht, F., Schwabe, P., Berlin 1904, S. 112 f.

volle Gruppe gebildet werden, die die Interessen der Landwirte konzentrieren und in praktische Politik umsetzen sollte. Bereits im Frühjahr 1893 konnte der Bund in den Reichstagswahlkampf eingreifen, um sein erklärtes Ziel, das Parlament als Plattform zur Durchsetzung agrarischer Forderungen zu benutzen, erreichen.[470]

Hauptforderungen waren u.a.:

- Keine Ermäßigung der Agrarzölle für Importe,
- Schutz der deutschen Landwirtschaft gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus dem Ausland,
- Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Mitglieder des Mittelstandes in Landwirtschaft, Handel und Kleingewerbe,
- Ausbau der Verkehrswege im Interesse der inländischen Agrarproduktion,
- Förderung des Meliorationswesens,
- Ausgestaltung aller die Landwirtschaft berührenden Rechtsverhältnisse zu einem „besonderen Agrarrecht, das der Natur des ländlichen Grundbesitzes nach deutschrechtlicher Anschauung entspricht.“[471]

Der BdL war monarchistisch ausgerichtet und seine Ideologie orientierte sich im wesentlichen an den preußischen Verhältnissen, wobei er die persönliche innere Bindung des Einzelnen an den jeweiligen Monarchen postulierte. Ein weiteres Element des Bundes war sein Nationalismus, verbunden mit einer biologistischen, rassisch-völkischen Fundierung des deutsch-nationalen Selbstverständnisses.[472] Damit war z.T. auch die Grundlage dafür gelegt, dass er sich im Laufe seiner Entwicklung zu einer antisemitischen Massenbewegung formierte.

Seine Mitgliederzahl betrug Ende 1893 178.939 und stieg bis 1913 auf 333.000, wobei die Zahl der Mitglieder aus den Gebieten östlich der Elbe anfänglich deutlich überwog, ab 1896 jedoch verschob sich die Mehrheit der Mit-

---

[470] Puhle, H.-J., Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservativismus im wilhelminischen Reich (1893 – 1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Bonn-Bad Godesberg 1975, S. 28 ff.
[471] Brockhaus Konversationslexikon, Bd. 17, Supplement, Leipzig 1910, S. 201 f.
[472] Puhle, H.-J., 1975, S. 85 ff.

glieder auf die Gebiete westlich der Elbe.[473] Der Bund gewann im Gegensatz zu den radikalen Antisemitenparteien in Deutschland zunehmend an Einfluß, gerade weil sich der Antisemitismus des BdL in seinen ideologischen Ansichten gegenüber dem Judentum als in seiner Sprache gemäßigt darstellte. Dies änderte aber nichts daran, dass diese antisemitische Grundhaltung in ihrer rassistisch-biologistischen Orientierung zum einen mindestens so radikal war, wie die der extrem antisemitischen Splitterparteien und zum anderen dazu beitrug, die sog. Rassenargumente, zumindest aus der Sicht des BdL, äußerst wirkungsvoll zu popularisieren.[474]

Bereits in den 1880er Jahren wurden in Schleswig-Holstein antisemitische Töne laut. Das „Studentische antisemitische Komité“ der Universität Kiel wies in einer Erklärung an den Rektor der Universität darauf hin, eine Petition an den Reichskanzler richten zu wollen mit dem Inhalt, dass man bei einer „privaten Zusammenkunft“ zu der Ansicht gekommen sei, „daß alle sich darüber einig waren, daß der verderbliche Einfluß des zersetzenden jüdischen Geistes durch den germanisch-christlichen Geist zurückgedrängt und überwunden werden müsse und dass die deutsche studentische Jugend die Pflicht habe, dafür mit aller Kraft einzutreten.[475] Auch die in der Folgezeit neu gegründeten Parteien äußerten sich mehr oder weniger deutlich zum Problem des Judentums im Deutschen Reich. Das Programm der Deutschen Reformpartei 1881 gipfelte nach dem Beschluß von zwanzig Punkten zur allgemeinen Politik, zur Wirtschafts-, Kultur- und Sozialpolitik und zu Problemlösungsvorschlägen der Rechtspolitik in der Forderung, „die Überwucherung des jüdischen Elements über das deutsch-christliche im gesamten öffentlichen Verkehrsleben [zu] beseitigen, [. . .] wohl zum Schaden der durch unberechtigte Privilegien bevorzugter Börsenfürsten, aber zum Heile und Segen des gesamten deutschen Volkes.“[476] Auch im Programm der Antisemitischen Vereinigung von 1887 wurden neben wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen im monarchistischen Sinne - „Erhaltung einer starken kaiserlichen Gewalt, Wahrung der Rechte der Bundesfürsten; Mitwirkung des Volkes an der Gesetzgebung und der Kontrolle über die Staatsverwaltung“ - zur sog. Judenfrage die „Aufhebung der Gleich-

[473] Ebd., Anlage 1, S. 309.
[474] Ebd., S. 139 f.
[475] LAS Abt. 47, 673, Nr. 11/12.
[476] Specht, F., Schwabe, P., 1904, S. 403 – 406.

berechtigung und Stellung der in Deutschland lebenden Juden unter ein besonderes Fremdenrecht (Judenrecht), Verbot der Einwanderung fremder Juden“ gefordert.[477] Ähnliche Thesen vertraten die Mitglieder der Antisemitischen deutsch-sozialen Partei 1889, jedoch betonten sie, auf dem Boden der Verfassung zu stehen und dass für sie die kaiserliche Gewalt und die Rechte der Bundesfürsten unverzichtbar seien. Ihre antisemitischen Forderungen aber lauteten: Berufsverbot für jüdische Richter, Lehrer, staatliche und kommunale Verwaltungs- und technische Beamte, Rechtsanwälte und beamtete Ärzte. Zusätzlich sollten die Verbote für Juden als Geschworene oder Schöffen gelten, die Bekleidung öffentlicher Ehrenämter sollten ihnen nicht erlaubt sein. Weitere Forderungen richteten sich gegen Juden im Militärdienst, die statt dessen eine Kopfsteuer entrichten sollten.[478] Auch im Programm der Antisemitischen Volkspartei von 1890 wurde betont: „ 1. Die antisemitische Partei steht treu zu Kaiser und Reich, Fürst und Vaterland. Sie erstrebt zunächst die Aufhebung der Judenemanzipation auf gesetzlichem Wege, Stellung der Juden unter Fremdengesetze und Schaffung einer gesunden sozialen Gesetzgebung.“[479] Hier sollte, wie in den Programmforderungen anderer antisemitischer Parteien ebenfalls, die Gleichberechtigung der Juden, die in der Reichsverfassung von 1871 festgeschrieben war, rückgangig gemacht werden.

Noch weiter in ihren antisemitischen Forderungen ging die Deutsch-soziale Reformpartei 1895 , indem sie in ihrem Programm forderte, Juden nicht nur unter ein Fremdenrecht zu stellen und aus „allen öffentlichen und einflußreichen Stellungen zu entfernen, sondern auch eine Statistik aller in Deutschland lebenden Juden zu erstellen.“[480] Sehr viel deutlicher und unmißverständlicher forderte die Deutsch-soziale Reformpartei in ihren „Hamburger Beschlüssen“, die auch für den 8. schleswig-holsteinischen Wahlkreis Stormarn galten, die sog. Judenfrage im 20. Jahrhundert „durch völlige Absonderung und (wenn die Notwehr es gebietet) schließliche Vernichtung des Judenvolkes“ zu lösen. Es sei weiterhin Sache jeder Nation, „sich der Judenplage zu erwehren, so gut sie es den Umständen nach kann.“[481] Zugleich wandten sich sich die antisemiti-

---

[477] Salomon, F., Die deutschen Parteiprogramme, Heft 2, 1871 – 1912, Leipzig/Berlin 1912, S. 51 – 53.
[478] Mommsen, W., Deutsche Parteiprogramme, München 1960, S. 73 – 78.
[479] Specht, F., Schwabe, P., 1904, S. 414.
[480] Ebd., S. 422.
[481] Zit.b. Riquarts, K.-G., Der Antisemitismus als politische Partei in Schleswig-Holstein und Hamburg 1871 – 1914, Diss. phil., Kiel 1975, S. 375 f.

schen Parteien in ihren Wahlaufrufen auch intensiv gegen die Sozialdemokratie.[482] Aber auch das Programm der Deutschen Konservativen Partei (Tivoli-Programm) von 1892 betonte neben erstrebenswerten christlich-protestantischen Werten: „ Wir bekämpfen den vielfach sich vordrängenden und zersetzenden jüdischen Einfluß auf unser Volksleben.“[483] Die Christlich-soziale Partei, die nach eigener Dartstellung „auf dem Grunde des Christentums“ stand, erklärte 1895, dass sie sowohl alle unchristlichen und undeutschen Einrichtungen, den Liberalismus, das „übergreifende Judentum“ und die revolutionäre Sozialdemokratie bekämpfen wolle. Auch sie forderte den Ämterausschluß von Juden, deren „Überwucherung“ an den christlichen höheren Knaben- und Mädchenschulen und der jüdischen Lehrkräfte an den Universitäten und schließlich, wie andere Parteien auch, das Einwanderungsverbot für Juden.[484]

Wenn sich auch in Schleswig-Holstein am Anfang der 1890er Jahre zwei unterschiedliche antisemitische Gruppierungen gegenüberstanden,

- die Antisemiten als Parteiangehörige, die den Weg einer sozialpolitischen Interessenvertretung verfolgten und
- die Vertreter einer biologistisch-rasstischen und deutsch-völkischen Ideologie,

so stieg doch insgesamt die Zahl ihrer Wähler zwischen 1890 und 1893 im Deuschen Reich von 49.000 auf 290.000.[485] Ein Grund für für dieses Anwachsen war in Schleswig-Holstein und Hamburg vermutlich die Zusammenarbeit verschiedener Vereine, Verbände und Organisationen mit der Deutschsozialen Reformpartei. Mit ihr kooperierten, teils in Personalunion,

- die Vereinigung deutscher Geschäftsreisender,
- der Deutschnationale Handelsgehilfenverband,
- die antisemitischen Jugendbünde,
- die Deutschen Turnvereine,
- der Deutsch-nationale Radfahrerverband,
- der Deutsche Gesangverein,

---

[482] Z.B. im „Wahlaufruf für Friedrich Raab (1903) in: Riquarts, K.-G., 1975, S. 394.
[483] Mommsen, W., 1960, S. 78 – 80.
[484] Salomon, F., 1912, S. 100 – 103.
[485] Riquarts, K.-G., 1975, S. 186.

- verschiedene christlich soziale Gruppen auf der ideologischen Grundlage Adolf Stöckers.[486]

Obwohl die Deutsch-Sozialen mit dem Bund der Landwirte in Schleswig-Holstein für die Reichstagswahlen 1903 ein Bündnis eingegangen waren, verringerte sich die Zahl der abgegebenen Stimmen in der Provinz erheblich und die parlamentarische Selbständigkeit der Deutsch-sozialen Partei endete mit dem Anschluß der vier antisemitischen Abgeordneten im Reichstag an die Fraktion der wirtschaftlichen Vereinigung. Auch in den Folgejahren konnten antisemitische Kandidaten keinen Wahlkreis in Schleswig-Holstein gewinnen.[487]

Wie aus der nachfolgenden Tabelle ersichtlich ist, lagen die Ergebnisse für die Sozialdemokraten in Glinde bei den Reichstagswahlen zwischen 1893 und 1912 teilweise weit über den Ergebnissen der SPD sowohl im Reich als auch in Schleswig-Holstein. Nur 1893 übertrafen die Ergebnisse der Konservativen in Glinde mit 54,3% den prozentualen Anteil des sozialdemokratischen Kandidaten Frohme mit 43,5%. Auch im Vergleich mit den Gemeinden unter 2000 Einwohnern Schleswig-Holsteins lagen die Wahlergebnisse für die Sozialdemokratie in Glinde weit über den Durchschnittsergebnissen. Sie betrugen bei der Reichstagswahl 1898 22,6%, 1903 26,9%, 1907 21,0% und 1912 22,6%.[488]

Eine Besonderheit im Wahlkreis Altona-Stormarn ist für die generelle Bewertung der SPD-Stimmen, die aus ländlichen Gebieten resultierten, bemerkenswert und läßt somit die Bewertung zu, dass in dieser Gemeinde ein vergleichsweise überdurchschnittlicher Prozentsatz SPD gewählt hat; denn von den bei den Wahlen 1893 für den sozialdemokratischen Kandidaten Karl Frohme abgegebenen 20.448 Stimmen im gesamten Wahlkreis entflielen alleine auf Altona 13.584 Stimmen, damit verblieben für 62 weitere Gemeinden in Stormarn insgesamt 6.864 SPD-Stimmen. Dass die wahlberechtigten Glinder bei den hier untersuchten Wahlergebnissen, bis auf die Wahl von 1903, auch konservative Kandidaten gewählt haben, ist offensichtlich, allerdings bekam der Kandidat des Zentrum nur bei der Wahl 1903 Glinder Stimmen. Dies war augenscheinlich eine Ausnahme, personengebunden oder auf preußische, katholi-

---

[486] Ebd., S. 156 ff.
[487] Ebd., S. 313 f.
[488] Paetau, R., 1988, Tab. 37, S. 540.

sche Polen als Arbeiter auf dem Gut Glinde zurückzuführen, denn die hauptsächlich aus katholischen Mitgliedern bestehende und auf katholisches Wählerpotential bauende Zentrumspartei hatte in Schleswig-Holstein bei den Reichstagswahlen von 1893 bis 1912 durchweg schlechte Ergebnisse von 0,4% bis 2,1%. Der Grund lag offensichtlich in der Konfessionszugehörigkeit der Wähler in der Provinz und insbesondere in Stormarn, die zwischen 90% und 100% evangelischen Glaubens waren.[489] Auch war der Anteil der sozialdemokratischen Stimmen zwischen 1890 und 1912 bei der evangelischen Bevölkerung höher als in Wahlkreisen mit überwiegend katholischer Bevölkerung.[490] Bezogen auf die Reichstagswahl von 1895 ist bemerkenswert, dass gewerbliche Arbeiter, die auf dem Lande wohnten, einen großen Anteil der ländlichen SPD Wähler ausmachten. Die Zahl der Landarbeiter, die die SPD gewählt haben, war auch den damaligen SPD Führern unklar, sie soll im Reich zwischen 435.000 und 150.000 bis 200.000 gelegen haben.[491] Der Sozialdemokratie und ihren Kandidaten im ländlichen Umland von Hamburg, also auch im Wahlkreis Altona-Stormarn, kam überdies zugute, dass die Hansestadt eine Vorreiterrolle in der deutschen Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts innehatte, und dass Schleswig-Holstein bis 1905 mit Hamburg einen Agitationsbezirk darstellte, was sich für die Organisation in der Provinz hinsichtlich finanzieller und personeller Unterstützung positiv bemerkbar machte und den Aufbau einer sozialdemokratischen Basis bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts und darüber hinaus im Hamburger Umland ermöglichte.[492] So erhöhte sich die Zahl der Mitglieder der SPD Wahlkreisvereine im Wahlkreis 8 von 8.932 in neun Ortsvereinen im Jahre 1908 auf 14.059 in siebzehn Ortsvereinen 1914.[493]

---

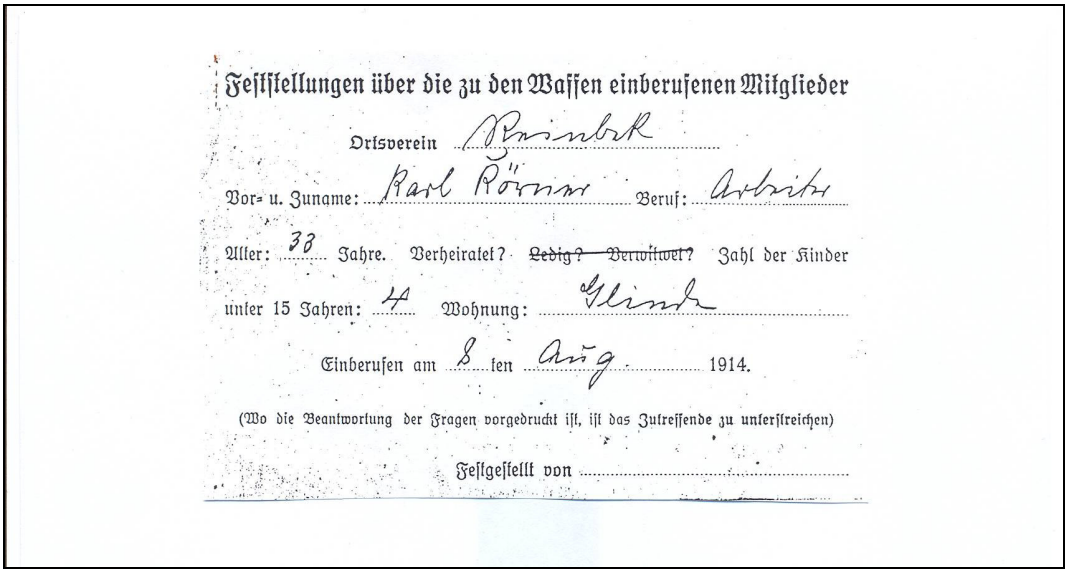
[489] Schmädeke, J., Wählerbewegungen im Wilhelminischen Deutschland. Reichstagswahlen 1890 – 1912. Konfessionsstrukturen der Wahlkreise, Anteil der evangelischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung in den 397 Wahlkreisen im Jahre 1905, Berlin 1995, Karte 10.
[490] Ebd., Karten 13 und 15.
[491] Saul, K., Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890 bis 1903, Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 15, 1975, S. 163-208, hier: S. 176.
[492] Paetau, 1988, S. 411 f.
[493] Ebd. Tab. 1, S. 494 f.

Wahlergebnisse der Reichstagswahlen in Glinde 1893 – 1912 im Vergleich (Prozentzahlen)[494]

	Sozialdemokratie			Nationalliberale			Deutsch-freis.Partei, Linksliberale			Konservative, Bund der Landwirte, Deutsch-soziale Reformpartei, Antisemiten			Zentrum und sonstige Parteien[495]		
	Reich	S-H	Glinde	Reich	S-H	Glinde	Reich	S-H	Glinde	Reich	S-H	Glinde	Reich	S-H	Glinde
1893	23,3	37,8	***43,5***	13,0	12,2	--	14,8	26,4	***2,2***	22,8	14,3	***54,3***	26,8	2,1	--
1898	27,2	39,0	***57,2***	12,5	14,5	--	11,1	21,9	--	18,8	16,9	***42,8***	29,4	0,4	--
1903	31,7	44,3	***51,0***	13,9	14,3	***33,0***	9,3	21,2	--	16,1	13,4	--	29,3	0,7	***16,0***
1907	28,9	38,9	***71,0***	14,5	15,1	***6,5***	10,9	31,8	--	17,5	7,8	***22,5***	28,2	1,0	--
1912	34,8	40,4	***49,5***	13,6	14,0	***2,9***	12,3	29,2	--	15,1	10,4	***47,6***	24,1	0,5	--

[494] Für Glinde absolute Zahlen, Prozentsätze v. Verf. errechnet: Hamburger Echo v. 16.7.1893, v. 17.7.1898, v. 17.7.1903, v. 27.1.1907, v. 13.1.1912. Zuordnung der Kandidatennamen zu den Parteien nach: Specht, F., Schwabe, P., 1904, S.112 f. Huber, Patzig,C.A. (Hrsg.), 1903, S. 66 f.
Prozentsätze für Schleswig-Holstein: Schultz Hansen, H., Demokratie oder Nationalismus – Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1830 – 1918 in: Lange., U., 2003, S. 471.
Prozentsätze für das Reich in: Hohorst, G., Kocka J., Ritter, G.A., 1978, S. 173-176.
[495] Ohne Dänen.

In Glinde war im Kaiserreich kein sozialdemokratischer Ortsverein gegründet worden, allerdings traten Glinder Mitglieder der Partei dem 1900 in Reinbek gegründeten Ortsverein bei.[496] Zu den wenigen noch verbliebenen Dokumenten aus dieser Zeit gehören fünf Karteikarten von Mitgliedern aus Glinde, die 1914 zum Kriegsdienst einberufen wurden, z.B:



Feststellungen über die zu den Waffen einberufenen Mitglieder

Ortsverein Reinbek

Vor- u. Zuname: Karl Röhrs Beruf: Arbeiter

Alter: 38 Jahre. Verheiratet? ~~Ledig? Verwitwet?~~ Zahl der Kinder unter 15 Jahren: 4 Wohnung: Glinde

Einberufen am 8ten Aug. 1914.

(Wo die Beantwortung der Fragen vorgedruckt ist, ist das Zutreffende zu unterstreichen)

Festgestellt von

Zumindest bis 1913 bestand in Glinde eine Lokalität, die das „Hamburger Echo“ als „Parteilokal“ bezeichnete, welches aber im Juni 1913 durch einen Brand zerstört wurde. Die Zeitung meldete: „ Das Parteilokal in Glinde niedergebrannt. [. . .] Hierdurch verliert die Arbeiterschaft in Glinde ihr einziges Lokal, welches der Partei zur Verfügung stand.“[497]

In Stormarn bildete sich die erste Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) bereits 1864 in Wandsbek. Von 1870 an sind auch Abonnenten der Zeitung „Der Sozialdemokrat“ in Stormarn nachweisbar, zehn in Wandsbek und zwei in Oldesloe. 1872 fungierten Ortsbevollmächtigte der Partei in Oldesloe und in Wandsbek und ab 1875 in Ahrensburg und Großhansdorf. Im Stormarner Wahlkreis 8 wurde die SPD im Reichstag von 1884 bis 1912 von Karl Frohme vertreten.[498] Wie sich aus den Berichten, die das Amt Reinbek seit der Zeit des Sozialistengesetzes wie alle preußischen Verwal-

[496] Archiv der SPD Glinde, Namensliste von fünf Mitgliedern, 1914, o.Nr.
[497] Hamburger Echo vom 1. Juli 1913.
[498] Archiv des SPD-Kreisverbandes Stormarn, Bad Oldesloe, o.Nr.

tungsbehörden regelmäßig zu erstatten hatten, ergab, blieben sozialdemokratische Aktivitäten im Amtsbezirk außerhalb der Wahlkämpfe eher gering.
Aber auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes 1890 schickte der Reinbeker Amtsvorsteher Kiehn nach Aufforderungen noch regelmäßig Berichte an den Landrat in Wandsbek. So berichtetete er z.B. im Juli 1897: „Die Sozialdemokratie hat sich in letzter Zeit wenig bemerkbar gemacht, abgesehen davon, daß die Partei bestrebt ist, die Gastwirthschaftsräume für ihre Versammlungen zu gewinnen, sozialistische Flugblätter sind hier im verflossenen Halbjahr nicht vertheilt worden.“[499] 1905 berichtete er: „Im Jahre 1904 fand außer den monatlichen Versammlungen der sozialdemokratischen Partei am 7. August eine öffentliche Deligiertenversammlung des 8 und 10 [[500]] schleswig-holsteinischen Wahlkreises statt. Die Reichstagsabgeordneten Frohme und Lesche hielten längere Vorträge, und waren außer 47 Deligierten ca 150 Personen aus Reinbek und Umgegend als Gäste anwesend. Außer der Vertheilung des Norddeutschen Volkskalenders ist eine Verbreitung anderer Flugschriften sowie ein besonderes Auftreten der Sozialdemokratie im hiesigen Bezirk nicht bemerkbar geworden.“[501]

4.1.3.2 Kommunale Selbstverwaltung in Glinde

Die moderne kommunale Selbstverwaltung existierte in Deutschland seit dem Anfang des 19. Jahrhunderts. Sie entstand in der preußischen Reformära unter dem Freiherrn vom Stein. Die Idee, dass die Gemeinden Glieder des Staates seien, in denen Rechte und Pflichten der Bürger in den Gemeinden gleichzeitig mit den Pflichten und Rechten des Staates einhergingen, sollte über die Zeit der Monarchie bis in die demokratische Regierungsformen von Bedeutung sein. Als „Gemeinden“ wurden ursprünglich alle lokalen Körperschaften bezeichnet ohne Rücksicht auf die Größe eines Gemeindegebietes oder die Einwohnerzahl.[502]

---

[499] STAR V/114 (280), Kiehn an Landrat v. 30. Juli 1897.
[500] Wahlkreis 8: Altona-Stormarn, Wahlkreis 10: Herzogtum Lauenburg.
[501] STAR V/114 (286), Kiehn an Landrat v. 7. Februar 1905.
[502] Unruh,v., G.-Chr., Ursprung und Entwicklung der Selbstverwaltung im frühkonstitutionellen Zeitalter, in: Püttner, G. (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd 1, Berlin u.a. 1981, S. 57 ff.

In weiten Teilen Deutschlands war das Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung unter Wegfall ständischer Privilegien der Städte und Bürger bis 1848/49 weitgehend realisiert. Ziel der bürgerlich-liberalen Bewegung war einerseits das Zurückdrängen der Eingriffsmöglichkeiten des Staates in die kommunale Selbstverwaltung in weiten Teilen Preußens, Bayerns, Badens und Württembergs, wo bereits eine kommunale Selbstverwaltung bestand, und andererseits deren Ausbreitung auf die Gebiete, wo die kommunale Selbstverwaltung noch nicht praktiziert wurde. Die preußischen Kommunalreformen von 1866 bis 1875/91 sollten bewirken, dass die Kreise durch Dezentralisierung leistungsfähiger wurden, um so eine Entlastung der staatlichen Verwaltung bei gleichzeitig vermehrten sozialen Aufgaben zu erreichen. Ein Beispiel dafür war die schleswig-holsteinische Kreisordnung von 1867, die die in den beiden Herzogtümern unterschiedlichen Verwaltungsorganisationen nunmehr anglich. Die Kreise als unterste Einheiten in Preußen unter der Staatsregierung als Zentralinstanz der Verwaltung, der Mittelinstanz der Provinz mit dem Oberpräsidium und dessen Präsidenten und der Bezirksregierung mit dem Regierungspräsidenten an der Spitze waren für die Landgemeinden und kleinere Städte verantwortlich.[503] Nach der preußischen Kreisordnung von 1872 hatte der Kreisausschuss umfassende Einwirkungs- bzw. Genehmigungsrechte gegenüber den Gemeinden. Sein Wirkungskreis bezog sich auf

- armenpolizeiliche Angelegenheiten,
- wegepolizeiliche Angelegenheiten,
- Vorflut-, Ent- und Bewässerungssachen,
- feldpolizeiliche Angelegenheiten,
- gewerbepolizeiliche Angelegenheiten,
- bau- und feuerpolizeiliche Angelegenheiten,
- Ansiedlungssachen,
- Dismembrationsangelegenheiten,
- Kommunalsachen der Amtsbezirke, Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke,
- Schulsachen der Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke,

[503] Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1866 – 1918, 2. Bd., Machtstaat vor der Demokratie, München 1995, S. 115 f.

- Angelegenheiten der öffentlichen Gesundheitspflege der Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke,
- Justizverwaltungsangelegenheiten.[504]

In Schleswig-Holstein löste 1888 die „Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holstein“ die Kreisverfassung von 1867 ab. Sie trat am 1. April 1889 in Kraft. Ein besonderes, neues Merkmal dieser Kreisordnung war die Dreiteilung von Gemeinde-, Kreis- und Amtsordnung. Die Landkreise wurden in mehrere Amtsbezirke aufgeteilt, die aus mehreren Gemeinden und/oder Gutsbezirken bestanden; die bisher bestehenden Kirchspiele wurden abgeschafft.
Die Amtsvorsteher, die der Kreistag nach § 48 der Kreisordnung vorschlug, wurden vom Oberpräsidenten der Provinz ernannt und vom Landrat des jeweiligen Kreises vereidigt. Sie bildeten zusammen mit den Amtsausschüssen die Organe der Amtsverwaltung. Die Amtsausschüsse wurden von den zu einem Amt gehörenden Gemeindevorstehern gebildet. Amtsvorsteher hatten in wichtigen Angelegenheiten des Amtes dem Landrat vierteljährlich über die Verhältnisse und Vorkommnisse in ihren Amtsbezirken Berichte schriftlich zu erstatten. Das galt vor allem zur Zeit des Sozialistengesetzes hinsichtlich der Aktivitäten und Veranstaltungen der Sozialdemokratie bzw. der dieser nahestehenden Vereine.
Die Amtsvorsteher hatten über alle Bereiche des öffentlichen Lebens Bericht zu erstatten, neben den politischen Verhältnissen auch über das Gesundheitswesen, Unglücke, Verbrechen, Kultur, Schul- und Kirchenwesen, Handel und Gewerbe. Auch die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung galt als berichtenswert. Der Landrat sammelte die Informationen aus den Amtsbezirken und erstellte seinerseits jene Berichte, die er an die Regierung in Schleswig schickte.[505] Die Landratsberichte wiederum bildeten im Regierungspräsidium die Grundlage für die regelmäßige Berichterstattung des Regierungspräsidenten an den König, die sog. „Zeitungsberichte“.
Die Landgemeindeordnung, beschlossen 1891 und eingeführt 1892, stellte die Organe der Kreisverwaltung im Hinblick auf soziale und wirtschaftliche Ent-

---

[504] Wittkämper, G.W., Zur Entstehung und Entwicklung kommunaler Aufgabenfelder im 19. Jahrhundert, in: Blotevogel, H.H. (Hrsg.), Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln/Wien 1990, S. 37.
[505] Perrey, H.-J., 1993, S. 110 ff.

scheidungskompetenz in den Vordergrund. Der Kreisausschuß, das eigentliche Entscheidungsgremium in Verwaltungsangelegenheiten, blieb allerdings in Preußen vorerst unter der Dominanz von Adeligen, Gutsbesitzern und wohlhabenden Bürgern, wodurch soziale Herrschaftsstrukturen eher gefestigt als verändert wurden.[506] An der Verwaltungsspitze der Kreise standen die Landräte, deren Amt in Preußen als Mittler zwischen den Interessen der Kreise und des Staates von besonderer Bedeutung war. Sie waren seit 1872 ernannte Staatsbeamte, die jedoch der vorherigen Wahl durch den Kreisausschuß bedurften. Aufgrund der zunehmenden Verwaltungsaufgaben in den Kreisen und der damit verbundenen erforderlichen Kompetenzen sollte die Verbeamtung der Landräte zu einer Professionalisierung der Verwaltung führen. Voraussetzung für die Ernennung war eine juristisch-administrative Ausbildung. Gleichwohl blieb der Anteil der Adeligen unter den preußischen Landräten hoch, weil von diesen eine konservative politische Einstellung und, wegen der relativ geringen Besoldung, ein finanziell gesicherter Hintergrund erwartet wurde. Während 1848 noch 72% der Landräte in Preußen dem Adel angehörten und 1910 noch 58%,[507] entstammten die Landräte im Kreis Stormarn von 1868 bis 1918 ausnahmslos dem Adel.[508]

In den Städten nahmen in der Mitte des 19. Jahrhunderts die Aufgaben der Verwaltung durch Gründung kommunaler Dienstleistungsunternehmen zu. Diese deckten Forderungen nach der Erfüllung sozialer und wirtschaftlicher Aufgaben ab, die nicht nur darin bestanden, die aus hygienischen Gründen notwendigen Kanalisationssysteme oder mit Energie versorgende Gaswerke zu errichten, sondern auch Theater, Arbeitsnachweisstellen oder Jugendwohlfahrtspflegeeinrichtungen zu schaffen, die hauptsächlich ihren Beitrag zu einer Integration der Unterschichten in die städtische Gesellschaftsordnung des Kaiserreiches leisten sollten. Zur sich nun entwickelnden Leistungsverwaltung[509] und der Enstehung der kommunalen Wirtschaft mit z.T. erwerbswirtschaftlichen Unternehmungen Mitte des 19. Jahrhunderts gehörten bis 1918 als Merkmale der technischen Infrastruktur Wasserwerke, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen,

---

[506] Hofmann. W., Die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung von 1848 bis 1918, in: Püttner,G. (Hrsg.), 1981, S. 71 ff.
[507] Nipperdey, Th., 1995, S. 116 f.
[508] Landräte im Kreis Stormarn bis 1918: v. Levetzau 1868 – 1880; v. Hollen, 1880 – 1887; v. Bülow, 1887 – 1894; v. Bonin, 1894 – 1918.
[509] Der Begriff „Leistungsverwaltung“ in seiner heutigen Form und Bedeutung geht zurück auf die Arbeit von Ernst Forsthoff: Die Verwaltung als Leistungsträger, Stuttgart/Berlin 1938.

als solche der wirtschaftlichen Infrastruktur Häfen und (Nah-) verkehrswesen und als Leistungen der Gesundheitsinfrastruktur und der Hygiene Müllabfuhr, Schlachthöfe und Untersuchungsinstitute für Lebensmittel. Weiterhin zählten soziale, kulturelle und bildungsfördernde Einrichtungen zur kommunalen Leistungsverwaltung und Daseinsvorsorge.[510] Eine weitere Aufgabenzunahme der Gemeinden bedeutete die Erweiterung des personalintensiven Armen- und Schulwesens. Als Konsequenz dieser Maßnahmen und Neugründungen erhöhte sich die Zahl der städtischen Bediensteten, was wiederum eine Vergrößerung des Verwaltungsapparates zur Folge hatte. Um möglichst effektiv wirken zu können, mußte deswegen eine „Rationalisierung" der Verwaltung durchgeführt werden, in deren Folge ehrenamtlich tätige Funktionsträger durch professionelle Verwaltungsspezialisten, in der Hauptsache Beamte, ersetzt werden mußten.[511] Eine ehrenamtliche Verwaltung war zum Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts nur noch in den ländlichen Gemeinden und in kleinen Städten möglich.[512]

Insgesamt gesehen war die Selbstverwaltung auf den Dörfern aber aus folgenden Gründen vergleichsweise schwächer als in den Städten:

1. Die Landgemeindeordnung wies den Landgemeinden weniger Befugnisse zu, als dies durch die Städteordnung für Städte der Fall war.
2. Weil der Staat und dessen Kommunalaufsicht der Kompetenz und geringen Professionalität einer Dorfverwaltung wenig zutraute, wurde die Rechts- und Fachaufsicht über die dörfliche Selbstverwaltung strenger gehandhabt als in den Städten.
3. Die Dörfer und deren Verwaltung waren in der Regel kaum in der Lage, sozial- und wirtschaftspolitische, baurechtliche und versorgungsbetriebliche Aufgaben zu übernehmen und zu erfüllen. Sie beschränkten sich lediglich auf die Verwaltung von Schulen, Armen- und Wegeangelegenheiten. Bei Entscheidungen, die über diese Aufgaben hinausgingen, wa-

---

[510] Matzerath, H., „Kommunale Leistungsverwaltung". Zu Bedeutung und politischer Funktion des Begriffs im 19. und 20. Jahrhundert, in: Blotevogel, H.H. (Hrsg.), 1990, S.10.
[511] Krabbe,W. R., 1989, S. 129 ff.
[512] Croon,H., Das Vordringen der politischen Parteien im Berteich der kommunalen Selbstverwaltung, in: Croon, H., u.a., Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart u.a. 1971, S. 15 – 54, hier: S. 15.

ren sie auf die Kreisverwaltung und deren professionelle Hilfen und Entscheidungen angewiesen.[513]

In den Landgemeinden fehlten überdies die finanziellen Mittel, um etwa die ehrenamtlichen Tätigkeiten kirchlicher Mitarbeiter auf Friedhöfen, in der Armen- und Krankenpflege oder die der Freiwillgen Feuerwehr durch professionelle Bedienstete der Gemeinde zu ersetzen. Selbst in öffentlichen Sicherheitsfragen wie z.B. polizeilicher Aufgaben war die Landgemeinde selbst in die Pflicht genommen, denn der „Gemeindevorsteher ist, sofern er nicht zugleich selbst das Amtsvorsteheramt bekleidet, das Organ des Amtsvorstehers für die Polizeiverwaltung." Er hatte das Recht und die Pflicht, Personen, die sich nach geltendem Recht strafbar gemacht hatten, vorläufig festzunehmen und zu verwahren, sie zu beaufsichtigen, sie zu verhören und der zuständigen Behörde zu überweisen.[514] Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern hatten jedoch nach der LGO die Möglichkeit, die Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers zu beschließen, der auf zwölf Jahre gewählt wurde und nicht in der Gemeinde ansässig sein mußte.[515] Anfang des 20. Jahrhunderts waren in Schleswig-Holstein bereits in mehreren Vorortsgemeinden des Kreises Pinneberg, in Lokstedt (1901), in Stellingen-Lengenfelde (1901) und in Blankenese (1905) besoldete Gemeindevorsteher angestellt.[516]

Eine ehrenamtliche Tätigkeit in der Gemeinde auszuüben bedeutete aber nicht, dass die ausübenden Personen entschädigungslos blieben. So erhielt 1894 nach einem Beschluß der Glinder Gemeindeversammlung der Gemeindevorsteher aus der Gemeindekasse pro Jahr 300 Mark Entschädigung, die im gleichen Jahr auf 360 Mark erhöht und als „Gehaltserhöhung" im Protokoll der Gemeindevertretung bezeichnet wurde.[517] Für die Tätigkeit des Nachtwächters zahlte die Gemeinde jährlich (1894) 410 Mark, doch in diesem „Gehalt" waren „sämtliche Dienstverrichtungen eines Gemeindedieners mit inbegriffen".[518]

---

[513] Nipperdey, Th., 1995, S. 120.
[514] LGO, §§ 90, 91.
[515] Ebd., § 75.
[516] Ebd., Anm 6.
[517] Protokollbuch Glinde, S. 4 ff.
[518] Ebd., S. 12 f.

Dessen Entschädigung wurde 1906 auf 520 Mark und 1907 auf 600 Mark erhöht, während die des Gemeindevorstehers ab 1900 400 Mark betrug.[519]
Eine weiteres Ehrenamt im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung war das des Steuererhebers für die Gemeinde. Gegen eine Entschädigung von 60 Mark wurde in Glinde für diese Tätigkeit im September 1894 der Lehrer Beverin gewählt, aber im November d.J. durch Beschluß der Gemeindevertretung vom Gemeindevorsteher abgelöst, der nun dieses Amt für 75 Mark im Jahr zusätzlich ausübte.[520]
Von 1892 bis 1914 wurden in Glinde Gemeindeämter wie das des Gemeindevorstehers und seines Stellvertreters, des Steuererhebers, aber auch das der Feuerwehrleute nicht durch professionelle Kräfte besetzt, sondern ehrenamtlich gegen Aufwandsentschädigungen ausgeübt. Es wurde selbst „das Amt des Nachtwächters hier als ein Nebenamt“ angesehen, obwohl die Entschädigung im Vergleich zu den anderen Ämtern relativ hoch ausfiel.[521]

4.1.3.3 Die gemeindlichen Finanzverhältnisse

Durch die weitgehende Finanzhoheit der Landgemeinden und Städte im deutschen Kaiserreich bestand für diese die Möglichkeit, ihre Politik im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung relativ eigenständig zu gestalten. Die Gemeinden hatten das Recht, Steuern zu erheben und deren Höhe im weiten Umfang ihren öffentlichen Bedürfnissen anzupassen.[522] Zu den Steuereinnahmen kamen Zinsen aus Vermietung und Verpachtung gemeindlicher Ländereien, die allerdings für die Gemeinde Glinde von nicht so großer Bedeutung waren, als dass diese davon ihre Investitionskosten vor allem für den Wegebau in den Jahren 1892 bis 1914 aufbringen konnte. Aus diesem Grunde mußten Schulden aufgenommen werden, deren Zinsen und Tilgung sich, wie sich bei der näheren Untersuchung des Haushaltes der Gemeinde zeigen wird, auf der Ausgabenseite deutlich bemerkbar machten. Befunde über Einnahmen und

---

[519] Ebd., S. 180, 186, 93.
[520] Ebd., S. 21.
[521] Ebd., S. 92.
[522] Seiler, G., Änderungen in der kommunalen Finanzautonomie – Beispiel Karlsruhe, in: Kirchgässner, B., Schadt, J. (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, Sigmaringen 1983, S. 86 f.

Ausgaben aus Gemeindebetrieben konnten von 1892 bis 1914 weder für Glinde noch für Reinbek erhoben werden, da solche in diesem Zeitraum nicht bestanden.

Ein konkreter Vergleich mit anderen Landgemeinden des Kreises Stormarn hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben ist schwer möglich, da sich die amtlichen Statistiken nur auf Städte und Flecken bezogen, kleinere und kleine Landgemeinden aber nicht berücksichtigten.[523] Deswegen beschränkt sich diese Untersuchung lediglich auf den Vergleich der gemeindlichen Finanzen Glindes und Reinbeks. Hier sollen erst im einzelnen, dann im Vergleich, sowohl die Entwicklungen und Arten der ordentlichen Einnahmen und Ausgaben als auch die schuldenwirtschaftlichen Entscheidungen, Maßnahmen und Auswirkungen untersucht werden, die zur Deckung des außerordentlichen Bedarfs der Gemeinden an finanziellen Mitteln dienten.

Ein Rechnungsbuch der Gemeinde Glinde von 1893 bis 1894 liegt zwar vor, wurde aber vom damaligen Gemeindevorsteher H.R. Banks so fehlerhaft geführt, dass zuverlässige Aussagen zwar über die Arten der Einnahmen (Gemeindesteuern, Lustbarkeitssteuern, Landverkäufe, Pachteinnahmen für Viehkoppeln) und Ausgaben (Armenunterstützung) gemacht werden können, aber einzelne Haushaltsposten sind entweder nur rudimentär oder gar nicht aufgeführt. Ersichtlich ist lediglich, dass bei einer Einnahme von 2397,27 Mark und einer Ausgabe von 2313,54 Mark ein Überschuß von 83,79 Mark erwirtschaftet wurde und Schulden laut vorliegendem Rechnungsbuch nicht aufgenommen worden waren.[524]

Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der Gemeinde Glinde aufgrund der Voranschläge[525] für die Jahre 1894/95 bis 1914/15 ist aus der Anlage 3, Tabelle, ersichtlich.

---

[523] Bei Boysen, L., 1894, erschienen z.B. statistisch nur die Etats der einzelnen Landkreise für 1892/93, S. 26, und bei den Etats der Städte und Flecken für den Kreis Stormarn 1892/93 lediglich die Städte Wandsbek und Oldesloe.

[524] STAG II/ 032/27, Rechnungsbuch der Gemeinde Glinde im Kreis Stormarn, 1893 bis 1894.

[525] Die Erstellung der Voranschlage für das jeweilige Rechnungsjahr (1. April bis 31. März) basierten auf der LGO, Anweisung betreffend das Kassen- und Rechnungswesen bei den Landgemeinden und Gutsbezirken, I. Gemeindehaushalt, Voranschlag, S. 198 f. Die Voranschläge waren „von dem Gemeindevorsteher oder dem Gemeindevorstand zu entwerfen, [. . .]“ und mußten dem Vorsitzenden des Kreisausschusses schriftlich mitgeteilt werden, § 3, S. 198.

Während die Höhe der Einnahmen und Ausgaben nach den Voranschlägen für 1894/95 bis 1897/98 von 1.979,20 M auf 3.628,40 M stieg und bis 1904/05 auf etwa 3.000 M jährlich zu beziffern waren, stiegen die Einnahmen und Ausgaben bis 1907/08 auf etwa 6.000 M pro Jahr. Die geplante Einnahme 1894/95 bestand nur aus vier Posten, nämlich dem Kassenbestand (nähere Angaben fehlen), der Grundsteuer (1.800 M), Einnahmen aus Pacht für Gemeindeländereien (167,20 M) und Lustbarkeitssteuern (12 M); Ausgaben waren veranschlagt in der gleichen Höhe: Entschädigung für den Gemeindevorsteher (300 M), Armenlasten (377,80 M), Amtsunkostern (72,40 M), Nachtwächter (32 M), Wegeausbesserungen und Reparaturen 500 M), Porto usw. (0,80 M), Gemeindebote (14,50 M), Königliche Steuern für die Gemeinde (44,95 M), sonstige Ausgaben für Gemeindesachen (67,55 M), Bullengeld (190 M), für „mutmaßlich nicht bezahlte Rechnungen aus dem Vorjahr“ 300 M.

Bis 1896/97 blieben die Gegenstände der Einnahmen gleich, Änderungen erfolgten allerdings bei den Ausgaben, die sich durch das Gehalt des Nachtwächters, durch Leistungen an den Gesamtarmenverband Reinbek, Staats- und Gemeindesteuern, Kreisabgaben, Amtswegebaukosten und sonstige Ausgaben für Gemeindeangelegenheiten auf 2.810,40 M erhöhten. 1897/98 nahm die Gemeinde zum ersten Male nachweislich Kapital bei der Spar- und Leihkasse Reinbek in Höhe von 2.000 M auf, die, wie Ende des 19.Jahrhunderts bei den Gemeinden üblich, auf der Einnahmeseite verbucht wurden.[526] Das bedeutete u.a., dass die Höhe der Einnahmen oder sogar der Überschüsse auf der Aufnahme von Anleihen beruhen konnte. Die Teilrückzahlung der Zinsen und Tilgungsraten erschien dann auf der Ausgabenseite.

Sehr auffällig ist die Steigerung der Ausgaben für Wegebau- und Reparaturkosten in diesem Jahr, die sich 1896/97 von im Vorjahr veranschlagten 500 M auf 3.524,50 M erhöhten, was eine erhebliche Mehrausgabe im Hinblick auf den geamten Voranschlag bedeutete. Veranschlagt waren ursprünglich insgesamt 2.810,40 M, tatsächlich ausgegeben wurden aber 5.880,24 M. Deswegen mußten weitere 2.500 M bei der Reinbeker Spar- und Leihkasse als Darlehn aufgenommen werden.[527] Gründe für die Mehrausgaben waren neben den Wege-

---

[526] Schneider, F., Geschichte der formellen Staatswirtschaft von Brandenburg-Preußen, Berlin 1952, S. 178.

[527] Kosten für den 1898 erfolgten Schulneubau, Unterhalts- und Personalkosten für die Schule sind merkwürdigerweise nicht Bestandteil der Etatvoranschläge und erscheinen auch bis 1909/10 dort nicht.

bau- und Wegeausbesserungskosten die Beiträge für den Gesamtarmenverband Reinbek.

Vom Rechnungsjahr 1899/1900 an wurden die Einnahmen und Ausgaben in Titel untergliedert. Bei den Einnahmen: I. Übertrag aus dem vorhergehenden Rechnungsjahr, II. Erträge aus dem Grundeigentum der Gemeinde, III. Zinsen aus Hypothekenkapital, IV. Neu aufgenommenes Kapital, V. Gemeindesteuern, VI. Abgaben für öffentliche Lustbarkeiten. Bei den Ausgaben: I. Besoldungen und sonstige Dienstbezüge (Gemeindevorsteher, Steuererheber, Nachtwächter), II. Sächliche Ausgaben (Drucksachen, Porto etc.), III. Gerichts-, Anwalts- und Auseinandersetzungskosten, IV. Zinsen und Schulden, V. Tilgung von Schulden, VI: Kosten der Amts- und Standesverwaltung, VII. Gemeindwegebau (Unterhaltung, Neubau), IX. Amtswegebaukosten, X. Feuerlöschwesen, XI. Staats- und Gemeindesteuern, XII. Kreissteuern, XIII. Kosten für die Haltung des Gemeindebullen.

Auffällig ist, dass in diesem Voranschlag 1899/1900 die Ausgaben für Entschädigungen der ehrenamtlich tätigen Personen fast 30% der Gesamtausgaben ausmachten und an zweiter Stelle der Schuldendienst für aufgenommenes Kapital rangierte. Dieser Trend setzte sich bis zum Rechnungsjahr 1905/05 fort, wobei die direkten Gemeindesteuern in Form von Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuern einen großen Teil, etwa 90%, der Einnahmen darstellte. Erstmalig 1904 erstellte der Gemeindevorsteher eine Vermögens- und Schuldenübersicht, von der er später eine Abschrift gemäß Verfügung des Landrates[528] entsprechend § 119 der LGO dem Vorsitzenden des Kreisausschusses, dem Landrat, einreichen mußte.[529]

Diese Verfügung des Landrates basierte auf einer Anweisung des preußischen Minister des Innern an alle Regierungspräsidenten, wenngleich diese Weisung, zusammen mit den jährlichen Haushaltsplänen auch eine zusätzliche Aufstellung der Neuverschuldung und der vorhandenen Schulden vorzulegen, nur Kreise, Städte und Landgemeinden mit mehr als 10.000 Einwohnern betraf.[530] Nach dieser Übersicht standen dem Vermögen der Gemeinde in Höhe von 180 M in Form einer Hypothek auf ein Privatgrundstück Schulden in Höhe von

[528] Kreisblatt v. 10. Februar 1905.
[529] LGO § 119: „ Der Gemeindevorsteher hat eine Abschrift des festgesetzten Voranschlages dem Vorsitzenden des Kreisausschusses einzureichen."
[530] LAS, Abt. 309, Nr. 17984, Minister d. Innern an alle Regierungspräsidenten v. 28. Mai 1904.

3.200 M bei der Reinbeker Spar- und Leihkasse gegenüber, die sich nach der letzten vorhanden Übersicht vom Februar 1907 auf 1.880 M reduziert hatten. Fast um das zweieinhalbfache stieg der Haushalt der Gemeinde 1908/09. Leider fehlen im archivierten Haushaltsplan der Gemeinde von 1894 bis 1919 die Seiten 60 bis 62, sodass ein genauer Befund über einzelne Einnahme- und Ausgabeposten des betreffenden Jahres nicht erhoben werden kann, jedoch geht aus einer Zusammenstellung der Beträge der Einzeltitel hervor, dass die höchsten Summen an Ausgaben für den Wegebau veranschlagt worden waren und die höchsten Einnahmen aus der Erhebung direkter Steuern resultierten. Im Voranschlag 1909/10 wurde ein neuer Titel, Titel XIII. für die Schule, als Gegenstand von Ausgaben ausgewiesen. Danach betrug allein die Besoldung des Lehrers 1.200 M jährlich. Ferner hatte die Gemeinde unter dem Titel „Schule“ Ausgaben für die Alterszulagenkasse (337 Mark), die Ruhegehaltskasse (100 Mark) und die Witwen- und Waisenkasse des Lehrers (17 Mark) zu begleichen.[531] Entscheidend für die Neuregelung der Lehrerbesoldung war „Das Gesetz über das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen vom 26. Mai 1909“. Nach § 3 dieses Gesetzes erhielten Lehrerinnen 1.200 Mark und Lehrer ein Grundgehalt von 1.400 Mark jährlich, das dem Glinder Lehrer erstmalig 1911 gezahlt wurde.[532] Inwiefern ihm zustehende Nachzahlungen gewährt wurden, geht aus den Haushaltsbüchern der Gemeinde Glinde nicht hervor. Zum jährlichen Gehalt wurden den preußischen Lehrern nach dem Diensteinkommensgesetz von 1909 nach Dienstjahren gestaffelte Alterszulagen zwischen zweihundert und zweihundertfünfzig Mark und darüber hinaus Wohngeld zwischen vierhundert und siebenhundertzwanzig Mark gewährt, sodass bei Lehrern nach 36 Dienstjahren ein Höchstgehalt, Zulagen eingeschlossen, von dreitausenddreihundert Mark im Jahr Mark gezahlt wurde. [533] Erträge, die aus Landnutzung gemeindeeigenen Landes oder durch von der Gemeinde geliefertes Brennmaterial erwuchsen, gehen aus den Glinder Gemeinderechnungen nicht hervor.Überdies entstanden Materialkosten für Schüler und Unterhaltungskosten für das Schulgebäude, in dem sich auch die Lehrerwohnung befand, sodass die Ausgaben für den Titel

[531] STAG, II/ 167.
[532] Ebd.
[533] Lewin, H., Geschichte der Entwicklung der preußischen Volksschule und der Förderung der Volksbildung durch die Hohenzollern nebst den wichtigsten Schul-Ordnungen, Schul-Gesetzen, Erlassen und Verfügungen, Leipzig 1910, S. 454 ff.

„Schule“ insgesamt 2.054 M ausmachten, mithin 25% des Gesamtetats der Gemeinde.

Der bis dato höchste Voranschlag belief sich 1910/11 auf 15.256,20 M. Auch in jenem Jahr wurde wurde wieder am stärksten in den Wegebau investiert, es folgten die Kosten für die Schule, Kreisabgaben und eine Belastung für die im Dezember 1907 in Betrieb genommene Südstormarnsche Kreisbahn, die auf der Strecke von Tiefstack nach Trittau auch den Glinder Bahnhof anlief. Titel VII. des Voranschlages weist wiederum die Aufnahme einer Anleihe in Höhe von 3.000 M aus, sodass sich der Schuldendienst für dieses Jahr auf 800 M belief. Bei einem Vergleich mit der prozentualen Ausgabenverteilung in den preußischen Gemeinden für das Jahr 1911 wird besonders deutlich, dass in Glinde die Kosten der allgemeinen Verwaltung, zu denen auch die Personalkosten gehörten, um etwa das doppelte höher lagen als im Durchschnitt der preußischen Landgemeinden im gleichen Jahr.

Vergleich der prozentualen Ausgaben in preußischen Landgemeinden[534] und Glinde 1911:

	Preußen	Glinde
Allgemeine Verwaltung	18,03	34,0
Bildung	34,63	28,5
Gesundheit u. Soziales	8,11	7,5
Verkehr	16,65	9,0
Gewerbl. Anlagen	9,25	---
Schuldendienst	13,34	21,0

Der prozentuale Anteil der einzelnen Ausgabetitel am Etat änderte sich von 1911/12 bis 1912/13 nicht wesentlich, jedoch mit der Ausnahme, dass die Kosten für die Schule zwar nicht sanken, aber auf der Einnahmeseite aus der Staatskasse ein Beitrag zum Lehrergehalt aufgrund des Lehrerbesoldungsgesetzes in Höhe von 418 Mark und ein Ergänzungszuschuß für den gleichen Titel von 300 Mark zu verbuchen waren. Bei dem nun gezahlten Lehrergehalt

[534] Bolenz, J., Wachstum und Strukturwandlungen der kommunalen Ausgaben in Deutschland 1849 – 1913, Diss.jur., Freiburg 1965, Tabelle 28, S. 165. Prozentzahlen für Glinde v. Verf. errechnet

von 1400 M jährlich hatte die Gemeinde davon nur noch 682 M zu tragen. Der Staat versuchte durch diese Maßnahme, eine Gleichmäßigkeit nicht nur in der Art der Ausbildung, sondern auch bei der Bezahlung der Lehrkräfte zwischen Städten und Landgemeinden sicherzustellen. Deswegen finanzierte er ab 1890 mehr als 40% der ländlichen, aber weniger als 20% der städtischen Volksschulkosten.[535]

Anleihen wurden für diese Rechnungsjahre nicht veranschlagt.

Der Voranschlag für das Jahr 1913/14 ist in den Archivunterlagen nicht vorhanden.

Im Vergleich zum hier untersuchten Vorjahr belief sich der Voranschlag für 1914/15 fast auf die doppelte Summe in Höhe von 27.790,71 M. Die Höhe der Einnahmen basiert auf vermehrt eingenommenen Gemeindesteuern und einer weiteren Anleihe bei der Deutschen Bank. Ausgaben erfolgten in der Hauptsache für Wegebau und Entschädigungen an Grundeigentümer der Gemeinde, die Land für den Bau einer Bahntrasse der Südstormarnschen Kreisbahn überließen.[536]

Die Gemeinde Glinde hatte am 1.4.1914 vom Kreisauschuß genehmigte 35.431,47 Schulden,[537] für deren Begleichung in Form von Zinsen und Tilgungen jährlich der Betrag von 2.445 M aufgewendet werden mußte; das waren, bezogen auf den Haushalt 1914/15, etwa 10%. Somit entfielen bei 450 Einwohnern pro Kopf der Bevölkerung 84 M an öffentlichen Schulden[538] bei einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen in Schleswig Holstein von 763 Mark.[539]

---

[535] Wagner, A., Die finanzielle Mitbeteiligung der Gemeinden an kulturellen Staatseinrichtungen und die Entwicklung der Gemeindeeinnahmen, Jena 1904, S.3.

[536] STAG II/ 167, Haushaltsplan (Voranschlag) der Gemeinde Glinde 1894 – 1919 (1913/14 fehlt).

[537] STAG II/167: Genehmigung für 10.000 M am 19.12.1907, für 3000 M am 29.01.1908, für 4000 M am 29.01.1908, für 3000 M am29.01.1908, für 18000 am 30.08.1912.

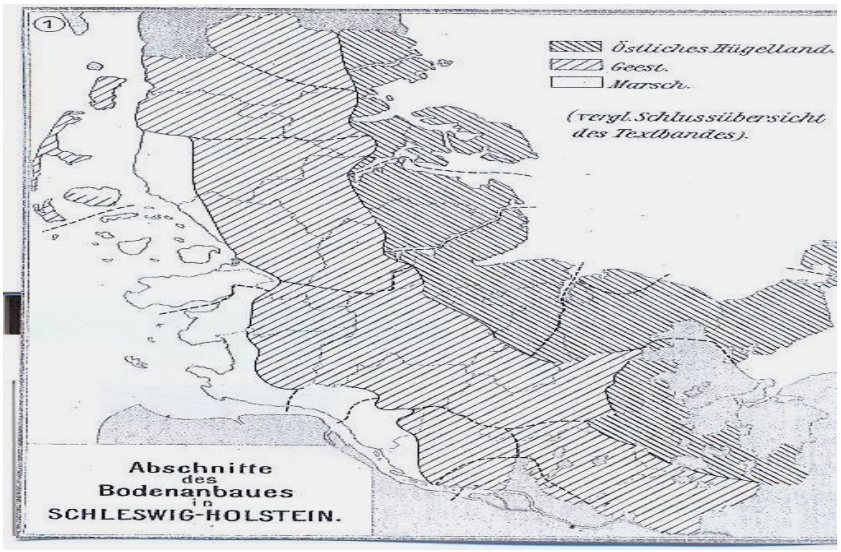
[538] Bezogen auf 1911 hätte das bedeutet, dass die Gemeinde Glinde weit über dem Durchschnitt der kommunalen Schulden pro Kopf der Bevölkerung gelegen hätte, denn diese betrugen in Landgemeinden bis 5000 Einwohner 22,9 M, von 5000 bis 10.000 Einwohner 73,0 M und in Landgemeinden über 10.000 Einwohner 133,0 M. Preußische Statistik, Heft 243, Berlin 1914/20, Staat, S.124.

[539] Hohorst, G., Kocka, J, Ritter, G.A., München 1978, S. 104.

4.1.4 Wirtschaftliche Entwicklung: Landwirtschaft, Handwerk, Handel

4.1.4.1 Die Landwirtschaft

Im Norden, Im Südosten, im Segeberger Raum und in Stormarn befanden sich bis in das 20. Jahrhundert hinein die Gebiete in Schleswig-Holstein, die in der Hauptsache landwirtschaftlich geprägt waren. In Holstein wurde, bezogen auf die Jahre um die Jahrhundertwende, etwa die Hälfte des Ackerlandes für den Getreideanbau genutzt. Grund dafür war die geologische Beschaffenheit des Bodens. Die Verbreitung des Getreideanbaus nahm auf sandigen Böden, wie in Stormarn, von Süden nach Norden ab; in Dithmarschen zeigte der Anbau von Getreide auf lehmigen Böden jedoch den gleichen Anteil von 40% der Fläche wie im Osten der Provinz. Die generelle Verteilung der Bodennutzung in Schleswig-Holstein war im Osten das Kornland, in den Marschen die Dauerweide und in der Mitte der Provinz Wiesen und Heideland. Glinde und Reinbek liegen, östlich von Hamburg, im Bereich der Geest.[540]



Quelle: Engelbrecht,Th.H., 1907, Karte 1, o.S.

[540] Engelbrecht, Th.H., Bodenanbau und Viehstand in Schleswig-Holstein nach den Ergebnissen der amtlichen Statistik 1. Teil, Kiel 1907, S. 45 ff.

Während in Schleswig-Holstein zwischen 1883 und 1913 der Anbau verschiedener Feldfrüchte wie Buchweizen und Erbsen drastisch abnahm (-80% bzw. -90%), stieg die Anbaufläche für Roggen um 2%, für Kartoffeln um 3% und für Hafer um 15%.[541]

In den Städten und großen Gemeinden des Kreises Stormarn wie z.B. Schiffbek, Sande und Bramfeld, die von Industrieansiedlungen geprägt waren oder in Gemeinden wie Ahrensburg und Alt-Rahlstedt, die aufgrund ihrer Bahnanbindungen an Lübeck und Hamburg auch von zahlreichen Hamburger und Lübekker Kaufleuten und Beamten bewohnt wurden und als Villenvororte galten, war die Landwirtschaft vor dem ersten Weltkrieg von geringer Bedeutung. Diese Gemeinden waren, ähnlich wie Reinbek, zu dieser Zeit bereits städtisch geprägt

Nach der Volkszählung vom Dezember 1910 lebten im Kreis Stormarn auf dem Lande 70.662 und in den Städten 7.189 Einwohner. Davon arbeiteten 1907 33% in der Landwirtschaft, 39% in der Industrie und 28% der Erwerbstätigen waren in anderen Wirtschaftszweigen tätig.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche betrug 76.864 Hektar, von denen 68.447 Hektar als Ackerfläche und 8.417 Hektar als Wiesen genutzt wurden. Die Nutzung dieser Flächen erfolgte durch landwirtschaftliche Großbetriebe (0,6%), großbäuerliche Betriebe (6,4%), mittelbäuerliche Betriebe (95), kleinbäuerliche Betriebe (6%) und Zwerg- und Parzellenbetriebe (78%). Der größte Anteil der Ackerflächen, Wiesen und Forsten als auch zwei Drittel aller zur landwirtschaftlichen Nutzung gepachteten Flächen entfiel auf Großbetriebe und großbäuerliche Betriebe. Um die Jahrhundertwende war die Landwirtschaft des Kreises in erster Linie auf Milchwirtschaft eingestellt, was auf den Bedarf der nahen Städte Hamburg und Lübeck zurückzuführen war. Dorthin wurden vor dem Ersten Weltkrieg täglich etwa 3.000 Liter Milch aus Stormarns Betrieben geliefert. Der Fleischbedarf der Stadtbewohner bewirkte auch eine zunehmende Anzahl von Schweinemastbetrieben, wobei der Schlachthof Hamburg-Sternschanze als Absatzmarkt eine entscheidende Rolle spielte. Hauptsächlich in den Landgemeinden in der Nähe Hamburgs wurde die Schweinemast in immer größerem Umfang betrieben.

---

[541] Lorenzen-Schmidt, K.-J., Neumünster 1998, S. 98, Tab. 1.

An Getreidearten wurden vornehmlich Roggen, im Nordosten Stormarns auch Weizen und Gerste, im gesamten Kreis Hafer angebaut. Im südwestlichen Teil gewann im Hinblick auf die Nachfrage und Versorgung der Bevölkerung Hamburgs der Anbau von Gemüse eine immer größere Bedeutung.

Die Arbeiterschaft in der Landwirtschaft bestand in den Großbetrieben und großbäuerlichen Betrieben vornehmlich aus einheimischen Tagelöhnern mit kleinem Besitz, in den Sommermonaten z.T. neben den Deputatisten aus ausländischen Wanderarbeitern. Die mittelbäuerlichen Betriebe beschäftigten Gesinde (Knechte, Mägde, Kuhjungen), und die Arbeit in den kleinbäuerlichen Betrieben verrichteten in der Regel Familienmitglieder.[542]

Die Landarbeiterfrage war in Glinde von nicht unwesentlicher Bedeutung, insbesondere im Hinblick auf nicht-einheimische, sondern ausländische Arbeitskräfte. Die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Arbeitskräften in Deutschland war in den 1890er Jahren enorm gestiegen, bedingt durch überseeische Auswanderungen und Abwanderungen aus der Landwirtschaft. Die Auswanderungswelle erreichte zwischen 1880 und 1893 ihren Höhepunkt mit etwa 220.000 Auswanderern und sank dann nach 1893 stetig bis 1915 auf weit unter 10.000 Menschen ab, da die Massenauswanderungen am Ende des Jahrhunderts durch eine günstigere Wirtschaftsentwicklung aufgefangen werden konnte. Die Ost-West-Fernwanderung und die Wanderung vom Land in die Städteinsgesamt, vornehmlich aus der Landwirtschaft in industrielle Beschäftigungsbereiche, überstieg in der Folgezeit den Umfang der Überseeauswanderungen des 19. Jahrhunderts um ein Vielfaches.[543] Die dadurch entstandenen Lücken konnten vor allem in den preußischen Ostgebieten nicht mehr mit einheimischen Arbeitskräften geschlossen werden. Deshalb stieg die Zahl zugewanderter ausländischer Arbeitskräfte vornehmlich in Preussen enorm an.[544] Bei etwa 3,4 Millionen Lohnarbeitern insgesamt im Deutschen Reich vor dem Ersten Weltkrieg waren etwa 400.000 Wanderarbeiter in der Landwirtschaft

---

[542]Stoffers, J., Die Landwirtschaft des Kreises Stormarn im Weltkriege 1914 – 1918. Diss.jur. Hamburg 1924, S. 2 ff.

[543] Dazu grundlegend: Köllmann, W., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974.

[544] Bade, K.J., Vom Auswandererland zum „Arbeitseinfuhrland“: kontinentale Zuwanderung und Ausländerbeschäftigung in Deutschland im späten 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders. (Hrsg.), Auswanderer-Wanderarbeiter-Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Ostfildern 1984, S. 434 ff.

und in der Industrie beschäftigt. [545] Die meisten von Ihnen waren Polen aus dem russischen „Kongreßpolen“ und Polen und Ruthenen aus Galizien. Deren Zahl stieg in Preussen zwischen 1906 und 1914 von insgesamt (weibliche und männliche Beschäftigte) 33.038 auf 269.568 an.[546]

Die Ursachen der Wanderarbeit für polnische Landarbeiter waren vielfältiger Art. Einen wichtigen Grund stellte die durch die unbefriedigende wirtschaftliche Lage in den Heimatgebieten herrschende Existenznot dar, die nicht nur durch das geringe Lohnniveau in den Herkunftsgebieten, sondern auch durch Naturereignisse, wie z. B. Dürreperioden, noch verschärft werden konnte. Waren die Landarbeiter besitzlos, wie Insten und Einlieger, wanderten sie in der Regel mit dem Ziel ab, für immer fort zu bleiben. Diejenigen aber, die ein kleines Anwesen besaßen oder gepachtet hatten, wanderten nur zeit- bzw. saisonweise zum zusätzlichen Geldverdienen in den Westen, um dann wieder zu ihrer wirtschaftlichen Grundlage nach Hause zurückzukehren. Das erarbeitete Geld wurde gebraucht, um den arbeitslosen Winter zu überbrücken. Ein weiterer wichtiger Grund für Landarbeiter aus Polen, der Heimat den Rücken zu kehren, war die schlechte Behandlung vornehmlich auf den großen Gütern, zu der nicht selten auch körperliche Züchtigung durch Gutsinspektoren gehörte. Sie hatten also sowohl mit Existenzängsten aus Mangel an Grundbesitz als auch mit schlechten Arbeitsbedingungen an ihren Arbeitsplätzen zu kämpfen.

Allerdings stammte auch eine nicht geringe Zahl der Landarbeiter trotz des geringen Lohnniveaus im Westen des Reiches aus den vier östlichen Provinzen Preußens. 1907 arbeitete von diesen 118.799 Arbeitern der größte Teil in Brandenburg (45.460), in der Provinz und dem Königreich Sachsen (32.177), in Hannover (8.926) und in Schleswig-Holstein (7.268). In Süddeutschland arbeitete der geringste Teil der aus dem Osten zugewanderten Arbeiter.[547]

1895 waren in Glinde von 314 Einwohnern 276 evangelisch und 38 katholischen Glaubens; letztere waren vermutlich zugewandert aus überwiegend katholischen Gebieten wie z.B. Polen.[548] 1905 waren von 385 Einwohnern 303 evangelisch und 82 katholisch, von denen wiederum 62 polnisch-sprachig wa-

---

[545] Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1915, S. 39.
[546] Bade, K.J., 1984, S. 438 f.
[547] Knoke, A., Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland, Diss. phil., Leipzig 1911, S. 13 (Tabelle), S. 26 ff.
[548] Gemeindelexikon 1897, S.110.

ren.[549] Obwohl eine Diffferenzierung nach der Muttersprache erst 1905 statistisch erfolgte, ist zu vermuten, dass es sich bei den 38 katholischen Einwohnern Glindes 1895 auch um polnisch-sprachige Arbeiter handelte, die auf dem Gut Glinde arbeiteten. Dort waren Arbeiterinnen und Arbeiter mit polnischen Namen, allerdings in Dauerstellung, beschäftigt.[550] Auf wessen Initiative oder mit wessen Hilfe diese Beschäftigten nach Glinde kamen - ob durch Eigenanwerbung des Gutsbesitzers, durch gewerbsmäßige oder berufsgenossenschaftliche Vermittlung oder durch die preußische Feldarbeiterzentrale - , ist nicht zu ermitteln. Es liegen auch keine Dokumente in Glinder Archiven vor, wann die ersten Landarbeiter aus Polen dort eintrafen, allerdings existiert eine Namensliste aus dem Jahr 1917, aus der hervorgeht, wieviele Polinnnen und Polen versorgungsberechtigt waren, um Fleisch, Fett, Kartoffeln, Eier, Magermilch und Mühlenprodukte, Kleinkinder auch Milch, zu empfangen. Diese Liste weist aus, dass zum 1.1.1917 von insgesamt 434 versorgungsberechtigten Einwohnern Glindes 101 Personen eindeutig polnische Namen trugen, davon 12 Kinder unter zwei Jahren und 37 Frauen. Das Alter der Männer betrug zu diesem Zeitpunkt zwischen 17 und 58 Jahre, das der Frauen zwischen 16 und 51 Jahre, wobei die meisten Männer zwischen 18 und 30 Jahre und die meisten Frauen zwischen 19 und 30 Jahre alt waren. Diese Personen wurden in der von der Gemeinde erstellten Liste getrennt von den ansässigen Einwohnern Glindes geführt. Hier handelte es sich wohl um ausländische Arbeitskräfte, denen generell nach Kriegsausbruch die Rückkehr in ihre Heimat untersagt wurde. Eine „Polonisierung“[551] – falls hiervon überhaupt die Rede sein kann – fand jedoch lediglich unter den katholischen Einwohnern statt, wie die Zahlen oben belegen.[552]

Die in Glinde beschäftigten Wanderarbeiter boten den landwirtschaftlichen Betrieben u. a. den kalkulatorischen Vorteil, dass ihre Entlohnung nicht das ganze Jahr über erfolgen mußte, da sie nur für die zumeist im Sommer und in der Erntezeit geleistete Arbeit bezahlt wurden. Die Entlohnung erfolgte z.T. durch Geld, aber auch in Form von Naturalien und vielerorts durch die Gestellung von Unterkünften für die Zeit der Beschäftigung vor Ort. Der daneben gezahlte

---

[549] Gemeindelexikon 1908, S.92.
[550] Gemeinde Glinde, 1979, S. 56.
[551] Henning, F.-W., Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Paderborn 1996, S. 949.
[552] STAG o.Nr., Gemeinde Glinde, Liste der Selbstversorger und Versorgungsberechtigten, 1917.

Lohn lag vor dem Ersten Weltkrieg in Preußen in der Erntezeit pro Tag bei 1,40 bis 1,50 Mark für Männer, und bei 1,20 bis 1,30 Mark für Frauen. Das volle Deputat, also Nahrung und Wohnung, wurde für Männer mit 75 Pfennig, für Frauen mit 71 Pfennig pro Tag berechnet.[553]
In Glinde wurde für Wanderarbeiter wohl Anfang der 1890er Jahre eine Kaserne gebaut.[554] Baupläne dazu liegen nicht vor, aufgrund einer Pressemeldung über einen Brand in diesem Gebäude im August 1897 lässt sich jedoch schließen, dass dort mindestens vierzig Schlafplätze vorhanden gewesen sein mußten. Die Arbeiterkaserne wurde später in Dauerwohnungen umgebaut und bis in die 1960er Jahre genutzt[555].

Im Amtsbezirk Ohe, zu dem auch seit 1897 Glinde, Schönningstedt und der Gutsbezirk Silk gehörten, wurde 1900 auf etwa 50% der für Getreideanbau genutzten Flächen Winterroggen und auf weiteren 45 bis 50% Hafer angebaut. Der Weizenanbau spielte hier keine Rolle. Außerdem waren sowohl Kartoffeln und Futterpflanzen als auch Ackerweide von großer Bedeutung für die Landwirtschaft im Amt.[556] Dass der Kartoffelanbau in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Schleswig-Holstein von immer größerer Bedeutung war, zeigt die Steigerung des durchschnittlichen Ertrages zwischen 1879 und 1883 von 1 722.041 auf 1 989.635 Doppelzentner.[557] Gerade im sog. „Speckgürtel“ um Hamburg, zu dem auch Glinde zählte, konnten Kartoffeln nach der Ernte relativ schnell in die Großstadt befördert und dort zum Verkauf angeboten werden. In Glinde konnte z.B. ein kleinerer Landbesitzer 1894 „nahezu an 1000 Sack verkaufen. Für dieselben werden auch die besten Preise gezahlt, da die Kartoffeln auf unserem Boden von besonders gutem Geschmack sind.“[558]
An größeren Hofflächen waren in Glinde nur zwei vorhanden, alle anderen landwirtschaftlich genutzten Besitzungen waren so klein, dass sie im Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reich nicht erwähnt wurden. Aufgrund der dort 1912 erfolgten Erhebungen bestand in Glinde das Gut Glinde mit einer

---

[553] Henning,F.W., 1996, S. 950.
[554] STAG II/35, Baukonzessionen 1892 – 1914.
[555] BZ vom 27.August 1897: „ Die niedergebrannte ´Kaserne´war mit ca. 40 Arbeitern belegt, und bot es ein trostloses Bild, die Armen, nur mit dem Allernothdürftigsten bekleidet, ihr bisschen Habe bewachen zu sehen.“
[556] Engelbrecht, Th.H., 1907, S. 300 f., Nachtrag zu Tabelle 2.
[557] Wobeser,v. O., Statistik der Provinz Schleswig-Holstein im Rahmen des deutschen Reichs und Preußens, Altona 1887, S. 87.
[558] BZ vom 26. September 1894.

Gesamtfläche von 388,60 Hektar und einem jährlichen Grundsteuerreinertrag von 6.018 Mark. Der größte Teil der dem Gut zugehörenden landwirtschaftlichen Fläche wurde als Ackerland genutzt. Dieses und ebenfalls die Wiesen und Weiden dienten der Futterproduktion für das zahlreiche Milchvieh des Gutes, dessen Produktionsschwerpunkt die Milchwirtschaft war. Besitzer war der vorherige Pächter Franz Rudorff.

Ein zweiter, größerer Hof in Glinde war der des Carl Schröder mit einer Gesamtfläche von 79,30 Hektar und einem Grundsteuerreinertrag von 980 Mark.

Aufgrund des dargestellten Viehbestandes (Anhang..,Tabellen...) in der Gemeinde Glinde kann, da entsprechende andere Quellen fehlen, vermutet werden, dass es sich bei dieser Hofstelle um einen Schweinemastbetrieb gehandelt haben muß. Die anderen Hofstellen, Anbauer-, Kätner-und Hufnerstellen, wurden wegen ihrer geringen Größe nicht statistisch erfasst. Auch über die finanziellen Verhältnisse der Landwirte in Glinde und deren mögliche Verschuldung fehlen entsprechende Angaben.[559]

[559] Danker, E., Die Verschuldung der schlewig-holsteinischen Landwirtschaft in ihrer regionalen Bedingtheit unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Bezirke, Diss.jur., Kiel 1931, S. 8: Die Bauern im Kreis Husum waren in der Provinz mit 21,4% des Bruttovermögens am niedrigsten, die im Kreis Steinburg mit 39,4% am höchsten verschuldet. Die Landwirtschaft des Kreises Stormarn nahm mit 31,3% eine Mittelstellung ein.

Landwirtschaftliche Betriebe in Glinde 1912[560]

Nachweisung aller Besitzungen „von 50 ha aufwärts oder mit mehr als 1000 M. Grundsteuerreinertrag“[...]. [561]

Glinde, Hof
(Zahlenangaben in ha)

Gesamtfläche	Acker und Garten	Wiese	Weide	Forst und Wasser über 1 ha	Grundsteuer-Reinertrag(Mark)	Eigentümer
388,60	347,20	20,00	15,80	5,60	6.018	Franz Rudorff

Glinde, Hof
(Zahlenangaben in ha)

Gesamtfläche	Acker und Garten	Wiese	Weide	Forst und Wasser über 1 ha	Grundsteuer-Reinertrag(Mark)	Eigentümer
79,30	66,20	4,80	8,30	--	980	Carl Schröder

[560]Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche. Unter Mitwirkung der Königlichen Behörden und der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein nach amtlichen Quellen bearbeitet von Dr. R.Reichert, Zweite gänzlich umgearbeitete Auflage, Berlin 1912 S. 320.
[561] Ebd., Vorwort o.S.

Die Viehhaltung in Schleswig-Holstein veränderte sich zwischen 1892 und 1913 stark. Während die Schafhaltung um 46,7% zurückging, erhöhte sich der Bestand an Pferden um 20,7%, an Rindern um 61,14% und an Schweinen um 411%.[562] Im Verlauf der Viehzählungen von 1902, 1904, 1906 und den darauffolgenden jährlichen Zählungen von 1908 bis 1912 änderte sich in Glinde die Anzahl des Viehs der auf den Kontrollisten verzeichneten Bestände dagegen nicht wesentlich; seit 1911 wurden allerdings keine Schafe mehr gezählt.[563]

Die für eine kleine Landgemeinde wie Glinde auffälllig hohe Zahl der Pferde und Rinder ist auf die Wirtschaft des Gutes Glinde zurückzuführen, das nach dem Erwerb durch Franz Rudorff 1901 seinen Schwerpunkt auf die Milchwirtschaft setzte, dadurch war der Rinderbestand in Glinde verhältnismäßig groß. Pferde wurden auf den zum Gut Glinde gehörenden Ländereien, die sich z.T. auch außerhalb des Gemeindegebietes befanden, beim Ackerbau eingesetzt. Der durch hohe Investitionskosten später in Zahlungsschwierigkeiten geratene Rudorff verkaufte das Gut 1912 an den Ingenieur Sönke Niessen, der bei der Weiterführung des Betriebes den Schwerpunkt Milchwirtschaft beibehielt, denn Hamburg stellte einen guten und dauerhaften Absatzmarkt für frische Milch dar. Diese wurde mit gutseigenen Pferdefuhrwerken dorthin transportiert. Der Plan, die Milch mit der 1907 in Betrieb genommenen Südstormarnschen Kreisbahn nach Hamburg zu befördern, ging nicht auf, später wurde sie mit Lastkrafttwagen transportiert.[564]

Die relativ hohe Zahl der Schweine beim Glinder Viehbestand läßt darauf schließen, dass auch diese zum großen Teil für den Absatzmarkt Hamburg produziert wurden und zwar in den großen Ställen, von denen 1904, 1905 und 1907 jeweils drei neu errichtet wurden.[565] Hinsichtlich der Ziegen, des Federviehs und der Bienen kann für Glinde davon ausgegangen werden, dass diese Tierarten den Haltern zur Selbstversorgung dienten.

---

[562] Stat. Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.), Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967, S. 113.
[563] Anhang 4 a-h, Tabellen zu Viehzählungen in Glinde 1902, 1904,, 1906, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.
[564] Böckel, M., 1984, S. 100 ff.
[565] STAG, II/35, Baukonzessionen 1892 – 1912.

4.1.4.2 Das Handwerk

Zwischen 1892 und 1914 nahm die Zahl der Handwerker in Glinde zu.[566] Dies entsprach einer Entwicklung, die in Preußen spätestens seit Beginn des 19. Jahrhunderts begann. Eine Einteilung des Handwerks im Industriezeitalter nach wirtschaftsgeschichtlichen Gesichtspunkten nahm Wilhelm Wernet vor, indem er dessen Entwicklungsgeschichte in drei Epochen einteilte:

1. Das Handwerk verharrt im Herkommen (1780 – 1840)
2. Gefährdung des Handwerks während der Entfaltung des Industrialisierungsprozesses (1849 – 1900)
3. Anpassung des Handwerks an die Zeit des modernen Industrialismus und Teilnahme am gesamtwirtschaftlichen Wachstumsprozeß.[567]

Das Zahlenverhältnis der Handwerksbevölkerung zur Gesamtbevölkerung änderte sich ebenso wie das der Meister zu den Gesellen und das der Handwerksbetriebe zu den Fabriken. Während zwischen 1816 und 1843 die Gesamtbevölkerung in Preußen um 50% zunahm, erhöhte sich der Prozentsatz der Meister um 80% und der der Gehilfen um 120%. Die Zahl der Gesellen nahm also gegenüber den Meistern zu, obwohl deren absolute Zahl von fast 200.000 noch mehr als doppelt soviel betrug wie die der Gesellen im Jahre 1846. Der Anteil der Handwerker an der Gesamtbevölkerung in Preußen erhöhte sich zwischen 1846 und 1861 von 4,8% auf 5,6%, wobei in diesem Zeitraum die Zahl der Gehilfen bei den Handwerkern im Nahrungsmittelhandwerk noch wesentlich geringer war als beispielsweise bei den Bauhandwerkern, bei denen in Preußen vier bis fünf Gesellen auf einen Meister kamen. Zwischen 1840 und 1870 schien die Industriewirtschaft das Handwerk gezwungen zu haben, sich an neue Produktions- und Absatzweisen anzupassen, aber damit wurde nicht der Untergang des Handwerks hervorgerufen, sondern es fanden lediglich Umschichtungen im Arbeitsprozeß und in der personellen Zusammen-

---

[566] S. 4.1.2.2.
[567] Wernet, W., Handwerks- und Industriegeschichte, Stuttgart 1963. Zu 1.: S. 14 – 33. Zu 2.: S. 33 – 61. Zu 3.: S. 61 – 84.

setzung der Betriebe, die nun am gesamtwirtschaftlichen Wachstum teilhaben konnten, statt.[568]

Zwar entstand zweifelsohne handwerkliche Arbeit auch neu, bedingt durch den Einsatz von Maschinen in vielen Berufen wie z.B. bei Zimmerern, Tischlern, Drechslern, Bäckern, Friseuren oder Schneidern, aber die Verrichtung der Arbeit war im Kern gleich geblieben.[569] Ob Handwerker im Kaiserreich letztendlich im Ergebnis zu den Gewinnern oder Verlierern gehörten, kann hier nicht erörtert werden, allerdings scheint allgemein unwidersprochen zu sein, dass durch das Tempo der Industrialisierung und die dadurch entstandene fortschreitende Arbeitsteilung neue kleingewerbliche Unternehmen gegründet wurden, die nicht nur im Zulieferbereich, sondern auch im Reparaturbereich tätig werden konnten. [570] Fortschreitende Arbeitsteilung bedeutete auch in Schleswig-Holstein, dass die gewerbliche Eigenproduktion aus der bäuerlichen Wirtschaft ausgegliedert wurde und allmählich zur Gründung von Handwerksbetrieben auf dem Lande führte. Erleichtert wurde die Anpassung an die gestiegenen allgemeinen Anforderungen an Quantität und Qualität der zu produzierenden Waren durch den Einsatz von elektrischen Maschinen. Als weiterer, positiver Faktor für die Entwicklung handwerklicher Betriebe auf dem Lande galt die verbesserte Verkehrsanbindung an naheliegende Städte durch den Bau von Landstraßen und Schienenwegen, die es den Betrieben erleichterten, einerseits Rohstoffe, Halbfertigwaren und Werkzeuge zu beziehen, andererseits Fertigwaren abzusetzen oder Dienstleistungen zu erbringen.[571]

In Schleswig-Holstein blieb jedoch für viele kleine, selbständige und nichtselbständige Handwerker die Verbindung mit der Landwirtschaft als Nebenerwerb erhalten, um die Existenzgrundlage zu sichern. Nach der Berufsstatistik von 1907 galten vor allem Grobschmiede, Schuster, Schneider und Maurer als Nebenerwerbslandwirte, während Schlosser, Uhrmacher und Klempner statistisch als solche zahlenmäßig am geringsten vertreten waren. Unter den hauptberuflich erwerbstätigen Selbständigen im Handwerk betätigten sich 53% nebenbe-

---

[568] Fischer, W., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Göttingen 1972, S. 324 ff.

[569] Ritter, G.A., Tenfelde, K., 1992, S. 296.

[570] Ausführlich dazu: Blackbourn, D., Handwerker im Kaiserreich: Gewinner oder Verlierer ?, in: Wengenroth, U. (Hrsg.), Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk, Hausindustrie und Kleingewerbe im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1989, S. 7 – 21, hier: S. 14.

[571] Hähnsen, F., Zur Entwicklung des ländlichen Handwerks in Schleswig-Holstein, Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Bd. 9, Leipzig 1923, S. 197 f.

ruflich in der Landwirtschaft.[572] Inwieweit sich verschiedene Handwerker, z.B. Uhrmacher, Schlosser, Schuster oder Klempner als Kleinhändler für Waren betätigten, die in ihrem speziellen Beruf benötigt wurden, geht aus der Berufsstatistik nicht hervor. Insgesamt gesehen nahm die Zahl der selbständigen und lohnabhängigen Handwerker in Schleswig-Holstein im Bereich der Bauwirtschaft zwischen 1860 und 1907 ab, während die Zahl der Handwerker im Lebensmittelbereich stark zunahm. So ging die Besatzstärke z.B. der selbständigen Zimmerleute im gesamten Zeitraum um 53%, die der Tischler um 38% und die der Stellmacher um 29% zurück. Den höchsten Zuwachs verzeichneten die selbständigen Bäcker mit 170% und die Schlachter mit 59%.[573]

Vergleichbare Erhebungen für Glinde sind angesichts der schwierigen Quellenlage nicht möglich. Aufgrund vorhandener Hebelisten für die Jahre 1901 bis 1904 kann jedoch festgestellt werden, ob und welche Betriebe zur Zahlung von Gewerbe- bzw. Betriebssteuern in diesem Zeitraum verpflichtet waren. So zahlten 1901 drei Personen Gewerbesteuern, 1902 drei Personen Gewerbesteuern und zwei Betriebssteuern, 1903 eine Person Gewerbesteuern und zwei Betriebssteuern und 1904 eine Person Gewerbesteuern und zwei Betriebssteuern. Die Gewerbesteuern wurden 1901 bis 1902 von einem Mühlenbesitzer und zwei Kaufleuten entrichtet und 1903 und 1904 nur noch von dem Mühlenbesitzer. Betriebssteuern entrichteten jeweils zwei Gastwirte 1902 bis 1904. Somit konnten zumindest in diesem Zeitraum in Glinde bis auf die Mühle keine weiteren steuerpflichtigen Handwerksbetriebe bestanden haben. Selbständige Händler, vermutlich im Lebensmittel- und Kolonialwarenbereich, waren nur zwei in Glinde.[574]

---

[572] Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 208, Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohner. 1. Preußen. Provinz Schleswig-Holstein, zit. nach Hähnsen, F, 1923, S. 198.

[573] Lorenzen-Schmidt,K.-J., in: Lange, U. (Hrsg.), 2003, S. 393.

[574] STAG II/133, Hebeliste der Gemeindekasse zu Glinde für 1901. 1902. 1903. 1904.,. Nach dieser Liste zahlten 1901 der Mühlenbesitzer und ein Kaufmann je 32 Mark jährlich, ein Kaufmann 24 Mark. 1902 zahlten wiederum der Mühlenbesitzer und ein Kaufmann je 32 Mark, ein Kolonialwarenhändler 16 Mark. Betriebssteuern zahlten zwei Gastwirte in Höhe von jeweils 10 Mark im Jahr. 1903 zahlte nur noch der Mühlenbesitzer 36 Mark Gewerbesteuern, die Gastwirte wie im Vorjahr Betriebssteuern. 1904 entrichtete der Mühlenbesitzer wieder 32 Mark Gewerbesteuern und die zwei Gastwirte jeweils 10 Mark Betriebssteuern.

4.1.5 Schule und Vereine

Aufgrund mangelnder räumlicher und hygienischer Verhältnisse im bisher genutzten Schulgebäude[575] wurde in Glinde 1898 ein neues Gebäude errichtet, das sowohl den ministeriellen Anforderungen an Schulneubauten[576] als auch den Anforderungen der Einwohner Glindes an das äußere Erscheinungsbild einer Schule entsprach und 1899 seiner Bestimmung übergeben wurde. [577]
Wie auch die alte Schule bestand sie aus einem einzigen, großen Klassenraum, in dem auch nur ein Lehrer unterrichtete. Zum eigentlichen Schulbereich gehörten einige Nebenräume und sanitäre Anlagen. Er war durch eine Türe mit der im gleichen Gebäude befindlichen, sehr geräumigen Wohnung der Lehrerfamile verbunden. Diese Wohnung nahm etwa die Hälfte der Fläche des gesamten Schulgebäudes im Erdgeschoß ein.
Die Zahl der einklassigen Volksschulen auf dem Lande war in Preußen zwischen 1886 und 1911 zwar von 56,7% auf 39,2% gesunken, aber diese Form der Volksschule stellte gegenüber den zweiklassigen Schulen mit zwei Lehrern (1911: 11,6%) und den dreiklassigen Schulen mit drei Lehrern (1911: 12,2%) immer noch das Gros der ländlichen Volksschulen in Preussen dar. Der Ausbau mehrklassiger Schulen nahm bis 1911 zu, sodass sich die Zahl der einklassigen Halbtagsschulen auf dem Lande von 74,3% 1886 auf 58,9% 1911 verringerte. Die Zahl der Landschüler sank im gleichen Zeitraum von 50,2% in einklassigen und Halbtagsschulen auf 29,1%. Dementsprechend nahm die Zahl der Schüler in drei- und mehrklassigen Schulen zu. 1911 besuchten schon 37,5% der Landschüler Schulen mit vier bis acht aufsteigenden Klassen. [578]
In Glinde aber bestand die Schule weiterhin und trotz Neubau nur aus einer Klasse, das bedeutete, dass der einzige Lehrer alle Schüler zwischen sechs und vierzehn Jahren in einem Raum unterrichten mußte, was einerseits besonderer organisatorischer und andererseits außerordentlicher pädagogischer Fähigkeiten bedurfte. Wenn auch diese für Schüler und Lehrer gleichermaßen belastende Situation durch die Einrichtung von Halbtagsunterricht (eine Gruppe

---

[575] BZ vom 19. November 1897.
[576] LAS, Abt 301, Nr. 2823, Ministerium der geistlichen Unterrichts=und Medizinalangelegenheiten. Einzelne Vorschläge seitens der Referate im Ministerium seit 1875 betreffend alle Einzelheiten bezüglich der Schulneubauten und Umbauten.
[577] BZ vom 18. April 1899: „Es ist ein schönes, praktisch eingerichtetes Gebäude und in seinem Aeußeren eine Zierde für unseren Ort.“
[578] Statistisches Jahrbuch für den Preussischen Staat 1911, S. 107.

vormittags, die andere Gruppe nachmittags) gemildert wurde, blieb dennoch die dadurch entstandene Unterrichtsverkürzung unvermeidbar. Zu weiteren Unterrichtsausfällen bzw. Minderung der Stundenzahl für Schüler auf dem Lande führte die Einbindung der Kinder in die landwirtschaftlichen Produktionsverhältnisse, d.h., die Arbeitskraft der Kinder war für die Landwirtschaft von großer Bedeutung. Deswegen wurden von landwirtschaftlichen Interessenverbänden im Kaiserreich Dispensationen vom Schulbesuchszwang gefordert, die in Preussen bis 1927 Bestand hatten.[579]

1900 wurde in Glinde ein Antrag auf Einführung der ungeteilten Schulzeit gestellt, dem von der Regierung in Schleswig für den Sommer dieses Jahres stattgegeben wurde. Entsprechend fand der Untericht ab 1.Mai vormittags von 7 bis 12 Uhr statt. Dadurch wurde u.a. versucht, die gänzliche Dispensation von der Sommerschule zu vermeiden.[580] Auch 1901 führte die Gemeinde die ungeteilte Schulzeit im Sommer mit Genehmigung der Provinzregierung ein.[581]

Der preussische Staat und seine Kultusbürokratie unterstützen hauptsächlich Landgemeinden und kleine Städte durch finanzielle Zuschüsse als Reaktion auf den unterschiedlichen Ausbaustand des Volksschulwesens.[582] So erhielt auch die Gemeinde Glinde erstmalig 1909 aus der Staatskasse aufgrund des § 27 des Lehrerbesoldungsgesetzes einen Betrag in Höhe von 500 Mark und einen Ergänzungszuschuß nach § 53 LGO in Höhe von 200 Mark, 1910 418 Mark und 200 Mark, 1911 418 Mark und 300 Mark, 1912 desgleichen. 1914 zahlte der Staat für Lehrerbesoldung 698 Mark und 260 Mark an Ergänzungszuschuß. Die „Besoldungen p.p. des Lehrers“ betrugen 1909 und 1910 jeweils 1.200 Mark, 1911 bis 1919 je 1.400 Mark. Die staatlichen Zahlungen an die Gemeindekasse wurden, soweit hier belegbar, zumindest bis 1919 geleistet.[583]

Während die Schüler-Lehrer-Relation in Preußen an öffentlichen Volksschulen Anfang des 20. Jahrhunderts aus heutiger Sicht recht problematisch war - 1901 kamen auf einen Lehrer durchschnittlich 62,9 Schüler und 1911 56,1[584]-,

---

[579] Lorenzen-Schmidt, K.-J., Stadtgebundene Verschriftlichungsprozesse und ihre Mediatoren in den Dörfern des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Zimmermann, C. (Hrsg.), Dorf und Stadt, Frankfurt am Main 2001, S. 137.
[580] BZ vom 1. April 1900.
[581] BZ vom 15. April 1901.
[582] Klewitz, M., Preußische Volksschule vor 1914 – Zur regionalen Auswertung der Schulstatistik, in: Zeitschrift für Pädagogik, 27, Weinheim 1981, S. 551 – 573, hier: S. 556 f.
[583] STAG, II/ 167, Haushaltsplan (Voranschlag) der Gemeinde Glinde 1894 – 1919 (außer 1913).
[584] Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat 1912, S. 422.

stellte sich das Verhältnis in schleswig-holsteinischen Volksschulen bei 52,7 Schülern 1901 und 1911 bei 48,3 Schülern pro Lehrer zwar schwierig, aber nicht so dramatisch wie im übrigen Preußen dar.[585] In der einklassigen Volksschule in Glinde betrug nach einer, allerdings nicht korrekt geführten, Schülerliste das Lehrer-Schüler-Verhältnis zwischen 1876 und 1909 etwa 1:30 bis 1:40.[586]

Auch im Untersuchungszeitraum zwischen 1892 und 1914 gab es in Glinde weder Vereine noch Verbände, zu denen sich die Einwohner zusammenschlossen. Einziger Zusammenschluß männlicher Einwohner Glindes war die freiwillige Feuerwehr, die 1898 gegründet wurde und deren Erstausstattung die Gemeindekasse finanzierte. Damit war sie eher ein Sicherheitsorgan der Gemeinde und nicht als Vereinigung im gesellschaftlichen Sinne anzusehen. Gesangs-, Turn- oder Geselligkeitsvereine existierten - im Gegensatz zur Nachbargemeinde Reinbek - in Glinde nicht. Fehlende Räumlichkeiten können dafür nicht der Grund gewesen sein, denn an Versammlungsräumen mangelte es nicht, es gab die Schule und mehrere Gaststätten. Lediglich die Wirtshausgeselligkeit scheint gepflegt worden zu sein, denn im Haushaltsplan der Gemeinde sind zwischen 1894 und 1919 regelmäßig „Abgaben für öffentliche Lustbarkeiten“ verzeichnet, deren Höhe sich pro Jahr auf 40 bis 60 Mark beliefen.[587]
Harm-Peer Zimmermann hat allerdings eine Vereinsgründung belegt, nämlich die eines allgemeinen Kriegervereins in Glinde am 01.03.1914, ein vergleichsweise sehr später Zeitpunkt für eine Kriegervereinsgründung. Über die Gründungspersonen und die Anzahl der Mitglieder bestehen keine Angaben, Mitgliederlisten sind nicht vorhanden,[588] auch in der Lokalpresse wurde darüber nichts berichtet.

---

[585] Beiträge zur historischen Statistik, Kiel 1967, S. 52.
[586] STAG, II/134, Schülerliste.
[587] STAG, II/ 167, Haushaltsplan 1894 – 1919, passim.
[588] Zimmermann, H.-P., 1989, Anhang 3, Tabelle 3, S. 822.

4.1.6 Individuelle sanitäre Versorgung

Die Versorgung von Kranken war in Glinde bis zum 1. Weltkrieg und weit darüber hinaus nur möglich durch Hauspflege, durch Aufsuchen von Ärzten in anderen Gemeinden, z. Reinbek, Schiffbek, Bergedorf, oder deren Hausbesuche, in schwereren Fällen durch Aufnahme der Patienten in ein nahe gelegenes Krankenhaus. Ein niedergelassener Arzt praktizierte erstmalig 1936 in Glinde. Über Krankheitsfälle, deren Behandlung oder Todesursachen existieren für die Gemeinde Glinde während des Kaiserreiches keine zuverlässigen Unterlagen. Gleichwohl ist anzunehmen, dass vor der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung die Krankenversorgung und deren Kosten entweder von den Betroffenen selbst oder vom Gesamtarmenverband Reinbek getragen wurden, an den die Gemeinde Glinde zwischen 1894 bis zu dessen Auflösung 1904 jährlich etwa 300 Mark zahlte.[589]

1901 wählte die Gemeindevertretung eine vierköpfige „Gesundheitskommission“, deren Auftrag aber nicht näher erläutert wurde.[590] Grundsätzlich wurden zum Ende des 19. Jahrhunderts Gesundheitskommissionen, die auch Sanitätskommissionen genannt wurden, von verschiedenen Provinzregierungen eingesetzt, um die Behörden bei Ausbruch von Epidemien zu beraten und zu unterstützen. Dies galt insbesondere bei Auftreten der Cholera. In Preussen wurden die Gesundheitskommissionen bereits 1835 durch ein Regulativ geschaffen und deren Zusammensetzung und Kompetenz durch Gesetz vom 16. September 1899 neu geregelt. Sie setzten sich in der Regel aus Vertretern der Ortspolizeibehörde, Ärzten und Vertretern der Gemeindeverwaltungen zusammen, in Garnisonsstädten waren auch Militärärzte Mitglieder der Kommission. Ihre Aufgabe war

- die Überwachung des öffentlichen Gesundheitszustandes,
- die Durchführung von Maßregeln zur Verhütung und Verbreitung ansteckender Krankheiten,
- die Unterbringung und der Transport von Kranken,
- die Unterstützung öffentlicher Hygienemaßnahmen durch Regelung des Abfuhrwesens, die Untersuchung von Wohnverhältnissen, die Kontrolle und Verbesserung der Wasserversorgung,

[589] STAG, II/ 167, Haushaltsplan 1894 – 1919.
[590] STAG, Protokollbuch Glinde, Sitzung der Gemeindevertretung vom 22. Mai 1901, S. 108.

- die Kontrolle der Nahrungsmittel,
- die Überwachung der Schulen.

Als weisungsbefugte Amtsperson galt, zeitweise auf Antrag des jeweiligen Landrats, der Kreisarzt. [591]

Ob diese möglicherweise mit der Planung von Maßnahmen der Gemeinde gegen die gerade in den Landkreisen Pinneberg, Lauenburg und Stormarn grassierenden Infektionskrankheiten[592] betraut wurde, ist nicht bekannt. Hinsichtlich der Versorgung der Kranken in der Gemeinde ist aber anzunehmen, dass eine solche hauptsächlich durch häusliche Pflege sichergestellt wurde und zwar auch dann, wenn der Kranke durch den Armenverband unterstützt wurde, denn „die Krankenpflege [war], da eigene Anstalten den ländlichen Armenverbänden nicht zur Verfügung [standen], auf die Gewähr von ärztlicher Hilfe und Arznei unter Belassung der Kranken in seiner Wohnung oder Pflegestelle im allgemeinen beschränkt.“ Armenverbände, in deren Tätigkeitsgebiet ein Krankenhaus lag, veranlassten dort eine Aufnahme bei schweren Erkrankungen oder Unfallverletzungen.[593]

Eine Unterstützung pflegender Familienangehöriger etwa durch die Pflegearbeit unterschiedlich verfaßter Hauspflegeorganisationen, die sich seit Ende des 19. Jahrhunderts im Kaiserreich bildeten,[594] konnte im Kreis Stormarn nicht geleistet werden, weil derartige Organisationen dort nicht bestanden.

Eine nicht unwesentliche Rolle hat auch der geburtshilfliche Beistand im häuslichen Bereich auf dem Lande durch Hebammen gespielt. Da eine Hebamme im Untersuchungszeitraum in Glinde nicht praktizierte, ist es wahrscheinlich, dass die in Reinbek ansässige Hebamme bei Bedarf in Glinde tätig wurde, denn Anstaltsentbindungen waren auf dem Lande deswegen nicht wahrscheinlich, da selbst in großen Städten, wie z.B. in Hamburg, zwischen 1901 und 1905 nur 1,27% und zwischen 1906 und 1910 2,32% der ehelich Geborenen in Anstalten zur Welt gebracht wurden. Vor 1900 gab es im Deutschen Reich lediglich 38 Wöchnerinnenasyle und Entbindungsanstalten, bis 1910 wurden 18

---

[591] Brockhaus Konversationslexikon, Bd. 7, Leipzig 1908, S. 878.
[592] Sievers, K.D., 1991, S. 130.
[593] Achinger, H., Die Sozialgesetzgebung und ihre Wirkung auf die Welt des Arztes im 19. Jahrhundert, in: Artelt, W., Rüegger,W. (Hrsg.), Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1967, S. 157.
[594] Etwa betriebliche Hauspflege, genossenschaftliche oder ländliche Hauspflege, Pflege durch Hauspflegeverbände. Dazu detailliert: Poske, D., Hauspflege. Sozialgeschichte, Regelungsübersicht, Leistungstypik und Harmonisierungsspielräume im Systemvergleich, Baden-Baden 1990.

weitere gegründet, allerdings fanden bei diesen Zahlen Universitäts- und Frauenkliniken keine Berücksichtigung.[595]

4.1.7 Gesundheitsrelevante Infrastruktur

In diesem Abschnitt soll verdeutlicht werden, welche wirtschaftlichen, kulturellen und hygienischen Maßnahmen im Untersuchungszeitraum in den untersuchten Gemeinden ergriffen wurden, um einerseits ansteckenden Krankheiten soweit wie möglich vorzubeugen und um anderseits die relativ hohe Sterblichkeitsrate, gerade bei Säuglingen, zu minimieren. Im Deutschen Reich wurden seit den 1870er Jahren sozialhygienische Maßnahmen durch Institutionen systematisch organisiert, und erstreckten sich auch auf Teile der materiellen Infrastruktur der Gesellschaft, die nicht dem Gesundheitswesen im engeren Sinne zuzurechnen waren. Infrastrukturelle Verbesserungen wurden insbesondere erreicht auf dem Gebiet der Trinkwasserversorgung, der Abwässer- und Müllbeseitigung, der Straßenreinigung und der Wohnungshygiene. Vor allem in den Städten konzentrierten sich die Verbesserungsbemühungen auf die Versorgung der Bevölkerung mit genießbarem und gesundheitlich weitgehend unbedenklichem Trinkwasser und auf die Beseitigung der Abwässer unterschiedlichster Herkunft. Das Ausmaß der zentralen Wasserversorgung jedenfalls war in preußischen Gemeinden mit hoher Bevölkerungszahl größer als in kleineren und kleinen Gemeinden, vor allem der auf dem Lande. So verfügten in Preußen um 1895 81% der Gemeinden über 10.000 Einwohner über eine zentrale Wasserversorgung, während nur 16% der Gemeinden mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern eine solche besaßen. Im überwiegend ländlichen Regierungsbezirk Schleswig betrug der Anteil der Bewohner von Ortschaften mit zentraler Wasserversorgung im Jahre 1900 29%, damit lag der Regierungsbezirk 10% unter dem Durchschnitt in Preußen. Im Vergleich dazu wurden in Berlin bereits 97% der Bewohner zentral mit Wasser versorgt, im westfälischen Regierungsbezirk Arnsberg 83%, im Regierungsbezirk Düsseldorf 70%. Regierungsbezirke im Osten Preußens, wie z.B. Gumbinnen (9%), Bromberg (7%) oder Marienwerder (5%) waren dagegen am geringsten versorgt. Unversorgt mit zentra-

[595] Teleky, L., Die Entwicklung der Gesundheitsfürsorge. Deutschland – England – USA, Berlin u.a., 1950, S. 15.

ler Wasserversorgung blieben bis 1900 in Preußen immerhin 67% der Gemeinden unter 25.000 Einwohner.[596]

Bei den 892 preußischen Landgemeinden über 2.000 Einwohner kann davon ausgegangen werden, dass nur 20% zentral wasserversorgt waren, vermutlich war der Prozentsatz in den Landgemeinden unter 2.000 Einwohnern noch geringer, so dass sich dieser Teil der Bevölkerung, so auch in Glinde und Reinbek, aus den traditionellen Quellen wie Brunnen, Zisternen und natürlichen Wasservorkommen mit Trink- und Waschwasser versorgen mußte.

Waren die Unterschiede bei der Wasserversorgung zwischen großen und kleinen Landgemeinden schon sehr deutlich, so wurden sie bei der Kanalisation noch augenscheinlicher. Nur 0,5% der Gemeinden unter 2.000 Einwohnern in Preußen hatten Kanalisation, während 1907 alle Großstädte über 100.000 Einwohner über eine einheitliche, planmäßige Kanalisation verfügten. Die kommunale Versorgung bzw. Entsorgung konzentrierte sich im Kaiserreich eindeutig auf die mittleren und großen Städte, in kleineren Städten wurden häufig private Betriebe mit der Fäkalienabfuhr und der Entsorgung von Müll und Unrat beauftragt.[597] Kleine Landgemeinden konnten oder wollten die Kosten dafür entweder nicht aufbringen, oder die Aufträge wären für Privatunternehmer nicht rentabel gewesen. So hatte auch in Glinde jeder Haushalt selbst für die Versorgung mit Wasser und die Entsorgung von Abwässern und Abfällen zu sorgen. Infrastrukturelle Maßnahmen und gesundheitliche Fürsorge z.B. für Gebärende, Säuglinge, Schulkinder und auch durch Infektionen Erkrankte gab es während der Zeit des Kaiserreiches in Glinde außerhalb des privaten Umfeldes nicht, die Einwohner waren auf die Hilfe umliegender Gemeinden wie z.B. Reinbek oder die Einrichtungen des Kreises oder der nahen Großstadt Hamburg angewiesen.

---

[596] Spree, R., Soziale Ungleichheit von Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereiches im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1981, S. 186 ff.
[597] Matzerath, H., 1985, S. 339 ff.

4.1.8 Die Energieversorgung

Obwohl die Erzeugung von Licht durch Gaslampen zu Beginn des 19. Jahrhunderts noch deswegen gerühmt wurde, weil sie als sehr sauber und rein galt, erkannte man siebzig Jahre später, dass das Gaslicht viel Sauerstoff verbrauchte und damit die Raumtemperaturen in Innenräumen erhöhte sowie durch das Ausströmen von Ammoniak und Schwefel auch Teile der Inneneinrichtungen allmählich zerstörte. Zwar war durch das Gaslicht ein Fortschritt gegenüber übel riechenden Fettlampen und rußenden Kerzen eingetreten, doch durch die Einführung des elektrischen Lichts konnten diese Mißstände aufgehoben werden. Bevor Edison 1879 die Kohlenfadenglühlampe erfand, bestand der Übergang vom offenen Gaslicht mittels einer Flamme darin, dass das offene elektrische Bogenlicht verwendet wurde. Diese Art des Lichtes hatte allerdings den Nachteil, dass es wegen seiner großen, unregulierbaren Helligkeit in Wohnräumen nicht eingesetzt werden konnte und sich seine Anwendung auf den militärischen Bereich, auf öffentliche Plätze, Fabriken, Kaufhäuser, Baustellen, Hafenanlagen usw. beschränkte.[598] Elektrischer Strom und dessen Anwendung wurden in Deutschland in der Hauptsache für die Straßen- und Wohnraumbeleuchtung von öffentliche Interesse, dann erst hinsichtlich seiner Verwendung als Antriebs- und Wärmeträger. Bedeutsam und von besonderem Vorteil gegenüber der Gasenergie war und bleibt die Übertragbarkeit elektrischer Energie, d.h., Energie kann ohne große Verluste relativ weit befördert werden. Ein weiterer Vorteil war und ist die Flexibilität, mit der eine Umwandlung der Energie sowohl in Wärme als auch in Licht oder Bewegung möglich ist.[599]

Die vielfältigen Erfindungen seit Beginn des 19. Jahrhunderts hinsichtlich praktischer Neuerungen[600] auf dem Felde der Elektrizität ließen die Nachfrage von öffentlicher, gewerblicher und privater Seite steigen, wobei die Stadtkerne Ausgangspunkt für die Elektrifizierung waren, die später über die Vororte in das

---

[598] Schivelbusch, W., Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert, München 1983, S. 54 ff.

[599] Landes, D.S., Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973, S. 265.

[600] Ebd., S. 268. Landes führt als Beispiele hierfür die Erfindung der dynamo-eletrischen Maschine durch Wilde, Varley, Siemens und anderen (1866/67), Grammes Dynamomaschine mit Ringwicklung (1871) und die in den 80er Jahren entwickelten Wechselstrommaschinen und Transformatoren zur Erzeugung und Umwandlung von Hochspannungswechselstrom auf.

Umland vordrang. Wenn kleinere Landgemeinden allerdings nicht die Möglichkeit hatten, über stromerzeugende Gewerbebetriebe auf Gemeindegebiet Strom zu beziehen, konnten sie erst später mit Strom versorgt werden,[601] es sei denn, sie hätten, wie z.B. Glinde, die Möglichkeit gehabt, im Vergleich zu anderen Landgemeinden schon relativ frühzeitig an ein Überlandwerk angeschlossen zu werden. Glinde lag im Einzugs- und Verteilungsgebiet des Elektrizitätswerkes Lübek, das zu den Städten gehörte, die als erste zwischen 1885 und 1888 stromerzeugende Werke eröffneten. Weitere Städte kamen hinzu, so dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts alle deutschen Städte über 50.000 Einwohner und 77,6% der Städte mit 20.000 bis 50.000 Einwohnern über ein Elektrizitätswerk verfügten.[602] In größeren und großen Städten wie Lübeck und Hamburg bestand neben der Straßenbeleuchtung durch Gaslaternen bereits 1890 ein nicht unerheblicher Teil der Gesamtbeleuchtung der Städte aus elektrischen Lampen, die mit Strom aus städtischen Elektrizitätswerken gespeist wurden; Privatunternehmen waren nicht zugelassen, wie dies auch in Elberfeld, Köln, Düsseldorf, Dresden und Frankfurt am Main der Fall war. So befanden sich 1890 in Hamburg etwa 750 Bogenlampen und etwa 32.800 Glühlampen, Lübeck besaß 36 Bogenlampen und 2.619 Glühlampen. Der Preis für das elektrische Licht setzte sich zusammen aus der „Bezahlung für den Stromverbrauch pro Stunde, einer jährlichen Lampengebühr und der Entschädigung für die Miete des Elektricitätsmessers. Der Preis für den Stromverbrauch für eine 16 kerzige Glühlampe beträgt in Berlin, Hamburg, Lübeck und Elberfeld je 4 Pfg., in Dessau dagegen 9 Pfg.“[603] Nach einem Bericht einer Kommission der Stadt Stuttgart vom März 1893 wurden die Preise für den Strom vergleichbarer und damit aus heutiger Sicht bewertbarer. So betrug der Preis für die Kilowattstunde in acht von der Kommission besuchten deutschen Städte zwischen fünfzig und neunzig Pfennig, z.B. in Darmstadt achtzig Pfennig, in Aachen fünzig Pfennig, in Düsseldorf neunzig Pfennig, in Hannover vierundsiebzig Pfen-

[601] Teuteberg, H.J., Anfänge kommunaler Stromversorgung – dargestellt am Beispiel Hamburg, in: Festschrift Wilhelm Treue, München 1969, S. 363 – 378, hier: S. 376 f.
[602] Krabbe, W.R., 1985, S. 51.
[603] Leiner, W., Anfänge und Grundlagen der Elektrizitätsversorgung in Württemberg, Diss. phil. Universität Stuttgart 1977, hier: Bericht der Stuttgarter Stadtverwaltung über die elektrische Beleuchtung größerer Städte vom September 1890, Anhang 4, S. 243 – 246.

nig.[604] Im Vergleich dazu kostete im Jahr 2006 die Kilowattstunde in Glinde durchschnittlich 20 Cent.

Die elektrische Beleuchtung wurde in den 1890er Jahren in Schleswig-Holstein erst allmählich eingeführt, allerdings aus Kostengründen nur punktuell, d.h in der Regel lediglich in den Haushalten, die sich die hohen Stromkosten leisten konnten. Vornehmlich wurde elektrischer Strom für Straßenbeleuchtung (z.B. in Altona 1890), für die Beleuchtung städtischer Areale und für das für diese Zeit moderne Personennahverkehrsmittel, die Straßenbahn, eingesetzt. In Schleswig-Holstein fuhren elektrische Straßenbahnen seit 1894 in Lübeck, 1896 in Altona und Kiel, 1897 in Wandsbek und seit 1907 in Flensburg. Kommunale Elektrizitätswerke entstanden in Westerland (1893), Wesselburen (1896), Lübeck (1897), Rendsburg (1897), Plön und Marne (1898), Neumünster (1899), Altona. Büsum, Garding, Itzehoe und Kiel (1901), Husum (1908, Schleswig (1910), Bredstedt (1911), Eckernförde (1912) und Flensburg (1913). In den ländlichen Gebieten wurden, mit wenigen noch darzustellenden Ausnahmen, kleinere Gemeinden erst in den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts durch Überlandleitungen versorgt, sodass die Holz-, Kohlen- und Gasherde ihre Bedeutung für die Heizung und das Kochen in privaten Haushalten behielten.[605]

In Stormarn wurde die Elektrifizierung des Kreises vom Vorsitzenden des Stormarnschen Landwirtschaftlichen Kreisvereins, dem Gutsbesitzer Franz Rudorff aus Glinde, vorbereitet und forciert. Auf einer Versammlung des Vereins wurde über die Verwendbarkeit der Elektrizität in der Landwirtschaft und den mit ihr zusammenhängenden Gewerbebetrieben und über die Versorgung des Kreises Stormarn generell mit elektrischer Energie durch die Überlandzentrale Lübeck referiert. Vor 600 Personen aus der Landwirtschaft warben im Januar 1910 in Oldesloe die Referenten Staatsminister a.D. v. Podbielski und der Direktor der Hanseatischen Siemens Schuckertwerke Hamburg, Bannwart, dafür, vor allem in landwirtschaftlichen Betrieben die Elektrizität zu nutzen. V. Podbielsky führte u.a. als ausschlaggebenden Vorteil beim Einsatz von elektrischem Strom zum Betreiben landwirtschaftlicher Maschinen das Kostenargument zugunsten der Landwirte an. „Im allgemeinen lehrt jedoch die Statistik, daß die Bearbeitung mit Gespann pro Morgen 6,50 Mark kosten, mit Dampf-

[604] Ebd., S. 247 ff.
[605] Lange, U., 2003, S. 357 ff.

pflug mit 1 Zentner Kohle auf den Morgen gerechnet 7,50 Mark. [. . .] Beim elektrischen Pfluge ist 4,5 – 5 M pro Morgen als Betriebskosten in Rechnung zustellen.“ Direktor Bannwarth gab während seines Referates die voraussichtlichen Kosten für Licht- oder Kraftstrom mit 20 Pfennig pro Kilowattstunde an,[606] was nach den, allerdings schon 1890, ermittelten Umfrageergebnissen der Stuttgarter Stadtverwaltung in einigen deutschen Städten als sehr niedrig angesetzt war.

Landrat v. Bonin teilte dem Kreistag am 21.3.1910 mit, dass er zwar die Bemühungen um den Anschluß der stormarschen Gemeinden an die Lübecker Überlandzentrale befürworte, bedauerte aber, dass Siemens Schuckert sich auf Nachfrage weigere, über den geforderten Kilowattpreis verlässlich Auskunft zu erteilen.[607] Gleichwohl ließ er eine Verfügung veröffentlichen, in der die Gemeinden des Kreises angewiesen wurden, den Einwohnern Fragebögen der Siemens Schuckertwerke auszuhändigen, mit deren Hilfe die Nachfrage nach Stromanschlüssen in privaten Haushalten, in gewerblichen- und landwirtschaftlichen Betrieben festgestellt werden sollte.[608] Von 129 angeschriebenen selbständigen Gemeinden lehnten 39 den Anschluß aus verschiedenen Gründen ab. Insgesamt konnten im Kreis 472 Einzelanmeldungen für einen Hausanschluß entgegengenommen werden.[609] Dass der Preis für die Abnahme des elektrischen Stroms in den Gemeinden eine entscheidende Rolle spielte, zeigt der durch den Landrat 1911 erteilte Gutachterauftrag an den Berliner Ingenieur Emil Sinell, der zusammengefasst zu dem Ergebnis kam, dass die Berechnungen der Siemens - Schuckertwerke bezüglich eines günstigen Abnahmepreises nur dann stimmig seien, wenn für die betroffenen Gemeinden eine unverhältnismäßig hohe Strommenge pro Jahr abgenommen werde. Deshalb kam der Gutachter zu dem Ergebnis, dass die Kilowattstunde bei Abnahme von einer Million Kilowattstunden im Jahr 16,75 Pfennig und bei Abnahme von 350.000 Kilowattstunden 31,7 Pfennig kosten würde. Die Teilnehmer der Kreistagssitzung vom 20.12.1911 ließen zwar keinen Zweifel daran, dass die landwirt-

---

[606] Oldesloer Landbote v. 15. Januar 1910.

[607] Griese, K., Die Überlandleitung des Kreises Stormarn. Ein Beitrag zur Geschichte der Stromerzeugung in Schleswig-Holstein, in: Stormarner Hefte 10/1984, Neumünster 1984, S. 25.

[608] Kreisblatt für Stormarn v. 1. April 1910.

[609] Griese, K., 1984, S. 29. 22 Gemeinden hatten eigene Elektrizitätswerke errichtet oder von Privatunternehmern errichten lassen und nahmen deswegen an der Fragebogenaktion nicht teil. U.a.: Alt-Rahlstedt (eigenes Elektrizitätswerk seit 1898), Reinbek (1899), Ahrensburg (1900), Reinfeld (1904), Wentorf (1906), Bargteheide (1908), Wandsbek (1909), Hoisbüttel (1911). Ebd., S. 16.

schaftlichen Betriebe gut beraten seien, wenn sie zukünftig Strom abnähmen, um mittels elektrischer Maschinen effizienter und kostengünstiger wirtschaften zu können, allerdings müsse vor Abschluß eines Vertrages des Kreises mit dem Überlandwerk in weiteren Verhandlungen geklärt werden, inwieweit eine Senkung des Abnahmepreises für Endabnehmer zu erreichen sei.[610] Am 8. Juli 1912 beschloß der Kreistag den „Abschluß eines Vertrages mit der Firma ´Siemens´ elektrische Betriebe, Aktiengesellschaft, Berlin, betreffend Lieferung von elektrischem Strom für den Kreis Stormarn.“[611] Am 27.10.1913 wurde die Hauptwandleranlage durch den Kreis an die Siemens AG übergeben. Mit diesem Tag begann das erste Betriebsjahr.[612]
Die Gemeinde Glinde beschloß in der Sitzung der Gemeindevertretung vom 22. November 1912:

„1. [. . .] den Anschluß der Gemeinde an die elektrische Überlandzentrale,
2. desgl. [. . .] die Errichtung einer Straßenbeleuchtung,
3. desgl. [. . .] die Einrichtung einer elektrischen Lichtanlage im Schulhaus.“[613]

Für die Straßenbeleuchtung waren dem „Fragebogen betreffend Anschluß an die geplante elektrische Zentrale“[614] zufolge achtzehn bis zwanzig Glühlampen vom Gemeindevorsteher im Auftrag der Gemeindevertretung beantragt worden. Tatsächlich aber wurden nur zwölf Lampen installiert, die im Dezember 1913 aber noch nicht betrieben werden konnten, weil kein Zähler angebracht worden war.[615]
Im Gegensatz zur Gemeinde Glinde verfügte das Gut Glinde bereits über einen Elektromotor, der eine Häckselmaschine, eine Getreidereinigungsmaschine und einen Ölkuchenbrecher antrieb. Dieser 5-PS-Motor sollte - so erläutert in der Anlage zum Fragebogen für den Anschluß an die elektrische Zentrale – auch weiterhin Strom durch Sauggas erzeugen. Mit diesem Motor wurde auf dem Gut zusätzlich Licht für 100 Glühlampen erzeugt. Neu beantragt wurde eine Stromleitung von der Überlandzentrale für einen 12-PS-Motor, der sowohl

[610] Wandsbeker Bote v. 24.12.1911.
[611] Sitzungsprotokoll der Kreistagssitzung des Kreises Stormarn vom 8.Juli 1912, in: Griese, K., 1984, S. 45.
[612] Griese, K., 1984, S. 88.
[613] STAG, II/38, Sitzungsprotokoll der Gemeindevertretung v. 22. November 1912.
[614] STAG II/38, Fragebogen v. 22. November 1912.
[615] Ebd., Gemeindevorsteher an den Landrat vom 17. Dezember 1913.

Milchschleudern und Buttermaschinen als auch Pumpen antreiben sollte. Zudem sollte er Strom für 75 Glühlampen liefern.[616]
Von den etwa 65 Haushaltungen in Glinde entschieden sich lediglich neun für den Anschluß an das elektrische Stromnetz. Ausschlaggebend dafür, vorerst auf Strom zu verzichten, waren vermutlich die Kosten für die Kilowattstunde für Licht in Höhe von 45 Pfennig. Der Stundenlohn eines Monteurs betrug zu dieser Zeit 65 Pfennig, der eines Arbeiters 30 Pfennig.[617]

4.2 Reinbek: Naturräumliche, demographische und politische Bedingungen; wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung

4.2.1.1 Die räumliche Entwicklung

Bei der Untersuchung der räumlichen Entwicklung Reinbeks zwischen 1892 und 1914 muß unterschieden werden zwischen dem Gebiet des Amtes und dem der Gemeinde Reinbek. Der 1889 entstandene Amtsbezirk Reinbek, bestehend aus den Gemeinden Reinbek, Schönningstedt, Ohe, Glinde, Gut Silk und dem Forstbezirk Reinbek, wurde 1896 aufgelöst.
Die räumliche Entwicklung innerhalb der Gemeindegrenzen Reinbeks wurde im Untersuchungszeitraum wesentlich beeinflußt durch die Errichtung zahlreicher neuer Wohngebäude ansiedlungswilliger Hamburger in der Gemeinde, den damit vermehrten Straßen- und Wegebau und den Ausbau der gesamten Infrastruktur des Ortes. Bereits 1846 erfolgte der Anschluß Reinbeks an das Eisenbahnnetz der Berlin-Hamburger Eisenbahn und damit unmittelbar an das überregionale Zentrum Hamburg. Der nördlich des Reinbeker Schlosses erbaute Bahnhof teilte einerseits mit seinen zu- und abführenden Gleisen den Ort in zwei Teile, andererseits jedoch waren die innerörtlichen Wohngebiete und die noch zu erschließenden und zu bebauenden Areale an beiden Ufern der Bille optimal zu erreichen. Zwar bildete um 1850 der Ort noch eine zwar flächenmäßig relativ kleine, aber in sich geschlossene Einheit, getragen von eingesesse-

[616] Ebd., Von der Gutsverwaltung ausgefüllter Fragebogen mit Begleitschreiben vom 30. Oktober 1912.
[617] Ebd., Elektrifizierung in Glinde, Fragebogenauswertung 1912.

nen Kräften, doch hatten sich innerhalb des Ortes zwei unterschiedliche Zellen herausgebildet:

- der Schloßbezirk als Sitz des Gutes und der Amtsverwaltung nebst den Wohnhäusern höherer Beamter und Angehöriger gehobener Berufe;

- der an der Einmündung der Hamburger Straße in die Schönningstedter Straße gelegene Landhausplatz mit einer Gastwirtschaft, der Mehrzahl der Handwerksbetriebe und einigen Ladengeschäften.[618]

4.2.1.2 Straßen und Wegebau

Neben der Unterhaltung und Instandsetzung von bereits bestehenden Wegen, Straßen und Brücken wurde im Untersuchungszeitraum im Gegensatz zu den vergangenen Jahren seitens der Gemeindevertretung ein besonderer Schwerpunkt auf den Ausbau von vorhandenen, nicht befestigten Wegen zu ganzjährig befahrbaren, gepflasterten Straßen gelegt. Allerdings zog sich der Bau dieser Straßen von der Beschlußfassung darüber bis zur geplanten Fertigstellung in der Regel über viele Jahre hin. Dieser Umstand war teils auf die unprofessionelle Vorgehensweise der Reinbeker Gemeindevertretung und die von ihr eingesetzten „Wegekommissionen“, teils auf zeitaufwendige Genehmigungsverfahren der kommunalen Aufsichtsbehörden, teils auf die Bearbeitung und Berücksichtigung von Einwohnereinsprüchen gegen diverse Baumaßnahmen im Zuge der jeweiligen Straßenbauarbeiten zurückzuführen. Vereinzelt gingen Anwohner auch gegen geplante Kostenbeteiligungen am Ausbau von Straßen vor Gericht.[619] Bis zur Klärung der Rechtslage konnte dann ebenfalls wieder Zeit für einen Weiterbau verloren gehen.
Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurden in Reinbek auch heute noch bedeutende Durchgangs- und Ausfallstraßen und -bedingt durch den zunehmenden Häuserbau- Wohn- und Geschäftsstraßen gebaut. Dies waren die Sophien-

[618] Jaschke, D., 1973, S. 27 ff.
[619] Als Beispiel STAR II/ 463: Rechtsstreit wegen Kostenbeteiligung der Anlieger am Ausbau der Schönningstedter Straße.

straße (1905 – 1929), die Kurze Straße (1906 – 1921), die Schönningstedter Straße (1906 – 1921), die Schulstraße (1907 – 1928), die Bismarckstraße (1907 – 1929), die Moltke-Allee (1909 – 1910), der Friedhofsweg (1909 – 1925), der Schmiedesberg (1909 – 1925), die Waldstraße (1912 – 1929), der Kreuzweg = Glinder Weg (1913 – 1928), die Schloßstraße (1913 – 1929) und als räumlich längste Maßnahme die Hamburger Straße (1905 – 1922) mit einer Länge von 1,5 Kilometer.[620] Die von Reinbek über Boberg nach Hamburg führende wichtige Straßenverbindung, an der auch das Krankenhaus St. Adolf-Stift lag und liegt, kostete allein in der Grundphase des Ausbaues, der von Juni/Juli 1909 bis Juli 1910 stattfand, 123.515 Mark, in denen die noch folgenden Kosten für Siele, Telefon- und Strommasten und Erstattungen an Grundeigentümer für Stützmaßnahmen an Hanggrundstücken nicht enthalten waren.[621]

4.2.1.2 Gebäudeerweiterungen und Neubauten

Die Zahl der Erweiterung von Gebäuden bzw. der Anbau an bestehende Gebäude ist bei der Untersuchung der Gebäude in Reinbek zwischen 1892 und 1914 nicht so augenscheinlich wie die Anzahl der Gebäudeneubauten. Wie die nachfolgende Tabelle zeigt, wurden Um- und Anbauten hauptsächlich bei bereits bestehenden Wohngebäuden und weniger bei Wirtschaftsgebäuden durchgeführt. Die relativ große Anzahl von Stallneubauten war darauf zurückzuführen, dass es durchaus üblich war, auch bei den sog. „herrschaftlichen“ Wohnhäusern Kleintiere und Geflügel auf den Gartengrundstücken zu Selbstversorgerzwecken zu halten. Auch Wagenremisen für Kutschen z.B. gehörten teilweise zur Ausstattung von Häusern wohlhabender Bürger. Eine Untersuchung der zwischen 1850 und 1920 in Reinbek neu erbauten Wohnhäuser zeigt, dass im alten Ortskern vornehmlich Giebeltraufenhäuser in eineinhalbgeschossiger Bauweise aus Backsteinen errichtet wurden, die in der Regel verputzt waren. Als besondere Merkmale galten Traufständigkeit und Aufstokkung des Mittelteils der Straßenseite zum Giebel. Die Satteldächer, deren Firste in T-Form angeordnet waren, wurden in der Regel mit Dachpfannen, As-

[620] STAR 6610, Wege, Straßen, Brücken, Plätze, Straßenverkehr.
[621] STAR II/ 430, Ausbau der Hamburger Straße 1905 – 1922, Zahlungslisten Nr. 1 bis Nr. 7.

bestbeton oder Schiefer gedeckt. Die Grundstücksgröße bei Häusern, die auf Grundstücken erbaut wurden, welche nicht der Villenklausel unterlagen, betrug zwischen 600 und 1.000 Quadratmeter. Diese Grundstücke wurden teils als Hausgärten, teils als Gewerbeflächen gestaltet und als reine Wohngebäude oder als Kombination zwischen Wohn- und Geschäftsgebäuden genutzt.[622]

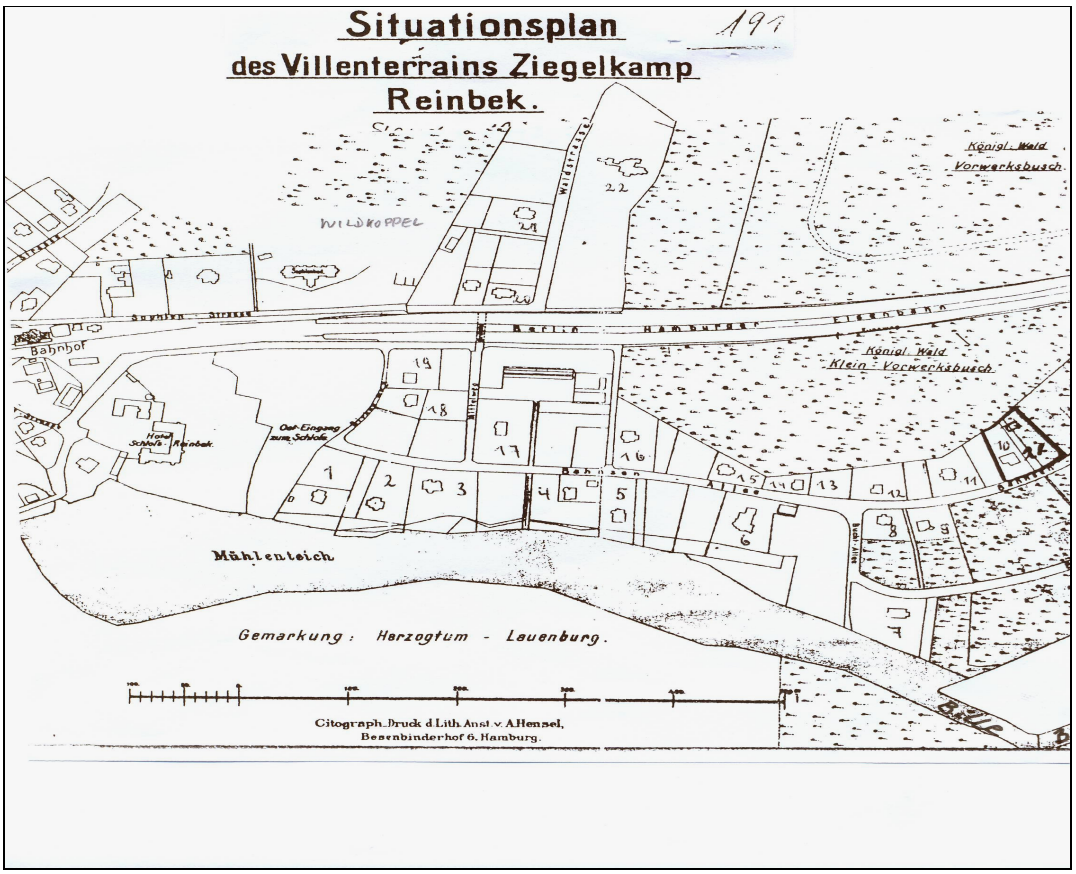
Die wachsende Bevölkerungszahl, besonders die Anzahl finanzkräftiger Hamburger Neubürger, führte zu einem Aufschwung von Dienstleistungs-, Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben und einer damit verbundenen erhöhten Bautätigkeit. So wurden zwischen 1899 und 1914 neben drei Gastwirtschaften vierzehn neue Ladengeschäfte, hauptsächlich am Landhausplatz, an der Bahnhofstraße und abseits der Hangzonen am Rosenplatz erbaut.[623] Die Zahl der Handwerker, die sich in diesem Zeitraum in Reinbek niederließen oder selbständig machten, nahm in diesem Zeitraum ebenfalls zu. Es wurden neun Werkstätten neu gebaut, und bei sechs fanden Um- bzw. Anbauten statt.[624]

Einen besonderen Platz in der Baugeschichte Reinbeks in der Kaiserzeit nahm die Anlage der Villenviertel ein. Hier handelte es sich um Areale, die zu bevorzugten Wohnplätzen Angehöriger des Hamburger Großbürgertums gehörten. Sie erfüllten die Ansprüche, abseits der bestehenden Ortsbebauung z.T. am Waldrand zu liegen, hatten größtenteils Zugang zur Bille und waren nur einige Gehminuten vom Bahnhof entfernt. Drei Areale in Reinbek wurden diesen Ansprüchen gerecht: die Hanglagen östlich und westlich des Bahnhofes und der Rand des Vorwerksbusches. Es handelte sich um Grundstücke, welche teils unmittelbar am Mühlenteich, teils zwischen Bille, Bahnhof- und Hamburger Straße lagen, und diejenigen, die zwischen Vorwerksbusch und der Straße nach Schönningstedt als Baugrundstücke für Villen vorgesehen waren. Dort wurden zwischen 1850 und 1920 auf jeweils 2000 bis 4000 Quadratmetern Grundstücksfläche Villen ausschließlich für Wohnzwecke gebaut, deren Verputz aufwendig mit Holzdekorationen verziert war. Sie standen als zwei- bis dreigeschossige Einzelhäuser in parkartigen Gartenanlagen und besaßen zumeist Wintergärten, Loggien und Balkone.[625] Als am ehesten bevorzugt galt

---

[622] Jaschke, D., 1973, Tabelle S. 41.
[623] STAR, I/ 156, Nachweis über ertheilte Baukonsense, Amt Reinbek, Kreis Stormarn, 1889 – 1926.
[624] Anhang 5, Tabelle: Erbaute Gebäude in Reinbek zwischen 1892 und 1914.
[625] Jaschke, D., 1973, Tabelle S. 41.
Während sich auch aus den ursprünglichen Bauplänen nur die projektierten Merkmale der Villen und deren Nebengebäude ablesen lassen, sind z.B. Verkaufsanzeigen jener Häuser wesentlich aufschlußrei-

das Villenterrain „Ziegelkamp“ östlich des Bahnhofes, angrenzend an das Schloßgelände und unmittelbar am Mühlenteich und an der Bille gelegen. Auf diesen Grundstücken lag die von der Gemeindevertretung beschlossene sog. „Villenklausel“ von 1912 für das Villenterrain Ziegelkamp in Reinbek. Nach dieser Klausel war dort die „Errichtung von Gasthäusern, Sanatorien, Schulen, Ferienkolonien und ähnlichen Gebäuden, sowie von Häusern von mehr als zwei selbständigen Wohnungen“ verboten. Ferner „die Errichtung von Anlagen oder der Betrieb von Gewerben, durch welche der Charakter einer Villenkolonie beeinträchtigt oder die Nachbarschaft belästigt werden“ konnte. Neben Vorschriften für Einfriedungsarten der Grundstücke, Baugrenzen, Abwässer- und Müllentsorgung in eigener Verantwortung war überdies auch geregelt, dass bei einer eventuellen Parzellierung eine einzelne Parzelle mindestens 1.500 Quadratmeter groß bleiben mußte, um so einer Zersiedelung des Villengeländes zu begegnen.[626]



cher. So annoncierte ein Berliner Villenbesitzer: „ Meine in Reinbek belegene hocherrschaftliche Villa mit sehr vielem Nebengelaß, Pferdestall, Wagen=Remise, großem Garten, Dampfheizung, eigener Wasserversorgung und jeglichem sonstigen Komfort will ich umständehalber sehr preiswert verkaufen.“ BZ vom 27.08.1900.

[626] STAR, II/ 14, Villenklausel.

Der Bau der drei Villenterrains in Reinbek trug wesentlich dazu bei, die Landgemeinde einer Suburbanisierung zuzuführen, deren Kennzeichen nicht nur der Zuzug städtischer Privat- und Geschäftsleute war, die in der Lage waren, hohe Ansprüche an Wohnfläche, Wohnkomfort und angenehme, naturnahe Umgebung zu realisieren. Sie fanden auch in Form des Eisenbahnanschlusses nach Hamburg und Berlin eine für ländliche Gegenden im Kaiserreich mehr als ausreichende Verkehrsanbindung vor. Im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, ab 1911, kamen nach und nach Kommunikationsmittel (Telefon, Telegraf), Strom- und Gasanschlüsse innerhalb einer nachholenden Entwicklung dazu. Ein Postamt war in Reinbek bereits seit 1881 vorhanden. Allerdings hatte sich nun eine Dreiteilung des Ortes herausgebildet, aufgrund derer sich das soziale Gefüge zunehmend veränderte. Die Oberschicht wohnte an der Bille und am Mühlenteich in unmittelbarer Nähe des Schlosses, kleine Handwerker, Fuhrleute und Einzelhändler lebten und arbeiteten in der Stadtmitte, die Arbeiter siedelten sich nördlich des Ortskerns, in Prahlsdorf, an.[627]

Waren die ersten Villen in Reinbek anfänglich reine Sommerhäuser, so wurden diese nach dem Anschluß an das Eisenbahnnetz nach und nach als feste Wohnsitze genutzt, denn nun war es Kaufleuten, höheren Beamten und Angestellten mit Arbeitsplätzen in Hamburg möglich, täglich und ohne großen Zeitaufwand ein- und auszupendeln. Ähnliche Beispiele aus dem 19. Jahrhundert wurden z.B. auch für die Villengebiete am Starnberger See bei München, das Neckartal bei Stuttgart oder den Taunus in der Nähe von Frankfurt/Main beschrieben, die sich zu - selbst von den ursprünglichen Ortskernen der Gemeinden - separierten Wohngebieten für Oberschichten und gehobene Mittelschichten entwickelten.[628] Eine der ersten Villenkolonien war bereits vor Etablierung des Kaiserreichs 1871 das Projekt Marienthal in der Nähe Hamburgs, das 1857 begonnen wurde und als Beginn bürgerlicher Suburbanisierung durch Villenkolonien in Deutschland galt. Dort wurde das Terrain eines alten Gutes für eine Villenbebauung planmäßig vorbereitet durch großzüge Parzellierung des Landes, durch die genaue Planung der Be- und Entwässerungssysteme und durch die Anlage von Alleen. Der später auch in Berlin (Zehlendorf) tätige Architekt und Bauunternehmer Carstenn sorgte schon in der Planungsphase

[627] Günther, B., Stormarn Lexikon, Neumünster 2003, S. 300.
[628] Zimmermann, C., Suburbanisierung – Die wachsende Peripherie, in: Harlander,T. (Hrsg.), Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, Stutgart/München 2001, S. 56 ff.

der Villenkolonie für die Realisierung eines Eisenbahnanschlusses. Eine ähnliche Geschichte weist auch die Siedlung Klosterland bei Hamburg-Eimsbüttel auf, deren Entstehung ebenfalls auf die Zeit vor 1871 zurückgeht.[629]

4.2.2.1 Die Bevölkerungsentwicklung

Wie bereits unter 2.2.2 dargestellt, war die Zunahme der Reinbeker Bevölkerung schon vor 1892 auf vermehrte Zuzüge, weniger auf die Differenz zwischen Todesfällen und Geburten zurückzuführen. Bei einer Einwohnerzahl 1880 von 1097 konnte eine Zunahme gegenüber der Einwohnerzahl 1875 von 124 Personen festgestellt werden. Diese Zahl ergab sich aus einem Geburtenüberschuß gegenüber den Todesfällen von zehn Geburten und einem Zuzug von 114 Personen. Auch in den Jahren 1891 bis 1895 (1.465 Einwohner) war die Zunahme der Einwohnerzahl hauptsächlich auf Zuzüge in die Gemeinde Reinbek zurückzuführen. Erst in den Jahren 1901 bis 1915 führte auch ein erhöhter Geburtenüberschuß (bei einem gemittelten Wert von 50) neben weiterhin gestiegenen Zuzugszahlen zu einer gestiegenen Bevölkerungzahl, die 1915 bei 2.105 Einwohnern lag.[630]

Aufgrund der Eintragungen im Melderegister der Gemeinde Reinbek 1891 - 1902[631] ergab sich eine hohe Anzahl von aus Hamburg zugezogenen Personen, von denen die meisten als Saisonarbeiter in Reinbek tätig waren. Darin waren nicht die landwirtschaftlichen Saisonkräfte, die teils aus dem Ausland kamen und auf die unten noch eingegangen werden wird, enthalten. Aufgrund der zunehmend eröffneten Gastronomiebetriebe im aufstrebenden Fremdenverkehrsort Reinbek, in dem auch in Hotels und Pensionen Übernachtungsmöglichkeiten bestanden,[632] meldeten sich u.a. im Laufe des Jahres 1892 zwanzig weibliche Personen ohne Angaben zum Beruf in der Gemeinde an und auch zum größten Teil im gleichen Jahr wieder ab, die vermutlich als Dienst- oder Hausmädchen beschäftigt wurden. 1892 waren allein 43 Kellner zeitweilig in Reinbek gemeldet, wobei deren Anmeldung in der Regel in den Monaten

---

[629] Bodenschatz, H., Städtebau – Von der Villenkolonie zur Gartenstadt, in: Harlander, T. (Hrsg.), 2001, S. 76 ff.
[630] Jaschke, D., 1973, Tabelle 17.
[631] STAR II/ 2414, Melderegister Reinbek 1891 – 1902.
[632] Z.B. Hotel Nancytal, Hotel Schloß Reinbek, Hotel Scherer, Schützenhof, Forsthaus.

April und Mai und deren Abmeldung im September und Oktober stattfand.[633] 1893 meldeten sich im Vergleich zu anderen Jahren relativ viele Handwerker an (30), die als Beruf Gärtner, Zimmermann, Maurer, Koch angaben. Etwa die gleiche Anzahl meldete sich im Herbst 1893 wieder ab. Als Ziel wurde in den meisten Fällen „Wanderschaft" angegeben. Bei den neu gemeldeten Kaufleuten, Ärzten, Beamten und höheren Angestellten kann davon ausgegangen werden, dass diese in Reinbek seßhaft wurden. So nahm zwischen 1894[634] und 1912[635] die Zahl der Kaufleute und Händler von 25 auf 88 zu, wobei deren Familienangehörige zur Einwohnerzahl noch addiert werden müssten.
Die Zunahme der Bevölkerung in Reinbek lag zwischen 1890 und 1915 insgesamt bei etwa 38 Prozent.

Einwohner und Haushaltungen in Reinbek (1895)[636]

Gesamt-fläche (ha)	Wohn-plätze	Bewohnte Wohn-häuser	Schul-haus	Gewöhnliche Haushaltungen mit 2 und mehr Personen	Einzeln lebende Personen mit eigener Hauswirtschaft	
					männl.	weibl.
654,8	6	188	1	294	8	16

Zusätzlich: **1 Bahnhof**
4 Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt
1 Mühle, 1 Schloß, 1 Wasserheilanstalt, 1 Zollhaus[637]

Ortsanwesende Bevölkerung am 2. Dezember 1895:

Gesamt	männlich	weiblich	evangelisch	katholisch	jüdisch	Andere Religionen und unbestimmt
1465	709	756	1395	60	8	2

Kirchspiel: Reinbek **Standesamtsbezirk: Reinbek**
Amt. Reinbek

[633] STAR II/ 2414, Melderegister Reinbek 1891 – 1902.
[634] Adreßbuch der Stadt Wandsbek und des Kreises Stormarn 1894, Wandsbek 1894, S. 75 f.
[635] Adreßbuch für Bergedorf und die umliegenden Gemeinden 1912, Bergedorf 1912, S. 46-49.
[636] Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 und anderen amtlichen Quellen. Bearbeitet vom statistischen Bureau, Berlin 1897, S. 112.
[637] LAS Abt. 309, Gebäudesteuer 1867, Nr. 917, Veranlagungsnachweis der Ortschaft Reinbek.

Einwohner und Haushaltungen in Reinbek (1905)[638]

Gesamt-fläche (ha)	Wohn plätze[639]	Bewohnte Wohn häuser	Andere bewohnte Baulichkei-ten	Gewöhnliche Haushaltungen mit 2 und mehr Personen	Einzeln le-bende Per-sonen mit eigener Hauswirt-schaft
645,4	8	223	8	375	34

Zusätzlich: 1 Bahnhof, 4 Anstalten für gemeinsamen Aufenthalt
1 Postamt, 1 Mühle, 1 Schloß, 1 Wasserheilanstalt,
1 Zollhaus[640]

Ortsanwesende Bevölkerung am 1. Dezember 1905:

Ge-samt	männ-lich	aktive Militär-perso-nen	evangelisch, davon: deutsch-sprachig	katholisch	jüdisch	Andere Reli-gionen und unbestimmt
1874	884	---	1758	95	12	1

Kirchspiel: Reinbek **Standesamtsbezirk: Reinbek**
Amt: Reinbek

Konfessionen und Muttersprache

evangelisch, davon deutsch-sprachig	deutsch-sprachig und eine andere Sprache	eine andere Sprache	katholisch, davon deutsch-sprachig	deutsch und eine Sprache	eine andere sprache
1758	---	---	95	---	---

andere Christen	Juden	andere und unbestimmten Bekenntnisses
8	12	1

638 Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und anderen amtlichen Quellen.Bearbeitet vom statistischen Bureau, Berlin 1908, S. 96.
639 Enthalten sind: Bei der Kartenfabrik (4 Wohngebäude,86 Einwohner), Böge (3 Wohngebäude, 43 Einwohner), Hinschendorf (4 Wohngebäude, 36 Einwohner), Karolinenhof (2 Wohngebäude, kein Einwohner), Kreuzweg (10 Wohngebäude, 74 Einwohner), Störmerkathen (4 Wohngebäude, 33 Einwohner), Ziegelkamp (13 Wohngebäude, 66 Einwohner), Gemeindelexikon 1908, S. 96.
640 LAS Abt. 309, Gebäudesteuer 1867, Nr. 917, Veranlagungsnachweis der Ortschaft Reinbek.

4.2.2.2 Berufsstruktur

Zwischen 1892 und 1914 veränderte sich die Berufsstruktur und damit die Sozialstruktur der Gemeinde Reinbek erheblich.

Die Zahl der Anbauern mit weiterer, meist handwerklicher Tätigkeit, nahm zwischen 1894 und 1908 zwar von zwölf auf zwanzig zu, 1912 aber waren in Reinbek nur noch acht Anbauern gemeldet. Möglicherweise verzichteten die restlichen auf ihre landwirtschaftliche Tätigkeit oder gaben diese nicht mehr an, weil sie entweder im Hauptberuf als selbständige oder lohnabhängige Handwerker oder als Arbeiter tätig waren. Neben den Kaufleuten und Händlern, deren Zahl von dreizehn im Jahre 1880 auf achtundachtzig 1912 kontinuierlich stieg, erhöhte sich auch die Zahl der Handwerker von fünfundfünfzig 1894 auf fünfundsiebzig 1912. Dies war, absolut gesehen, nach den Kaufleuten und Händlern die Berufsgruppe mit der höchsten Zunahme zwischen 1894 und 1912. Die Zahl der Arbeiter stieg von neun 1894 auf dreiundvierzig 1912. Stieg die Zahl der Angestellten von sechs 1880 auf fünfzehn 1894, so reduzierte sie sich bis 1912 wieder auf zwölf. Die Anzahl der Gemeindeangestellten (zwei) und des Apothekers (einer) blieb im Untersuchungszeitraum gleich. Eine wechselnde Zahl ist bei den Hof- und Gutsbesitzern zwischen zwei und vier festzustellen, desgleichen bei den Lehrern zwischen drei und fünf, den Hebammen zwischen einer und drei. Auffällige Zunahmen sind bei den Beamten (Post, Bahn und Gericht) zwischen fünfzehn 1894 und fünfunddreißig 1912, den Rentnern zwischen fünf 1894, fünfunddreißig 1896, einundzwanzig 1908 und vierzehn 1912 zu erkennen. Die Zahl der Privatiers wechselte zwischen vier 1880, dreizehn 1894, sechs 1896, zehn 1908 und neun 1912.[641]

Die veränderte Berufsstruktur Reinbeks im Untersuchungszeitraum läßt den Schluß zu, dass hauptsächlich durch die Zunahme der Zahl der selbständigen Handwerker, darauf läßt auch die Zahl der neu erbauten Werkstätten zwischen 1892 und 1914 schließen,[642] und vor allem durch den Zuzug von Kaufleuten und Händlern eine zunehmende Verstädterung der Landgemeinde Reinbek stattfand. Eine Professionalisierung der Gemeindeverwaltung war allerdings

---

[641] Ebd. und: Fischer, C.F., Winterberg, E. jr. (Hrsg.), Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf, [...] die Amtsgerichtsbezirke Trittau und Reinbek [...] 1880,Bergedorf 1880 S. 116-118.
Winterberg, E. (Hrsg.), Adreßbuch 1896, S. 11 – 116; Adreßbuch Bergedorf, Sande, Geesthacht und die umliegenden Gemeinden 1908, S. 172 -181.

[642] STAR I/ 156, Bauconsense.

noch nicht erfolgt, denn die Zahl der Gemeindeangestellten betrug 1912 noch, wie bereits 1880, zwei. Sie waren Gemeindediener.[643]
Landwirtschaftliche Erzeugnisse wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts in der Gemeinde vermutlich hauptsächlich für den Weiterverkauf in nahegelegene Großstädte und nur auf kleineren Anbauer- oder Hufnerstellen auch für den Eigenbedarf produziert.

4.2.3.1 Politische Entwicklung

Da in Reinbek bereits seit 1882 eine Gemeindevertretung bestand, brachte die Einführung der LGO 1892 für die Gemeindevertretung keine organisatorische Veränderung. Selbst der Gemeindevorsteher Adolf Kiehn blieb weiterhin im Amt. Die aus elf Mitgliedern bestehende Gemeindevertretung setzte sich zusammen aus vier Kaufleuten (R. Baetke, W. Blohm, C. Albertz, J. Bahnsen), einem selbständigen Bäcker (H. Bisse), einem Maurermeister und Bauunternehmer (C. Ohl), einem Gastwirt (L. Susemihl), zwei selbständigen Zimmer- und Tischlermeistern (Joh. und Ad. Sanmann), einem Erbpächter (P. Soltau) und einem Amtsanwalt, der gleichzeitig Amts- und Gemeindevorsteher war (Adolf Kiehn).[644] Es gab in Reinbek also keine Gemeindevertreter, die von Beruf Arbeiter, unselbständige Handwerker oder kleine Bauern waren. Auch bis 1914 veränderte sich die Zusammensetzung der Gemeindevertretung nach Berufen nicht wesentlich. Für ausscheidende Mitglieder wurden neue Gemeindevertreter gewählt, die beruflich entweder als Gutspächter (J. Maak, 1898), Arzt (Dr. Hennings, 1898), Kaufmann (W. Staelin, 1901, M. Tiefenbacher, 1903, Br. Meyer, 1908) oder selbständiger Handwerksmeister (Ad. Schefe, L. Troll, 1901) tätig waren. Die nach dem Dreiklassen-Wahlrecht gewählte Gemeindevertretung Reinbeks war im Untersuchungszeitraum bürgerlich geprägt.
Die überwiegend konservative und liberale Gesinnung fand in Reinbek bei den Reichstagswahlen 1893 und 1898 ihren Ausdruck u.a. darin, dass die überwiegende Mehrheit der Wahlberechtigten 1893 entweder konservativ-antisemitisch (56,77%) oder liberal (12,16%) wählte. Bei dieser Wahl folgte die SPD an zwei-

[643] Anlage 6, Tabelle: Erwerbstätige, Altenteiler und Rentner in Reinbek 1880 – 1912.
[644] STAR, II/2, Protokollbuch der Gemeindevertretung Reinbek 1893 - 1913, passim.

ter Stelle und lag in Reinbek mit 29,72% unter dem schleswig-holsteinischen Ergebnis von 37,8%, gleichwohl aber über dem Reichstagswahlergebnis der Gesamtpartei von 23,3% der Stimmen. Bei der Reichstagswahl 1898 änderten sich diese Ergebnisse zugunsten der SPD in Reinbek. Sie erhielt dort mit 40,65% die Mehrheit und lag wie bei den folgenden Reichstagswahlen weit über dem Reichsergebnis für die Partei und - bis auf die Wahl von 1907 - über dem jeweiligen Ergebnis der Provinz Schleswig-Holstein. 1898 erhielten die Konservativen und Antisemiten, zu denen auch der Bund der Landwirte gehörte, in Reinbek einen relativ hohen Stimmenanteil von 35,5%, der etwa doppelt so hoch war wie der Prozentsatz der Stimmen für Konservative und Antisemiten im Reich (18,8%) und in Schleswig-Holstein (16,9%), obwohl keiner der in den antisemitischen Parteien und Gruppierungen Hamburgs und Schleswig-Holsteins tätigen Personen aus dem Kreis Stormarn stammte oder dort eine entsprechende politische Funktion ausübte.[645] Auch die Liberalen konnten ihr Wahlergebnis in Reinbek 1898 erheblich von 12,16% auf 21,01% steigern.

Die absolute Mehrheit erreichte die Reinbeker SPD[646] bei der Reichstagswahl 1903 mit 50,75%. Während Konservative und Antisemiten keine Stimme mehr erhielten - hier lag der Niedergang dieser Gruppierungen im Reichs- und Provinztrend -, konnten die Liberalen insgesamt (Nationalliberale und Deutsch-freisinnige, Linksliberale) ihr Wahlergebnis in Reinbek auf 47% steigern. Die Nationalliberalen erreichten 27,7% und die Deutsch-freisinnige Partei und die Linksliberalen 19,93%. Erstmalig erhielt auch der Kandidat des Zentrums 1898 und 1903 in Reinbek Wählerstimmen, wenn auch in geringer Zahl.

Bei der Reichstagswahl 1907 sank der Prozentsatz der SPD Stimmen auf 38,82%. Dieses Ergebnis war etwa gleich hoch wie in der Provinz, aber höher als im Reich (28,9%). Damit verlor die SPD ihre Stimmenmehrheit von 1903 in Reinbek vermutlich zugunsten der Liberalen. Diese erreichten ein Ergebnis von insgesamt 58,21%, was hauptsächlich den hohen Gewinnen der Nationalliberalen zuzuschreiben war, denn diese steigerten den Prozentsatz ihrer Stimmen auf 45,28%, wähend die Deutsch-freisinnige Partei und die Linksliberalen sieben Prozent im Vergleich zur Vorwahl verloren. Die Antisemiten, der Bund der

---

[645] Riquarts, K.-G., Kiel 1975, Anhang C: Namensliste der Personen, die Parteiaufgaben der Antisemiten wahrnahmen oder für Organisationen tätig waren, die für die Antisemiten partiell eintraten (mit Angaben der wichtigsten Ämter), S. 426 – 442.

[646] Die Entwicklung des Ortsvereins der SPD in Reinbek wird in 4.2.5.2 dargestellt.

Landwirte und die Konservativen blieben 1907 in Reinbek unter einem Prozent, während das Zentrum 2,16% erhielt. Der herbe Verlust, den die SPD bei der sog. „Hottentottenwahl“[647] erlitt, die nach der Auflösung des Reichstages 1906 bereits 1907 stattfand, konnte bei der Reichstagswahl 1912 zumindest in Reinbek mit 43,63% der Stimmen wieder aufgefangen werden. Auch im Reich und in der Provinz erhielt die Partei wieder mehr Stimmen als 1907. Bemerkenswert ist, dass das Ergebnis für die Nationalliberalen in Reinbek bei etwa 45% im Vergleich zur Vorwahl stabil geblieben war. Die Frage, warum die Nationalliberalen, die nach 1890 im Kaiserreich als Vertreter des Großbürgertums galten, in der Landgemeinde Reinbek mehr Stimmen (184) als die Sozialdemokraten (178) erhielten, muß hier offen bleiben, denn zum Großbürgertum konnten sich die eingesessenen Bürger im Hamburger Villenvort Reinbek nicht zählen, und die wenigen zugezogenen Hamburger Kaufleute konnten ein so großes Wählerpotential in der Gemeinde nicht gestellt haben. Das Zentrum, aber auch die Konservativen und Antisemiten blieben 1912 bei der letzten Reichstagswahl vor dem Ersten Weltkrieg in Reinbek unter zwei Prozent der Stimmen.

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1893 in Reinbek[648]

Kandidat		Stimmen
Frohme	(Sozialdemokraten)	66
Niepa	(Liberale Reichspartei)	27
Wuth	(Deutsche Reichspartei)	115
Liebermann	(Antisemiten)	11
Schmarje	(Nationalliberale)	3
Zersplittert		--
Ungültig		--

[647] Diese Wahl wurde so bezeichnet, weil SPD und Zentrum im Reichstag einen Nachtragshaushalt zur Finanzierung deutscher Truppen nach der blutigen Niederschlagung des Aufstandes der Herero und Nama in Deutsch-Südwestafrika aus Protest gegen die deutsche Kolonialpolitik abgelehnt hatten, was zur Reichstagsauflösung durch den Kaiser führte.

[648] Hamburger Echo, .Jg. 7, Nr. 139 vom 16. Juni 1893. Zuordnung der Kandidaten zu den Parteien in: Specht, F., Schwabe, P., Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und eines Verzeichnisses der gewählten Abgeordneten, 2.Aufl., Berlin 1904, S. 112 f. und Huber, Patzig,C.A. (Hrsg.), Die Reichstagswahlen seit 1871, Bibliothek für Politik und Volkswirtschaft, Heft 11, Berlin 1903, S. 66 f.

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1898 in Reinbek[649]

Kandidat		Stimmen
Frohme	(Sozialdemokraten)	87
Fischbach	(Freis. Volkspartei)	45
Volckens	(Nationalliberale)	6
Wuth	(Bund der Landwirte)	58
Raab	(Deutschsoz.Reformpartei, Antisemiten)	17
Stötzel	(Zentrum)	1
Diverse Ungültig		--

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1903 in Reinbek[650]

Kandidat		Stimmen
Frohme	(Sozialdemokraten)	135
Sieveking	(Nationalliberale)	72
Träger	(Freisinnige Volkspartei)	53
Raab	(Reformpartei,Antisemiten)	--
Bitter	(Zentrum)	4
Zersplittert		
Ungültig		2

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1907 in Reinbek[651]

Kandidat		Stimmen
Frohme	(Sozialdemokraten)	144
Löwenthal	(Nationalliberale)	168
Dernburg	(Freisinnige Volkspartei)	48
Liebermann	(Reformpartei,Antisemiten)	2
Giesberts	(Zentrum)	8
Zersplittert		1
Ungültig		--

[649] Hamburger Echo, 12. Jg., Nr. 139 vom 17. Juni 1898.
[650] Hamburger Echo, 17. Jg., Nr. 138 vom 17. Juni 1903.
[651] Hamburger Echo, 21. Jg., Nr. 23 vom 27. Januar 1907.

Wahlergebnis bei den Reichstagswahlen 1912 in Reinbek[652]

Kandidat	Stimmen
Frohme (Sozialdemokraten)	178
Walbstein (Nationalliberale)	184
Warsow (Freisinnige Volkspartei)	26
v.Kardorff (Reformpartei;Antisemiten)	6
Zersplittert	7
Ungültig	7

[652] Hamburger Echo, 26. Jg., Nr. 10 vom 13. Januar 1912.

Wahlergebnisse der Reichstagswahlen in Reinbek 1893 – 1912 im Vergleich (Prozentzahlen) [653]

	Sozialdemokratie			Nationalliberale			Deutsch-freis.Partei, Linksliberale			Konservative, Bund der Landwirte, Deutsch-soziale Reformpartei, Antisemiten			Zentrum und sonstige Parteien[654]		
	Reich	S-H	Reinbek	Reich	S-H	Reinbek	Reich	S-H	Reinbek	Reich	S-H	Reinbek	Reich	S-H	Reinbek
1893	23,3	37,8	***29,72***	13,0	12,2	***1,35***	14,8	26,4	***12,16***	22,8	14,3	***56,77***	26,8	2,1	--
1898	27,2	39,0	***40,65***	12,5	14,5	***2,80***	11,1	21,9	***21,01***	18,8	16,9	***35,05***	29,4	0,4	***0,47***
1903	31,7	44,3	***50,75***	13,9	14,3	***27,07***	9,3	21,2	***19,93***	16,1	13,4	--	29,3	0,7	***1,50***
1907	28,9	38,9	***38,82***	14,5	15,1	***45,28***	10,9	31,8	***12,93***	17,5	7,8	***0,54***	28,2	1,0	***2,16***
1912	34,8	40,4	***43,63***	13,6	14,0	***45,09***	12,3	29,2	***6,37***	15,1	10,4	***1,47***	24,1	0,5	***1,72***

[653] Für Reinbek absolute Zahlen veröffentlicht, Prozentsätze v. Verf. errechnet: Hamburger Echo v. 16.7.1893, v. 17.7.1898, v. 17.7.1903, v. 27.1.1907, v. 13.1.1912. Zuordnung der Kandidatennamen zu den Parteien nach: Specht, F., Schwabe, P., 1904, S.112 f., Huber, Patzig,C.A. (Hrsg.), 1903, S. 66 f.
Prozentsätze für Schleswig-Holstein: Schultz Hansen, H., Demokratie oder Nationalismus – Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1830 – 1918 in: Lange., U., 2003, S. 471.
Prozensätze für das Reich in: Hohorst, G., Kocka, J., Ritter G.A., 1978, S. 173-176.
[654] Ohne Dänen.
Ungültige Stimmen in Reinbek: 1903: 0,75%, 1912: 1,72%.

Einen bedeutenden Einschnitt in der Geschichte der Gemeinde Reinbek stellte die Neubildung des Amtes Ohe aus den bisher zum Amt Reinbek gehörenden Gemeinden und der Gemeinde Witzhave dar. Die Vorbereitungen für die Bildung des neuen Amtes Ohe gingen auf einen Kreistagsbeschluß des Kreises Stormarn vom September 1895 zurück, wonach die Gemeinden Glinde, Ohe, Neuschönningstedt, das Gut Silk und der Forstgutsbezirk Reinbek vom Amtsbezirk Reinbek abgetrennt und mit der vom Amtsbezirk Trittau abzuweigenden Gemeinde Witzhave zu einem neuen Amtsbezirk Witzhave vereinigt werden sollten.[655] Bereits am 10. Oktober 1895 wandten sich die Gemeindevorsteher von Schönningstedt (F.Behn), Ohe (F. Koop), Glinde (H. Suck) und der Pächter des Gutes Glinde (Fr. Rudorff) an den Minister des Innern mit der Bitte, darauf hinzuwirken, den ursprünglichen Amtsbezirk Reinbek zu belassen. U.a. wurden als Gründe angegeben, dass die zum Amt Reinbek gehörenden Gemeinden auch der Kirchengemeinde Reinbek angehörten und zudem befürchtet werden müsse, dass das Postamt, das Standesamt und das Amtsgericht nach Witzhave verlegt werden könnten. Dies würde für die Einwohner der zum ursprünglichen Amt Reinbek gehörenden Gemeinden im Bedarfsfall wesentlich weitere Wegstrecken bedeuten. Weiterhin werde großer Wert auf die Beratung des in Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten kompetenten Amtsvorstehers gelegt, der „mit den Bedürfnissen der ländlichen Bevölkerung vertraut“ sei.[656] Im Dezember 1895 teilte Landrat v. Bonin dem Oberpräsidenten in Schleswig den Kreistagsbeschluß vom September des Jahres mit und betonte, dass dieser Beschluß „auf Anregung Sr. Durchlaucht des Fürsten von Birsmarck gefaßt worden“ sei.[657] Bismarck, der Besitzer des Gutes Silk war, schrieb selbst im Februar 1896 an den Landrat zur nachträglichen Begründung seiner vorherigen Anregung, „daß ich mit der Abtrennung des Gutsbezirks Silk von dem Amtsbezirk Reinbek nicht nur einverstanden bin, sondern glaube, daß dieselbe im Bedürfniß beider heterogenen Theile liegt. Ich halte die Abtrennung der landwirt-

---

[655] LAS, Abt. 301, Nr. 6666, Betreffend die Bildung der Amtsbezirke, die Berufung der Amtsvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie die Bestellung kommissarischer Amtsvorsteher, hier: Bildung des Amtes Ohe. Kreistagsbeschluß vom 23. September 1895.

[656] Ebd., Schreiben der Gemeindevorsteher von Ohe, Glinde Neuschönningstedt und des Gutspächters Rudorff (Glinde) an den Minister des Innern vom 10. Oktober 1895.
Die Gemeinde Witzhave beschloß am 26. Februar 1896, weiterhin dem Amt Trittau angehören zu wollen. Beschlüsse gegen die Ausgliederung aus dem Amt Reinbek wurden gefaßt von der Gemeindevertretung Ohe am 25. Februar 1895, der Gemeindevertretung Schönningstedt am 24. Februar 1895 und von der Gemeindevertretung Glinde am 25. Februar 1895.

[657] Ebd., Landrat an Oberpräsident v. 6.Dezember 1895.

schaftlichen Gemeinden von dem städtisch entwickelten Reinbek im Interesse der ersten für angezeigt, weil die ländlichen Verhältnisse in der Verbindung mit dem städtischen, durch intellektuelles und finanzielles Übergewicht vorherrschenden Reinbek und unter der Leitung eines den landwirthschaftlichen Verhältnissen naturgemäß ferner stehenden Amtsvorstehers, bisher benachtheiligt worden sind, und in dem neuen Amtsbezirk unter einem sachkundigen und mit ihren Bedürfnissen aus eigener Erfahrung vertrauten Landwirth gerechter zur Geltung kommen werden."[658] Anstelle von Witzhave wurde Ohe als neuer Amtssitz eines neugeschaffenen Amtes bestimmt.

„Die Landgemeinden Ohe, Glinde, Schönningstedt und Witzhave, der Gutsbezirk Silk und der Forstbezirk Reinbek sind durch Anordnung des Herrn Ministers des Innern [. . .] von den bisherigen Amtsbezirken Reinbek und Trittau abgetrennt und zu einem neuen selbständigen Amtsbezirk vereinigt worden, welcher die Bezeichnung Ohe führen soll." Die Neubildung des Amtsbezirks Ohe trat am 1. Januar 1897 in Kraft. Amtsvorsteher wurde der Gutsinspektor des Bismarck´schen Gutes Schönau in Ohe, Adolf Wicke, dessen Stellvertreter der Hufner Fritz Behn aus Schönningstedt. [659] Das Amt Reinbek als solches blieb erhalten, bestand aber nur noch aus der Gemeinde Reinbek. Dies galt wohl als Sonderfall in der preußischern Verwaltung. Amtsvorsteher Kiehn, der dieses Amt seit 1895 innehatte und bereits seit 1880 Gemeindevorsteher war, trat von beiden Ämtern 1910 zurück. Als sein Nachfolger wurde der Kaufmann Carl Albertz gewählt, der beide Ämter bis 1918 übernahm. Kiehn wurde sein Stellvertreter.[660]

4.2.3.2 Kommunale Selbstverwaltung in Reinbek

Obwohl der kommunale Verwaltungsaufwand in Reinbek schon allein aufgrund seiner höheren Einwohnerzahl und seiner Aufgaben als Amt von den Gegebenheiten her umfangreicher war als in Glinde, kann auch in Reinbek für den Untersuchungszeitraum die Verwaltung noch nicht als professionell im Sinne

---

[658] Ebd., Bismarck an den Landrat v. 21.Februar 1896.
[659] Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Schleswig, Stück 44, v. 10. Oktober 1896.
[660] STAR, o.Nr., Die Kirchspielvögte, Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher und Bürgermeister in Reinbek seit 1868, o.J.

einer Leistungsverwaltung bezeichnet werden. Zwar befanden sich in der Landgemeinde ein Standesamt und der Sitz des Gesamtarmenverbandes Reinbek, aber die Erledigung dieser Aufgaben übernahm, ebenso wie z. B. auch die des Schriftführers der Gemeindevertretung oder die des Bearbeiters der Haushaltsvoranschlagsunterlagen, der Amts- und Gemeindevorsteher Adolf Kiehn. Als Bedienstete und von der Gemeinde bezahlte Kräfte galten lediglich der Gemeindevorsteher (1.500 Mark Gehalt jährlich), der Gemeindesteuererheber (700 Mark), die Wächter und Laternenanzünder (zusammen 2.160 Mark und die Lehrer/innen (etwa 7.000 Mark plus Alters- und Ruhegehaltskosten), später auch ein Polizist (1.200 Mark).[661]

Bei Entscheidungen über Wegebau, infrastrukturelle Maßnahmen wie z.B. Kanalisation, Baumaßnahmen oder Finanzangelegenheiten wurden aus Mitgliedern der Gemeindevertretung Kommissionen gebildet, die z.T. mithilfe von auswärtigen Fachleuten Vorschläge zur Fassung von Beschlüssen erarbeiteten, die anschließend in der Gemeindevertretung erörtert und beschlossen oder verworfen wurden. Bei Angelegenheiten, die über die Entscheidungskompetenz der Gemeindevertretung hinausgingen, z.B. beim Wegebau über die Gemeindewege hinaus, wählte diese aus ihrer Mitte Abgeordnete, die mit übergeordneten Behörden wie dem Landratsamt in Verbindung traten und die Verhandlungen führten.[662] Dies galt auch bei den umfangreichen und langwierigen Verhandlungen und Vorbereitungen zur Einführung der Versorgung mit elektrischem Strom bzw. für den Anschluß an das Bergedorfer Gasnetz.[663] Auch in Angelegenheiten der individuellen Gesundheitsfürsorge war die Gemeindevertretung zuständig, so z.B. für die Anstellung und Entlassung der Hebamme(n).[664] In Sicherheitsfragen und Angelegenheiten der allgemeinen Ordnung und Sicherheit in der Gemeinde hatte die Gemeinde ebenfalls Entscheidungsgewalt, auch für den Brandschutz und die Ausstattung der freiwilligen Feuerwehr bewilligte die Gemeinde Gelder.[665] Gemeindebetriebe, die zu füh-

---

[661] STAR, II/ 64, Haushaltsvoranschläge der Gemeinde Reinbek 1904 – 1914.
[662] STAR, IV/ 20, Protokollbuchbuch Reinbek, passim. STAR II/ 289, Gesamtarmenverband Reinbek.
[663] STAR, II/118, Einführung der elektrischen Straßenbeleuchtung, STAR, II/ 117, Der Anschluß Reinbeks an die Bergedorfer Gasanstalt.
[664] STAR, II/ 133, Hebammen-Distrikt Reinbek.
[665] STAR, II/ 374, Sicherheit auf den Straßen, Überwachung der allgemeinen Ordnung und Sicherheit; STAR, I/ 147, Das Löschwesen im allgemeinen; II/ 272, Finanzielle Unterstützung der Feuerwehr; II/ 264, Organisatorische Angelegenheiten der Feuerwehr Reinbek.

ren und zu verwalten waren, existierten in Reinbek zwischen 1892 und 1914 dagegen nicht.

4.2.3.3 Die gemeindlichen Finanzverhältnisse

Haushaltsvoranschläge mit der Auflistung einzelner Einnahme-und Ausgabentitel sind für die Gemeinde Reinbek nur ab dem Rechnungsjahr 1904 vorhanden. Aus ihnen ergibt sich, dass die Voranschläge für den Haushalt zwischen 1904 und 1906 von 37.296,06 Mark auf 48.262,46 Mark gestiegen waren. Der Voranschlag für 1907 war geringer als der im Vorjahr und betrug 47.262,46 Mark, stieg jedoch wieder im folgenden Jahr 1908 auf 57.498,14 Mark. Die Haupteinnahme der Gemeinde war die Einkommensteuer. Sie stieg von 19.500 Mark 1904 kontinuierlich bis 1909 auf 30.000 Mark. Auch die Gebäudesteuereinnahmen bildeten,hauptsächlich aufgrund der neuen Häuser und Villen am Ziegelkamp, eine sichere Einnahmequelle für die Gemeinde im Untersuchungszeitraum. Sie erhöhte sich stetig von 8.200 Mark 1904 auf 15.100 Mark 1909. Neben den ebenfalls steigenden Gewerbesteuereinnahmen (1904 von 1.315 Mark auf 1.600 Mark 1905) nahm die Gemeinde zusätzlich und regelmäßig in unterschiedlicher Höhe Hunde- und Lustbarkeitssteuern ein, die bei etwa 1.000 Mark jährlich lagen. Weitere Einkünfte zwischen 250 und 530 Mark ergaben sich jährlich an Gebühren für den Begräbnisplatz, der auch von anderen Gemeinden wie z.B. Glinde genutzt wurde.
Die jährlich wiederkehrenden Hauptausgaben der Gemeinde stellten zwischen 1904 und 1907 die Kreisabgaben (9.000 bis 16.000 Mark), die Kosten für die öffentliche Armenpflege (9.400 bis 12.000 Mark), den Wegebau (etwa 10.000 Mark), die Straßenreinigung und -beleuchtung (2.100 bis 2.500 Mark), die Personalkosten für den Gemeindevorsteher (1.000 bis 1.500 Mark) und Gemeindeerheber (300 bis 500 Mark) sowie für die Nachtwächter und Laternenanzünder (1.600 bis 1.920 Mark) dar. An Schuldendiensten wurden 1904 10.200 Mark, 1908 1.179 und 1909 1.117 Mark geleistet. Wofür die Schulden aufgenommen worden waren, geht aus den Quellen nicht hervor. Erst im Voranschlag für 1908 wurden die Gehälter der Lehrer in Höhe von 5.127 Mark und 1909 von 6.935 Mark für vier Lehrer und eine Handarbeitslehrerin aufge-

führt. Zu diesen Gehältern zahlte die Gemeinde jährlich Alters- und Ruhegehaltszuschüsse von insgesamt 1.790 Mark.[666] In den Voranschlägen 1904 bis 1907 stand unter dem Titel XII (Für die Schule) nur der Satz: „Hierüber wird besonders Rechnung geführt.“[667] Ein Hinweis darauf, in welchen Unterlagen die Rechnungsführung dargelegt wurde, fehlt.

Die außergewöhnlich hohen Ausgaben in den Jahren 1910 und 1913 sind auf die in diesen Jahren angefallenen Wegekosten zurückzuführen, speziell auf den Neubau der Hamburger Strasse. Für die Baumaßnahme wurden 1913 allein 76.500 Mark ausgegeben, dieser Ausgabetitel machte mehr als fünzig Prozent des gesamten Jahreshaushaltes aus. Allerdings konnten die Zuschüsse des Kreises für den Wegebau der Gemeinde in Höhe von 50.000 Mark unter den Einnahmen verbucht werden. Ebenso verhielt es sich 1911, als die Gemeinde für den Wegebau 35.000 Mark ausgab, von denen aber 33.000 Mark vom Kreis erstattet wurden, womit an realer Ausgabe für die Gemeinde lediglich 2.000 Mark verblieben.[668]

Vergleich der prozentualen Ausgaben in preußischen Landgemeinden[669] und Reinbek 1911:

	Preußen	**Reinbek**
Allgemeine Verwaltung	18,03	9,92
Bildung	34,63	14,56
Gesundheit u. Soziales	8,11	20,24
Verkehr	16,65	3,23
Gewerbl. Anlagen	9,25	---
Schuldendienst	13,34	12,32

[666] STAR, II/ 64, Voranschläge der Gemeinde Reinbek 1904 bis 1914, Anhang, Tabelle 7.

[667] Diese Vorgehensweise war durch die LGO gedeckt, denn die Voranschlagsformulare, für größere Gemeinden bestimmt, waren „selbstverständlich je nach den örtlichen Bedürfnissen der Abänderung insbesondere durch Weglassung einzelner Titel und auch der Spalten 4 bis 6, fähig.“ LGO, Anweisung betreffend das Kassen- und Rechnungswesen bei den Landgemeinden und Gutsbezirken, I. Gemeindehaushalt, Voranschlag, § 1, S. 198.

[668] STAR, II/65, II/66, Haushaltsplan (Voranschläge) der Gemeinde Reinbek 1904 – 1914.

[669] Bolenz, J., Wachstum und Strukturwandlungen der kommunalen Ausgaben in Deutschland 1849 – 1913, Diss.jur. Freiburg 1965, Tabelle 28, S. 165. Prozentzahlen für Reinbek v. Verf. errechnet.

Wie unterschiedlich die Einnahme- und Ausgabehöhen der Gemeinden Glinde und Reinbek waren, zeigt die folgende Tabelle als Beispiel für 1904 bis 1914:

Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden Glinde und Reinbek im Vergleich zwischen 1904 und 1914 in Mark:

	1904	1905	1906	1907	1908	1909
Glinde[670]	**3.304**	**3.297**	**4.309**	**5.204**	**5.838**	**14.384**
Reinbek[671]	**37.296**	**43.197**	**48.069**	**47.262**	**57.498**	**56.267**
	1910	1911	1912	1913	1914	
Glinde[672]	**10.838**	**15.256**	**11.877**	**13.438**	**27.790**	
Reinbek[673]	**90.980**	**61.879**	**65.934**	**144.764**	**80.000**	

Basierend auf den Haushaltsvoranschlägen der Gemeinden Glinde und Reinbek von 1905 und der auf dieses Jahr bezogenen Bevölkerungszahl von 385 bzw. 1.879 Einwohnern[674] bedeutete dies eine jährliche Einnahme und Ausgabe durch die Gemeinde pro Kopf der Bevölkerung in Glinde von 11,20 Mark und in Reinbek von 22,98 Mark. Letzteres war dort nur möglich aufgrund der Einnahmen z.B. aus der Einkommen-, Gewerbe- und Gebäudesteuer, die in Glinde in dieser Höhe nicht an die Gemeinde abgeführt wurden. Eine wesentliche Rolle bei den Einnahmen aus der Einkommensteuer spielten die mit Firmensitz und Hauptwohnsitz in Hamburg ansässigen und zeitweilig in Reinbek

[670] STAG, II/ 167, Voranschläge der Gemeinde Glinde 1894 - 1919 (1913/14 fehlt).
[671] STAR, II/ 64 , Voranschläge der Gemeinde Reinbek 1904 – 1914.
[672] STAG, II/ 167, Voranschläge der Gemeinde Glinde 1894 - 1919 (1913/14 fehlt).
[673] STAR, II/ 64 , Voranschläge der Gemeinde Reinbek 1904 – 1914.
[674] Statistisches Landesamt (Hrsg.), Die Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein 1867 – 1970, Kiel 1972, S. 206, 207.

wohnenden „Forensen“, die nach § 49 des Kommunalabgabebgesetzes von 1893 mit einem Viertel ihres Gesamteinkommens zur Einkommensteuer von der Gemeinde Reinbek herangezogen werden konnten. 1913 beispielsweise waren dort 45 „Forensen“ mit einem Mindestaufenthalt in der Gemeinde von sechs Monaten als steuerpflichtig gemeldet, deren jährliches Gesamteinkommen bei 2 403.508 Mark lag.[675]

Daraus folgernd kann an dieser Stelle beim Vergleich von Einnahmen und Ausgaben der beiden Landgemeinden, exemplarisch bezogen auf die Jahre 1904 bis 1914, ein Indiz dafür gefunden werden, dass sich Reinbek im Kaiserreich u.a. aufgrund der finanziellen Entwicklung eher auf dem Wege zur modernen Kleinstadt befand als Glinde.

4.2.4 Wirtschaftliche Entwicklung: Landwirtschaft, Handwerk, Handel und Dienstleistungen

4.2.4.1 Die Landwirtschaft

In Schleswig-Holstein wurde die Landwirtschaft in den Jahren 1864 bis 1918 durch unterschiedliche Maßnahmen deutlich intensiviert. Dabei war der nunmehr mögliche Einsatz von Kunst-und Handelsdünger von großer Bedeutung, der auch zur Folge hatte, dass die Viehbestände durch vermehrte Sicherung der Futterquellen aufgestockt werden konnten. Der Fortschritt in der Landwirtschaft war ebenfalls durch die zunehmende Mechanisierung von Arbeitsabläufen gekennzeichnet. Dies hatte bei der Erzeugung von tierischen Produkten zur Folge, dass z.B. der Bestand der Schweine in der Provinz zwischen 1892 und 1906 um über 700.000 Stück zunahm, - eine Steigerung von 213%.[676]

Zieht man die Jahre 1892 bis 1913 in Betracht, erhöhte sich der Schweinebestand in Schleswig-Holstein von 344.968 auf 1.763.624, also um 411%. Auch der Prozentsatz der Rinder erhöhte sich im gleichen Zeitraum um 72,1%, lediglich der Bestand der Schafe nahm um 46,7% ab.[677] Gründe für die Steigerung

---

[675] STAR, II/14, Die Heranziehung von Bürgern zur Gemeindeeinkommensteuer 1900 – 1923.
[676] Lorenzen-Schmidt, K.-J., Neuorientierung auf den deutschen Wirtschaftsraum – Wirtschaftliche Entwicklung 1864 – 1918, in: Lange, U. (Hrsg.), 2003, S. 386.
[677] Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, 1967, S. 113.

des Viehbestandes waren hauptsächlich die durch die Industrialisierung und Urbanisierung gewachsene Nachfrage nach Fleisch und Nahrungsmitteln generell sowie die Ende des 19. Jahrhunderts anziehenden Fleischpreise.[678]

Neben den in Reinbek im Untersuchungszeitraum nur noch vereinzelt vorhandenen Anbauerstellen und kleineren Erbpachthöfen bestanden auf dem Gebiet der Gemeinde 1905 drei größere landwirtschaftliche Betriebe. Dies war zum einen das Gut Hinschendorf von W. Schaumann mit einer Gesamtfläche von 227,69 Hektar, von denen 177,69 Hektar Äcker und Gärten waren. Wegen des hohen Grundsteuerreinertrages von 8.074 Mark und dem erfolgten Neubau von Ställen[679] ist anzunehmen, dass auf diesem Gut Schweinemast stattfand.

Ein weiterer Hof bestand aus einer Gesamtfläche von 78,04 Hektar, von denen ebenfalls der größte Anteil, 71,74 Hektar, als Acker und Garten genutzt wurde. Der Eigentümer P. Saggau erwirtschaftete 1905 einen Grundsteuerreinertrag von 2.123 Mark Die drittgrößte Hofstelle war die von E. Wulff. Sie hatte eine Geamtfläche von 67,39 Hektar, die ausschließlich aus Äckern und Gärten bestand. Wiesen und Weiden, Forst- und Wasserflächen gehörten nicht zu diesem Hof. Sein Grundsteuerreinertrag betrug 1.919 Mark. Über die Schwerpunkte bei der Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte der beiden letztgenannten Höfe liegen keine zuverlässigen Quellen vor. Auch sind keine Informationen über die landwirtschaftliche Produkte anderer Höfe bzw. deren Nutzung landwirtschaftlicher Flächen vorhanden.

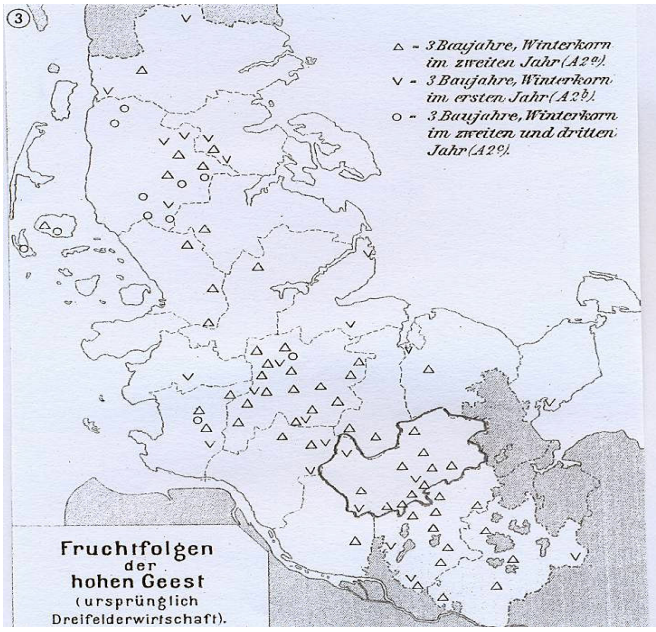
Aufgrund der Erhebungen von Th. Engelbrecht aus dem Jahre 1900 kann aber davon ausgegangen werden, dass sowohl in Reinbek als auch in Glinde hauptsächlich Winterroggen und Hafer nach der in der hohen Geest gebräuchlichen Fruchtfolge angebaut wurden.[680]

---

[678]Lorenzen-Schmidt, K.-J., Neuorientierung auf den deutschen Wirtschaftsraum – Wirtschaftliche Entwicklung 1864 – 1918, in: Lange, U. (Hrsg.), 2003, S. 386.

[679] STAR I/156, Nachweis über ertheilte Baukonsense, Amt Reinbek, Kreis Stormarn, 1889 – 1926.

[680]Engelbrecht, Th., 1907. Im Amtsbezirk Ohe wurden auf 215 Hektar Acker Wintergetreide und auf 251 Hektar Hafer angebaut. S. 294 f. Damit wurde auf etwa 50% der Acker- und Gartenfläche des Amtsbezirkes Getreide angebaut. S. 301.



Quelle: Engelbrecht, Th., 1907, Tab. 3, o.S.
(Kreis Stormarn v. Verf. hervorgehoben)

Ob in den landwirtschaftlichen Betrieben Reinbeks ausländische Arbeitskräfte als Saison- oder Wanderarbeiter beschäftigt waren, geht aus den vorhandenen Meldeunterlagen nicht hervor. Anhand der Daten der Volkszählung von 1905 ist allerdings ersichtlich, dass anderssprachige Einwohner in Reinbek offiziell nicht gezählt wurden.[681] Gleichwohl meldete die Bergedorfer Zeitung 1907, dass in der „katholischen Kapelle des Adolf=Stiftes ein polnischer Gottesdienst in polnischer Sprache für die Landarbeiterschaft polnischer Herkunft veranstaltet“ wurde, an dem auch Mitglieder des Hamburger polnischen Vereins teilnahmen.[682]

[681] Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein 1908, Volkszählung v. 1. Dezember 1905, S. 96.
[682] BZ v. 1. Juli 1907.

Landwirtschaftliche Betriebe in Reinbek 1912[683]

Reinbek, Hinschendorf, Gut
(Zahlenangaben in ha)

Gesamtfläche	Acker und Garten	Wiese	Weide	Forst und Wasser über 1 ha	Grundsteuer-Reinertrag(Mark)	Eigentümer
227,69	177,69	50,00	--	--	8.074	W.Schaumann

Reinbek, Hof
(Zahlenangaben in ha)

Gesamtfläche	Acker und Garten	Wiese	Weide	Forst und Wasser über 1 ha	Grundsteuer-Reinertrag(Mark)	Eigentümer
78,04	71,54	6,50	--	--	2.123	A.Saggau

Reinbek, Hof
(Zahlenangaben in ha)

Gesamtfläche	Acker und Garten	Wiese	Weide	Forst und Wasser über 1 ha	Grundsteuer-Reinertrag(Mark)	Eigentümer
67,39	67,39	--	--	--	1.919	E. Wulff

[683] Handbuch des Grundbesitzes 1912, S. 328.

Viehzählungen im Auftrag des schleswig-holsteinischen Regierungspräsidenten ergaben für die Gemeinde Reinbek zwischen 1902 und 1912, dass in diesem Zeitraum der Schweinebestand gegenüber anderem Vieh an erster Stelle stand und der größte Teil der Tiere zur späteren Vermarktung bestimmt war. Auch die relativ hohe Zahl der Rinder läßt darauf schließen, dass diese zur Herstellung landwirtschaftlicher Erzeugnisse wie Milch, Käse und Fleisch, welche zum Weiterverkauf bestimmt waren, dienten. Darauf weist die geringe Zahl der Schlachtungen in der Gemeinde hin. Auch die Vorortschlachtung von Schweinen, von denen in Reinbek 1912 328 gezählt wurden, betrug mit 104 nur ein Drittel des Gesamtbestandes in Reinbek, d.h. die anderen Schweine wurden an einen Schlachthof, möglicherweise in Hamburg, verkauft. Die relativ hohe Zahl des Federviehs, das erst in der Zählung von 1912 erfasst wurde, ist vermutlich auf dessen Haltung für den Eigenbedarf zurückzuführen, denn die Zahl von 3.409 Stück Federvieh bei 258 Haushalten läßt bei einem Durchschnitt pro Haushalt von 13 Stück nicht den Schluß zu, dass in Reinbek Geflügel zu gewerblichen Zwecken gehalten wurde. Schafe spielten in der Landwirtschaft Reinbeks keine Rolle, bemerkenswert ist jedoch, dass bei der Zählung 1912 in der Gemeinde 47 Bienenstöcke vorhanden waren. Aus der Anzahl der Pferde lässt sich nicht ableiten, in welcher Zahl sie als Zugtiere in der Landwirtschaft oder als Reit- und Fuhrwerkspferde dienten.[684]

4.2.4.2 Das Handwerk

Die allgemeine Entwicklung im Handwerk Schleswig-Holsteins in der Kaiserzeit ging dahin, dass in einigen Gewerben die Zahl der Selbständigen abnahm, andererseits die der Hilfskräfte und Beschäftigten zunahm. Insgesamt war also die Ertragslage der Einzelbetriebe und damit das Einkommen ihrer Besitzer gestiegen. Zwischen 1895 und 1907 sank die Zahl der Selbständigen im Zimmererhandwerk von 1.427 auf 1.258, die Zahl der Beschäftigten stieg von 4.681 auf 5.433. Bei den Schmieden (Grobschmiede, Kleinschmiede und Nagelschmiede) sank die Zahl der Selbständigen geringfügig von 2.277 auf 2.231,

[684] Anhang 8 a – h, Tabellen zur Viehzählung in Reinbek 1902, 1904, 1906, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

die der Beschäftigten stieg von 4.515 auf 5.215. Auch im Maurerhandwerk (Selbständige 1895: 1.738, 1907: 1.568; Beschäftigte 1895: 7.304, 1907: 8.200) war diese Entwicklung festzustellen. Bei den Schlossern hingegen nahm die Zahl der Selbständigen (1895: 476, 1907: 511) als auch die der Beschäftigten zu (1895: 1.645, 1907: 3.840). Bei den Malern (Selbständige 1895: 1.776, 1907: 2.156; Beschäftigte 1895: 3.781, 1907: 5.998) und Glasern konnte bei den Selbständigen (1895: 266, 1907: 277) und den Beschäftigten (1895: 421, 1907: 507) ebenfalls eine allgemeine Zunahme festgestellt werden.[685]
Im Nahrungsmittelhandwerk wuchs die Zahl der hauptberuflich Erwerbstätigen in Schleswig-Holstein zwischen 1860 und 1907 z.T. um ein Vielfaches. Die Anzahl der Schlachter stieg um das Zweieinhalbfache und die der Bäcker um das Vierfache. Diese Ergebnisse basierten im wesentlichen, wie bei den anderen Handwerksberufen ebenfalls, auf der erhöhten Zahl der Gehilfen. Aber bei den Schlachtern stieg auch die Zahl der Selbständigen um die Hälfte (1860: 471, 1907: 749) und bei den Bäckern um das Zweieinhalbfache (1860: 390, 1907: 1.051).[686] Darüber, ob diese Kleinbetriebe als Alleinbetriebe oder als Betriebe mit einem Meister und Gehilfen geführt wurden, liegen für Schleswig-Holstein in der Kaiserzeit keine Zahlen vor. Im gesamten preußischen Handwerk jedoch lag der Prozentsatz der selbständigen Bäcker und Konditoren und der Schlachter unter 50%; von den Bäckern und Konditoren waren 34,2% und von den Schlachtern 39,5% selbständige Handwerker.[687]

Die dargestellten Entwicklungen im Handwerk zeigen, dass im Reich und in der Provinz Schleswig-Holstein nicht nur in städtischen, sondern auch in ländlichen Bereichen der Anteil der häuslichen Produktion zurückging und die Arbeitsteilung erheblich zunahm. Selbst auf dem Lande wurde nicht mehr nur hauptsächlich das, was selbst produziert wurde, konsumiert, sondern die Haushalte veränderten sich zunehmend in Richtung des überwiegenden Konsums. Die bis Mitte des 19. Jahrhunderts üblichen häuslichen Arbeiten bei der Textilver- und -bearbeitung , beim Bauen und Instandsetzen, beim Backen und Schlachten ließ man immer mehr von spezialisierten Handwerkern ausführen.

---

[685] Kettemann, O., Handwerk in Schleswig-Holstein. Geschichte und Dokumentation im Schleswig-Holsteinischen Landesmuseum, Neumünster 1987, S. 159, 169, 174, 210, 270, 276, 280.
[686] Hähnsen, F., 1923, S. 177.
[687] Ritter, G.A., Tenfelde, K., 1992, S. 283.

Damit scheint das Wachstum der Grundhandwerke auch in ländlichen Gebieten für die Zeit der Industrialisierung und darüber hinaus erklärbar zu sein.[688]
Der generell positiven Entwicklung des Handwerks in der Provinz entsprach im Kaiserreich auch die Situation in Reinbek. Waren 1904 dort noch 26 selbständige Handwerker in 13 verschiedenen Berufen tätig, so gab es 1914 in Reinbek bereits 38 Selbständige in 20 Berufen. Im gesamten Zeitraum von 1904 bis 1914 wurden ohne Unterbrechung selbständige Bäcker, Bauunternehmer, Gärtner, Klempner, Maler, Maurer, Sattler, Schlachter, Schlosser, Schneider, Tischler und Zimmerleute zur Gewerbesteuer veranlagt. Während einige andere im Laufe der Jahre ihre Selbständigkeit aufgaben (Barbier, Glaser, Korbmacher, Mechaniker und Schuster), machten sich weitere in der Landgemeinde erst später selbständig (Buchbinder, Friseur, Schuhmacher und Stellmacher 1911, ein Töpfer 1912). Einige wenige Handwerker blieben nur kurze Zeit als Selbständige (ein Barbier 1904 bis 1907, zwei Glaser 1912, ein Korbmacher 1909 bis 19912 und ein Mechaniker 1906/07). Die über die Jahre 1904 bis 1914 zahlenmäßig am stärksten vertretenen selbständigen Handwerker waren Gärtner und Maler.[689] Die in der unten dargestellten Tabelle aufgeführten Handwerksbetriebe waren nur die Betriebe, die zur Gewerbesteuer veranlagt waren. Nach dem seit 1891 geltenden Gewerbesteuergesetz unterlagen die Betriebe der Gewerbesteuer in der Gemeinde, in der der Betrieb seinen Sitz hatte (§28).[690] Die Besteuerung der Gewerbebetriebe erfolgte in vier nach der Höhe des jährlichen Ertrages oder des Anlage- und Betriebskapitals gebildeten Steuerklassen. Innerhalb der Steuerklassen kam für die Festsetzung des Steuersatzes in erster Linie der Ertrag in Betracht.[691] So betrug in der Klasse IV mit einem jährlichen Ertrag von 1.000 bis 4.000 Mark oder einem Anlage- und Betriebskapital von 3.000 bis 30.000 Mark der niedrigste zulässige Jahressteuersatz 4 Mark, der höchste 36 Mark, der Mittelwert lag bei 16 Mark.
In der Klasse III (4.000 bis 20.000 Mark bzw. 30.000 bis 150.000 Mark) betrug der niedrigste Gewerbesteuersatz 32 Mark, der höchste 192 Mark, der Mittelwert 80 Mark. Der niedrigste Jahressteuersatz in der Klasse II (20.000 bis

---

[688] Fischer, W., 1972, S. 335.
[689] STAR II/ 17, Gewerbesteuer 1904 – 1914. Angaben zu 1908 fehlen.
[690] Das Preußische Gewerbesteuergesetz v. 24. Juni 1891, Berlin 1904, S. 4.
[691] Anweisungen des Finanzministers v. 4. November 1895 zur Ausführung des Gewerbesteuergesetzes v. 24. Juni 1891, ebd., S. 235 ff.

50.000 Mark bzw. 150.000 bis 1 000.000 Mark) lag bei 156 Mark, der höchste bei 480 Mark, der Mittelsatz betrug 300 Mark. In der Gewerbesteuerklasse I (50.000 Mark oder mehr bzw. 1 000.000 Mark oder mehr), in der in Reinbek im Untersuchungszeitraum kein Betrieb veranlagt war, lag der Gewerbesteuersatz bei mindestens 524 Mark jährlich.[692] Die Kuranstalt Sophienbad wurde von 1904 bis zur Anmeldung des Konkurses 1910 mit jährlich 156 Mark (Gewerbesteuerklasse II) veranlagt, das Elektrizitätswerk, ebenfalls in der Klasse II, ab 1909 mit jährlich 228 Mark. Außer vier bis fünf Betrieben, wie z.B. die Apotheke, ein Mehl- und Kornhändler, ein Fuhrgeschäft und ein Gemüsehändler, wurden alle anderen zur Gewerbesteuer veranlagten Betriebe nach Steuerklasse IV veranlagt.[693]

4.2.4.3 Handel und Dienstleistungen

Einen starken Aufschwung nahm in Schleswig-Holstein der Einzelhandel, insbesondere der Kolonial- und Fertigwarenhandel. Zwischen 1882 und 1905 wuchs die Zahl der Einzelhändler in der Provinz von 4.217 auf 13.644.[694]
Gerade auf dem Lande versuchten Einzelhändler Existenzen zu gründen, indem sie in ihren Läden ein breit gefächertes Sortiment bereit hielten, um die ansässige Bevölkerung mit möglichst vielen Gütern für den täglichen Bedarf versorgen zu können.[695] Das Wachstum im Einzelhandels- ind Dienstleistungsbereich hing zwischen 1850 und 1913 hauptsächlich von sozioökonomischen Voraussetzungen ab: von der Steigerung des realen Einkommens der Massen - auch auf dem Lande - und von der Suche nach einer in der Landwirtschaft nicht mehr vorhandenen ökonomischen Selbständigkeit, was sich vor allem am Beispiel des Einzelhandels und dessen Wachstum zeigte.[696]
In den Bereichen des Verkehrswesens zu Lande und zu Wasser und im Banken-, Versicherungs-, Gaststätten und Berherbergungsgewerbe wuchs die Zahl der Beschäftigten von 16.544 im Jahre 1882 auf 41.100 1907.[697]

---

[692] Das Preußische Gewerbesteuergesetz, 1904, Anlage I., S. 324 ff.
[693] Anhang 9, Tabelle: Zur Gewerbesteuer veranlagte Handwerksbetriebe in Reinbek 1904 – 1914.
[694] Beiträge zur historischen Statistik, 1962, S. 131.
[695] Lorenzen-Schmidt, K.-J., in: Lange, U. (Hrsg.), 2003, S. 397.
[696] Tilly, R., 1976, S. 583 ff.
[697] Beiträge zur historischen Statistik, 1962, S. 131 f.

In Reinbek stieg die Zahl der zur Gewerbesteuer veranlagten Handels- und Dienstleistungsbetriebe zwischen 1904 und 1914 von 26 auf 38. Handelsbetriebe, die über den gesamten Zeitraum bestanden, waren die Apotheke, ein Bekleidungshandel, Delikatessenhandel, Gemüsehandel, Krämer, Milch-, Butter-, Käsehandel und Textilhandel. Eine Kohlenhandlung und eine Kolonialwarenhandlung kamen 1907 dazu, weiterhin 1909 eine Drogerie- und Farbenhandlung, eine Tapeten- und Papierwarenhandlung 1912 und ein Nähmaschinenhandel 1914. Als Dienstleistungsbetriebe bestanden Gastwirtschaften, Restaurants, Hotels und Fuhrunternehmen im gesamten Zeitraum, das private Elektrizitätswerk wurde 1911 zur Gewerbesteuer veranlagt, die Kuranstalt Sophienbad bestand bis 1910 und ging dann in Konkurs.[698]

Eines der ältesten Dienstleistungsunternehmen in Reinbek war die als „Sparcasse für das Amt Reinbek“ 1847 gegründete Reinbeker Sparkasse.[699]
Sparkassen entstanden in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Zuge der Bestrebungen, das Armenproblem in den Griff zu bekommen, ohne die Betroffenen zu reinen Empfängern öffentlicher Unterstützung zu machen. Sie sollten u.a. dazu beitragen, der Landbevölkerung, die im Winter oft keine Verdienstmöglichkeiten hatten, in Zeiten mit Verdienst die Möglichkeit zu geben, Geld für vorübergehende Einnahmelosigkeit zurückzulegen. Weitere Ziele der Spar- und Leihkassengründer waren der Kampf gegen den Wucher und das Bemühen um selbständige Gewerbetreibende, Handwerker und Bauern als Kreditnehmer, die in der Lage waren, Sicherheiten für erhaltene Kredite zu stellen. [700]
Die Geschichte der deutschen Sparkassen geht auf die Zeit der Aufklärung zurück. Als Vorläufer galten die Waisenkassen und Leihhäuser. Die Frage nach der ältersten Sparkasse Deutschlands ist in der Forschung umstritten, weil bei der Gründung der ersten Sparkassen im 18. Jahrhundert noch keine einheitliche Vorstellung darüber herrschte, welches die wesentlichen Merkmale einer

---

[698] STAR, II/ 17, Gewerbesteuer 1904 – 1914. Anhang 10, Tabelle: Zur Gewerbesteuer veranlagte Handels- und Dienstleistungsbetriebe in Reinbek 1904 – 1914.
[699] LAS, Abt. 309, Nr. 16498, Statuten der Sparcasse im Amt Reinbek, 21.Juni - 1. Juli 1847.
[700] Lippik, M., Die Entstehung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein 1790 – 1864, in: Lippik, M., Föh, Th., Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein 1790 – 1914, Teil 1, Stuttgart 1991, S. 33.

Sparkasse waren.[701] Josef Wysocki stellte in einem Gutachten zur Frage der ältesten Sparkasse in Deutschland fest: „Die Sparkasse Detmold ist die älteste in ununterbrochener funktionaler und institutionaler Kontinuität als solche heute noch selbständig bestehende Sparkasse Deutschlands.“[702] Sie wurde 1786 gegründet. Aber es fand bereits 1778 die Gründung einer „Ersparungsklasse“ durch die Patriotische Gesellschaft in Hamburg statt, deren Ziel es war, Dienstboten, Tagelöhnern, Handarbeitern und Seeleuten die Gelegenheit zu geben, für Notzeiten zu sparen und „durch Fleiß und Sparsamkeit dem Staate nützlich und willig zu werden“[703] Ihr folgten später u.a. Gutssparkassen im Herzogtum Oldenburg 1795. In Göttingen wurde 1801 die erste kommunale Sparkasse gegründet. Neben Eröffnungen von Sparkassen in Bayern, wo es 1850 bereits 170 Sparkassen gab, in Sachsen 60, in Württemberg 56, hatten die 85 bestehenden Kassen in Preußen bereits 1839 einen Bestand von fast zwanzig Millionen Talern.[704] Die Zahl der Sparkassen wuchs zur Jahrhundertwende im Deutschen Reich stark an. 1836 bestanden in Deutschland etwa 280 Sparkassen, deren Zahl bis 1900 auf 2.685 stieg, 1913 bestanden 3.130 überwiegend kommunale Kassen.[705]

Die Anzahl der Sparkassen in Schleswig-Holstein stieg in den drei Jahrzehnten von 1869 bis 1899 von 170 auf 281 stetig an. Eine Reduzierung auf 191 Sparkassen erfolgte 1900 durch das Ausscheiden der Privatkassen unter nicht staatlicher Aufsicht aus der amtlichen Statistik. Die Provinz Schleswig-Holstein hob sich hinsichtlich der Einwohnerzahl pro Geschäftsbezirk einer Sparkasse und in der flächenmäßigen Abdeckung deutlich von anderen preußischen Provinzen ab. 1895 lag der Geschäftsbezirk je Sparstelle in Schleswig-Holstein bei 44,58 Km^2 , im übrigen Preußen bei 88,41 Km^2 und die Zahl der Einwohner je Sparstelle in Schleswig-Holstein bei 3.037, die der Einwohner in Preußen bei 8.091. Wenn sich die Zahlen bis 1914 auch fast anglichen, so lag Schleswig-

[701] Ashauer, G., Von der Ersparungskasse zur Sparkassenfinanzgruppe: die deutsche Sparkassenorganisation in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1991, S. 35 ff.
[702] Wysocki, J., Gutachten über die Frage der „ältesten Sparkasse“, Detmold 1986, S. 50.
[703] Zit.bei Mura, J., Entwicklungslinien der deutschen Sparkassengeschichte, Stuttgart 1987, S. 26.
[704] Kellenbenz, H., Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Verkehrswesen 1800 – 1850, in: Aubin, H.,Zorn, W. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 419.
[705] Mura, J., 1987, S. 26.

Holstein unter diesem Aspekt doch immer über dem Durchschnitt des preußischen Staates.[706]

Im Kreis Stormarn wurden zwischen 1820 und 1905 17 Sparkassen gegründet: in Wandsbek (1820), Oldesloe (1824), Trittau (1832/33), Reinfeld (1842), Bargteheide (1846), Ahrensburg (1846), Tangstedt (1846), Reinbek (1847), Jersbek-Stegen (1848), Amt Reinfeld (1851), Rethwisch (1854), Westerau (1855), Zarpen (1863), Vorburg-Tremsbüttel (1870), Eichede (1875), Sande (1900), Bramfeld (1905).[707] Der Geschäftsbereich der 1847 gegründeten „Sparcasse für das Amt Reinbeck" bestand aus 21 Gemeinden und stellte sich die Aufgabe, „denjenigen Personen im Amte Reinbeck, welche nur von Zeit zu Zeit weniges Geld erübrigen können, namentlich Dienstboten und Tagelöhnern, zur sicheren Aufbewahrung und gleichzeitigen Nutzbarmachung ihrer Ersparnisse Gelegenheit zu bieten; indeß soll diese Sparcasse auch Anderen zur Belegung von Geldern innerhalb der unten folgenden Beschränkungen offen stehen. Sie soll in solcher Hinsicht das Wohl der Amtscommüne fördern und ist auch mit deren Verwaltung in Verbindung gebracht; an sich soll sie selbstständig dastehen und ihre Garantie in sich haben."[708]

1885 wurde die Sparkasse unter kommunale Trägerschaft gestellt und hieß nun „Spar- und Leihkasse zu Reinbek." Nach dem Statut vom 1. Oktober 1884, genehmigt durch den Oberpräsidenten der Provinz am 18. März 1885, bestand die Sparkasse „ als ein selbständiges Institut unter Garantie der zum vormaligen Amt Reinbek gehörenden Gemeinden Braak, Havighorst, Jenfeld, Langeloe, Lohbrügge, Oejendorf, Ohe, Reinbek, Sande, Schiffbek, Schönningstedt, Willinghusen und Glinde."[709] Ende des 19. Jahrhunderts wurde Sande die Genehmigung erteilt, als Garantiegemeinde auszuscheiden und eine eigene Sparkasse zu gründen.[710] Obwohl auch Schiffbek 1891 einen solchen Antrag stellte mit der Begründung, dass nicht nur die Entfernung nach Reinbek zu groß sei, sondern dass die Reinbeker Sparkasse auch nicht immer bereit sei,

---

[706] Föh, Th., Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein 1864 – 1914, in: Lippik, M., Föh,Th., Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein 1790 – 1914, Teil 2, Stuttgart 1991, S. 19.

[707] Günther, B., Den Menschen verpflichtet. Geschichte der Sparkasse Stormarn und ihre Vorgängerinstitute 1800 – 2005, Neumünster 2005, S. 9 f.

[708] LAS, Abt. 309, Nr. 16498, Statuten der Sparcasse im Amt Reinbeck 21.Juni – 1. Juli 1847. - Die Schreibweise Reinbeks war unterschiedlich; teils wurde der Name mit -ck- und teils nur mit -k – geschrieben.

[709] LAS, Abt. 301, Nr. 623, Statut der Spar- und Leihkasse zu Reinbek, S. 3. Genehmigung durch den Oberpräsidenten der Provinz Schleswig-Holstein v. 18. März 1885.

[710] LAS, Abt. 301, Nr. 5262, Runderlaß des Regierungspräsidenten v. 18. Januar 1900.

die notwendigen Hypothekenkredite an Einwohner Schiffbeks zu vergeben, wurde dieser abgelehnt. Als Begründung gab der Landrat die Sorge um den Bestand der Reinbeker Kasse an.[711] Dem Antrag der noch zur Reinbeker Spar- und Leihkasse gehörenden Gemeinden, einen Sparkassenverband zu gründen, gab die Regierung statt. Ab 1. April 1907 trug die Reinbeker Sparkasse nun den Namen „Spar- und Leihkasse des Sparkassenverbandes Reinbek.[712]
Trotz der Konkurrenz durch die Sander Gemeindesparkasse und einer Filiale der Kreissparkasse Stormarn in Kirchsteinbek blieben Überschüsse zu Verteilung in der Gemeinde Reinbek. Diese betrugen z.B. 1910 1.609,97 Mark, 1911/12 1.162,90 Mark, 1913/14 1.300 Mark. Nach einer Landratsverfügung durften die Überschüsse nur zu „außerordentlichen kommunalen Zwecken", nicht aber zu laufenden Wegeunterhaltungen oder zur Deckung laufender Armenlasten verwendet werden. Außerdem hatte der Gemeindevorsteher Mitteilung an den Landrat zu machen, zu welchen gemeinnützigen öffentlichen oder wohltätigen Zwecken der Betrag verwendet werden sollte.[713] Die Gelder wurden in den Jahren 1911 bis 1913 u.a. sowohl für private, gemeinnützige Schulen als auch für die Ausstattung der Volksschule, für die evangelische Gemeindepflege und für die Versorgung unbemittelter Kranker im St. Adolf-Stift verwendet.[714]
Die Reinbeker Spar- und Leihkasse wurde, nachdem die Gemeindevertretung 1922 versucht hatte, den Sparkassenverband Reinbek aufzulösen,[715] auf Beschluß des Verbandes 1923 auf die Kreissparkasse Storman überführt.[716]

---

[711] STAR, I/ 151, Landrat an den Gemeindevorsteher von Schiffbek v. 24.August 1891.
[712] LAS, Abt. 301, Nr. 632, Regierungspräsident an den Oberpräsident v. 8. September 1906. Satzung der Spar- und Leihkasse des Sparkassenverbandes Reinbek v. 3. November 1906.
[713] STAR, II/ 296, Landrat an den Gemeindevorsteher v. 8. Februar 1912.
[714] STAR, II/ 2, Protokollbuch 1893 bis 1913, Beschlüsse der Gemeindevertretung v. 23. Juni 1911, 9. September 1911, 15. Dezember 1911, 26. März 1912, 31. März 1913.
[715] STAR, II/ 296, Beschluß der Gemeindevertretung v. 6.April 1922, Beantragung der Auflösung des Sparkassenverbandes.
[716] Günther, B., 2005, S. 58.

4.2.5 Kulturelle Einrichtungen und Aktivitäten

Von der Jahrhundertwende an stieg die Schülerzahl in Reinbek an, sodass in der zweiten von drei Klassen 1902 einhundertfünfzig Kinder unterrichtet werden mußten. Das Lehrerkollegium bestand bis 1914 aus drei, 1902 bis 1903 aus vier Lehrern. 1902 beschloß der Schulvorstand, einen Schulneubau an das 1880 entstandene Schulgebäude anzubauen, der aus zwei neuen Klassenräumen, einem Konferenzzimmer und Kellerräumlichkeiten für eine Heizungsanlage bestand. Zusätztlich sollte ein Dreifamilienhaus mit Lehrerwohnungen gebaut werden. Für das Gesamtprojekt mußte die Gemeinde eine Anleihe von 30.000 Mark aufnehmen. Seit der Fertigstellung der neuen Gebäude war die Reinbeker Volksschule bis 1914 vierklassig, nach einer weiteren Aufstockung auf den 1902 gebauten Flügel wurde die Schule fünfstufig.[717] In die dafür bereits 1902 vorgehaltenen Kellerräume wurde eine zentrale Warmwasserheizung eingebaut.[718]

Eine bedeutende Baumaßnahme war für die politische Gemeinde und die Kirchengemeinde Reinbek nicht nur unter finanziellem Aspekt der Bau einer evangelischen Kirche, denn bis 1901 fand der Gottesdienst in der kleinen Schloßkapelle statt. Bereits 1881 wurde erwogen, für die 1881 abgebrannte Kirche in Steinbek, zu deren Kichsprengel vierzehn Gemeinden, u.a. auch Glinde und Reinbek, gehörten, eine neue Kirche zu bauen, die auch für die weit entfernt wohnenden Gemeindemitglieder bequemer zu erreichen sei. Die Steinbeker Kirche lag an einem äußeren Ende des Kirchsprengels, sodass die am weitest entfernt wohnenden Gemeindemitglieder nicht selten, vor allem im Winter, einen ganzen Tag benötigten, um zur Kirche und wieder zurückzukommen. „Wäre es jetzt nicht zu erwägen, ob das Kirchspiel nicht getheilt werden könnte, daß wir statt der einen, am Ende des Kirchspiels gelegenen Kirche, noch eine zweite, in der Mitte, vielleicht in Glinde liegende, erhalten könnten?“ fragte die Bergedorfer Zeitung 1881.[719] Diese Idee wurde nicht aufgenommen, nach einer Anregung des Reinbeker Pastors Glage jedoch, bei den Bürgern der Gemeinde für den Bau eines neuen Gotteshauses Geld zu sam-

---

[717] Tralau, E., in: Gemeinde Reinbek, Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek, Reinbek 1938, S. 152 – 158, hier S. 156.
[718] BZ v. 15. Juli 1914.
[719] BZ v. 12. April 1881.

meln, waren 1892 2.000 Mark zugesichert worden, ferner bestand die Zusage eines Reinbekers hinsichtlich der Schenkung eines geeigneten Bauplatzes.[720] Diese Zusage scheint nicht eingehalten worden zu sein, denn die Kirchengemeinde kaufte den Bauplatz für 15.000 Mark, weil die Höhe der Spenden im Februar 1894 bereits 40.000 Mark erreicht hatte.[721]

Am 1. Oktober 1894 wurden vom ursprünglichen Kirchspiel Steinbek die Gemeinden Reinbek, Schönningstedt, Glinde und Ohe abgetrennt und bildeten nun die selbständige Kirchengemeinde Reinbek,[722] deren Kirchenvorstandsmitglieder aus den Gemeinden Reinbek (zwei Mitglieder), Schönningstedt (ein Mitglied), und Glinde (ein Mitglied) stammten.[723] Nachdem die Frage, an welchem Ort die Kirche gebaut werden solle, in den Jahren 1894 bis 1898 auch öffentlich kontrovers diskutiert worden war, beschlossen die Kirchenvertreter in einer Sitzung vom November 1898, dass die Kirche an der Schönningstedter Strasse gebaut und die Bauausführung vornehmlich von Reinbeker Handwerkern für 150.000 Mark durchgeführt werden solle. Nach einer relativ kurzen Bauzeit von drei Jahren wurde die Kirche 1901 eingeweiht.[724]

4.2.5.1 Vereine und Verbände

Zahlreiche Vereine, die keine politischen Ziele verfolgten, wurden in Deutschland bereits in den ersten Jahrzehnten des 19.Jahrhunderts gegründet.[725] Dies waren hauptsächlich Gesang-, Turn- und Sportvereine, Vergnügungs- und Bildungsvereine. Die mitgliederstärksten und auch ältesten Sport- und Geselligkeitsvereine in Reinbek waren der „Reinbeker Schützenverein von 1874 e.V“[726], der „Reinbeker Männer-Gesangverein von 1884 e.V“[727] und der „Rein-

[720] BZ v. 17. Juni 1892.
[721] BZ v. 25. Februar 1894.
[722] Kirchenvorstand und Kollegium der evangelisch- lutherischen Gemeinde in Reinbek, Zum 25jährigen Jubiläum der evangelisch=lutherischen Kirche in Reinbek (Holstein) am 21. Juli 1926, Reinbek 1926, S. 3.
[723] BZ v. 12.Oktober 1894.
[724] STAR, II/ 1193, Einweihungsfeier der evangelisch- lutherischen Kirche.
[725] Siehe Kapitel 2.2.4.
[726] STAR, III/ 700, Reinbeker Schützenverein von 1874.
[727] STAR, V/ 1, Männer-Gesangverein Reinbek.

beker Männerturnverein von 1892 e.V.“ der 1904 in „Reinbeker Turnverein von 1892 e.V.“ umbenannt wurde.[728]

Der Schützenverein berief sich auf die Tradition der Schützengilden. Die Reinbeker Schützengilde hat vermutlich schon Ende des 17. Jahrhunderts ein Schützenfest gefeiert, 1724 wurde der Schützenkönig von Reinbek erstmals urkundlich erwähnt, denn der dänische König zahlte ihm damals eine Prämie von 16 Talern für die Bewirtung der Schützen bei deren Fest. Der Reinbeker Schützenverein wurde im November 1874 von acht Reinbeker Bürgern gegründet.[729] Er feierte alljährlich im Juli sein Schützenfest, an dem auch Bewohner aus umliegenden Gemeinden teilnahmen.[730]

Den Männer-Gesangverein gründeten 1884 neun Männer, die z.T. auch Mitglieder des Schützenvereins waren. Neben der „Pflege des Gesangs“ war ein Hauptanliegen des Vereins, eigene Feste zu veranstalten und aktiv an lokalen, vaterländischen, kirchlichen und überregionalen Festen mitgestaltend teilzunehmen.[731]

Über den Turnverein von 1892 existieren vom Jahr seiner Gründung bis auf die Namen der vier Gründungsmitglieder keine Quellen mehr. Erst 1904 versammelten sich vierundzwanzig Reinbeker in einer Gastwirtschaft, um den Vorstand des „Reinbeker Turnverein von 1892 e.V.“ neu zu wählen. Dieser bestand aus fünf Männern, deren Namen teilweise ebenfalls in den Mitgliederlisten anderer Reinbeker Vereine verzeichnet waren.[732] Darüber hinaus gehörten in der Kaiserzeit die meisten Mitglieder der Gemeindevertretung Reinbeks Reinbeker Vereinen an.[733] Die Verflechtung der Mitglieder verschiedener Vereine untereinander , deren Mehrfachmitgliedschaften und deren Mandat als Gemeindevertreter führten dazu, dass fast alle Aktivitäten des Vereinslebens ihren Bezug zur politischen Öffentlichkeit offenbarten, d.h. eine Trennung zwischen Interessen von Vereinen und kommunalpolitischen Entscheidungen war schwerlich möglich.[734] Dies bezog sich vor allem auf den 1892 gegründeten

---

[728] STAR, II/ 862, Vereinsangelegenheiten Turnverein.
[729] Claußen, E., Aus der Geschichte des Reinbeker Schützenvereins von 1874 e.V., in: Gemeinde Reinbek, Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek 1238 – 1963, Reinbek 1963, S. 210 ff.
[730] BZ v. 25. Juli 1892 u.a.m.
[731] Z.B. BZ v. 24. Februar 1894, Einweihung des Krankenhausneubaus.
[732] Plog, U., Turnen und Sport in Reinbek, in: Festschrift Reinbek 1963, S. 218 ff.
[733] STAR, II/ 2, Protokollbuch der Gemeindevertretung 1893 – 1913, passim.
[734] Lehmann, A., Zur volkskundlichen Vereinsforschung, in: Dann, O.(Hrsg.), 1984, S. 133 – 149, hier S. 142.

Bürgerverein.[735] Auch in dessen Reihen befanden sich als Mitglieder Gemeindevertreter, die nicht selten in Versammlungen des Vereins spätere Beschlüsse der Gemeindevertretung vorbereiteten. Damit trat der Bürgerverein als Mittler zwischen Einwohnern und politischen Entscheidungsgremien auf und bildete somit als Meinungs- und Diskussionsforum den Ersatz für eine in Reinbek nicht vorhandene bürgerliche Partei. Sozialdemokraten waren im Bürgerverein vermutlich nicht vertreten. Die Mitglieder bereiteten in ihren Versammlungen nicht nur Beschlüsse der Gemeindevertretung und Kandidatenvorschläge für die Gemeindevertreterwahlen vor,[736] sondern sie versuchten z.B. auch über eine Petition an die Eisenbahndirektion in Altona eine Fahrpreisermäßigung für Sonntagsfahrkarten zu erreichen[737], was nicht nur den Bürger Reinbeks als Fahrgäste nach Hamburg zugute gekommen wäre, sondern auch in umgekehrter Fahrtrichtung mehr Wochendgäste aus Hamburg nach Reinbek hätte bringen können. Diskutiert wurde in den Versammlungen grundsätzlich über die Entwicklung Reinbeks und seine wirtschaftlichen Verhältnisse;[738] es wurden in der Folgezeit Kommissionen gebildet, die sich u.a. mit dem Ausbau der Hamburger Straße beschäftigten und in dieser Sache eine Eingabe an den Regierungspräsidenten und den Kreistag richten sollten.[739] Ferner initiierte der Verein die öffentliche Diskussion über die Frage des Baues einer Kanalisation in der Gemeinde,[740] und auch die Einrichtung einer Badestelle an der Bille (1908) und der Bau einer Turnhalle gingen auf Anregungen des Bürgervereins zurück.[741]

Auch nach 1892 spielte die „Miltärische Kameradschaft von 1867 zu Reinbek“ im gesellschaftlichen Leben Reinbeks dadurch eine Rolle, als dass deren Mitglieder nicht nur an den sog. „vaterländischen Feiertagen“ in der Öffentlichkeit präsent waren, sondern auch Sammlungen für wohltätige Zwecke organisierten und durchführten[742]. Die Mitgliederzahlen schwankten zwischen 1892 und 1914

---

[735] Bavendamm, D., 1996, S. 105.
[736] BZ v. 29. September 1894.
[737] BZ v. 13. Dezember 1900.
[738] BZ v. 13. November 1902.
[739] BZ v. 5. August 1908.
[740] Ebd.
Da im Stadtarchiv Reinbek keinerlei Dokumente wie z.B. Mitgliederlisten oder Protokollbücher des Bürgervereins vorhanden sind, mußte hier auf Meldungen der „Bergedorfer Zeitung“ zurückgegriffen werden.
[741] Bavendamm, D., 1969, S. 106.
[742] BZ v. 13. August 1894 und v. 20. Januar 1897.

z. T. erheblich, jedoch kann eine allgemeine Steigerung der Mitgliederzahlen in diesem Zeitraum festgestellt werden.

Mitgliederzahlen der Miltärischen Kameradschaft Reinbek 1892 – 1914:[743]

1892	**44**	1904	**78**
1893	**40**	1905	**84**
1894	**36**	1906	**81**
1895	**55**	1907	**84**
1896	**53**	1908	**61**
1897	**61**	1909	**56**
1898	**54**	1910	**55**
1899	**57**	1911	**55**
1900	**50**	1912	**63**
1901	**54**	1913	**80**
1902	**51**	1914	**78**
1903	**61**		

In Schleswig-Holstein wurden 1900 bis 1910 615 allgemeine Krieger-, Waffengattungs-, Regiments- und Kolonialvereine mit 61.997 Mitgliedern gezählt. Die mittlere Vereinsstärke, bezogen auf die Jahre 1900 bis 1910, betrug 99 Mitglieder, und bei einer Einwohnerzahl von 1.621 544 betrug der Prozentsatz der Mitglieder der allgemeinen Kriegervereine 1910 4,41 Prozent.
Mit 4,54 war der Prozentsatz der Vereinsmitglieder im Kreis Stormarn in Relation zur Bevölkerungszahl von 85.851 etwa gleich hoch, wobei die absolute Zahl der Mitglieder 2.414 in 29 Vereinen betrug. Diese Prozentzahl stellte bezogen auf alle Vereine in den Kreisen der Provinz einen Mittelwert dar; den niedrigsten Prozentsatz an Vereinsmitgliedern in allgemeinen Kriegervereinen hatte der Kreis Altona mit 1,30 Prozent, der höchste fand sich im Kreis Eiderstedt mit 8,09 Prozent.[744]

[743] STAR, II/ 308, Protokollbuch der Militärischen Kameradschaft Reinbek.
[744] Zimmermann, H.-P., 1989, Anhang 4, Tab. 3, S. 835.

Der Mittelwert der Mitgliederzahl zwischen 1900 und 1910 lag bei der militärischen Kameradschaft Reinbek bei 65 Mitgliedern.[745] Bezogen auf 1.980 Einwohner 1910[746] betrug der Prozentsatz der Vereinsmitglieder 3,38 und lag somit unter dem Mittelwert der Kreise in der Provinz Schleswig-Holstein.

Von großer Bedeutung in Schleswig-Holstein waren vor allem die eigenständigen politischen Vereine, die sich während der Zeit des Sozialistengesetzes bildeten. Doch mit der Aufhebung des Gesetzes 1890 endete die Beobachtung der zahlreichen zur Arbeiterbewegung zählenden Vereine keinesfalls. Es wurden über deren Existenz beim Regierungspräsidenten in Schleswig weiterhin Listen geführt, die ihm von den Landräten der Kreise im Regierungsbezirk in regelmäßigen Abständen zugesandt wurden. Von 1895 an ließ sich der Regierungspräsident regelmäßig die Zahlen der in den einzelnen Kreisen des Regierungsbezirkes vorhandenen Vereine melden.[747] Danach waren 1895 im Regierungsbezirk Schleswig 178 Ortsvereine vorhanden. Im Kreis Apenrade vier, Heide sechs, Plön acht, Pinneberg vier, Süder-Dithmarschen acht, Stormarn sechsunddreißig, Rendsburg siebzehn, Oldenburg vier, Eckernförde vierzehn, Segeberg sieben, Schleswig fünfzehn, Kiel (Land) zweiundzwanzig, Flensburg dreißig und Tondern drei.[748]

Das „Verzeichnis der im Regierungsbezirk Schleswig vorhandenen socialdemokratischen Vereine 1895 – 1902“ teilte die Vereine in vier Kategorien ein:

I. Wahlvereine,
II. Politische Vereine,
III. „Vereine, die eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bewirken (Gewerkschaften, Gewerkschaftskartelle, Gewerkvereine, Fachvereine)“,
IV. Weitere Vereine.

Der Landrat des Kreises Stormarn meldete im Februar 1895 unter I.: „Wahlvereine sind nicht vorhanden“, unter II. vier sozialdemokratische Vereine und zwar in Wandsbek, Schiffbek, Lohbrügge und Oldesloe, unter III. insgesamt

[745] STAR, II/ 308, Protokollbuch der militärischen Kameradschaft Reinbek. Mittelwert v. Verf. errechnet.
[746] Jaschke, D., 1973, Tab. 16, o.S.
[747] LAS, Abt. 309, Nr. 12538, Verfügung des Regierungspräsidenten an die Landräte v. 19. Januar 1895.
[748] LAS, Abt 309, Nr. 1238, Verzeichnis der im Regierungsbezirk Schleswig vorhandenen socialdemokratischen Vereine.

einunddreißig Berufsgenossenvereine und Unterstützungsvereine, Handwerkerverbände und -vereinigungen, Zahlstellen für einzelne Handwerksberufe und für Landarbeiter. Deren Sitze befanden sich am Verwaltungssitz in Wandsbek, ferner in Alt-Rahlstedt, Schiffbek, Steinbek, Ahrensburg und Oldesloe. Diese einunddreißig Organisationsgruppen besaßen 1.100 eingetragene Mitglieder, was auf einen relativ hohen Organisationsgrad der Arbeiter im Kreis Stormarn schließen läßt.

Obwohl bereits 1901 ein SPD-Ortsverein in Reinbek gegründet wurde, meldete der Landrat im Februar 1902 an den Regierungspräsidenten: „Veränderungen im Bestande der unter das Vereinsgesetz fallenden sozialdemokratischen Vereine sind im verflossenen Jahre im Kreis Stormarn nicht zu verzeichnen.“[749]

1903 wurden im Kreis ein sozialdemokratischer Verein in Bramfeld, der Verband der Bau, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter von Ahrensburg und Umgegend und der Zweigverein des Centralverbandes der Maurer Deutschlands in Ochsenzoll nach Schleswig gemeldet. Erst im Februar 1904 erschien in der „Nachweisung der Veränderungen im Bestande socialdemokratischer Vereine im Kreise Stormarn“, die der Landrat routinemäßig an den Regierungspräsidenten sandte, ein Arbeiter-Bildungsverein für Reinfeld und Umgegend. Für Reinbek allerdings gab es mehrere Veränderungen anzuzeigen. Es waren gegründet worden:

- Der Sozialdemokratische Verein von Reinbek und Umgegend 1901 (70 Mitglieder). Unter „Bemerkungen“ meldete der Landrat: “ Der Verein ist bisher agitatorisch nicht hervorgetreten, er hält aber ziemlich regelmäßig Versammlungen ab. Bestrafungen wegen Zuwiderhandlungen gegen die Vereinsgesetze sind nicht vorgekommen.“

- Verband der Maurer Deutschlands und verwandter Berufsgenossen, Zahlstelle Reinbek von 1899 (37 Mitglieder),

- Verband der deutschen Zimmerleute, Zahlstelle Reinbek (23 Mitglieder),

[749] LAS, Abt. 309, Nr. 12538, Verzeichnis der im Regierungsbezirk Schleswig vorhanden socialdemokratischen Vereine 1895 – 1902, Landrat des Kreises Stormarn an Regierungspräsident v. 28. Februar 1902.

- Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter- und Arbeiterinnen Deutschlands, Zahlstelle Reinbek von 1902 (20 Mitglieder).[750]

Der SPD-Ortsverein Reinbek wurde am 7. September 1901 gegründet. Die Mitglieder und der Vorstand setzten sich z.T. aus Mitgliedern bereits bestehender Arbeitervereine zusammen.[751] So war z.B. der Maurer F. Amtage aus Schönningstedt sowohl Vorsitzender des Ortsvereins der SPD als auch Mitglied der Bauarbeiterschutzkommission, die bei einer Bauhandwerkerversammlung in Reinbek 1902 ins Leben gerufen wurde, um politisch für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Schutzmaßnahmen für Bauarbeiter einzutreten.[752] Die Verbände der Zimmerleute und Maurer organisierten gemeinsam mit dem SPD-Ortsverein Umzüge, zum 1. Mai. 1912 nahmen an der umfangreichen Maifeier in Reinbek rund 250 Menschen teil. Die Mitgliederzahl des Ortsvereins stieg 1904 auf 153 Mitglieder und 1909 auf 168. Unter ihnen befanden sich auch zwei Frauen, die beide Beisitzerinnen des Ortsvereinsvorstandes waren. In die Gemeindevertretung Reinbeks wurde in der Kaiserzeit keiner der Sozialdemokraten gewählt. Es kam allerdings bei der Wahl der Gemeindevertreter im März 1911 zu einer Stichwahl zwischen einem bürgerlichen und einem sozialdemokratischen Kandidaten, die der Sozialdemokrat verlor.[753]

4.2.6 Individuelle sanitäre Versorgung

Die Bekämpfung von Armutsrisiken wie Krankheit, Wohnungs- und Erwerbslosigkeit fiel seit den 1890er Jahren in den Städten des Deutschen Reiches in den Bereich kommunaler Fürsorge. Dort wurden die Hilfsangebote bei diesen speziellen Armutsrisiken aus der herkömmlichen, umfassenden Armenfürsorge ausgeklammert und eigenständig organisiert. Dies bedeutete in den einzelnen Bereichen Gesundheits-, Kinder- und Jugend-, Wohnungs- und Erwerbslosenfürsorge eine Spezialisierung auch auf wissenschaftlicher und fachlicher Basis,

[750] LAS, Abt. 309, Nr. 12539, Verzeichnis der im Regierungsbezirk Schleswig vorhandenen socialdemokratischen Vereine 1903 – 1906, Landrat an den Regierungspräsidenten v. 24. Februar 1904.
[751] STAR, Sozialdemokratie in Reinbek und Schönningstedt.
[752] BZ v. 12. März 1902.
[753] BZ v. 15. März 1911.

wobei im Gesundheitsbereich die Hygiene Priorität besaß. Es entstanden somit in den Städten zwei Ebenen kommunaler Sozialpolitik: Auf der einen Seite blieb die traditionelle Armenfürsorge, wenn auch mit ihren überkommenen Strukturen und niedrigen materiellen Standards notwendig und deshalb bestehen, andererseits entwickelte sich ein sozialer Dienstleistungsbereich für spezielle soziale Probleme, der jedoch nur für diejenigen tätig werden konnte, die von den Fürsorgestellen erfasst wurden. Für alle anderen, die gleichwohl der Fürsorge bedurften, blieb als Ausweg weiterhin die traditionelle Armenfürsorge.[754] Diese war in großen Städten allerdings relativ gut organisiert, wie das Beispiel der Allgemeinen Armenanstalt Hamburg zeigte. Dort wurde zwar genauestens definiert, welche Personen der Unterstützung durch öffentliche Gelder bedurften und wer abgewiesen und insbesondere an Angehörige, private Wohltätigkeitseinrichtungen, Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und Versicherungsanstalten verwiesen werden konnte, wer aber nach eingehender Prüfung als Bedürftiger eingestuft wurde, erhielt sowohl Nahrung, Kleidung, Feuerungsmaterial als auch ärztliche Hilfe bis hin zur Unterbringung im Krankenhaus. Diese Hilfen mußten allerdings von der Kreisbehörde bzw. vom Armenkollegium bewilligt werden.[755] Während in den Städten die Zahl der von der Armenfürsorge Unterstützten Ende des 19. Jahrhunderts von zwanzig bis dreißig Prozent auf etwa zehn Prozent zurückging, blieb der Prozentsatz der von der Fürsorge Unterstützten in den Landgemeinden zwischen 1849 und 1907 im Vergleich zu den Betroffenen in den Städten etwa gleich gering. Dabei liegt allerdings die Vermutung nahe, dass die Scham, als Fürsorgeempfänger zu gelten, auf dem Lande ungleich größer war als in der Stadt, in der die Anonymität eher gewährleistet war, woraus folgt, dass weniger Unterstützungsberechtigte in den Landgemeinden registriert wurden als in den Städten.

Bezogen auf die Gesamtbevölkerung im Deutschen Reich betrug 1907 der Prozentsatz der Fürsorgeempfänger 3,4%.[756] Wesentlich niedriger dagegen lag der Prozentsatz der dauernden und vorübergehenden Empfänger von Armenhilfe in Schleswig-Holstein. Wenn sich auch der Anteil der dauernd Unterstützten gegenüber dem der vorübergehend Unterstützten zwischen 1891 und 1910

---

[754] Sachße, Chr., 1988, S. 44 f.

[755] Geschäftsordnung für die Armenpflege der Allgemeinen Armenanstalt Hamburg, Hamburg 1893, S. 18 – 29.

[756] Fischer, W., Armut in der Geschichte, Erscheinungsformen und Lösungsversuche der >Sozialen Frage< in Europa seit dem Mittelalter, Göttingen 1982, S. 83.

umkehrte (dauernd Unterstützte 1891: 50,2%, vorübergehend Unterstützte: 49,8% gegenüber dauernd Unterstützten 1910: 41,3% und vorübergehend Unterstützten 58,7%), so blieb der Anteil der Unterstützten bezogen auf die Gesamtbevölkerung der Provinz in diesen zwanzig Jahren konstant bei 0,6% bis 0,7%.[757]

Die Träger der Lasten waren nach dem 1871 in Kraft getretenen Unterstützungswohnsitzgesetz die Ortsarmenverbände bzw. im Falle eines fehlenden Unterstüzungswohnsitzes die Landarmenverbände. Nach der LGO von 1892 war den Landgemeinden die Möglichkeit gegeben, Zweckverbände zu gründen.[758] Schon seit 1874 bestand in Reinbek ein Gesamtarmenverband, der sich zu dieser Zeit hauptsächlich um die Umsetzung der Zuweisungen in das Armen-, Arbeits- und Erziehungshaus in der Gemeinde bemühte und Vorschriften für das Leben in dieser Einrichtung erstellte.[759] Der Zweckverband wurde 1904 aufgelöst. Wenn auch der Prozentsatz von Unterstützungsempfängern in der Provinz gering erscheint, so bedeuteten die Ausgaben für die Armenpflege für die Haushalte der Gemeinden z.T. doch eine erhebliche Belastung. Lagen die Ausgaben für Gesundheit und Soziales, wozu auch die Armenfürsorge zählte, in den preußischen Landgemeinden 1911 bei acht Prozent,[760] so brachte die Gemeinde Reinbek im gleichen Jahr für diesen Bereich zwanzig Prozent des Haushaltes auf.[761]

Ansteckende Krankheiten und deren Verbreitung stellten zum Ende des 19. Jahrhunderts im Kaiserreich ein erhebliches Problem für die staatlichen Behörden und auch die Gemeinden dar, denn es galt, die Erkennung, Behandlung und Vorsorge gegen eine Verbreitung von Infektionskrankheiten zu organisieren und zu überwachen.

Die Tuberkulose lag in Schleswig-Holstein an erster Stelle der Infektionskrankheiten. Von den 35 preußischen Regierungsbezirken rangierte Schleswig-Holstein an zwanzigster Stelle. Während 1877 bis 1883 die an Tuberkulose Erkrankten hauptsächlich in den Kreisen Hadersleben, Apenrade und Husum

---

[757] Barfels, F., Die Wirkungen der Invalidenversicherung in Schleswig-Holstein, Diss.phil, Kiel 1914, S. 74.
[758] LGO, § 128.
[759] STAR, II/ 2432, Gesammt-Armen-Verband Reinbek 1874.
[760] Bohlenz, J., 1965, S. 165.
[761] STAR, II/ 66, Kostenvoranschläge für den Haushaltsplan 1910 – 1911.

lebten,[762] waren die Kreise Süderdithmarschen, Sonderburg und Stormarn von der Flächendichte her mit 86, 78 und 76 Erkrankungen pro qkm am meisten betroffen. Nachdem in der Provinz Vorsorgeuntersuchungen angeordnet und Fürsorgestellen für Tuberkulosekranke eingerichtet worden waren, sank die Zahl der Todesfälle von 3.602 im Jahre 1882 bis auf etwa die Hälfte.[763] Trotzdem ließ sich der Regierungspräsident in Schleswig weiterhin jährlich die Zahl der in den Krankenhäusern behandelten Fälle von Lungenschwindsucht und Tuberkulose und der an diesen Krankheiten Verstorbenen melden. So waren im Kreis Stormarn 1891 bis 1901 und 1910 bis 1913 als Tbc-Erkrankte und Verstorbene in den Krankenhäusern gemeldet: [764]

	Stormarn	**Reinbek**
1891		
Behandelt	29	2
Verstorben	--	--
1892		
Behandelt	14	o.Angaben
Verstorben	9	o.Angaben
1893		
Behandelt	o.Angaben	o.Angaben
Verstorben	o.Angaben	o.Angaben
1894		
Behandelt	33	1
Verstorben	4	1
1895		
Behandelt	42	2
Verstorben	10	2

[762] Gesammtbericht über das öffentliche Gesundheitswesen der Provinz Schleswig-Holstein, 1883 – 1885 (1897), S. 148 f.
[763] Beiträge zur hist. Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1962, S. 44 ff.; Hansen, P.-Chr., Schleswig-Holstein, seine Wohlfahrtsbestrebungen und gemeinnützigen Einrichtungen, Kiel 1892, S. 289 ff.
795 LAS, Abt. 309, Nr. 7380 bis 7385, Lungenschwindsucht, Tuberkulose, Nachweisungen der in den Krankenhäusern und Irrenanstalten verpflegten und verstorbenen Tuberkulösen 1891 – 1901; 1910 – 1913.

	Stormarn	Reinbek
1896	19	2
Behandelt	1	--
Verstorben		
1897		
Behandelt	33	2
Verstorben	9	1
1898		
Behandelt	19	o.Angaben
Verstorben	7	o.Angaben
1899		
Behandelt	27	1
Verstorben	13	1
1900		
Behandelt	38	5
Verstorben	18	2
1901		
Behandelt	27	12
Verstorben	8	3
1910		
Behandelt	27	24
Verstorben	2	2
1911		
Behandelt	31	o.Angaben
Verstorben	11	o.Angaben
1912		
Behandelt	20	13
Verstorben	2	1
1913		
Behandelt	39	o.Angaben
Verstorben	6	o.Angaben

Zur Bekämpfung der Lungenschwindsucht reichten die von der Regierung angeordneten Hygienemaßnahmen in Krankenhäusern, aber auch bei Wohnungswechseln Tbc-Kranker nicht aus.[765] Deswegen beabsichtigte die Regie-

[765] LAS, Abt. 309, Nr. 7384, Bekämpfung der Tuberkulose, Desinfektion beim Wohnungswechsel Tuberkulöser.

rung, Fürsorgestellen für Tuberkulöse einzurichten und forderte die Landräte zur Stellungnahme auf, ob und in welchen Kreisen dies möglich sei.[766]

Der Landrat des Kreises Stormarn schloß für seinen Kreis „mit nur kleinen Städten und ländlichen Ortschaften“ aus Kostengründen aus, dort Spezialkrankenhäuser und Heilstätten einzurichten. Auch besondere Abteilungen für Tuberkulöse in den Krankenhäusern seien wegen der Kosten nicht realisierbar, ferner fehlten Fachpersonal und spezielles Inventar. Statt dessen schlug er eine „geordnete Gemeindepflege“ vor, die in Gestalt von Schwestern bzw. Pflegerinnen Erkrankungen im häuslichen Bereich feststellen sollten, um dann allgemeine Ratschläge zur Befolgung von Vorsichtsmaßnahmen zu erteilen mit dem Ziel, Ansteckungen zu vermeiden. Dies sei aber nur durchführbar, wenn die Gemeinden und kommunalen Verbände die erforderlichen Mittel bereitstellten. Er habe diesbezüglich jedoch nur Absagen erhalten, selbst die Kreisvertretung verweigere Zuschüsse für diese Zwecke. Als Fazit konstatierte v.Bonin, Maßnahmen gegen die Zunahme der Zahl von Tuberkulosekranken seien letztendlich nur „durch gesetzlichen Zwang und durch Inanspruchnahme größerer Verbände“ zu realisieren.[767] Auch eine weitere Verfügung der Regierung aus dem Jahre 1909, Fürsorgestellen für Tuberkulosekranke in den Kreisen einzurichten, stieß beim Stormarner Landrat auf Ablehnung, denn

1. für Fürsorgestellen sei kein Bedarf,
2. wenn Bedarf entstünde, müßten dem Kreis vonseiten der Provinz Förderungen zugesagt werden,
3. große Krankenhäuser, in denen Tuberkulosestationen eingerichtet werden könnten, seien nicht vorhanden,
4. der Kreistag habe es abgelehnt, Mittel für die Gemeindekrankenpflege zu bewilligen, deswegen sollten im Bedarfsfalle die Gemeinden die entsprechend anfallenden Kosten übernehmen.[768]

Auch in anderen Kreisen und Städten wie z. B. Pinneberg, Nortorf, Tönning und Wedel wurden in diesem Zusammemhang ähnlich lautende Stellungnahmen abgegeben.

---

[766] LAS, Abt. 309, Nr. 7383, Bekämpfung der Tuberkulose, Regierungspräsident an Landräte v. 10. August 1906.
[767] LAS, Abt. 309, Nr. 7383, Landrat Stormarn an den Regierungspräsident v. 14. November 1906.
[768] LAS, Abt. 309, Nr. 7384, Bekämpfung der Tuberkulose, Verfügung des Regierungspräsidenten v. 28.Oktober 1909; Landrat Stormarn an den Regierungspräsident v. 20. Januar 1910.

Nachdem in Deutschland die Bekämpfung der Tbc anfänglich primär auf die Heilbehandlung konzentriert war, traten die Fürsorgestellen immer mehr in den Vordergrund der Präventionsmaßnahmen. Sie sollten frühzeitig dafür sorgen, dass Erkrankungen rechtzeitig erkannt wurden und Maßnahmen gegen die Ausbreitung ergriffen werden konnten. Aus diesem Grunde führten einige Städte in Deutschland, Berlin 1883, Düsseldorf 1891 und Charlottenburg 1891, die Anzeigepflicht für Erkrankungen an Tuberkulose und daraus folgende Todesfälle z.B. für Gasthäuser, Hotels, Pensionate und Schulen ein. Dass Fürsorgestellen für Lungenschwindsüchtige im Deutschen Reich generell als notwendig und wirksam erachtet wurden, zeigen die steigenden Zahlen der Fürsorgestellen ausschließlich für Lungenkranke. Von 68 Auskunfts- und Fürsorgestellen 1906 wuchs deren Zahl im Reich bis 1910 auf 320, in Bayern waren im gleichen Jahr außerdem noch 537 Bezirks- und Ortsauschüsse vorhanden. Diese Expansion setzte sich beschleunigt fort, so dass 1920 bereits 3.029 Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke im Deutschen Reich existierten.[769]

In Schleswig-Holstein konnten Heilstätten und Fürsorgestellen teils in staatlicher, teils in privater Trägerschaft eingerichtet und unterhalten werden, so in Plön, Westerland a. Sylt, Geesthacht, Wyk a. Föhr, Oldesloe und Timmendorfer Strand. Eine Beobachtungsstation für Lungenkranke und ein Genesungsheim für Tuberkulöse befand sich in Groß-Hansdorf. Fürsorgestellen für Tuberkulöse wurden 1910 in Altona, Flensburg, Kiel und Wandsbek betrieben.

Auf private Initiative arbeiteten bei der Bekämpfung der Tuberkulose in der Provinz u.a.

- der Provinzialverband der Vaterländischen Frauenvereine in Schleswig-Holstein e.V., Schleswig,
- der Vaterländische Frauenverein II, e.V., Altona,
- der Verein zur Bekämpfung der Tuberkulose, Flensburg,
- der Vaterländische Frauenverein der Stadt Schleswig, Schleswig.[770]

Im Kreis Hadersleben waren 1912 zur Mitarbeit bei der Tuberkulosebekämpfung und der Tuberkulosefürsorge der Beamtenverein, Handwerkerverein,

---

[769] Teleky, L., 1950, S.57.

[770] Deutsches Zentral-Komitee zur Bekämpfung der Tuberkulose, Der Stand der Tuberkulosebekämpfung im Frühjahr 1910, Berlin 1910, S. 62 ff.

kaufmännische Verein und der Handelsverein bereit.[771] Während aus den Kreisen Plön und Stormarn auf entsprechende Anfragen der Regierung Fehlanzeigen erfolgten, erklärten 1912 sich im Kreis Steinburg 29 Vereine ebenfalls zur Mitarbeit bereit, z.B. der Handwerkerverein, der Wirteverein, die Tischlerinnung, die Bäckerinnung, der Lehrerverein und der Militäranwärterverein.[772]
Zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung Reinbeks und Umgegend trug entscheidend als private Wohlfahrtseinrichtung das Krankenhaus bei, da dessen Ärzte Kranke auch ambulant versorgten, denn niedergelassene Ärzte gab es Ende des 19. Jahrhunderts, Anfang des 20. Jahrhunderts in Reinbek noch nicht. Die Grauen Schwestern von der Heiligen Elisabeth betreuten bereits seit 1884 in bescheidenem Maße Kranke in der Kranken- und Siechenanstalt. 1891 wurde das Krankenhaus nach dem Hl. Adolf von Osnabrück in „St. Adolf-Stift“ umbenannt. Aufgrund einer Spende der Erben des Reinbeker Kaufmanns Schramm, der den Nonnen auch das erste, als Krankenanstalt genutzte Gebäude überlassen hatte, konnte 1898 ein Neubau errichtet werden[773]
Das Pflegepersonal stellte der Orden, der Personalbestand der Schwesten in Reinbek betrug

1894:	6	1900:	11
1897:	8	1906:	11
1898:	10	1907:	14[774]
1899:	11		

Über die Arten der Erkrankungen der Patienten des Reinbeker Krankenhauses in der Kaiserzeit konnten vonseiten des Ordens keine Informationen erteilt werden. Angaben über die Gesamtzahl der pro Jahr im Reinbeker Krankenhaus behandelten Patienten, also auch derjenigen, die nicht an Tuberkulose litten, sind nur lückenhaft, teilweise irreführend. So gab z. B. der Gemeindevorsteher Kiehn 1898 die Gesamtzahl der Patienten für das „Schramm`sche Krankenhaus“, das seit 1891 „St. Adolf-Stift“ hieß, mit 281 an. Diese Zahl muß-

[771] LAS, Abt. 309, Nr. 7384, Bekämpfung der Tuberkulose; Landrat des Kreises Hadersleben an den Regierungspräsident v. 7. September 1912.
[772] LAS, Abt. 309, Nr. 7384 Bekämpfung der Tuberkulose, Landrat des Kreises Steinburg an den Regierungspräsidenten v. 9. Juni 1912.
[773] Provinzarchiv der Schwestern von der hl. Elisabeth, Berlin, MH 675/1; MH 675/3.
[774] STAR, II/ 40, Personalbestand des Krankenhauses 1894 – 1907.

te aber falsch sein, denn eine so große Zahl von Patienten konnte das Haus auch in einem Jahr nicht aufgenommen haben. Die Zahl 281 stimmt aber mit der Kurgästezahl der Wasserheilanstalt Sophienbad für 1898 überein. Vonseiten des Gemeindevorstehers wurde 1900 die jährliche Patientenzahl für das Krankenhaus mit 108 angegeben, für andere Jahre fehlen die Angaben.[775]

Zur Versorgung alkoholabhängiger Männer wurde 1900 etwa zwanzig Gehminuten in nord- westlicher Richtung des Reinbeker Ortskerns, aber in den Grenzen der Gemeinde Reinbek, eine Anstalt pachtweise in Betrieb genommen, als deren Träger die 1898 in Hamburg gegründete „Gesellschaft zur Förderung von Trinkerheilstätten“ fungierte. Die Behandlung der Alkoholkranken in der Heilstätte, die „namentlich [. . .] Personen aus den besseren Ständen“[776] aufnahm, beruhte auf dem Prinzip der Totalabstinenz bei körperlicher Arbeit sowohl im Hause als auch in den Feld- und Gartenanlagen und, was zu dieser Zeit üblich war, auf dem Prinzip der geschlossenen, stationären Unterbringung auf Zeit.

Die Unterbringungs-, Verpflegungs- und Pflegepreise in der nun „Heilanstalt Waldesruh“ genannten Einrichtung waren relativ hoch. Sie betrugen um 1900 für die erste Klasse jährlich 1.800 Mark, für die zweite Klasse 1.200 und für die dritte Klasse 600 Mark. Zur Verfügung standen 32 Betten in 24 Zimmern, für die erste und zweite Klasse 22, für die dritte Klasse 10 Betten.[777] Die Preisunterschiede beruhten auf der Lage, der Belegung und Ausstattung der Zimmer. Unterschiedlich waren auch die verschiedenen Arbeits- und Pausenzeiten der Bewohner, von denen die in der dritten Klasse eine längere Arbeitszeit bei kürzeren Pausen leisten mußten. Es handelte sich also um eine privilegierte Einrichtung, die mit der Unterbringung von trunksüchtigen Armen in Arbeitshäusern und deren spezieller Beschaffenheit, Ausstattung und Organisation (womit auch therapeutische Maßnahmen gemeint sind) nichts gemein hatte. Allerdings wurden nicht alle (zahlungskräftigen) alkoholsüchtigen Patienten aufgenommen. Ausnahmen bildeten Fälle, in denen die Brust und Unterleibsorgane nachweislich durch Alkoholabusus stärker verändert waren, die unter Alkohol-

---

[775] LAS, Abt. 309, Nr. 7382, Bekämpfung der Lungenschwindsucht.
[776] Nonne, Die Trinkerheilstätte „Waldesruh“ in Reinbek bei Hamburg, in: Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte (Hrsg.), Hamburg in Naturwissenschaftlicher und Medizinischer Beziehung, Hamburg 1901, S. 407.
[777] Ebd.

Psychosen einschließlich alkohol-epileptischer Psychosen oder unter akutem Alkoholdelirium litten.

Als aufsichtsführender und verantwortlich leitender Arzt wurde der Gründer der Anstalt, Dr. Nonne benannt, der, weil er nicht in Reinbek ansässig war, in Fällen leichterer Krankheiten der Patienten durch einen in Reinbek ansässigen Arzt vertreten wurde, bei schwereren Fällen oder gar Entweichungen aber selbst erschien.

Als organisatorischer Leiter des Hauses („Inspektor“), dem auch die wirtschaftlichen Aktivitäten unterstanden, wurde ein aktives Mitglied des Guttempler-Ordens eingesetzt. Dies sicher nicht von ungefähr, denn die Mitte bis Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts herrschenden Diskussionen um Abstinenz oder Mäßigkeit hinsichtlich des Genusses von alkoholischen Getränken nahm in der medizinischen und juristischen Literatur des erwähnten Zeitabschnittes einen nicht unbeträchtlichen Raum ein. Um es in einem kurzen Diskurs darzustellen: Die Bemühungen der verschiedenen Mäßigkeits- und Abstinenzvereine konzentrierten sich vor, während und nach dem Übergang zum 20. Jahrhundert auf die Arbeiterklasse, von der man annahm, dass diese durch den inzwischen billig zu erwerbenden Branntwein Gefahr liefe, das übermäßig belastende Arbeitsleben und den unbefriedigenden Alltag, bedingt durch miserable Wohn- und Lebensbedingungen, im Alkohol zu ertränken. Die Anfänge der organisierten Bewegungen gegen den übermäßigen Alkohol- und vornehmlich Branntweingenuß fielen schon in die 30er und 40er Jahre des 19. Jahrhunderts,[778]sieht man von einzelnen Versuchen ab, schon im Mittelalter Mäßigkeitsvereine zu gründen, wie dies Kaiser Friedrich III. im 15. Jahrhundert und Moritz von Hessen realisierten.[779]

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde auch versucht, nicht nur die zerstörerische Wirkung des Alkohols aus medizinischer Sicht zu untersuchen und dies zu beweisen, sondern es fanden auch Forschungen statt, die einerseits die physiologische und pathologische Wirkung des Alkohols auf individuelle menschliche Organismen zum Gegenstand hatten und andererseits wurde in zahlreichen medizinischen und soziologischen Fachveröffentlichungen der

---

[778] Hübner, M., Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914, Berlin (Ost) 1988, S. 145.

[779] Alt, K., Über Wert und Einrichtung besonderer Heilstätten für Alhoholkranke, in: Der Alkoholismus. Jg. 4, Bd. 4, Dresden 1903, S. 31.

Frage nachgegangen, welchen Einfluß der übermäßige Konsum hauptsächlich hochprozentiger, alkoholischer Getränke auf das Familienleben und das soziale Leben überhaupt ausübe. Abhandlungen, die die vielfältigen Fragen über den Alkoholismus von verschiedenen wissenschaftlichen Aspekten her betrachteten, erschienen u.a. in der Zeitschrift „Der Alkoholismus“.[780]
Auch die Krankenkassen beschäftigten sich mit den Auswirkungen der Trunksucht, vor allem im Hinblick darauf, ob im Falle der Arbeitsunfähigkeit durch Alkoholmißbrauch den betreffenden Versicherten das Krankengeld gestrichen werden solle. Paul Schenk kam zu dem Ergebnis, dass sich die Not der Angehörigen von Trinkern, denen das Krankengeld entzogen würde, um ein vielfaches vergrößere und so ein weiteres Potential geschaffen werden könne, Alkoholexzesse und -krankheiten zu provozieren. Deswegen wurde er, auch unter Berufung auf andere medizinische Fachkräfte auf dem Gebiet der Suchtkrankheiten, nicht müde, über die Krankenkassen auf deren Mitglieder einzuwirken, um folgende Erkenntnisse erfolgreich vermitteln zu können:

„1. intensive Aufklärung der Kassenvorstände und Kassenmitglieder über die durch Alkoholmißbrauch herbeigeführten Schädigungen und damit zusammenhängend
2. Erkenntnis der Bedeutung und Wichtigkeit der Trinkerheilstätten;
3. Beseitigung der irrtümlichen Auffassung: Wein und Cognak sind hervorragende Stärkungsmittel.“[781]

Gegenüber der Zahl von 1.655 Personen, die wegen Trunksucht in den Jahren 1876 bis 1920 allein in der Provinz Schleswig-Holstein von den Orts- und Landarmenverbänden unterstützt werden mußten[782], war hier, wie auch in anderen Provinzen, die Kapazität der Therapieplätze verschwindend gering.
Die Anfänge der alkoholgegnerischen Bewegungen in Deutschland sind auf protestantische Initiativen in den evangelischen Provinzen Preußens zurückzuführen. Allerdings handelte es sich ursprünglich um Vereinigungen, die die

[780] Ebd.
[781] Schenk, Paul, Alkohol und Krankenkassen, in: Der Alkoholismus, Jg. 4, Bd. 4, Dresden 1903, S. 247 – 254.
[782] Beiträge zur historischen Statistk Schleswig-Holsteins, Kiel 1967, S. 172.

Enthaltsamkeit von gebrannten Getränken forderten, Wein, Bier und vergorene alkoholische Getränke aber als Volksgetränke tolerierten.

1883 wurde in Kassel der „Deutsche Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ gegründet, der sich in seinem Gründungsaufruf an Geistliche verschiedener Konfessionen, Ärzte, Gemeindevertreter, Lehrer und Unternehmer wandte, um deutlich zu machen, dass mit diesen Adressaten als Multiplikatoren der Volksfeind Alkohol planmäßig und mit allen geeigneten Mitteln zu bekämpfen sei.[783] Ziel war aber keineswegs die totale Enthaltsamkeit von alkoholischen Getränken, sondern deren maßvoller Genuß, vom Branntwein abgesehen, dessen Verzehr rigoros der Kampf angesagt wurde. Auch von katholischer Seite wurde der Kampf gegen den übermäßigen Genuß gebrannter Spirituosen aufgenommen, d.h., Gegenstand der Kritik von katholischer Seite waren nicht alkoholische Getränke an sich, sondern deren Mißbrauch; insbesondere wurde gegen den Branntwein zu Felde gezogen, der Religion und Sittlichkeit zerstöre und der Sünde Tür und Tor öffne.[784]

Festzuhalten ist, dass sowohl von katholischer Seite („Kreuzbündnis“) als auch von der evangelischen Amtskirche („Blaues Kreuz“) nicht die totale Enthaltsamkeit hinsichtlich alkoholischer Getränke gefordert wurde, sondern der mäßige Umgang mit denselben und der unbedingte Verzicht auf Branntwein (Schnaps).[785]

Anders als das Prinzip der Mäßigung in der Alkoholfrage forderte der 1851 in Nordamerika gegründete Guttempler-Orden die absolute Abstinenz. Nachdem er bereits in Großbritannien, Schweden, Norwegen, Dänemark und in der Schweiz Fuß gefasst hatte, gründete er auch in Deutschland Niederlassungen, deren Mitgliederzahl bis 1914 auf 60.000 anwuchs.[786] Ziel der Gemeinschaft war es, Alkohol nur noch für medizinischen und industriellen Gebrauch einzusetzen, denn er war zu der Erkenntnis gelangt, dass nur vollkommene Alkoholabstinenz auf Dauer den alkoholkranken Menschen zur Genesung verhelfe. Um eine Vorbildfunktion auszuüben, verzichteten auch die Nicht-Alkoholiker unter den Mitgliedern der Guttempler grundsätzlich auf den Konsum von alko-

---

[783] Hübner, 1988, S. 153.
[784] Ebd., S. 159.
[785] Intensive Bemühungen sowohl evangelischer als auch katholischer Trinkerfürsorge und Suchtkrankenhilfe beschreibt Gaber, H.-J. in seiner Untersuchung „An der Spitze aller Provinzen und Länder“, Trinkerfürsorge und Suchtkrankenhilfe in Westfalen 1820 bis 1995, Bonn 2002.
[786] Krabbe, W., 1974, S. 45.

holhaltigen Getränken. Nach anfänglichen Mißerfolgen bei der Werbung von Mitgliedern in Hamburg seit 1877, was wahrscheinlich an den in englischer Sprache abgehaltenen Versammlungen lag, entstanden ab 1893 in der Hansestadt 50 sog. „Logen“ mit etwa 5000 Mitgliedern. Weil sich Hamburg zum Zentrum der Guttempler entwickelt hatte, wurde die Geschäftsstelle des Ordens 1907 nach Hamburg verlegt.[787]

In Anbetracht der Tatsache, dass relativ viele Trinker von Amts wegen entmündigt wurden, verwundert es, dass diese die ihnen angebotene Hilfe in Heilstätten nicht so angenommen haben, wie es von den Gesundheitsbehörden erwartet worden war, denn immerhin wurden im Zeitraum zwischen 1900 und 1903 in Schleswig-Holstein 66 Trinkerentmündigungen veröffentlicht, doch ist die Trinkerheilanstalt Salem bei Rickling, eine Anstalt des Landesvereins für innere Mission, von entmündigten Trinkern „nur in vereinzelten Fällen“ in Anspruch genommen worden, obwohl die 68 Amtsgerichte der Provinz um die Jahrhundertwende zahlreiche Entmündigungen vorgenommen hatten, die meisten das Amtsgericht Kiel (27 in den Jahren 1900 bis 1903). [788]

Den Berufen nach verteilten sich die wegen Trunksucht entmündigten Männer in Schleswig-Holstein von 1900 bis 1903 wie folgt:

20 Arbeiter und Knechte, 1 Schachtmeister, 1 Zigarrenarbeiter, 12 Landleute, 12 Handwerker, 2 Gastwirte, 3 ehemalige Beamte, je 1 Gärtner, Schäfereibesitzer, Rentner, Schreiber, Höker, Fuhrmann, Seemann, Freiherr, Privatlehrer und cand.jur.[789]

Die in Reinbek eingerichtete „Heilanstalt Waldesruh“ war so angelegt, dass die Patienten nicht nur in Vorträgen und medizinischen Abhandlungen über die gesundheitlichen, familiären und sozialen Nachteile des Alkoholmißbrauchs informiert wurden, sondern zum Tagesablauf gehörte auch körperliche Arbeit. Der zur Anstalt gehörende Garten war nicht so groß, als dass nennenswerte Mengen an Gemüse zur Versorgung der Anstaltsinsassen hätten angebaut und geerntet werden können. Deswegen wurde ein Stück Land von 0,5 ha zugepachtet, auf dem Obst, Gemüse und Kartoffeln für die Anstalt angebaut wur-

---

[787] Wyrwa, U., 1990, S. 224.

[788] Stubbe, Ueber Trinkerentmündigung in Schleswig-Holstein, in: Der Alkoholismus, Jg. 4, Bd.4, Dresden 1903, S. 170 .

[789] Ebd., S. 171.

den, nicht zuletzt auch, um den Patienten aus therapeutischen Gründen die Möglichkeit zu körperlichen Tätigkeiten bieten zu können.

Nach dem Bericht der Heilanstalt von Ende Dezember 1899 befanden sich dort bis Dezember 1899 19 Patienten, von denen Ende des Jahres 17 entlassen wurden. Zu den verbleibenden zwei Patienten kamen als Neuaufnahmen 26 hinzu, von denen vier nach kurzer Zeit die Anstalt wieder verließen. Somit lag der Stand der Patienten zum Berichtszeitpunkt Ende 1899 bei 24, von denen drei der ersten, zwölf der zweiten und neun der dritten Klasse angehörten. Die Gesamtzahl seit Eröffnung der Anstalt am 1. Mai 1898 betrug insgesamt 70 Patienten, „welche dem Berufe nach sich wie folgt vertheilen: 29 Kaufleute (darunter 9 selbständig), 8 Landwirthe, 8 Handwerker, 6 Beamte, 6 Arbeiter, 3 Gastwirthe, 2 Seeleute und 8 verschiedenen Berufs“. Nach eigenen Angaben der „Gesellschaft zur Förderung von Trinkerheilstätten (Heilstätte `Waldesruh`) Reinbek, Holstein, Kreuzweg“ waren 60% der Entlassenen nicht rückfällig geworden, zumindest diejenigen, mit denen man nach mehreren Monaten noch Kontakt hatte. [790] Da die in der Reinbeker Heilstätte therapierten Alkhoholkranken offensichtlich in der Lage waren, die oben angeführten hohen Behandlungspreise zu bezahlen, ist ein Vergleich hinsichtlich Alkoholkranker in der Provinz Schleswig-Holstein und deren Rückfallquoten mit denen in Reinbek nicht zu leisten. Fest steht aber, dass in den Jahren 1876 bis 1920 in Schleswig–Holstein durch die öffentliche Armenpflege insgesamt 922 Trunksüchtige entweder von den Orts- oder Landarmenverbänden offiziell unterstützt wurden,[791] wobei über die Dunkelziffer der nicht offiziell unterstützten Trunksüchtigen, die von der Familie finanziell aufgefangen worden sein mögen, nur spekuliert werden kann.

Der in der Trinkerheilstätte „Waldesruh“ in Reinbek eingesetzte Inspektor C. Jörn, Großlogenmitglied des Guttempler-Ordens, setzte die Prinzipien der Guttempler im Anstaltsleben streng durch. Der früh um sechs Uhr (Sommer) bzw. sieben Uhr (Winter) beginnende Tag war geprägt von Morgengebet und der Arbeit der Patienten im Garten, den Ställen und auf den Feldern, denn weitgehende Selbstversorgung war ein Prinzip der Anstalt. Der Tag endete um 10 Uhr abends mit der obligatorischen Bettruhe.

---

[790] STAR, II/ 203, Trinkerheilanstalt Waldesruh.
[791] Beiträge zur historischen Statistik, Kiel 1967, S.172.

Neben den auch im Winter im Freien stattfindenden gymnastischen Übungen zur Körperertüchtigung wurde zudem dafür gesorgt, dass die Patienten in Einzelgesprächen darüber aufgeklärt wurden, wie wichtig es sei, auch nach der Entlassung aus der Heilstätte Kontakte zu den Gruppenabenden der Guttempler zu halten, um einem eventuell drohenden Rückfall in den aktiven Alkoholismus begegnen zu können. Es galt, „die Patienten allmählich zu überzeugten Abstinenten heranzubilden.“[792]
Ob auch Patienten aus Glinde und Reinbek in der Anstalt aufgenommen wurden, geht aus den Unterlagen nicht hervor.

4.2.7 Gesundheitsrelevante Infrastruktur

Wie bereits unter 4.1.7 dargestellt, existierte in den preußischen Landgemeinden, insbesondere in solchen unter 2.000 Einwohnern, keine Infrastruktur hinsichtlich sozialhygienischer Maßnahmen, wie sie in den Städten seit den 1860/1870er Jahren organisiert wurden. Dies betraf in besonderem Maße die zentrale Versorgung mit Trinkwasser als auch die Ableitung der Abwässer durch eine geplant errichtete Kanalisation. Noch größere Unterschiede zwischen den Stadt- und Landgemeinden traten bei den Schlacht- und Viehhöfen auf. 81 von 87 größeren Städten verfügten im Deutschen Reich über Schlacht- und Viehhöfe, aber nur 4% der Landgemeinden.[793]
Deren Prozentsatz stieg bis 1908 auf 9,10%.[794] Die Frage eines Schlachthofes stand zwischen 1892 und 1914 in der Gemeindevertretung Reinbeks nicht auf der Tagesordnung. Als Fleisch- bzw. Trichinenbeschauer fungierte ein Barbier,[795] im übrigen wurde das Gesundheitswesen im Kreis durch den Kreisphysicus (Kreisarzt) beaufsichtigt.

Eine zentrale Wasserversorgung wurde erst 1925 vonseiten der Verwaltung thematisiert. Zwar war die zentrale Versorgung der Gemeinde Reinbek mit

---

[792] Nonne, 1901, S. 410.
[793] Matzerath, H, 1985, S. 339.
[794] Hofmann, W., Die Entwicklung der kommunalen Selbstverwaltung von 1848 bis 1918, in: Püttner,G. u.a. (Hrsg.),Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 1, Berlin u.a. 1981, S. 80.
[795] STAR, II/ 17, Gewerbesteuer Reinbek 1904 – 1914.

Wasser schon 1913 auf der Tagesordnung der Gemeindevertretung, dieser Punkt wurde jedoch während der Sitzung wieder abgesetzt.[796] 1925 begann der Gemeindevorsteher damit, Informationen über Entstehungskosten, laufende Unterhaltung und Rentabilität von Wasserwerken in Nachbargemeinden zu beschaffen, in denen bereits kommunale Wasserwerke betrieben wurden.[797]

Die Frage der Notwendigkeit, Abwässer zu kanalisieren, zu reinigen und Fäkalien so zu entsorgen, dass eine gesundheitliche Schädigung der Bevölkerung so gering wie möglich gehalten wurde, stellte sich in Reinbek erst um die Jahrhundertwende. Auch in den Städten mußten bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die meisten Stadtbewohner Trink- und Brauchwasser den Brunnen oder Flüssen entnehmen. Fäkalien wurden in Jauchegruben gesammelt und von privaten Abfuhrdiensten abgeholt, die damit anschließend zu nahe gelegenen Feldern fuhren, wo die Fäkalien zur Düngung verwendet wurden. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts wurde begonnen, moderne städtische Einrichtungen zu schaffen, die den damaligen Forderungen nach Hygiene Rechnung zu tragen suchten. Kommunale Wasserwerke versorgten die Stadtbewohner mit Trink- und Brauchwasser, die Abwässer, einschließlich der Fäkalien und des Regenwassers wurden in unterirdischen Kanälen gesammelt. Auf diesem Gebiet galt die Stadt Hamburg als internationales Vorbild für eine systematische Entsorgung der Abwässer durch eine großräumige und zukunftsorientierte Kanalisation. Später allerdings trat das Problem der Kanalisationseinleitungen in Flüsse offen zutage, und die Frage der Abwasserreinigung, um Flußverunreinigungen und damit schwere Krankheiten bei der flußabwärts wohnenden Bevölkerung zu verhindern, stellte ein schwer zu lösendes Folgeproblem dar.[798]

Allerdings waren Flußverunreinigungen durch städtische Abwässer schon 1889 u.a. in Lübeck problematisiert worden. Gleichzeitig wurde vor einer Eskalation der Situation gewarnt, denn die „Siele Lübecks verunreinigen die Flüsse und Seen durch ihre Abwässer, die dadurch herbeigeführten Mißstände werden von Jahr zu Jahr schlimmer werden.“ Der mit dem Problem befasste Gutachter

---

[796] STAR, II/ 2, Protokollbuch der Gemeindevertretung Reinbek 1893 – 1913, Gemeindevertretungssitzung v. 13. Juni 1913.

[797] STAR, II/ 432, Errichtung einer Wasserversorgungsanstalt, Voranschläge der Gemeinden Sande und Aumühle für deren Wasserwerke 1925.

[798] Simpson,v.J., Kanalisation und Stadthygiene im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1983, S.3 ff.

schlug vor, die Abwässer vor einer Einleitung in die Flüsse zu verrieseln und anschließend den Schlamm abzubaggern und zu deponieren.[799]

In Schleswig-Holstein wurde um 1890 begonnen, Kanalisationsprojekte zu realisieren, so in Altona (1890), Flensburg (1890/91), Neumünster (1891 – 1901), Elmshorn (1891), Rendsburg (1892), Wandsbek (1895), Heide (1896), Hadersleben(1899/1900), Husum (1900), Schleswig und Glückstadt (1902). Da sich aber diese Projekte erst sehr langsam verwirklichen ließen, herrschte selbst in den größeren Städten weiterhin die Entsorgung von Fäkalien aus den Haushalten mittels Wechselkübeln vor, die durch Privatunternehmen abgeholt bzw. geliefert wurden. In den Landgemeinden sammelten die Bewohner Fäkalien weiterhin in Senkgruben, deren Inhalt entweder im Erdreich versickerte oder auf Gartenland verteilt wurde.[800]

Die Gemeindevertretung Reinbek befaßte sich 1897 erstmalig mit dem Tagesordnungspunkt „Kanalisation".[801] Sie beschloß, die Wohn- und Geschäftsstraße Schmiedesberg und angrenzende Straßen zu kanalisieren und erbat vom Regierungspräsidenten Anweisungen zur Ausführung des Projektes.[802] Im Frühjahr 1899 forderte der Stormarner Landrat den Gemeindevorsteher auf, die allgemeinen Pläne für das Projekt der Kanalisation Reinbeks vorzulegen und darüber zu berichten, wie weit die Vorarbeiten fortgeschritten seien.[803] Die Regierung machte im folgenden Jahr eine mögliche Genehmigung der Weiterplanung davon abhängig, dass die veranschlagten Kosten von 82.000 Mark gesenkt würden durch

- Einschränkung der aufzunehmenden Regenwassermengen
- Vereinfachung der Kläranlagen

oder noch einfacher durch

- Wegfall eines zentralen Kanalisationssystems mit Kläranlagen und
- Einleitung der „Abwässer der einzelnen Ortstheile in besonderen Röhrenleitungen auf dem kürzesten Wege in den Mühlenteich oder die Unterbille [. . .]."

---

[799] Dr.Renk, Gutachten betreffend der Wakenitz. Trave und des Stadtgrabens bei Lübeck, in: Arbeiten aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte, Beihefte zu den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, Berlin 1889, S. 414 – 422, hier: S. 421.
[800] Lange, U., Modernisierung der Infrastruktur, in: Ders.(Hrsg.), 2003, S. 359 ff.
[801] STAR II/ 2, Protokollbuch Reinbek 1893 – 1913, Gemeindevertretungssitzung v. 26. April 1897.
[802] Ebd., Beschluß v. 3. Oktober 1898.
[803] STAR, II/ 433 Kanalisation der Gemeinde Reinbek 1899 – 1927, Landrat an den Gemeindevorsteher v. 15. März 1899.

Davon ausgenommen werden sollten Fäkalien, die in gesonderten Gruben zu sammeln seien. Unter Umständen müßten darüber hinaus bereits erteilte Genehmigungen für Spülklosetts zurückgenommen werden.[804] Nach Beratungen des Gemeindevorstehers mit dem Landrat wurde ein Geometer damit beauftragt, neue Möglichkeiten der Klärung und Ableitung der Abwässer zu suchen, um die Kosten zu reduzieren. Zudem beschloß die Gemeindevertretung noch 1901, lediglich eine Teilkanalisation zu planen, denn für eine Gesamtkanalisation bestünde in der Gemeinde „kein Bedürfnis."[805] Bis 1903 wurde das Thema Kanalisation zwar immer wieder auf die Tagesordnung der Gemeindevertretungssitzungen gesetzt, aber außer der Wahl einer Kommission, die die Finanzierung des Projektes prüfen sollte, konnten keine zielgerichteten Beschlüsse gefasst werden. Die Debatte über den Tagesordnungspunkt „Kanalisation" wurde immer wieder ausgesetzt.[806] Auch 1904 beschloß die Gemeindevertretung, die Einführung einer Kanalisation mit Rücksicht auf die hohen Kosten zurückzustellen,[807] nachdem der Gemeindevorsteher 1903 dem Landrat mitgeteilt hatte, dass die durch weitergehende Forderungen der Regierung hinsichtlich der Ausführung der geplanten Kanalisation entstehenden Kosten von 98.000 Mark von der Gemeinde nicht getragen werden könnten.[808] Der Bürgerverein von 1892 wies jedoch darauf hin, dass der zunehmende Gestank aus offenen Gräben und Rohrleitungen nicht weiter hinnehmbar sei. Allein aus hygienischen Gründen sei eine Kanalisation dringend erforderlich, wobei Kostengründe in einer finanzstarken Gemeinde wie Reinbek keine Rolle spielen dürften.[809] Zwischen 1906 und 1914 wurden vonseiten Reinbeks und der Nachbargemeinde Wentorf Überlegungen angestellt, ob, wie und wo eine gemeinsame Kläranlage errichtet werden könne. Die Verhandlungen scheiterten 1914.[810] Seitens der Regierung wurden allerdings zwischen 1906 und 1911 keine allzu hohen Anforderungen in Bezug auf den Kanalisationsbau an die Gemeinde Reinbek gestellt, denn selbst der Kreisarzt hielt 1911 eine Kanalisation dort für nicht notwendig, wenn Fäkalien regelmäßig abgefahren oder „4-kammerige

---

[804] Ebd., Regierungspräsident an Landrat Stormarn v. 15. September 1900.
[805] STAR, II/ 2, Protokollbuch der Gemeinde Reinbek 1893 – 1913, Beschluß der Gemeindevertretung v. 12. Juli 1901.
[806] Ebd., Sitzungen der Gemeindevertretung Reinbek vom: 13. November 1901, 10. Oktober 1902, 18. März, 2. Juni, 23.Juli und 6. Oktober 1903.
[807] Ebd., Sitzung v. 8. August 1904.
[808] STAR, II/ 433, Gemeindevorsteher Reinbek an den Stormarner Landrat v. 16. Dezember 1903.
[809] BZ v. 5. August 1908.
[810] Ebd., Verhandlungen über eine gemeinsame Kläranlage Reinbek – Wentorf.

biologische Entwässerungsgruben“ eingerichtet würden. Er kam zu dem Ergebnis, dass er nach Begutachtung der Entwässerung Reinbeks nach der „aktuellen Sachlage eine baldige Kanalisation nicht für erforderlich“ halte.[811] Obwohl bei dem Gemeindevorsteher zwischen 1908 und 1913 zahlreiche Beschwerden über die mangelnde Leistungsfähigkeit der Abwassersammelbekken, die dadurch entstehende Geruchsbelästigung und die Beeinträchtigung der Gesundheit von Anwohnern durch Jauche und andere Abwasserinhaltsstoffe eingingen, berief sich dieser fortan auf das 1911 erstellte kreisärztliche Gutachten. Die Klagen der Einwohner über das Fehlen einer planmäßigen Kanalisation seien unberechtigt und die aus vier Kammern bestehenden Entwässerungsanlagen, die mehr und mehr von privater Seite errichtet würden, genügten in absehbarer Zeit für Reinbek.[812]

Erst 1920 wurde damit begonnen, Teile der Gemeinde, vornehmlich Hauptstraßen, zu kanalisieren.[813] Erste Hausanschlüsse wurden 1933 vorgenommen[814], der Anschluß der fortschreitenden Kanalisation Reinbeks an das Hamburger Sielnetz erfolgte dagegen erst zwischen 1954 und 1970.[815]

4.2.8 Die Energieversorgung

Während die Gemeinde Glinde 1912 den Anschluß an die elektrische Überlandzentrale in Lübeck ohne langwierige Diskussionen in der Gemeindevertretung beschloß und auch nicht nach alternativen Lösungen zur angebotenen Stromversorgung suchte, fanden in Reinbek schon 1896 erste Vorüberlegungen statt, wie die Gemeinde mit elektrischem Strom für die Straßenbeleuchtung zu versorgen sei.[816] Zu dieser Zeit und noch weit darüber hinaus wurden die Straßen Reinbeks von Petroleumlampen beleuchtet, die von Nachtwächtern und Laternenanzündern bedient wurden. Petroleum war Anfang der 60er Jahre

---

[811] Ebd., Kreisarzt Dr. Hunnius an den Regierungspräsidenten v. 7. Januar 1911.
[812] Ebd., Schriftliche Antworten des Gemeindevorstehers auf Beschwerden Reinbeker Einwohner.
[813] STAR, II/ 330, Kanalisation der Bahnofstraße und Bergstraße.
[814] STAR, II/ 1133, Hausanschlüsse an die Kanalisation am Schmiedesberg.
[815] STAR, III/ 670, Ausbau der Kanalisation, Anschluß an das Hamburger Sielnetz.
[816] STAR, II/ 2, Protokollbuch der Gemeindevertetung 1893 – 1913, Sitzung v. 31. August 1896: „Die Gemeindevertretung erklärt sich mit der Anlegung von Leitungsdräthen für eine elektrische Lichtanlage auf den hiesigen Gemeindewegen einverstanden und ist bei zusagenden Preisen bereit sich mit der Straßenbeleuchtung an dieser Sache zu betheiligen.“

des 19. Jahrhunderts von Amerika nach Deutschland exportiert worden, wo es als Beleuchtungsmittel vielerorts in relativ kurzer Zeit zur Verfügung stand. Die Ausbreitung wurde dadurch begünstigt, dass das Petroleum zollfrei importiert werden konnte, dass der Preis im Gegensatz zum Gas niedrig war und dass die amerikanischen Exportfirmen zumindest für die privaten Verbraucher von Petroleum Lampen gratis mitlieferten. Das Petroleum als Beleuchtungsmittel hielt sich im Deutschen Reich nicht zuletzt sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich deswegen so lange, weil großen Teilen der Bevölkerung und auch den Kommunen die Aufwendungen für die Installation von Gas- und Elektroleitungen als zu hoch erschienen.[817]

Wie bereits unter 4.1.7 dargestellt, gingen die Anfänge der Elektrizitätsversorgung auf private unternehmerische Initiativen zurück, wie dies z.B. auf dem Gut Glinde der Fall war. Vielfach entstanden auch kleinere Ortsanlagen als Nebengeschäfte von Mühlen, Säge- oder sonstigen Betrieben. Kommunale Behörden standen aus verschiedenen Gründen der Errichtung von Elektrizitätswerken skeptisch gegenüber, denn sie scheuten sowohl das finanzielle als auch das technische Risiko und waren nicht bereit, sich an langfristige Konzessionsverträge mit den stromerzeugenden Werken zu binden. In den Städten stellte sich jedoch kurz vor der Jahrhundertwende heraus, dass sich öffentliche Elektrizitätswerke als rentabel erwiesen und eine nicht unerhebliche Einnahmequelle für die Gemeinden bedeuteten. Das hatte zur Folge, dass Kommunen um die Jahrhundertwende versuchten, zumindest Kapitalbeteiligungen oder sogar Kapitalmehrheiten bei privaten Elektrizitätswerken zu erlangen, die dann entweder als kommunale Unternehmen oder als gemischtwirtschaftliche Unternehmen betrieben wurden.[818] In den Großstädten dominierten in der Folge dessen zu Anfang des 20. Jahrhunderts die Elektrizitätswerke als kommunale Unternehmen.[819]

Während sich in diesen Städten die Stromversorgung nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich ausweitete, begann man in Schleswig-Holstein erst Ende des 19. Jahrhunderts, mit der Straßenbeleuchtung erstmals

---

[817] Wehrmann, W., Die Entwicklung der deutschen Gasversorgung von ihren Anfängen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Diss.rer.pol., Köln 1958, S. 59 ff.

[818] Ott, H. (Hrsg.), Statistik der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Deutschlands 1890 – 1913 (Historische Energiestatistik von Deutschland, Bd. 1), St. Katharinen 1986, S. XXXVI.

[819] Ambrosius G., Die wirtschaftliche Entwicklung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken (Ab ca. 1850 bis zur Gegenwart), in: Pohle, H.(Hrsg.), Kommunale Unternehmen. Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1987, S. 125 – 153, hier: S. 129

elektrischen Strom im öffentlichen Bereich zu nutzen.[820] Die neue Energie wurde dort auch in kleineren Städten nutzbar gemacht. Westerland a. Sylt z.B. besaß schon 1893 ein eigenes Elektrizitätswerk, das in den Abendstunden Lichtstrom lieferte, Wesselburen konnte bereits 1896 die Straßen mit elektrischem Licht beleuchten, aber eine allgemeine, flächendeckende Versorgung mit Strom, an der auch die Mehrzahl der Privathaushalte partizipierte, erfolgte in den ländlichen Gebieten Schleswig-Holsteins erst in den 20er bis 30er Jahren des 20. Jahrhunderts.[821] Die Zahl der Elektrizitätswerke in Schleswig-Holstein erhöhte sich zwischen 1891 bis 1894 von eins auf sieben, von welchen drei von Einzelpersonen, eins von einer Kapitalgesellschaft und drei von öffentlichen Eigentümern betrieben wurden. Diese Zahlen stiegen bei allen Betreibern ständig an, jedoch waren 1913 von 162 Elektrizitätswerken in der Provinz immer noch 57 im Eigentum von Einzelpersonen, 52 wurden von Kapitalgesellschaften und 43 von öffentlichen Eigentümern betrieben. An Leistung in Kilowatt erbrachten 1913 die Werke der Kapitalgesellschaften 62,2%, die der öffentlichen Eigentümer 20,3% und die der Einzelpersonen 4,5%, bezogen auf die Gesamtmenge des erzeugten Stroms.[822]

Zwischen 1896 und 1898 bemühte sich die Berlin-Hamburger Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft darum, der Gemeinde Reinbek Strom zu liefern,[823] doch 1898 wurden diese Verhandlungen abgebrochen zugunsten der Überlegung, in der Gemeinde selbst ein Elektrizitätswerk zu bauen.[824] 1899 kaufte der Hamburger Unternehmer Groß von der Gemeinde das Mühlengrundstück am Mühlenteich für 83.000 Mark. Nachdem die Mühle teilweise abgerissen und zu einem Elektrizitätswerk umgebaut worden war, gab die Gemeinde für den Betrieb des Werkes als Garantiesumme 10.000 Mark, und die Villenbesitzer, die sich seit 1896 besonders um die Versorgung der Privathaushalte der Gemeinde mit elektrischem Strom bemüht hatten, stellten 30.000 Mark zur Verfügung.[825] Als neuer Inhaber der „Elektricitätswerke Reinbek“ wurde der Elektrotechniker Ernst Sperling aus Hamburg im Februar 1900 in das Handelsregister

---

[820] Siehe 4.1.7.
[821] Lange, U., in: Ders. (Hrsg.), 2003, S. 357 ff.
[822] Ott,H. (Hrsg.), 1986, S. 174.
[823] BZ v. 22. Februar 1896, v. 7. September 1896.
[824] BZ v. 14. Februar 1898; STAR, II/ 2, Protokollbuch der Gemeindevertretung Reinbek 1893 – 1913, Beschluß der Gemeindevertretung v. 5. August 1898.
[825] BZ v. 13. Februar 1899.

des Amtsgerichts Reinbek eingetragen.[826] Laut Konzessionsvertrag mit Privatabnehmern lieferte das Werk ab 1. Januar 1900 Strom. Der Preis für Lichtstrom betrug 80 Pfennig, für Kraftstrom 40 Pfennig und für Geschäftsleute mit nur einem Zähler (Mischstrom) 50 Pfennig pro Kilowattstunde. Hinzu kamen die Zählergebühren von jährlich 16 Mark für einen Lichtstromzähler und 4 Mark für einen Kraftstromzähler. Diese Preise galten bis 1913. Die Erzeugung des Stroms erfolgte durch Wasserkraft und durch eine nachträglich eingebaute Gasmaschine. Die Zunahme der Stromabnehmer in der Gemeinde lag in den ersten Jahren nach 1900 bei etwa dreißig pro Jahr, stieg später auf fünfzig und betrug 1919 insgesamt 839.[827]

Obwohl das Elektrizitätswerk seit 1900 in der Lage war, der Gemeinde Strom in ausreichender Menge zu liefern, wurde die Straßenbeleuchtung zunächst nicht von Petroleum auf Strom umgestellt. Schon 1889 war erkennbar, dass zwei Gründe gegen eine zügige Realisierung der Versorgung Reinbeks mit elektrischem Strom sprachen: Der eine bestand darin, dass man sich weder in der Bevölkerung noch unter den Mitgliedern der Gemeindevertretung darüber einigen konnte, ob als Leuchtmittel Strom oder Gas verwendet werden sollte. Zeitweilig wurde auch erwogen, angeregt durch Vertreter verschiedener Gesellschaften, Acethylengas als Leuchtmittel in Betracht zu ziehen.[828] Als zweiter Grund der latenten Ablehnung gegen die Einführung des Stroms galt die Ungewißheit über die Höhe der Kosten, die der Gemeinde und damit den Einwohnern als Steuerzahler auferlegt werden würden, wenn die elektrische Straßenbeleuchtung mit allen ihren Folgekosten realisiert würde. Selbst die Intervention des in einer Versammlung der Gemeindevertreter anwesenden Landrates brachte keine Entscheidung, denn die „Mehrheit der Anwesenden verhielt sich, wie verlautet, ablehnend [. . .], weil der Gemeinde dadurch zu große Lasten auferlegt würden.“[829] 1902 machte das Elektrizitätswerk der Gemeinde ein konkretes Angebot. Es bestand darin, 96 Glühlampen in 96 Lampen einschließlich Material und Montage für 10.158 Mark zu liefern.[830] Eine Entscheidung seitens der Gemeindevertretung darüber fiel vorerst nicht, dafür jedoch versuchte

---

[826] STAR, II/ 118, Straßenbeleuchtung in Reinbek, Bekanntmachung des Königlichen Amtsgerichts Reinbek v. 14. Februar 1900.
[827] STAR, V/ 59, Die „Elektrizitätswerke Reinbek-Wentorf G.m.bH.“, Tagebuch von E. Claussen, ca. 1957, S. 10 ff.
[828] BZ v. 15. April 1898.
[829] BZ v. 16. Oktober 1898.
[830] STAR, II/ 118, Straßenbeleuchtung in Reinbek.

man 1903 als alternative Straßenbeleuchtungsmöglichkeit Keroslampen aufzustellen. Dieses Petroleum-Gaslicht unterschied sich von anderen Petroleumlampen dadurch, dass das Petroleum durch Kohlensäure in einen Vergaser gepresst wurde und dadurch eine starke Helligkeit bei geringem Brennstoffverbrauch entstand. Versuche mit diesen Leuchten liefen angeblich bereits in verschiedenen Hamburger Stadtteilen.[831] Die Versuche in Reinbek schienen jedoch nicht zur Zufriedenheit der Gemeindevertreter ausgefallen zu sein, denn diese beschlossen im November 1903: „Es wird beschlossen, von dem Ankauf der beiden Keros=Lampen und zunächst auch von der Einführung der elektrischen Beleuchtung abzusehen.“[832] Nach zahlreichen Eingaben des Reinbeker Bürgervereins,[833] der schließlich 1910 als Alternative zur elektrischen Beleuchtung Gasbeleuchtung vorschlug,[834] welche aber bereits 1907 wegen einer möglichen Vergiftung der Umwelt unter Bezug auf Untersuchungsergebnisse an Bäumen in der Hamburger Kirchenallee abgelehnt worden war,[835] kam es am 31. Oktober 1910 zum Vertrag zwischen Vertretern der Gemeindevertretung Reinbek und dem Eigentümer des Elektrizitätswerkes. In ihm verpflichtete sich das Werk, „die Straßenbeleuchtung durch elektrisches Licht [. . .] auszuführen.“[836] Daran anschließend beschloß die Gemeindevertretung, den Abschluß des Vertrages zu genehmigen und alle Petroleumlampen auf Reinbeks Straßen durch elektrische Lampen zu ersetzen. Insgesamt wurden 154 Lampen installiert, davon 112 in Gemeindestraßen und 42 in Privatstraßen.[837] Am 1. August 1911 wurden die Straßen Reinbeks zum ersten Male elektrisch beleuchtet.[838]
Das Elektrizitätswerk war bis 1920 ein privatwirtschaftliches Unternehmen und wurde im gleichen Jahr von der Gemeinde Reinbek bis 1952 als kommunales Elektrizitätswerk weitergeführt.[839]

---

[831] BZ v. 9. August 1903.
[832] STAR, II/ 2, Protokollbuch der Gemeindevertretung 1893 – 1913, Beschluß der Gemeindevertretung v. 24. November 1903.
[833] STAR, II/ 118, Straßenbeleuchtung in Reinbek, Eingaben des Bürgervereins von 1892 an die Gemeindevertretung, u.a. v. 4. Februar 1904, v. 13. Dezember 1907, v. 30. Januar 1909.
[834] Ebd., Eingabe des Bürgervereins von 1892 v. 5. August 1910.
[835] STAR, II/ 117, Der Anschluß von Reinbek an die Bergedorfer Gasanstalt, Beschluß der Gemeindevertretung v. 9. Oktober 1907.
[836] STAR, II/ 118, Straßenbeleuchtung in Reinbek, Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Elektrizitätswerk v. 31. Oktober 1910.
[837] STAR, II/ 2, Protokollbuch der Gemeindevertretung 1893 – 1913, Sitzung v. 4. November 1910.
[838] BZ v. 2. August 1911.
[839] STAR, V/ 59, Die „Elektrizitätswerke Reinbek-Wentorf G.m.bH.“, Tagebuch von E. Claussen ca. 1957, S. 19 f.

Die Problem der Versorgung der Gemeinde mit Gas wurde erst in den Jahren 1920 bis 1927 diskutiert. Ab 1922 wurden in der Gemeindevertretung Beschlüsse gefasst, Rohrleitungen zu verlegen, um die Bürger der Gemeinde mit Gas für Koch- und Heizzwecke zu versorgen.[840]

[840] STAR, II/ 279, Gasversorgung in Reinbek 1920 – 1927; STAR,II/ 278, Verlegen und anschließen von Gasleitungen 1922 – 1930.

5. Zusammenfassung und Schlußbetrachtung

Nach dem Vorbild der Stein'schen Reformen von 1808 für die Selbstverwaltung der Städte sahen sich nicht nur Preußen, sondern auch die anderen Staaten veranlaßt, die Gemeindeordnungen für die Landgemeinden nach ähnlichen Grundsätzen zu errichten. Für viele Landgemeinden bedeutete dies, Gemeindevertreter nach dem Dreiklassen - Wahlrecht in neu einzurichtenden Gemeindevertretungen zu wählen. Dieser Vorgang hatte eine politische Bevorzugung der Begüterten in den Gemeinden zur Folge. Gleichwohl konnten im Kaiserreich - wenn auch in geringen Ansätzen - demokratische und parlamentarische Gepflogenheiten als auch Erfahrungen mit kommunalpolitischen Handlungen eingeübt werden.
Schon in diesen Bereichen besaß die Gemeinde Reinbek durch deren Einführung einer Gemeindevertretung 1880 gegenüber Glinde einen Vorsprung von vierzehn Jahren. Dazu ergab sich für Reinbek eine Überlegenheit gegenüber Glinde aus seiner Vorgeschichte als Ort, in dem jahrhundertelang ein tributberechtigtes Kloster bestand, von welchem außer Glinde viele andere Gemeinden abhängig waren. Nach der Zerschlagung des Klosters erhielt Reinbek eine Bedeutung als Amt und zeitweilig als Sitz des Landrates des Kreises Stormarn.

In dieser Dissertation wurden sowohl damalige Anforderungen an die Landgemeinden Glinde und Reinbek in politischer und verwaltungsrelevanter Hinsicht und deren Reaktionen darauf untersucht als auch die äußerlich sichtbaren Veränderungen während des Kaiserreiches in beiden Gemeinden vor dem Hintergrund der entstehenden modernen Verkehrsinfrastruktur in Preußen im 19. Jahrhundert, die ihrerseits in den Landgemeinden zu technischen, ökonomischen und sozialen Veränderungen führte. Beispielhaft zeigte dies die Errichtung des Bahnhofs in Reinbek 1846 an der Hauptstrecke Berlin-Hamburg, welche entscheidend dazu beitrug, Reinbek für begüterte Zuzügler zu erschließen mit allen daraus entstandenen demographischen, ökonomischen, aber letztendlich auch ökologischen Konsequenzen.
Die Auswahl der Landgemeinden Glinde und Reinbek als zu untersuchende Gemeinden in Stormarn resultierte daraus, dass für beide Landgemeinden keine zusammenhängenden und vergleichenden historischen Untersuchungen für

die Zeit des Kaiserreiches im Hinblick auf die Entwicklung der sozialen Struktur der Bevölkerung, der Landwirtschaft, des Handels, des Gewerbes, der Kommunalpolitik und der Infrastruktur vorliegen. In anderen Gemeinden des Kreises wie Oldesloe und Wandsbek konnten derartige Untersuchungen eher durchgeführt werden, weil diese nicht nur im Unterschied zu kleinen Gemeinden in den zur Verfügung stehenden amtlichen Unterlagen aus dem Untersuchungszeitraum, z.B. in Statistiken, Erwähnung fanden, sondern weil dort auch die Quellenlage aufgrund ihrer exponierteren Stellung und Lage umfangreicher und weniger lückenhaft ist. Gleichwohl konnte in dieser Arbeit, zumindest hinsichtlich der Gemeinde Reinbek, in einigen Bereichen der Entwicklung nachgewiesen werden, dass dort Suburbanisierungstendenzen spätestens seit Ende des 19. Jahrhunderts vorhanden waren.

Vom dynamischen Ausbau des Chausseenetzes in Schleswig-Holstein während der Jahre 1847 bis 1912 blieb Reinbek unberührt. Die Auswirkungen der Schaffung von verkehrsräumlichen Grundstrukturen in der Provinz, z.B. die Erschließung des ländlichen Raumes, Zulieferungs- und Absatzmöglichkeiten von Waren und die Verkürzung von Reisezeiten waren allerdings Vorteile, für deren Nutzung die Gemeinde der Chausseen vorerst nicht bedurfte, denn sie hatte den Eisenbahnanschluß an die Großstadt Hamburg.

Obwohl Glinde an einem der holsteinischen Hauptverkehrswege von Hamburg nach Mölln lag, konnte dieser zu einer Erschließung der Gemeinde im Kaiserreich nicht entscheidend beitragen. Er erleichterte erst Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts den Transport von Waren des Gutes Glinde nach Hamburg. Die ursprünglichen Erwartungen an die Anbindung der Gemeinde an die Strecke der Südstormarnschen Kreisbahn 1907 - z.B. die Hoffnung auf Zuzug von Arbeiterfamilien aus Hamburg und auf die Schaffung einer Infrastruktur für den Fremdenverkehr - konnten trotz großer finanzieller und ideeller Anstrengungen der Gemeinde und einzelner Einwohner nicht realisiert werden.

Der Wege- und Straßenbau beschränkte sich in beiden Gemeinden auf die Unterhaltung und den Aus- und Neubau von innergemeindlichen Wegen und Straßen, wobei die Gemeinde Glinde deutlich weniger neue Straßen anlegte. Sie war vielmehr darum bemüht, die alten zu unterhalten und z.T. auch zu verbessern.

Eine relativ langen Zeitraum nahm zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Reinbek die Neuanlage von Wohn- und Geschäftsstraßen ein, deren Planung und Realisierung durch den zunehmenden Bau von Wohn- und Geschäftshäusern notwendig wurde. In den beiden ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts konnte eine Vielzahl von noch heute wichtigen Straßen auf Beschluß der Gemeindevertretung geplant und gebaut werden, deren Kosten allerdings auch einen großen Teil des gemeindlichen Haushaltes in Anspruch nahmen.
Die defizitäre Quellenlage in Glinde machte sich gerade hinsichtlich der Neubauten und der Gebäudeum- und Anbauten bemerkbar. Nachweisbar sind im Untersuchungszeitraum der Neubau von einigen Wohn- und Stallgebäuden als auch der einer Schule, eines Bahnofs und einer Kaserne für Wanderarbeiter. Räumliche Erweiterungen des bebauten Terrains der Gemeinde hat die Untersuchung nicht ergeben.
Wie auch in anderen Regionen des Deutschen Reiches, vornehmlich in der Nähe von Großstädten, entwickelten sich in Reinbek mit deutlicher Unterstützung kommunalpolitischer Entscheidungen („Villenklausel“) Villenterrains. Der Neubau von großen, komfortablen Wohnhäusern in drei Villengebieten, der Zuzug reicher städtischer Privat- und Geschäftsleute dorthin, der darauffolgende, wenn auch langsame Ausbau der gemeindlichen Infrastruktur und die vermehrten Gründungen von Dienstleistungs- Handwerks- und Einzelhandelsbetrieben trugen dazu bei, dass die Landgemeinde zunehmend einen städtischen Charakter annahm. Dieser Umstand hat im politischen Bereich letztendlich dazu geführt, dass das seit 1889 bestehende Amt Reinbek 1896 von seinen ihm zugehörenden ländlichen Gemeinden abgetrennt wurde und das Amt von 1897 an nur aus der Gemeinde Reinbek bestand.

Entgegen den ständig sinkenden Bevölkerungszahlen in den kleinen und kleineren Gemeinden Schleswig-Holsteins zwischen 1892 bis 1914 nahmen in diesem Zeitraum in Glinde und noch viel deutlicher in Reinbek die Zahlen der Einwohner zu. Dieser Umstand war in Glinde auf den Zuzug später in der Gemeinde seßhaft werdender ausländischer Wanderarbeiter zum Gut Glinde und auf den Zuzug von Handwerkern und Arbeitern zurückzuführen. Für Reinbek resultierte die starke Zunahme der Bevölkerung (zwischen 1871 und 1910 plus 143,7%) in den letzten Jahrzehnten des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhun-

derts zum einen aus dem Zuzug Hamburger Neubürger in ihre neuen Häuser und aus den damit verbundenen Konsequenzen, wie die Zunahme der Zahl von verschiedenen Betrieben und damit auch der Anzahl von Beschäftigten, die sich wiederum in Reinbek niederließen.

Parteipolitische Aktivitäten waren im Untersuchungszeitraum in Glinde nicht feststellbar, obwohl einige Glinder Arbeiter nach Gründung des SPD Ortsvereins Reinbek 1901 dort Mitglieder wurden. Bei den Reichstagswahlen 1898, 1903, 1907 und 1912 entfielen die meisten Glinder Stimmen jeweils auf den Kandidaten der Sozialdemokraten. Selbst bei der Reichstagswahl von 1907, als im Deutschen Reich und in Schleswig-Holstein die Zahlen der Stimmen für die SPD abnahmen, erreichte in Glinde der Kandidat der SPD die höchste Stimmmenzahl im Vergleich zu den anderen Reichstagswahlen. Die zweithöchste Stimmenzahl entfiel dort jeweils auf die Reformpartei/Antisemiten.
Die Stimmen der Reinbeker Wahlberechtigten waren bei diesen Reichstagswahlen wesentlich differenzierter verteilt. Dort erhielt der sozialdemokratische Kandidat zwar 1898 die einfache und 1903 die absolute Mehrheit, ansonsten jedoch gewannen die nationalliberalen und konservativen Kandidaten die meisten Stimmen.

Wie in zahlreichen anderen Landgemeinden waren die Behebung aktueller Probleme auch in den untersuchten Gemeinden bei kommunalpolitischen Entscheidungen Voraussetzung für politisches Handeln. Eigene mittel- oder langfristige Entwicklungskonzepte wie z.B. Bebauungspläne, Strombedarfs- oder Kanalisationsberechnungen existierten vor 1914 weder in Glinde noch in Reinbek. Bedürfnisse, die von Einwohnern ausgesprochen wurden, oder Mißstände, die Abhilfe erzwangen, wurden von den Gemeindevertretern aufgenommen und in der Regel auf die Tagesordnung der Gemeindevertretungssitzungen gesetzt; dort wurde je nach Dringlichkeit oder Bedeutung entweder mit Beschlüssen sofort reagiert oder die Behandlung vorliegender Anträge auf nachfolgende Sitzungen verschoben, was relativ häufig geschah.

Während in Glinde kaum weitreichende und kommunalpolitisch bedeutsame Beschlüsse gefasst wurden,[841] die eine Zukunftsperspektive für die Gemeinde auf dem Wege zur modernen Kleinstadt hätten erkennen lassen können, stellten sich die Entscheidungen der Gemeindevertretung Reinbek in wesentlichen Punkten weitsichtiger dar, wobei die Straßenplanung besonders hervorzuheben ist. Wenn sich auch die Entscheidung z.B. für die Versorgung der Gemeinde mit elektrischem Strom über viele Jahre hinzog, so ist doch erkennbar, dass politische Kräfte in der Gemeinde, in diesem Fall der Bürgerverein von 1892, nicht nachließen, immer wieder darauf zu drängen, ein eigenes Elektrizitätswerke zu bauen oder zumindest den Strom eines anderen Anbieters über eine Überlandleitung zu beziehen. Allerdings führte sowohl das Fehlen qualifizierter Hilfskräfte in der Verwaltung als auch mangelnde Sachkompetenz und nicht vorhandene Professionalität der Gemeindevertreter sowie deren Vorsitzenden immer wieder dazu, dass durch die Bildung von Kommissionen zur Klärung von Sachfragen, das Einholen von mündlichen Zustimmungen beim Landrat oder der Regierung Zeitverluste entstanden, die eine zügige Durchführung von Beschlüssen schon im Ansatz behinderten und verzögertern. Selbst die in den Protokollen der Gemeindevertretung erkennbaren Einsichten, mit der Durchführung infrastruktureller Veränderungen eine Attraktivität des Ortes auch für Externe und damit eine Förderung der Wirtschaft erreichen zu können, änderte wenig an der Unsicherheit der Gemeindevertretung, entsprechende Beschlüsse im Interesse der Gemeinde und deren Bewohner zügig umzusetzen. So wurde z.B. 1897 erstmalig der Tagesordnungspunkt „Kanalisation“ in der Gemeindevertretung behandelt. Den hygienisch-sozialen Aspekt und die negativen Erfahrungen der nahen Stadt Hamburg mit ungeklärten Abwässern außer acht lassend, wurden die ersten Kanalrohre, die in die Bille führten, in einigen Teilen von Hauptstraßen erst 1920 verlegt. Die ersten Hausanschlüsse folgten 1933 und der Anschluß der Kanalisation Reinbeks an das Hamburger Sielnetz wurde erst 1970 abgeschlossen.

Im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung konnten die Städte und Landgemeinden im Deutschen Reich aufgrund ihrer weitgehenden Finanzhoheit

[841] Als Ausnahmen können zwischen 1894 und 1914 der schnelle Beschluß der Gemeindevertretung vom November 1912, die Gemeinde an die elektrische Überlandleitung anschließen zu lassen und die Bemühungen um einen Haltepunkt an der Strecke der Südstormarnschen Kreisbahn gelten.

eigene Politik im Rahmen der geltenden Städte- bzw. Landgemeindeordnungen weitgehend selbst gestalten. Zwar wäre es vonseiten der staatlichen Behörden durch aufsichtsbehördliche Verfügungen oder durch die Ausführungsbestimmungen des preußischen Kommunalabgabengesetzes von 1893 möglich gewesen, kommunale Selbstverwaltungsrechte durch Interventionen zu beschränken, dies wurde jedoch selbst bei der Schuldenentwicklung der untersuchten Gemeinden offensichtlich vermieden, vermutlich um die Bereitschaft der Gemeinden zur Leistungsfähigkeit bei der Schaffung von infrastrukturellen Neuerungen nicht zu beeinträchtigen. Die Gemeinden in Preußen finanzierten ihre Verpflichtungen und Vorhaben sowohl aus eigenen Einnahmen, aus Kommunalsteuern, Gebühren, Beiträgen und dem Erlös aus öffentlichem Vermögen als auch aus staatlichen Zuweisungen. Da in den untersuchten Gemeinden die Einnahmen zum überwiegenden Teil aus Kommunalsteuern bestanden, weil keine weiteren direkten Einnahmen z.B. aus öffentlichen Betrieben wie Wasserwerken oder Elektrizitätswerken erwartet werden konnten, mußten die über die Einnahmen hinausgehenden Kosten über die Aufnahme von Darlehn gedeckt werden. Das zu Beginn des Kaiserreiches postulierte Prinzip für die Gemeinden, zumindest einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, wenn nicht sogar Überschüsse zu erwirtschaften, konnte mit der Ausweitung der kommunalen Leistungen und den auch damit steigenden Personal- und Verwaltungskosten nicht mehr realisiert werden. Der Schuldendienst stellte deswegen in den Haushalten der Gemeinden einen erheblichen Anteil der Ausgaben dar.

Da die Gemeinde Glinde aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl und deren Einkommensstruktur auf nur geringe Einnahmen aus Kommunalsteuern und auf nur minimale Erlöse aus Kommunalvermögen zurückgreifen konnte, belief sich ihr Schuldendienst 1911 auf fast ein Viertel des Haushaltsvolumens.

Die erheblichen Einnahmen aus Einkommens- und Gewerbesteuern gaben der Gemeinde Reinbek andere Möglichkeiten, Anregungen der Gemeindevertretung in bezug auf infrastrukturelle und wirtschaftliche Innovationen zu planen, zu beschließen und durchzuführen. Exemplarisch dafür stand zu Beginn des 20. Jahrhunderts der gemeindliche Straßenbau in Reinbek, für dessen Durchführung zwar auch staatliche Zuschüsse gewährt wurden, für den jedoch in den

Jahren 1905 bis 1914 und darüber hinaus bedeutende Geldsummen aus dem Gemeindehaushalt aufgewendet wurden.
Die Ausgaben für den Schuldendienst lagen 1911 mit ca. 12% des Gesamthaushaltes etwa auf der Höhe der durchschnittlichen prozentualen Ausgaben der Landgemeinden in Preußen für diesen Haushaltstitel.
Eine weitere große Belastung für den Haushalt Reinbeks stellte der Titel „Gesundheit und Soziales“ mit einem Fünftel seines Gesamtvolumens 1911 dar. Hier machten sich insbesondere die Ausgaben der Gemeinde für den Gesamtarmenverband Reinbek bemerkbar, die aufgrund der relativ hohen Bevölkerungszahl und der positiven Einkommensverhältnisse der Gemeinde Reinbek gegenüber den dem Zweckverband angehörenden kleineren Gemeinde ungleich höher waren, als deren Beiträge zum Verband. Aus diesem Grunde wohl schied die Gemeinde Reinbek 1904 aus dem Gesamtarmenverband aus.

Glinde und Reinbek befanden sich zur Zeit des Kaiserreiches in einer hauptsächlich landwirtschaftlich geprägten Region Schleswig-Holsteins, in der auf etwa der Hälfte der als Ackerland genutzten Bodenfläche vornehmlich Roggen angebaut wurde. Die andere Hälfte wurde in der Hauptsache zur Betreibung von Milchwirtschaft genutzt. Im Südwesten des Kreises Stormarn reagierten die landwirtschaftlichen Betriebe um die Jahrhundertwende auf die gestiegene Nachfrage der hamburger Bevölkerung nach Gemüse, dessen Anbau in diesem Teil des Kreises eine immer größere Bedeutung gewann. In den zunehmend mit Maschinen ausgerüsteten landwirtschaftlichen Großbetrieben und auf größeren Höfen bestand die Arbeiterschaft vornehmlich aus Tagelöhnern mit kleinem Besitz am Ort, aus Deputatisten und in den Sommermonaten aus ausländischen Wanderarbeitern, deren Mehrzahl in der Region aus Polen, Ruthenien und Galizien stammte. Viele von ihnen, unter denen sich auch Frauen und Kinder befanden, blieben nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges an ihren angenommenen Wohnorten, weil ihnen die Rückkehr in die Heimat versagt wurde. Die dadurch veränderten Bevölkerungsstrukturen, hauptsächlich durch die Religionszugehörigkeit, blieb für die untersuchten Gemeinden ohne sichtbare Auswirkungen. Während Glinde zwischen 1892 und 1914 seinen ländlichen Charakter behielt, der durch die Vergrößerung des Gutes Glinde vielleicht sogar noch verstärkt wurde, nahm die Zahl der in der Landwirtschaft Beschäftig-

ten in Reinbek im Laufe der Jahre ab. Obwohl dort zu Beginn des 20. Jahrhunderts noch drei große Höfe außerhalb des Ortskerns vermutlich als Schweinemastbetriebe bewirtschaftet wurden, verringerte sich gleichzeitig die Zahl der Anbauerstellen und kleiner Erbpachthöfe.

Entsprechend der Zunahme der Handwerksbevölkerung in Preußen nahm auch die Zahl der Handwerker in Schleswig-Holstein vor allem in den Nahrungshandwerksberufen zu. Hier jedoch blieb sowohl für viele selbständige als auch nicht selbständige Handwerker die Landwirtschaft als Nebenerwerb aus Gründen der Existenzsicherung erhalten. Eine ähnliche Entwicklung kann für die Gemeinde Glinde festgestellt werden, in der Handwerker auch weiterhin landwirtschaftliche Nebenerwerbsstellen bewirtschafteten. Die Steigerung der Handwerkerzahl in Reinbek war ungleich größer als in Glinde. Dies galt besonders für Selbständige, die aufgrund des wirtschaftlichen Aufschwungs der Gemeinde zwischen 1892 und 1914 große Chancen sahen, eine Existenz aufzubauen und zu sichern.
Im Gegensatz zu Glinde waren in Reinbek Dienstleistungsbetriebe verschiedener Ausrichtung ansässig. Das älteste Dienstleistungsunternehmen der Gemeinde war die 1847 gegründete Reinbeker Sparkasse. Die in Deutschland zu Beginn des 19. Jahrhunderts, vereinzelt auch vorher gegründeten Sparkassen, deren ursprüngliche Intentionen in einem Beitrag zur Lösung von sozialen Problemen und bei der Unterstützung der ärmeren Bevölkerungsschichten lagen, wurden zunehmend zu Kreditgeben von Gewerbetreibenden, Handwerkern und Bauern. Von der Mitte des 19. Jahrhunderts an stieg die Zahl der Sparkassen im Deutschen Reich, aber auch in Schleswig-Holstein stetig an. Die flächenmäßige Abdeckung mit Sparkassen unterschied sich in Schleswig-Holstein von anderen preußischen Provinzen durch eine geringere Größe der Geschäftsbezirke je Sparstelle und der niedrigeren Zahl von Einwohnern je Sparstelle. Bei beiden Kriterien lagen die Sparkassen Schleswig-Holsteins unter den preußischen Durchschnittswerten. Im Kreis Stormarn wurden zwischen 1820 und 1905 siebzehn Sparkassen gegründet. Die 1885 unter kommunale Trägerschaft gestellte Reinbeker Sparkasse konnte ihre Dienstleistungen in dreizehn umliegende Gemeinden anbieten. Ihre Überschüsse wurden für außerordentli-

che kommunale Zwecke und gemeinnützige, öffentliche und wohltätige Zwecke in Reinbek verwendet.

Kulturelle Einrichtungen sind in der Gemeinde Glinde für den Untersuchungszeitraum, außer einer Schule, nicht nachweisbar. Vermutlich wurde in Glinde bereits seit der Mitte des 18. Jahrhunderts Schulunterricht abgehalten. Eine Schulkate existierte seit Anfang des 19. Jahrhunderts in der Gemeinde. 1898 wurde ein neues, aber einklassiges Schulgebäude errichtet, das den behördlichen Anforderungen entsprach. Leider macht sich auch hier bemerkbar, dass aufgrund fehlender Quellen nur bruchstückhafte Aussagen über die Anzahl der unterrichteten Schüler, das Lehrer-Schüler-Verhältnis oder die Ausstattung der Schule gemacht werden können. Vor dem Hintergrund der seit 1814 eingeführten Schulordnung für Schleswig und Holstein, nach der nun die Volksschulen unter staatliche Aufsicht gestellt wurden, nachdem sie vorher entweder in privater oder kirchlicher Trägerschaft geführt worden waren, ist die positive Entwicklung des Volksschulwesens in Schleswig-Holstein, auch auf dem Lande, zu sehen. Bedingt durch die steigende Anzahl von ausgebildeten Lehrern und zunehmend auch Lehrerinnen verbesserte sich das Lehrer-Schüler-Verhältnis auf dem Lande rascher als in den Städten. Trotz der positiveren Lehrer-Schüler-Verhältnisse konnte die Qualität des Unterrichts in den Landschulen nicht gesteigert werden und blieb somit auf einem relativ niedrigen Niveau, da dort einklassige Schulen in der Mehrzahl waren und zudem die besser ausgebildeten Lehrer gegen höhere Bezahlung eher in den Stadtschulen unterrichteten.
Bedingt durch eine steigende Schülerzahl in Reinbek um die Jahrhundertwende baute die Gemeinde einen Neubau mit Lehrerwohnungen an das 1880 errichtete Schulgebäude an, sodass die neue Volksschule nun vierklassig, bis 1914 fünfklassig geführt werden konnte.
Eine bedeutende Baumaßnahme für die politische und kirchliche Gemeinde Reinbeks stellte die 1901 fertiggestellte neue evangelische Kirche dar. Sie war nun Mittelpunkt einer Kirchengemeinde, zu der neben Reinbek die Gemeinden Schönningstedt, Glinde und Ohe gehörten.

Die im Deutschen Reich sich seit etwa 1840 entwickelnde Vereinsleidenschaft, die sich um die Jahrhundertwende zu einer Massenbewegung steigerte und die

in der Folgezeit nicht nur wirtschaftliche und gesellschaftliche, sondern auch politische Veränderungen hervorrief, fand in Glinde offensichtlich keine Resonanz , denn es wurden dort während des Untersuchungszeitraumes keine Vereine gebildet. Ein Grund dafür mag darin zu finden sein, dass Vereine als Ausdruck des bürgerlichen Aufstiegs in Glinde aufgrund der bestehenden Bevölkerungsstruktur keinen fruchtbaren Boden vorfanden. Obwohl seit den 1880er und 1890er Jahren in großen Städten wie München, Nürnberg oder Hamburg gerade auch die Unterschichten von einer zweiten Gründungswelle erfasst wurden und diese, wenn auch später als in den Städten, auf dem Lande zur Bildung von Sport- und Geselligkeitsvereinen führte, wurde in Glinde kein Verein, welcher Art auch immer, gegründet. Vermutlich lag ein weiterer Grund dafür darin, dass, anders als in den Städten, eine Trennung von Wohn- und Arbeitsplatz für viele nicht gegeben war und somit neben dem zusätzlichen Zeitaufwand für landwirtschaftlichen Nebenerwerb weniger freie Zeit von der Arbeit zur Verfügung stand, die z.B. für Aktivitäten in Vereinen hätte genutzt werden können. Eine völlig andere Situation hinsichtlich Vereinsgründungen und eines aktiven Vereinslebens stellte sich in Reinbek dar. Dort waren die Voraussetzungen für ein Vereinsleben vielfältiger. Einerseits strebte ein bürgerlicher Teil der Bevölkerung aufgrund seiner städtischen Herkunft danach, städtisches Verhalten in den Alltag der Landgemeinde zu tragen. Andererseits war die Bevölkerungsstruktur so beschaffen, dass relativ viele unselbständig Beschäftigte nach der Arbeit und am Sonntag über ein Freizeitpotential verfügten, das ihnen erlaubte, am Vereinsleben aktiv teilzunehmen. Aber auch ein Teil der selbständigen Handwerker unter den Einwohnern engagierte sich meist in mehreren Vereinen gleichzeitig, wobei vermutlich auch geschäftliche Beziehungen untereinander weitgehend genutzt werden konnten. Eine beträchtliche Zahl dieser in den Reinbeker Vereinen aktiven selbständigen Handwerker waren auch Mitglieder der Gemeindevertretung, in der sie selbstverständlich auch ihre Interessen vertraten. Die mitgliederstärksten Sport- und Geselligkeitsvereine in Reinbek waren der Schützenverein, der Männer-Gesangverein, der Männerturnverein und der aus diesem entstandene Reinbeker Turnverein. Sie wurden zwischen 1874 und 1904 gegründet.

Eine Sonderstellung im Vereinsleben der Gemeinde nahmen der 1869 gegründete „Vaterländische Frauenverein“ und die „Militärische Kameradschaft von

1867 zu Reinbek“ ein. Der Frauenverein, der sich in Schleswig-Holstein im Kaiserreich primär bei der Tbc-Prävention und beim Bau und der Unterhaltung von Krankenhäusern engagierte, setzte sich in Reinbek als Wohltätigkeitsverein bei der Armenfürsorge ein. Die militärische Kameradschaft spielte hinsichtlich ihrer Mitgliederstärke, ihrer häufigen Präsenz und ihrer Aktivitäten in der Öffentlichkeit an nationalen Feiertagen in Reinbek eine wichtige Rolle. War 1887 die Zahl ihrer Mitglieder noch relativ gering, so stieg sie bis 1914 erheblich an. Gleichwohl lag der Prozentsatz der Mitgliederzahl des Reinbeker Kriegervereins im Vergleich zu den Prozentzahlen der Kreise in Schleswig-Holstein etwa ein Drittel unter deren Mittelwert. Die Mitglieder des Reinbeker Vereins setzten sich anfänglich aus Angehörigen der Unter- und Mittelschicht zusammen, bis 1914 jedoch zählten, vermutlich im Zusammenhang mit einem zunehmenden Nationalgefühl im Deutschen Reich, Angehörige aller Schichten und Berufe zu den Mitgliedern.

Als politischer Verein konnte der Bürgerverein von 1892 gelten, der quasi die Funktionen einer in der Gemeinde nicht vorhandenen bürgerlich-konservativen Partei übernahm, indem er in erster Linie Bedürfnisse der zugezogenen bürgerlichen Einwohner Reinbeks bündelte, formulierte und als Anträge der Gemeindevertretung zur Beratung und Beschlußfassung zuleitete. Die Tätigkeit dieser aktiven Mitglieder des Bürgervereins widersprachen damit offensichtlich dem Vorurteil, dass bürgerliche Interessenvertreter konservativ und fortschrittsfeindlich seien, denn von ihnen gingen wesentliche Anstöße dazu aus, dass Reinbek einen entscheidenden Schritt nach vorne auf dem Wege zur modernen Kleinstadt ging. Ob der Bürgerverein möglicherweise Wegbereiter oder gar Vorläufer einer später entstandenen örtlichen Parteigruppierung geworden ist, wurde im Verlaufe dieser Untersuchung nicht erforscht, doch könnte dies im Zusammenhang mit einer Untersuchung über das Entstehen politischer Parteien in Reinbek ein interessanter und vielversprechender Ansatz sein.

Ein Ortsverein der SPD wurde 1901 als Vertretung der Arbeiter in Reinbek gegründet. Von der Gründung bis 1914 versuchten Parteimitglieder immer wieder, über Anträge an die Gemeindevertretung Einfluß auf die Kommunalpolitik zu nehmen. Diese Aktivitäten waren jedoch ebenso erfolglos wie die 1911 erstmalig erfolgte Kandidatur eines Sozialdemokraten bei der Wahl der Gemeindevertreter.

Krankheit war neben Arbeitslosigkeit, Alter, Kinderreichtum und unvollständiger Familie bis zur Einführung der Sozialversicherung eine der Hauptursachen von Armut in den Städten des Deutschen Reiches. Die Zahl der Unterstützungsempfänger lag in den preußischen Landgemeinden zwar unter der der Unterstützten in den Städten, aber die Ursachen für die Armut waren auch dort die gleichen. Diejenigen in der Bevölkerung, die aus den genannten Gründen nicht in der Lage waren, ihre Grundbedürfnisse dauerhaft zu decken, waren auf die Armenfürsorge angewiesen, die bis in die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts durch bürokratisch-verwaltungsorientierte Organisation und zentrale Steuerung gekennzeichnet war. Als Folge dessen waren diejenigen Kranken, die der sog. Unterschicht angehörten, darauf angewiesen, mit Bettlern, Krüppeln und infizierten Kranken in einer Anstalt stationär untergebracht zu werden. Erst um die Jahrhundertwende erfolgte eine stärkere Differenzierung der Einrichtungen in Armen- und Krankenpflege. Geistig Gestörte wurden in Schleswig-Holstein in gesonderten Irrenanstalten verwahrt. Das Preußische Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, das ab 1870 auch in Schleswig-Holstein galt, hatte schon vorher die Grundlage dafür gelegt, dass nicht mehr der Geburtsort zuständig war für die Armenunterstützung im Bedarfsfalle, also auch bei Arbeitsunfähigkeit durch Krankheit, sondern unter bestimmten Voraussetzungen die Wohngemeinde bzw. der Orts- oder Gesamtarmenverband, dem diese Gemeinde angehörte. Es wurden Armenverbände in räumlichen Bezirken geschaffen, die die Durchführung der Armenpflege organisieren und gewährleisten sollten.

Eine Trennung der Armenpflege und des Gesundheitswesens fand in Schleswig-Holstein erst Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts statt. Die Landgemeindeordnung von 1892 sah vor, dass die Versorgung von Kranken in der Regel auf Kosten der öffentlich finanzierten Armenhilfe im Falle eines notwendig gewordenen stationären Krankenhausaufenthaltes durchzuführen sei. Da sich der Gesetzgeber aber eine spätere Kostenerstattung durch den Patienten vorbehielt, fand in den meisten Fällen eine häusliche Krankenpflege mithilfe freiwilliger, sozialer und humanitärer Einrichtungen statt.

Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung führte u.a. dazu, dass dem Staat die Aufgabe übertragen wurde, für die Bedürfnisse der Schwachen in Notfällen zu sorgen. Gesetzliche Grundlagen waren das Krankenversicherungsgesetz von

1883, das Unfallversicherungsgesetz von 1884 und das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von 1889. Die ursprüngliche Absicht Bismarcks, mit der Einführung der Sozialversicherungen die Arbeiterbewegung, die den Schutz der Arbeiter in den nun versicherten Lebenssituationen schon lange gefordert hatte, zu schwächen, konnte nicht erreicht werden.

Krankenhäuser entstanden in Schleswig-Holstein erst Mitte des 19. Jahrhunderts in den Städten und waren Bestandteil der Armenpflege. Auf dem Lande lag die Verwaltung der Armenfürsorge und diese selbst in der Regel bei Gesamtarmenverbänden. Auf der Grundlage der LGO, Zweckverbände bilden zu können, setzten diese sich aus Gemeinden zusammen, die alleine für sich mit der Finanzierung der Armenpflege in den meisten Fällen überfordert waren. Die amtlichen Unterlagen wiesen für die Provinz Schleswig-Holstein zwischen 1876 und 1920 1002 Orts- und Gesamtarmenverbände und zwei Landarmenverbände aus. Zu dem von 1874 bis 1904 bestehenden Gesamtarmenverband Reinbek gehörten bis zu seiner Auflösung 25 Gemeinden.

Die individuelle Versorgung von Kranken, Gebärenden und Wöchnerinnen wurde in Glinde im Untersuchungszeitraum entweder durch häusliche Pflege oder in akuten Fällen durch hinzugezogene Ärzte aus Reinbek oder Bergedorf geleistet. Medizinische Fachkräfte, Hebammen und eine Apotheke gab es während dieser Zeit in der Gemeinde nicht.

Obwohl die Tuberkulosekrankheit in Schleswig-Holstein schon während der 1870er und 1880er Jahre ein ernstes Problem darstellte, war es Anfang des 20. Jahrhunderts schwierig, im Kreis Stormarn Fürsorgestellen für Tuberkulöse einzurichten. Zwar hatte die Regierung Vorsorgeuntersuchungen angeordnet und die Landräte aufgefordert zu prüfen, ob in ihren Kreisen eine Einrichtung von Fürsorgestellen möglich sei, doch im Kreis Stormarn scheiterte dieses Regierungsvorhaben an der Weigerung des Landrates, dafür finanzielle Mittel bereitzustellen. Die Bekämpfung der Tuberkulose sei nach seiner und des Kreisrates Ansicht Sache der Regierung und neu zu erlassener Gesetze, allenfalls die der Armenverbände bzw. der Gemeinden, aber nicht die des Kreises.

Zwischen 1891 und 1913 wurden im Kreis Stormarn 398 und in Reinbek 62 Tbc-Kranke in den Krankenhäusern behandelt, von denen im Kreis Stormarn 91 und in Reinbek mindestens 13 verstarben. Die private Wohlfahrtseinrichtung in Reinbek, das seit 1891 bestehende Krankenhaus St.Adolf-Stift, trug bereits

Ende des 19.Jahrhunderts und erst recht in den Folgejahren entscheidend zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung Reinbeks und der umliegenden Gemeinden bei. In diesem Hause, das von den Grauen Schwestern von der Hl. Elisabeth gegründet und geführt wurde und wird, waren zeitweilig die einzigen Ärzte im Gebiet des Amtes Reinbek. Neben diesem Krankenhaus befanden sich an individual-gesundheitsrelevanten Einrichtungen in Reinbek eine Trinkerheilstätte für begüterte Patienten vornehmlich aus Hamburg und die 1857 gegründete und 1910 in Konkurs gegangene Kaltwasserheilanstalt „Sophienbad.“ Eine Apotheke wurde 1889 eingerichtet.

Bereits in den 1860/70er Jahren wurden in den Städten Preußens infrastrukturelle sozialhygienische Maßnahmen durch vermehrte Wohnungshygiene, Abwasserkanalisationen und Müllbeseitigung, zentrale Trinkwasserversorgung und die Einrichtung von Vieh- und Schlachthöfen systematisch organisiert und durchgeführt. Diese Maßnahmen sollten für die Landgemeinden zwar Vorbildcharakter besitzen, aber besonders in den Gemeinden unter 2.000 Einwohnern konnten sie erst Jahrzehnte später realisiert werden.
Wann Glinde erstmalig zentral mit Trinkwasser versorgt wurde, ist für die Untersuchung der Gemeinde im Kaiserreich nicht relevant, doch selbst in der größeren und schon im Kaiserreich städtisch geprägten Landgemeinde Reinbek dauerte dies bis in die 1930er Jahre. Über einen Schlacht- und Viehhof verfügen beide Gemeinden bis heute nicht.
Selbst in größeren Landgemeinden und in Städten Schleswig-Holsteins wurde erst um 1890 damit begonnen, Kanalisationsprojekte zu realisieren.
In Glinde mußten die Einwohner z.T. bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts selbst für die Versorgung mit Trinkwasser und die Entsorgung von Abwässern, Fäkalien und Abfällen sorgen. Auch in Reinbek zog sich die Frage der Einrichtung einer Kanalisation trotz des in Gemeindeunterlagen dokumentierten Wissens um die Gefahren der unkontrollierten Entsorgung von Abwässern von 1897 bis 1920 hin. Eine zentrale Wasserversorgung aller Haushalte wurde erst 1925 in der Gemeindevertretung thematisiert. Die Gründe für die zögerliche Diskussion über sozialhygienisch- infrastrukturelle Maßnahmen lagen in Reinbek einerseits in der Unprofessionalität der Gemeindevertreter und der mit derartigen Großprojekten nicht vertrauten Verwaltung, andererseits in einer falsch verstande-

nen Sparsamkeit der Gemeindevertretung, die es vorzog, die Verantwortung für die Entsorgung von Abwässern, Müll und Unrat der Privatinitiative der einzelnen Einwohner zu überlassen. Der verantwortliche Gemeindevorsteher bediente sich in der Argumentation gegen die Einführung einer zentralen Kanalisation nicht zuletzt auch der Ansicht verantwortlicher, medizinischer Beamter der Kommunalaufsichtsbehörde, die den Kanalisationsbau, zumindest im Untersuchungszeitraum, nicht für notwendig erachteten.
Die gleiche Zögerlichkeit trat vonseiten der Gemeinde bei der Frage der Versorgung mit elektrischem Strom zutage. Auch hier wurde in teils öffentlichen Diskussionen immer wieder einseitig auf die Nachteile und hohen Kosten hingewiesen, Vorteile der Neuerung in Frage gestellt und ignoriert, einschlägige Anträge vonseiten der Einwohner häufig von der Tagesordnung der Gemeindevertretung gestrichen oder auf nachfolgende Sitzungstermine verschoben. Obwohl bekannt sein mußte, dass sich in Schleswig-Holstein die Stromversorgung nicht nur im öffentlichen, sondern auch im privaten Bereich zunehmend ausweitete und die Zahl der Elektrizitätswerke in der Provinz immer weiter stieg und damit u.U. der Strom billiger werden konnte, dauerte die Diskussion und die Einführung zumindest einer öffentlichen Straßenbeleuchtung von 1896 bis 1911. In diesem Jahr lieferte das private Elektrizitätswerk Reinbek nach langen Verhandlungen und auch gerichtlichen Auseinandersetzungen mit der Gemeinde erstmalig Strom für Lampen in Privat- und Gemeindestraßen Reinbeks. Die Gemeinde Glinde wurde ab 1912, anfänglich in sehr geringem Umfang, mit elektrischem Strom des Überlandwerkes Lübek beliefert.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass vor dem Hintergrund einer zunehmenden Verstädterung vieler Landgemeinden in Schleswig-Holstein und im Kreis Stormarn Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts in der Gemeinde Glinde Ansätze und Absichten vorhanden waren, im Zuge der Gemeindeentwicklung Schritte auf dem Weg zur modernen Kleinstadt zu gehen. Diese jedoch blieben nach den Ergebnissen der vorliegenden Untersuchung in den Ansätzen stecken. Glinde behielt zwischen 1892 und 1914 in allen Bereichen des gemeindlichen Lebens seinen dörflichen Charakter. Erst Mitte der 1930er Jahre wurde das dörfliche Leben durch die Ansiedlung eines Rüstungsbetriebes und den Bau von Siedlungen für dessen Arbeiter aufgebrochen. Es bedürfte also

durchaus einer wissenschaftlichen Untersuchung, wie diese Industrieansiedlung und deren Folgen dazu beigetragen haben könnten, kleinstädtische Strukturen entstehen zu lassen.

Wenn auch in Reinbek während des Kaiserreiches viel versprechende Ansätze zur Innovation der Infrastrukturen aus den in der Untersuchung dargestellten Gründen erst relativ spät realisiert wurden, war die Zeit des Kaiserreiches für die Gemeinde ein zukunftsweisender Abschnitt in ihrer Geschichte auf dem Weg zur modernen Kleinstadt. Es konnte im Untersuchungszeitraum im sozialen, ökonomischen und kulturellen Bereich eine Verstädterungsentwicklung Reinbeks festgestellt werden, deren Ausgangspunkt paradoxerweise in der landschaftlichen Attraktivität einer Landgemeinde und dem damit verbundenen Zuzug zahlreicher städtischer Privat- und Geschäftsleute lag.

Verzeichnis der Tabellen (Anhang)

Anhang 1:
Erbaute Gebäude, Gebäudeerweiterungen in Glinde zwischen 1892 und 1914.

Anhang 2:
Erwerbstätige, Altenteiler und Rentner in Glinde 1880 – 1912.

Anhang 3:
Voranschläge der Gemeinde Glinde für die Rechnungsjahre 1894/95 – 1914/15.

Anhang 4 a – h:
Viehzählungen in Glinde 1902, 1904, 1906, 1908, 1909, 1910, 1911, 1912.

Anhang 5:
Erbaute Gebäude in Reinbek zwischen 1892 und 1914.

Angang 6:
Erwerbstätige, Altenteiler und Rentner in Reinbek 1880 – 1912.

Anhang 7:
Voranschläge der Gemeinde Reinbek für die Rechnungsjahre 1904/05 – 1914/15.

Anhang 8 a – h:
Viehzählungen in Reinbek 1902, 1904, 1906, 1908,1909, 1910, 1911, 1912.

Anhang 9:
Zur Gewerbesteuer veranlagte Handwerksbetriebe in Reinbek 1904 – 1914.

Anhang 10:
Zur Gewerbesteuer veranlagte Handels- und Dienstleistungsbetriebe in Reinbek 1904 – 1914.

Anhang 11:

Kurzbiographien der Kandidaten für die Reichstagswahlen 1893 – 1912 im Wahlkreis 8 (Altona – Stormarn), die in den Reichstag gewählt wurden.

Abkürzungsverzeichnis

Abs.:	Absatz
ADAV:	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
ALR:	Allgemeines Landrecht
Anm.:	Anmerkung
Art.:	Artikel
Aufl.:	Auflage
Bd.:	Band
BdL:	Bund der Landwirte
BZ:	Bergedorfer Zeitung
Ders.:	Derselbe
Dies.:	Dieselbe
Diss.:	Dissertation
DKB:	Deutscher Kriegerbund
DKV:	Deutscher Kriegerverband
Ebd.:	Ebenda
erw.:	erweitert/e
H.:	Heft
Hrsg.:	Herausgeber
hrsg.:	herausgegeben
i.W.:	in Westfalen
Jg.:	Jahrgang
LAS:	Landesarchiv Schleswig
LGO:	Landgemeindeordnung
M:	Mark
o. Nr.:	ohne Nummer

o. Verf.:	ohne Verfasser
o.J.:	ohne Jahr
p. Courant:	preußisch Courant (Zahlungsmittel)
PLKV:	Preußischer Landes-Kriegerverband
Pr.:	Preußen
Reg. Bez.:	Regierungsbezirk
S.:	Seite
s.:	siehe
SPD:	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
STAG:	Stadtarchiv Glinde
STAR:	Stadtarchiv Reinbek
Tab.:	Tabelle
Tbc:	Tuberkulose
u.U.:	unter Umständen
Verf.:	Verfasser
VHS:	Volkshochschule
z.T.:	zum Teil
zit.:	zitiert

6. Quellen- und Literaturverzeichnis

6.1 Ungedruckte Quellen und Zeitungen

Landesarchiv Schleswig:

Abteilung 47, Universität Kiel
11, 12.

Abteilung 111, Die Ämter Reinbek, Trittau und Tremsbüttel
227, 228, 1470.

Abteilung 301, Oberpräsidium zu Schleswig
120, 444, 623, 632, 2823, 2934, 5149, 5262, 5977, 6666.

Abteilung 302, Provinzial-Schulkollegium
287, 2016, 2350, 2490, 2491.

Abteilung 309, Regierung zu Schleswig
878, 7371, 7380, 7381, 7382, 7383, 7384, 7385, 8000, 8001, 8002, 8003, 10404, 12538, 17984.

Stadtarchiv Glinde, Bestand II: Gemeinde Glinde bis 1945

Nr. II, Titel:
25, 32, 38, 97,114, 117, 118, 133, 134, 167.

Bestand III: Gemeinde Glinde ab 1945 - 1979 und Stadt Glinde ab 1979

Nr. III, Titel: ...:
2450, 2506, 2507, 2509, 2510.

o. Nr.:

- Historischer Abriß der Orts- und Verwaltungsgeschichte von Glinde, Stand: Dezember 2000.
- Glinder Chronik, o.J.
- Gemeinde Glinde, Liste der Selbstversorger und Versorgungsberechtigten, etwa 1917.

Stadtarchiv Reinbek, Bestand I: Kirchspiel Reinbek und Amt Reinbek 20.4. 1868 – 30.9.1889 1.10.1889 – 31.12.1896

Nr. I, Titel:

60, 70, 125, 133, 134, 145, 147, 151, 156, 192.

Bestand II: Amt Reinbek und Gemeinde Reinbek 1.1.1897 – 1947 bis Mai 1945

Nr. II, Titel:

2, 14, 17, 38, 64, 65, 66, 117, 118, 133, 203, 264, 278, 279, 296, 308, 330, 374, 430, 432, 433, 463, 862, 1193, 2414, 2432, 6610.

Bestand III: Gemeinde Reinbek und Stadt Reinbek Juni 1945 - 1952 Juli 1952 - Gegenwart

Nr. III, Titel:

700.

Bestand IV: Amt Ohe, Gemeinde Ohe, Gemeinde Schönningstedt, Silk, Sachsenwaldau, Büchsenschinken

Nr. IV, Titel:

20.

Bestand V: Allgemeine Sammlung (Schenkungen, Depositen u.ä. von Firmen, Vereinen, Institutionen und Privatpersonen)

Nr. V, Titel:

14, 59, 81, 114, 280, 286.

o. Bestandsbezeichnung:

Die Kirchspielvögte, Amtsvorsteher, Gemeindevorsteher und Bürgermeister in Reinbek seit 1868, o. J.

Kreisarchiv Stormarn:

Die südstormarnsche Kreisbahn. Zu ihrem 25jährigen Bestehen. Ein geschichtlicher Überblick erstattet von der Leitung der Verkehrsbetriebe des Kreises Stormarn, Bad Oldesloe 1932.

Archiv des Heimatvereins Glinde e.V:

Akte „Gut Glinde“, Werbeprospekt des Gutes Glinde, o. Nr.

Archiv der SPD Glinde:

Namensliste von fünf Mitgliedern, o.Nr., 1914.

Provinzarchiv der Schwestern von der hl. Elisabeth, Berlin:

Bestand St.Adolf-Stift Reinbek:

MH 675/1, 675/2, 675/3.

Zeitungen:

Bergedorfer Zeitung, Ausgabe vom:

1881: 12. April,

1884: 24.Januar, 24. Dezember,

1885: 23. Dezember, 27. Dezember,

1887: 17. März,

1889: 27. Februar, 5. Mai,

1890: 7. Oktober, 24. November,

1892: 17. Juni, 25. Juli,

1893: 15. Februar, 21. März,

1894: 16. Januar, 24. Februar, 25. Februar, 25. März, 13. August, 26. September, 12.Oktober,

1896: 22. Februar, 7. September,

1897: 20. Januar, 27. August, 4. September, 19. November,

1898: 14. Februar, 15. April, 16. Oktober,

1899: 13. Februar, 18. April,

1900: 1. April, 27. August, 13. Dezember,

1901: 15. April,

1902: 12. März, 13. November,

1903: 9. August,

1907: 1. Juli,

1908: 5. August,

1911: 15.März, 2. August,

1914: 15. Juli.

Hamburger Echo, Ausgabe vom:

1893: 16. Juni,

1898: 17. Juni,

1903: 17. Juni,

1907: 27. Januar,

1912: 13. Januar,

1913: 1. Juli 1913.

Oldesloer Landbote, Ausgabe vom:
1892: 6. September,
1894: 21. September,
1898: 30. Januar,
1910: 15. Januar.

Stormarnsche Zeitung, Ausgabe vom:
1945: 7. Mai.

Wandsbeker Bote, Ausgabe vom:
1911: 24. Dezember.

Kreisblatt für Stormarn, Ausgabe vom:
1893: 24. März,
1905: 10. Februar,
1910: 1. April.

6. 2 Gedruckte Quellen

Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf, die hamburgischen Marschlande - Allermöhe, Billwärder an der Bille, Morrfleeth, Moorwärder, Ochsenwärder, Reetbrook, Spadenland und Teutenberg - die Amtsgerichtsbezirke Trittau und Reinbek sowie das ganze Herzogthum Lauenburg mit den lübeckischen und mecklenburg=strelitz`schen Enclaven verbunden mit Kalender auf das Jahr 1880 nebst Annoncen=Anhang, hrsg. v. Fischer, C.F., Winterberg, E.jr., Bergedorf 1880.

Adreßbuch der Stadt Wandsbek und des Kreises Stormarn 1894, o.Verf.,Wandsbek 1894.

Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf, einen Theil der Hamburger Marschlande sowie die Amtsgerichtsbezirke Reinbek und Trittau und das Herzogthum Lauenburg 1896, hrsg. v. Winterberg, E., Bergedorf 1896.

Adreßbuch für Bergedorf, Sande, Geesthacht und die umliegenden Gemeinden 1908, o. Verf., Bergedorf 1908.

Adreßbuch für Bergedorf und die umliegenden Gemeinden 1912, o. Verf., Bergedorf 1912.

Agitations=Kommission in Altona (Hrsg.), o.Verf., Führer durch das Schleswig-Holsteinische Landgemeinderecht, Altona 1907.

Amtsblatt der Königlichen Regierung zu Schleswig, Nr. 44 v. 10. Oktober 1896.

Bockendahl, J. (Hrsg.), Generalbericht über das öffentliche Gesundheitswesen der Provinz Schleswig-Holstein für das Jahr 1878, Kiel 1897.

Ders. (Hrsg.), Gesammt-Bericht über das öffentliche Gesundheitswesen der Provinz Schleswig-Holstein für die Jahre 1883, 1884 und 1885 umfassend, Kiel 1887.

Bonin, v., J., Kreis Stormarn, in: Oldekop, H. (Hrsg.), Topographie des Herzogtums Schleswig-Holstein, 2. Bd., Kiel 1908, S. 4 – 135.

Boysen v, L., Statistische Übersichten für die Provinz Schleswig-Holstein, Kiel und Leipzig 1894.

Brockhaus Konversations-lexikon Bd. 7, Leipzig 1908.

Dass. Bd. 17, Supplement, Leipzig 1910.

Engelbrecht, Th. H., Bodenanbau und Viehbestand in Schleswig-Holstein nach den Ergebnissen der amtlichen Statistij, 1. Teil, Kiel 1907.

Fuisting, B. (Hrsg.), Das Preußische Gewerbesteuergesetz v. 24. Juni 1891, Berlin 1904.

Gemeindelexikon für das Königreich Preußen. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 2. Dezember 1895 und anderer amtlicher Quellen, bearbeitet vom Statistischen Bureau, Teil 8: Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1897.

Gemeindelexikon für das Königreich Preußen. Aufgrund der Materialien der Volkszählung vom 1. Dezember 1905 und anderer amtlicher Quellen, bearbeitet vom Königlich Preußischen Landesamte, Teil 8: Gemeindelexikon für die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1908.

Geschäftsordnung für die Armenpflege der Allgemeinen Armenanstalt Hamburg, Hamburg 1893.

Grais de, Hue, Peters, H. (Hrsg.), Handbuch der Verfassung und Verwaltung in Preußen und dem Deutschen Reiche, 24., veränd. Aufl., Berlin 1927.

Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche: mit Angabe sämmtlicher Güter und der ländlichen Besitzungen (von 1500 Mark Grundsteuer-Reinertrag aufwärts), ihrer Qualität, ihrer Grösse (in Culturart), ihres Grundteuer-Reinertrages; ihrer Besitzer, Pächter, Administratoren; der Industriezweige; Post-, Eisenbahn- u. Telegraphenstationen etc., nach amtlichen und authentischen Quellen bearb. durch P. Ellerholz, Lfg. 8: Die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1881.

Handbuch des Grundbesitzes im Deutschen Reiche: mit Angabe sämmtlicher Güter und der ländlichen Besitzungen (von 1500 Mark Grundsteuer-Reinertrag aufwärts), ihrer Qualität, ihrer Grösse (in Culturart), ihres Grundsteuer-Reinertrages; ihrer Besitzer, Pächter, Administratoren; der Industriezweige; Poststationen; Züchtungen specieller Viehracen, Verwerthung des Viehbestandes, etc., nach amtlichen und authentischen Quellen bearb. durch P. Ellerholz, Lfg. 8: Die Provinz Schleswig-Holstein, Berlin 1912.

Hansen, P.-Chr., Schleswig-Holstein, seine Wohlfahrtsbestrebungen und gemeinnützigen Einrichtungen, Kiel 1892.

Hattenhauer, H. (Hrsg.), Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794, Frankfurt/Main 1970.

Haunfelder, B., Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871 – 1933, Düsseldorf 1999, S.132, 163 f., 267.

Heffter, H., Die deutsche Selbstverwaltung im 19. Jahrhundert, 2. überarb. Aufl., Stuttgart 1969, S. 520, darin abgedruckt: „Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz v. 6. Juni 1870“ und „Preußisches Gesetz, betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz v. 8. März 1871“.

Hohorst, G., Kocka,J., Ritter, G.A., Sozialgeschichtliches Arbeitsbuch, Materialien zur Statistik des Kaiserreichs 1870 – 1914, 2. Aufl., München 1978.

Huber, Patzig, C.A. (Hrsg.), Die Reichstagswahlen seit 1871. Bibliothek für Politik und Volkswirthschaft, Heft 11, Berlin 1903.

Klingner, K., Karl Frohme, ein sozialdemokratischer Abgeordneter aus Schleswig-Holstein, in: Demokratische Gemeinde, Jg. 1986, Heft 1, S. 29 – 46.

Kuntze, G.C., Das Volksschulwesen der Provinz Schleswig-Holstein. Systematische Zusammenstellung der bezüglichen Gesetze, Verordnungen und Erlasse. Nach authentischen Quellen bearbeitet , Schleswig 1887.

Landgemeindeordnung für die Provinz Schleswig-Holstein. Mit Erläuterungen versehen von Dr. Scheiff, Schleswig 1906.

Lewin, H., Geschichte der Entwicklung der preußischen Volksschule und der Förderung der Volksbildung durch die Hohenzollern nebst den wichtigsten Schulordnungen, Schul-Gesetzen, Erlassen und Verfügungen, Leipzig 1910.

Mommsen, W., Deutsche Parteiprogramme, München 1960.

Oldekop, H., (Hrsg.), Topographie des Herzogtums Schleswig-Holstein, 3. Bd., Kiel 1908.

Ott, H. (Hrsg.), Statistik der öffentlichen Elektrizitätsversorgung Deutschlands 1890 – 1913 (Historische Energiestatistik von Deutschland, Bd. 1), St. Katharinen 1986.

Provinzialhandbuch für Schleswig-Holstein hrsg. mit amtlicher Unterstützung des Königlichen Oberpräsidiums und der Königlichen Regierung,
- Kiel 1880,
- Kiel 1891.

Salomon, F., Die deutschen Parteiprogramme, Heft 2: 1871 – 1912, Leipzig/Berlin 1912.

Scharpff, R., Handbuch des Armenrechts: Eine mit Erläuterungen versehene Zusammenstellung der reichs- und württembergischen Bestimmungen über das Armenwesen, Stuttgart 1896.

Specht, F., Schwabe, F., Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1903. Eine Statistik der Reichstagswahlen nebst den Programmen der Parteien und eines Verzeichnisses der gewählten Abgeordneten, 2. Aufl. Berlin 1904.

Stadt Reinbek, Der Bürgermeister -Schul- und Kulturamt- Die Stadt Reinbek in Zahlen 2001/2002, Reinbek o.J.

Statistik des Deutschen Reiches, Bd. 208: Gemeinden mit weniger als 2000 Einwohnern, 1. Preußen. Provinz Schleswig-Holstein, hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt Berlin, Berlin 1910.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bevölkerung und Wirtschaft 1872 – 1972, Stuttgart 1972.

Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, hrsg. v. Kaiserlichen Statistischen Amt Berlin,
- Berlin 1890,
- Berlin 1913,
- Berlin 1915.

Statistisches Jahrbuch für den Preußischen Staat, hrsg. v. Königlichen Preußischen Statistischen Bureau Berlin,
- Berlin 1905,
- Berlin 1907,
- Berlin 1911,
- Berlin 1915.

Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein (Hrsg.),
- Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, Kiel 1967,
- Die Bevölkerung der Gemeinden in Schleswig-Holstein 1867 – 1970, Kiel 1972,
- Statistische Monatshefte Schleswig-Holstein, Heft 4 1985, Kiel 1985.

Schwarz, M., MdR, Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 430.

Versammlung Deutscher Naturforscher und Aerzte (Hrsg.), Hamburg in naturwissenschaftlicher und medizinischer Beziehung, Hamburg 1901.

Wobeser, v. O., Statistik der Provinz Schleswig-Holstein im Rahmen des Deutschen Reiches und Preußen, Altona 1887.

6.3 Darstellungen

Achinger, H., Die Sozialgesetzgebung und ihre Wirkung auf die Welt des Arztes im 19.Jahrhundert, in: Artelt,W., Rüegg, W. (Hrsg.), Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1967, S. 157-165.

Alt, K., Über Wert und Einrichtung besonderer Heilstätten für Alkoholkranke, in: Baer, A. u.a. (Hrsg.), Der Alkoholismus. Eine Vierteljahresschrift zur wissenschaftlichen Erörterung der Alkoholfrage, IV.Jg., Dresden 1903, S. 25 ff.

Allgemeiner Schleswig-Holsteinischer Lehrerverein e.V. (Hrsg.), Aus der Geschichte des Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins während der Zeit von 1900 – 1925, Eckernförde 1925.

Ambrosius, G., Die wirtschaftliche Entwicklung von Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken (Ab ca. 1850 bis zur Gegenwart), in: Pohle, H.(Hrsg.), Kommunale Unternehmen. Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1987, S. 125-153.

Aring, J., Suburbia – Posturbia – Zwischenstadt. Die jüngere Wohnsiedlungsentwicklung im Umland der großen Städte Westdeutschlands und Folgerungen für die Regionale Planung und Steuerung, Hannover 1996.

Artelt, W., Rüegg, W. (Hrsg.), Der Arzt und der Kranke in der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1967.

Ashauer, G., Von der Ersparungskasse zur Sparkassenfinanzgruppe: die deutsche Sparkassenorganisation in Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1991.

Bachofer, W. (Hrsg.), Glinde: Eine junge Stadt stellt sich vor. Eine Ortsgeschichte in Einzeldarstellungen (1229 – 1979), Glinde 1979.

Bade, K.J., Vom Auswandererland zum „Arbeitseinfuhrland“: kontinentale Zuwanderung und Ausländerbeschäftigung in Deutschland im späten 19. und 20. Jahrhundert, in: Ders., Auswanderer-Wanderarbeiter-Gastarbeiter. Bevölkerung, Arbeitsmarkt und Wanderung in Deutschland seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Ostfildern 1984, S. 434 ff.

Baldermann, U., Die Entwicklung des Straßennetzes in Niedersachsen von 1768 – 1969, Hildesheim 1968.

Barfels, F., Die Wirkungen der Invalidenversicherung in Schleswig-Holstein, Diss.phil, Kiel 1914.

Barghorn-Schmidt, O., Auf dem Wege zur modernen Kleinstadt: Politik, Verwaltung und Finanzen norddeutscher Kleinstädte und Landgemeinden in der Zeit des Kaiserreiches 1871 – 1914, Taunusstein 2005.

Bavendamm, D., Reinbek. Eine holsteinische Stadt zwischen Hamburg und dem Sachsenwald, Reinbek 1996.

Berger, W., Das St.-Georgs-Hospital zu Hamburg.. Die Wirtschaftsführung eines mittelalterlichen Großhaushaltes, Hamburg 1972.

Bielfeldt, A., Unser Kampf um eine gerechte Gehaltseinstufung, in: Aus der Geschichte des Allgemeinen Schleswig-Holsteinischen Lehrervereins während der Zeit von 1900 – 1925, Eckernförde 1925, S. 29 – 47.

Blackbourn, D., Handwerker im Kaiserreich: Gewinner oder Verlierer?, in: Wengenroth, U. (Hrsg.), Prekäre Selbständigkeit. Zur Standortbestimmung von Handwerk, Hausindustrie und Kleingewerbe im Industrialisierungsprozeß, Stuttgart 1989, S. 7-21.

Bodenschatz, H., Städtebau – Von der Villenkolonie zur Gartenstadt, in: Harlander, T. (Hrsg.), Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, Ludwigsburg/Stuttgart/München 2001, S. 76 – 105.

Böckel, M., „… herzlichen Dampf!“ und anderes aus der Geschichte dieser jungen Stadt, Glinde 1984.

Bolenz, J., Wachstum und Strukturwandlungen der kommunalen Ausgaben in Deutschland 1849 – 1913, Freiburg 1965.

Bölling, R., Sozialgeschichte der deutschen Lehrer. Ein Überblick von 1800 bis zur Gegenwart, Göttingen 1983.

Brandt, v., A., Die gesellschaftliche Struktur des spätmittelalterlichen Lübeck, in: Roscher, W. (Hrsg.), System der Volkswirthschaft, Bd. V, System der Armenpflege und Armenpolitik, 2. Aufl., Stuttgart 1894.

Bünning, E., Handwerker im alten Reinbek, in: Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Kreisverband Stormarn (Hrsg,), Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1999, Hamburg 1998.

Claußen, E., Aus der Geschichte des Reinbeker Schützenvereins von 1874 e.V., in: Magistrat der Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek 1238 – 1963, Reinbek 1963, S. 210 – 215.

Cloer, E., Sozialgeschichtliche Aspekte der Solidarisierung der preußischen Volksschullehrerschaft im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, in: Heinemann, M. (Hrsg.), Der Lehrer und seine Organisation, Stuttgart 1977, S. 59 – 80.

Cord, A. J., Die ostholsteinische Gutswirtschaft im 19. Jahrhundert, Neumünster 2002.

Croon,H., Das Vordringen der politischen Parteien im Berteich der kommunalen Selbstverwaltung, in: Ders., u.a., Kommunale Selbstverwaltung im Zeitalter der Industrialisierung, Stuttgart u.a. 1971, S. 15 – 54.

Danker, E., Die Verschuldung der schleswig-holsteinischen Landwirtschaft in ihrer regionalen Bedingtheit unter besonderer Berücksichtigung der bäuerlichen Bezirke, Diss.jur., Kiel 1931.

Davids, C., Domhorst. Die Geschichte einer Mühle, Heide in Holstein 1958.

Ders., Die Wassermühle in Reinbek, Heide 1982.

Eitel, P., Die oberschwäbischen Reichsstädte im Zeitalter der Zunftherrschaft, Stuttgart 1970.

Engeli, Chr., Städtische Geschichts- und Heimatvereine. Zum Ergebnis einer Umfrage, in: Deutsches Institut für Urbanistik (Hrsg.), Informationen zur Modernen Stadtgeschichte, Nr. 8, 1974, S. 1 – 9.

Ders., Matzerath, H. (Hrsg.), Moderne Stadtgeschichtsforschung in Europa, USA und Japan. Ein Handbuch, Stuttgart 1989.

Evans, R. J., Tod in Hamburg. Stadt, Gesellschaft und Politik in den Cholera-Jahren 1830 – 1919, Reinbek bei Hamburg 1990.

Fischer, N. (Hrsg.), Von ländlichen Lebenswelten zur Metropolregion, Stormarner Hefte Nr.21, Neumünster 1998.

Fink, W., Das Amt Reinbek 1577 – 1800, Frankfurt/Main 1969.

Fischer, W., Wirtschaft und Gesellschaft im Zeitalter der Industrialisierung, Aufsätze-Studien-Vorträge, Göttingen 1972.

Ders., Armut in der Geschichte, Erscheinungsformen und Lösungsversuche der >Sozialen Frage< in Europa seit dem Mittelalter, Göttingen 1982.

Föh, Th., Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein 1864 – 1914, in: Lippik, M., Föh,Th., Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein 1790 – 1914, Teil 2, Stuttgart 1991.

Frahm, W., Vom Sophienbad in Reinbek, in: Magistrat der Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek 1238 – 1963, Reinbek 1963, S. 128 – 132.

Fremdling, R., Eisenbahnen und deutsches Wirtschaftswachstum 1840 – 1879. Ein Beitrag zur Entwicklungstheorie und zur Theorie der Infrastruktur (Untersuchungen zur Wirtschafts-, Sozial- und Technikgeschichte, Bd. 2), Dortmund 1975.

Freudenthal, H., Vereine in Hamburg: ein Beitrag zur Geschichte in Volkskunde und Geselligkeit, Hamburg 1968.

Friedeburg, R., v., Ländliche Gesellschaft und Obrigkeit. Gemeindeprotest und politische Mobilisierung im 18. und 19. Jahrhundert, Göttingen 1997.

Gaber, H.-J., An der Spitze aller Provinzen und Länder. Trinkerfürsorge und Suchtkrankenhilfe in Westfalen 1820 – 1995, Bonn 2002.

Gemeinde Glinde – Der Bürgermeister (Hrsg.), Glinde 1299 – 1979, Glinde 1979.

Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek: 1238 – 1938, Hamburg 1938.

Gerteis, K., Die deutschen Städte in der Frühen Neuzeit. Zur Vorgeschichte der „bürgerlichen Welt“, Darmstadt 1986.

Griese, K., Die Überlandleitung des Kreises Stormarn. Ein Beitrag zur Geschichte der Stromerzeugung in Schleswig-Holstein, (Stormarner Hefte 10/1984), Neumünster 1984.

Grönhoff, J., Die Berufsausbildung der Lehrer und Lehrerinnen in Schleswig-Holstein, Kiel 1963.

Günther, B. (Hrsg.), Stormarn Lexikon, Neumünster 2003.

Dies., Den Menschen verpflichtet. Geschichte der Sparkasse Stormarn und ihrer Vorgängerinstitute 1820 – 2005, Neumünster 2005.

Hähnsen, F., Zur Entwicklung des ländlichen Handwerks in Schleswig-Holstein, Quellen und Forschungen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Leipzig 1923.

Hauptmeyer, C.-H., Die Landgemeinde in Norddeutschland, in: Blickle, P. (Hrsg.), Landgemeinde und Stadtgemeinde, München 1991, S. 359 – 381.

Henkel, G., Der ländliche Raum. Gegenwart und Wandlungsprozesse seit dem 19. Jahrhundert in Deutschland. 4. ergänzte und neu bearbeitete Auflage, Studienbücher der Geographie, Berlin, Stuttgart 2004.

Henning, F.-W., Handbuch der Wirtschafts- und Sozialgeschichte Deutschlands, Bd. 2, Paderborn 1996.

Hentschel, V., Geschichte der deutschen Sozialpolitik 1880 – 1980, Frankfurt/Main 1983.

Heuer, H., Aus der Geschichte des Amtes Reinbek, vornehmlich in älterer Zeit, in: Magistrat der Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek, Reinbek 1963, S. 80 – 100.

Ders., Das Kloster Reinbek. Beitrag zur Geschichte der Landschaft Stormarn, Neumünster 1985.

Hoffman, W.G., Das Wachstum der deutschen Wirtschaft seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Berlin u.a 1965.

Hübner, M., Zwischen Alkohol und Abstinenz. Trinksitten und Alkoholfrage im deutschen Proletariat bis 1914, Berlin (Ost) 1988.

Hüttmann, E., Verkehrsgeographische Probleme am Beispiel der Eisenbahn Schleswig-Holsteins, Elmshorn 1949.

Jaschke, D., -Reinbek- Untersuchungen zum Strukturwandel im Hamburger Umland, Hamburg 1973.

Jendert, S.W., Glinde bei Hamburg in alten Ansichten, Zaltbommel/ NL 1976.

Ders., Die Glinder Wassermühle, in: Bachofer, W.(Hrsg.), Glinde: Eine junge Stadt stellt sich vor. Eine Ortsgeschichte in Einzeldarstellungen (1229 – 1979), Glinde 1979, S. 18 – 28.

Ders., Gut Glinde, in: Böckel, M., „... herzlichen Dampf!“ und anderes aus der Geschichte dieser jungen Stadt, Glinde 1984, S. 100 – 111.

Ders., Glinde. Junge Stadt im Grünen, Erfurt 1999.

Jürgensen, K., Der Amtssitz des Oberpräsidenten in der Provinz Schleswig-Holstein, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Schleswig-Holsteinische Geschichte, Jg.118, Kiel 1993, S. 167 – 210.

Kappe, D., Knappstein, T., Schulte-Altedorneburg,M., Grundformen der Gemeinde – Großstadt und Dorf, Opladen 1975.

Kappelmann Das Trinkerfürsorge-Gesetz, in: Der Alkoholismus, IV. Jg.,Dresden 1903, S. 320 – 335.

Kellenbenz, H., Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handel, Geld-, Kredit- und Verkehrswesen 1800 – 1850, in: Aubin, H.,Zorn, W. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976.

Kettemann, O., Handwerk in Schleswig-Holstein, Geschichte und Dokumentation im schleswig-holsteinischen Landesmuseum, Neumünster 1987.

Kirchenvorstand und Kollegium der evangelisch-lutherischen Gemeinde in Reinbek (Hrsg.), Zum 25jährigen Jubiläum der evangelisch=lutherischen Kirche in Reinbek (Holstein) am 21. Juli 1926, Reinbek 1926.

Klewitz, M., Preußische Volksschule vor 1914 – Zur regionalen Auswertung der Schulstatistik, in: Zeitschrift für Pädagogik, 27, Weinheim 1981, S. 551 – 573.

Kluchert, G., Die Unterprivilegierten sammeln sich. Volksschullehrer und Sozialdemokratie, in: Becker, H., Kluchert, G., Die Bildung der Nation. Schule, Gesellschaft und Politik vom Kaiserreich bis zur Weimarer Republik, Stuttgart 1993, S. 81 – 107.

Knoke, A., Ausländische Wanderarbeiter in Deutschland, Diss. phil., Leipzig 1911.

Kocka, J., Weder Stand noch Klasse. Unterschichten um 1800, Bonn 1990.

Köllmann, W., Bevölkerung in der industriellen Revolution. Studien zur Bevölkerungsgeschichte Deutschlands, Göttingen 1974.

Kopitzsch, W., Lehrerorganisation in der Provinz. Weiterbildung von Volksschullehrern zur Zeit des Kaiserreiches in Schleswig-Holstein, in: Heinemann, M.(Hrsg.), Der Lehrer und seine Organisation, Stuttgart 1977, S. 93 – 104.

Krabbe, W. R., Die deutsche Stadt im 19. und 20. Jahrhundert. Eine Einführung, Göttingen 1989.

Ders., Gesellschaftsveränderung durch Lebensform. Strukturmerkmale einer sozialreformerischen Bewegung im Deutschland der Industrialisierungsperiode. Studien zum Wandel von Gesellschaft und Bildung im neunzehnten Jahrhundert, Bd. 9, Göttingen 1974.

Kreis Stormarn (Hrsg.), Kreis Stormarn. Stadt Reinbek, München 1972.

Kuhlemann, F.-M., Schulen, Hochschulen, Lehrer, I. Schulsystem, 1. Niedere Schulen, in: Berg, Chr. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte, Bd. IV 1879-1918, München 1991, S. 179 – 227.

Kuhn, Th., Dreiklassenwahlrecht und Wahlkultur in Preußen 1867 – 1914, Landtagswahlen zwischen kooperativer Tradition und politischem Massenmarkt, Düsseldorf 1984.

Landes, D. S., Der entfesselte Prometheus. Technologischer Wandel und industrielle Entwicklung in Westeuropa von 1750 bis zur Gegenwart, Köln 1973.

Lange, U. (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1996.

Ders (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl., Neumünster 2003.

Ders., Modernisierung der Infrastruktur 1830 - 1918, in: Ders.(Hrsg.), Neumünster 2003, S. 346 – 368.

Lange, W., Der Glinder Kupferhammer, in: Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Kreisverband Storman (Hrsg.), Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1985, herausgegeben vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund, Husum 1985, S. 51 – 61.

Langewiesche, D., Vereins- und Parteibildung in der Revolution von 1848/49, in: Dann, O.(Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 51- 53

Lavergne-Peguilhen,v., M., Die Landgemeinde in Preußen, Königsberg i. Pr. 1841.

Lehmann, A., Zur volkskundlichen Vereinsforschung, in: Dann, O. (Hrsg.), 1984, S. 133 – 149.

Leiner, W., Anfänge und Grundlagen der Elektrizitätsversorgung in Württemberg, Diss. phil., Stuttgart 1977.

Lippik, M., Föh, Th., Die Entwicklung des Sparkassenwesens in Schleswig-Holstein 1790 – 1914, Stuttgart 1991.

Lorenzen – Schmidt, K.- J., Pferde für Europa. Pferdehändler Johann Ahsbahs & Co., Steinburg 1830 – 1840, Kiel 1991.

Ders., Auf dem Weg in die moderne Klassengesellschaft – Soziale Entwicklung 1830 – 1918, in: Lange, U. (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 1996, S. 400 – 425.

Ders., Das Kremper Stadtbuch 1488 – 1602, Kiel 1998.

Ders., Die landwirtschaftliche Entwicklung zwischen 1870 und 1945 unter besonderer Berücksichtigung des Stormarner Raumes, in: Fischer/ Kopitzsch/ Spallek (Hrsg.), Von ländlichen Lebenswelten zur Metropolregion (Stormarner Hefte Nr. 21), Neumünster 1998, S. 93 – 108.

Ders. (Hrsg.), Schleswig-Holstein Lexikon, Neumünster 2000.

Ders., Stadtgebundene Verschriftlichungsprozesse und ihre Mediatoren in den Dörfern des 18. und 19. Jahrhunderts, in: Zimmermann, C. (Hrsg.), Dorf und Stadt, Frankfurt am Main 2001.

Ders., Neuorientierung auf den deutschen Wirtschaftsraum – Wirtschaftliche Entwicklung 1864 – 1918, in: Lange, U. (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins, Neumünster 2003 S. 385 – 399.

Matzerath, H. (Hrsg.), Städtewachstum und innerstädtische Strukturveränderungen: Probleme des Urbanisierungsprozesses im 19. und 20 Jahrhundert, Stuttgart 1984.

Ders., Urbanisierung in Preussen 1815 – 1914 (Schriften des Deutschen Instiuts für Urbanistik, Bd. 72), Stuttgart u.a. 1985.

Ders., „Kommunale Leistungsverwaltung". Zu Bedeutung und politischer Funktion des Begriffs im 19. und 20. Jahrhundert, in: Blotevogel, H.H.(Hrsg), Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln u.a. 1990, S. 3 – 24.

Mayntz, R., Soziologie der Organisation, Reinbek 1963.

Mehring, F., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Gesammelte Schriften, Bd. 2, hrsgg. v. Höhle, Th., Berlin 1960.

Meiffert, N., Die Geschichte des Amtes Reinbek 1576 – 1873, Bad Oldesloe 1995.

Meyer, F., Schule der Untertanen. Lehrer und Politik in Preußen 1848 – 1900, Hamburg 1976.

Mollat, M. (Hrsg.), Etudes sur l´histoire de la Pauverté, Bd. 1, Paris 1914.

Momsen, I.E. (Hrsg.), Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne, Neumünster 1988.

Most, O. (Hrsg.), Die deutsche Stadt und ihre Verwaltung. Eine Einführung in die Kommunalpolitik der Gegenwart, Berlin und Leipzig 1926.

Müller, M.J., Riecken, G. (Hrsg.), Stadtlandschaften in Schleswig-Holstein, Neumünster 1990.

Müller, U., Die Verkehrsintensität auf den preußischen Staatschausseen unter dem Einfluß von Eisenbahnverkehr und Industrialisierung, in: Fischer, W., Müller, U., Zschaler, F. (Hrsg.), Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Lothar Baar zum 65. Geburtstag, St. Katharinen 1997, S. 26 – 45.

Ders., Infrastrukturpolitik in der Industrialisierung. Der Chausseebau in der preußischen Provinz Sachsen und dem Herzogtum Braunschweig vom Ende des 18. Jahrhunderts bis in die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts, Berlin 2000.

Murken, A. H., Das kommunale und konfessionelle Krankenhaus in Deutschland von der Biedermeierzeit bis zur Weimarer Republik, in: Blotevogel, H.H. (Hrsg.), Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln u.a. 1990, S. 81 – 116.

Neuschäffer, H., Schlösser und Herrenhäuser in Südholstein, Würzburg 1984.

Nipperdey, Th., Deutsche Geschichte 1866 – 1918, 2. Bd., Machtstaat vor der Demokratie, München 1995.

Ohl, W.H.C., Bevölkerungsbiologie eines holsteinischen Fleckens (Reinbek bei Hamburg), Hamburg 1941.

Paesler, R., Urbanisierung als sozial-geographischer Prozeß – dargestellt am Beispiel südbayerischer Regionen, Kallmünz/Regensburg 1976.

Paetau, R., Konfrontation oder Kooperation. Arbeiterbewegung und bürgerliche Gesellschaft im ländlichen Schleswig-Holstein und in der Industriestadt Kiel zwischen 1900 und 1925, Neumünster 1988.

Paul, G., Danker, U., Wulf, P., Geschichtsumschlungen. Sozial- und kulturgeschichtliches Lesebuch.
Schleswig-Holstein 1848 – 1948, Bonn 1996.

Plog, U., Turnen und Sport in Reinbek, in: Magistrat der Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 725-Jahrfeier von Reinbek 1238 – 1963, Reinbek 1963, S. 218 – 221.

Pohle, H. (Hrsg.), Kommunale Unternehmen. Geschichte und Gegenwart, Stuttgart 1987.

Poske, D., Hauspflege. Sozialgeschichte, Regelungsübersicht, Leistungstypik und Harmonisierungsspielräume im Systemvergleich, Baden-Baden 1990.

Priamus, H.-J., Himmelmann, R. (Hrsg.), Stadt und Region – Region und Stadt. Stadtgeschichte, Urbanisierungsgeschichte, Regionalgeschichte, Essen 1993.

Priebs, A., Die Städte im Hamburger Umland, in: Müller, M.J./ Rücken, G. (Hrsg.), Stadtlandschaften in Schleswig-Holstein, Neumünster 1990, S. 143 – 158.

Puhle, H.-J., Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservativismus im wilhelminischen Reich (1893 – 1914). Ein Beitrag zur Analyse des Nationalismus in Deutschland am Beispiel des Bundes der Landwirte und der Deutsch-Konservativen Partei, Bonn-Bad Godesberg 1975.

Rehders, W., Entwicklung der Landwirtschaft in dem Gebiet zwischen Hamburg und Lübeck seit der Verkoppelung, in: Wülfingen, Bock von, C., Frahm, W., Stormarn- Der Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck, Hamburg 1938, S. 504 – 515.

Reicke, S., Das deutsche Spital und sein Recht im Mittelalter, Bd. 1, Stuttgart 1932.

Renk, Gutachten betreffend der Wakenitz, Trave und des Stadtgrabens bei Lübeck, in: Arbeiten aus dem Kaiserlichen Gesundheitsamte. Beihefte zu den Veröffentlichungen des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, Berlin 1889, S. 414 – 422.

Reulecke, J., Von der Dorfschule zum Schulsystem, in: Reulecke, J., Weber, W. (Hrsg.), Fabrik, Familie, Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, Wuppertal 1978, S. 247 – 272.

Reulecke, J., Geschichte der Urbanisierung in Deutschland, Frankfurt a.M. 1985.

Riquarts, K.-G., Der Antisemitismus als politische Partei in Schleswig-Holstein und Hamburg 1871 – 1914, Diss. phil., Kiel 1975.

Ritter, G.A., Die Entwicklung der Sozialversicherung besonders in Deutschland und Großbritannien, in: Köhler, P.A., Zacher, H.F. (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte und aktueller Situation der Sozialversicherung, Colloquium des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Sozialrecht, Berlin 1983, S. 79 – 108.

Ders., Tenfelde, K., Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 – 1914, Bonn 1992.

Rohkrämer Th., Der Militarismus der „kleinen Leute". Die Kriegervereine im Deutschen Kaiserreich 1871 – 1914, München 1990.

Roscher, W., System der Volkswirthschaft, Bd. V, System der Armenpflege und Armenpolitik, 2. Aufl., Stuttgart 1894.

Sachße, Chr., Geschichte der Armenfürsorge in Deutschland, Bd. 2, Fürsorge und Wohlfahrtspflege 1871 – 1929, Stuttgart 1988.

Saul, K., Der „Deutsche Kriegerbund". Zur innenpolitischen Funktion eines „nationalen" Verbandes im kaiserlichen Deutschland, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen, 1969, H. 2, S. 95 ff.

Ders., Der Kampf um das Landproletariat. Sozialistische Landagitation, Großgrundbesitz und preußische Staatsverwaltung 1890 bis 1903, Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 15, 1975, S. 163 – 208.

Schadewaldt, H. (Hrsg.), Studien zur Krankenhausgeschichte im 19. Jahrhundert im Hinblick auf die Entwicklung in Deutschland, Göttingen 1976.

Schellack, F., Sedan- und Kaisergeburtstagsfeste, in: Düding, D., Friedemann, P., Münch, P. (Hrsg.), Öffentliche Festkultur, politische Feste in Deutschland von der Aufklärung bis zum Ersten Weltkrieg, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 278 – 297.

Schenk, P., Alkohol und Krankenkassen, in: Der Alkoholismus, IV. Jg.,Dresden 1903 S. 247 – 257.

Schivelbusch, W., Lichtblicke. Zur Geschichte der künstlichen Helligkeit im 19. Jahrhundert, München 1983.

Schmädeke, J., Wählerbewegungen im Wilhelminischen Deutschland, Berlin 1995.

Schneider, F. Geschichte der formellen Staatswirtschaft von Brandenburg-Preußen, Berlin 1952.

Schöber, P., Kommunale Selbstverwaltung. Die Idee der modernen Gesellschaft, Stuttgart 1991.

Schultz Hansen, H., Schultz Hansen, H., Demokratie oder Nationalismus – Politische Geschichte Schleswig-Holsteins 1830 – 1918 in: Lange., U. (Hrsg.), Geschichte Schleswig-Holsteins. Von den Anfängen bis zur Gegenwart, 2. Aufl. Neumünster 2003, S. 427 – 485.

Seiler, G. Änderungen in der kommunalen Finanzautonomie – Beispiel Karlsruhe, in: Kirchgässner, B., Schadt, J. (Hrsg.), Kommunale Selbstverwaltung – Idee und Wirklichkeit, (Stadt in der Geschichte. Veröffentlichungen des Südwestdeutschen Arbeitskreises für Stadtgeschichtsforschung, Bd. 10), Sigmaringen 1983, S. 86 ff.

Sievers, K. - D., Zimmermann, H.- P., Kriegervereine als Träger dörflicher Festkultur in Schleswig-Holstein**,** in: Jakubeit, W., Mooser, J., Stroth, B. (Hrsg.), Idylle oder Aufbruch? Das Dorf im bürgerlichen 19. Jahrhundert. Ein europäischer Vergleich, Berlin 1990 S. 155 – 167.

Sievers, K.-D., Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins in der Kaiserzeit 1867 – 1914, Neumünster 1991.

Ders., Das disziplinierte Elend: Zur Geschichte der sozialen Fürsorge in schleswig-holsteinischen Städten 1542 – 1914, Neumünster 1994.

Simpson,v.J., Kanalisation und Stadthygiene im 19. Jahrhundert, Düsseldorf 1983.

Spallek, J., Vor 75 Jahren nahm die Südstormarnsche Kreisbahn ihren Betrieb auf, in: Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Kreisverband Stormarn (Hrsg.), Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1983, Husum 1983, S. 72 – 91.

Sparmann, F., Entwicklung des Schulwesens in Stormarn von 1814 bis zur Gegenwart, in: Wülfingen, Bock von, C., Frahm, W. (Hrsg.), Stormarn – Der Lebensraum zwischen Hamburg und Lübeck, Kiel 1938, S. 524 – 533.

Spree, R., Soziale Ungleichheit von Krankheit und Tod. Zur Sozialgeschichte des Gesundheitsbereiches im Deutschen Kaiserreich, Göttingen 1981.

Steudel, J., Therapeutische und soziologische Funktion der Mineralbäder des 19. Jahrhunderts, Stuttgart 1967.

Stewig, R. (Hrsg.), Untersuchungen über die Kleinstadt in Schleswig-Holstein (Kieler Geographische Schriften, Bd. 66), Kiel 1987.

Stoffers, J., Die Landwirtschaft des Kreises Stormarn im Weltkriege 1914 – 1918. Diss.jur., Hamburg 1924.(Masch.Schr.)

Stolberg-Rilinger, B., Einführung in die frühe Neuzeit. Diss.phil., Münster 2003.

Stubbe, Chr., Über Trinkerentmündigung in Schleswig-Holstein, in: Der Alkoholismus, IV. Jg.,Dresden 1903.

Teleky, L., Die Entwicklung der Gesundheitsfürsorge. Deutschland – England – USA, Berlin u.a. 1950.

Tenfelde, K., Die Entfaltung des Vereinswesens während der industriellen Revolution in Deutschland (1850 – 1873), in: Dann, O. (Hrsg.), Vereinswesen und bürgerliche Gesellschaft in Deutschland, München 1984, S. 55 – 114.

Teuteberg, H.-J., Anfänge kommunaler Stromversorgung – dargestellt am Beispiel Hamburg, in: Wissenschaft, Wirtschaft und Technik (1969) Festschrift Wilhelm Treue, München 1969, S.363 – 378.

Ders. (Hrsg.), Urbanisierung im 19. und 20. Jahrhundert. Historische und geographische Aspekte, Köln 1983.

Tilly, R., Verkehrs- und Nachrichtenwesen, Handels-, Geld-, Kredit- und Versicherungswesen 1850 – 1914, in: Aubin, H., Zorn, W. (Hrsg.), Handbuch der deutschen Sozialgeschichte, Bd. 2, Stuttgart 1976, S. 563 ff.

Tralau, E., Die Volksschule in Reinbek in ihrer Entwicklung, in: Gemeinde Reinbek (Hrsg.), Festschrift zur 700-Jahrfeier der Gemeinde Reinbek, Hamburg 1938, S. 152 – 158.

Unruh,v., G.-Chr., Ursprung und Entwicklung der Selbstverwaltung im frühkonstitutionellen Zeitalter, in: Püttner, G. (Hrsg.), Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd 1, Berlin u.a. 1981, S. 57 ff.

Vögele, J., Sozialgeschichte städtischer Gesundheitsverhältnisse während der Urbanisierung, Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, Bd.69, Berlin 2001.

Volkshochschule Sachsenwald (Hrsg.), Begleitheft zu: Eine Ausstellung zur Reinbeker Ortsgeschichte. Arbeitskreis Reinbeker Stadtgeschichte an der VHS Sachsenwald, o.J.

Wagner, A. Die finanzielle Mitbeteiligung der Gemeinden an kulturellen Staatseinrichtungen und die Entwicklung der Gemeindeeinnahmen, Jena 1904.

Wagner, B.J., Zur Finanzierung der Krankenhauspflege in Preußen, in: Labisch, A., Spree, R. (Hrsg.), Krankenhausreport 19. Jahrhundert. Krankenhausträger, Krankenhausfinanzierung, Krankenhauspatienten, Frankfurt u.a. 2001, S. 41 – 67.

Waldschmidt, Zusammenstellung der Vorschriften zur Bekämpfung der Trunkenheit aus den Unfallverhütungsvorschriften der deutschen Berufsgenossenschaften, in: Der Alkoholismus, IV: Jg., Dresden 1903, S. 109 – 113.

Wehrmann, W., Die Entwicklung der deutschen Gasversorgung von ihren Anfängen bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, Diss.rer.pol., Köln 1958.

Wendt, A., Das Schloß zu Reinbek: Untersuchungen und Ausstattung, Anlage und Architektur eines landesherrlichen Schlosses, Neumünster 1994.

Wergin, J., Das Herrenhaus des Gutes Glinde, in: Schleswig-Holsteinischer Heimatbund, Kreisverband Stormarn (Hrsg.), Jahrbuch für den Kreis Stormarn 1993, 11. Jg., Hamburg 1992, S. 11 – 13.

Wernet, W., Handwerks- und Industriegeschichte, Stuttgart 1963.

Wittkämper, G.W., Zur Entstehung und Entwicklung kommunaler Aufgabenfelder im 19. Jahrhundert, in: Blotevogel, H.H. (Hrsg.), Kommunale Leistungsverwaltung und Stadtentwicklung vom Vormärz bis zur Weimarer Republik, Köln/Wien 1990, S. 25 – 42.

Wulf, M., Alte Volkszählungen in Stormarn, in: Alsterverein e.V. (Hrsg.), Jahrbuch des Alstervereins, Jg. 49, Hamburg 1970, S. 25 – 27.

Wyrwa, U., Branntewein und „echtes Bier“. Die Trinkkultur der Hamburger Arbeiter im 19. Jahrhundert, Hamburg 1990.

Wysocki, J., Gutachten über die Frage der „ältesten Sparkasse“, Detmold 1986.

Zimmermann, C. (Hrsg.), Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung, Frankfurt a.M. 2000.

Ders., Suburbanisierung – Die wachsende Peripherie, in: Harlander,T. (Hrsg.), Villa und Eigenheim. Suburbaner Städtebau in Deutschland, Stutgart/München 2001, S. 50 – 63.

Ders. (Hrsg.), Kleinstadt in der Moderne, Arbeitstagung in Mühlakker vom 15. bis 17. November 2002, Ostfildern 2002.

Zimmermann, H.- P., „Der feste Wall gegen die rote Flut“, Kriegervereine in Schleswig-Holstein 1864 – 1914, Neumünster 1989.

Anhang 1

Erbaute Gebäude, Gebäudeerweiterungen in Glinde zwischen 1892 und 1914[842]

	1892	1893	1894[843]	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903
Wohnhaus Neubau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	2	1
Wohnhaus Um-/Anbau	-	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Stall Neubau	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	2	-
Scheune Neubau	1	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-
Laden-geschäft Neubau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Gastwirt-schaft Neubau	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

[842] STAG II/35, Baukonzessionen 1892 – 1914.
[843] Für die Jahre 1894,1895,1896,1899 und 1901, 1910,1912,1914 sind hinsichtlich erteilter Baukonzessionen keine Dokumente vorhanden.

	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Wohnhaus Neubau	1	3	-	2	1	-	-	1	-	2	-
Wohnhaus Um-/Anbau	-	-	-	1	-	-	-	-	-	-	-
Stall Neubau	3	3	-	3	-	-	-	-	-	-	-
Scheune Neubau	-	-	1	2	-	-	-	-	-	-	-
Ladenge-schäft Neubau	-	-		-	-	1	-	-	-	-	-
Gastwirt-schaft Neubau	-	-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Eishaus Neubau	-	-	-	-	-	1	-	-	-	-	-
Landhaus Neubau	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Sondergebäude: Kaserne für Wanderarbeiter (1897), Schulgebäude nebst Stallung und 80qm - Wohnung für den Lehrer (1898), Empfangsgebäude der Haltestelle Glinde der Südstormarn´schen Eisenbahn, Abortgebäude für die Haltestelle (1907).

Anhang 2

Erwerbstätige, Altenteiler und Rentner in Glinde 1880 - 1912

	1880[844]	1894[845]	1896[846]	1908[847]	1912[848]
Insten	13	---	---	---	---
Kätner	4	3	5	3	2
Anbauer mit weiter-er Tätigkeit	12	15	19	9	5
Hufner	3	1	1	---	---
Handwerker	4	3	8	22	23
Arbeiter	5	---	6	9	11
Hof-, Guts-besitzer	---	2	2	2	2
Kaufleute und Händler	2	2	2	1	1
Angestellte	1	4	4	8	10
Gemeinde-angestellte	1	1	2	2	2
Lehrer	1	2	1	2	1
Altenteiler	5	1	1	2	4
Rentner	---	---	---	---	3
Gastwirt	1	1	1	1	2

13 Fischer,C.F.,Winterberg,E.jr.(Hrsg.),Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf,...die Amtsgerichtsbezirke Trittau und Reinbek... , 1880, Bergedorf 1880, S. 80.

845 Adreßbuch der Stadt Wandsbek und des Kreises Stormarn 1894, Wandsbek 1894, S.38.

846 Winterberg,E.(Hrsg), Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf,...die Amtsgerichtsbezirke Reinbek und Trittau... 1896, Bergedorf 1896, S. 76.

847 Adreßbuch Bergedorf, Sande, Geesthacht und die umliegenden Gemeinden 1908, Bergedorf 1908, S. 211-212.

848 Adreßbuch für Bergedorf und die umliegenden Gemeinden 1912, Bergedorf 1912, S. 42-43.

Anhang 3

Voranschläge der Gemeinde Glinde für die Rechnungsjahre:[849]

	1894/95	1895/96	1896/97	1897/98	1898/99	1899/1900	1900/01	1901/02	1902/03
Einnahmen und Ausgaben in Mark	**1979,20**	**2608,40**	**2810,40**	**3628,40**	**3018,62**	**3027,85**	**3081,82**	**3087,12**	**3007,41**

	1903/04	1904/05	1905/06	1906/07	1907/08	1908/09	1909/10	1910/11	1911/12	1912/13	1914/15
Einnahmen und Ausgaben in Mark	**3304,66**	**3297,05**	**4309,08**	**5204,36**	**5838,08**	**14384,92**	**10838,19**	**15256,20**	**11877,70**	**13438,20**	**27790,71**

[849] STAG II/ 167, Haushaltsplan (Voranschlag) der Gemeinde Glinde 1894 – 1919 (1913/14 fehlt).

Anhang 4 a-h

a) Viehzählung vom 1. Dezember 1902 [850]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl

	Zahl der Gehöf-te(Häuser) überhaupt	Mit Vieh-bestand	Zahl der vieh-besitzen-den Haushal-tungen	Pferde	Rind-viecher	Schafe	Schweine	Ziegen
Glinde	25	25	48	64	242	128	228	---

b) Viehzählung vom 1.Dezember 1904 [851]

	Zahl der Gehöfte(Häuser) überhaupt	Mit Vieh-be-stand	Zahl der viehbesitzen-den Haushal-tungen	Pferde	Rindviecher	Schafe	Schweine	Ziegen
Glinde	27	27	54	69	275	128	196	21

[850] LAS Abteilung 309, Nr. 8000.
[851] Ebd.

c) Viehzählung vom 1. Dezember 1906 [852]

	Zahl der Gehöfte(Häuser) überhaupt	Mit Viehbestand	Zahl der viehbesitzenden Haushaltungen	Pferde	Rindviecher	Schafe	Schweine
Glinde	**39**	**30**	**35**	**69**	**251**	**49**	**115**

d) Außerordentliche Viehzählung in Preusssen 1908

(Nach Anweisung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Berlin, vom 9.September 1908 an die Regierungspräsidenten.)[853]

	Zahl der Gehöfte(Häuser) überhaupt	Gehöfte mit Viehhaltung	Der viehhaltenden Haushaltungen	Der Pferde	Des Rindviehes	Der Schafe	Der Schweine
Glinde	**42**	**37**	**47**	**72**	**319**	**70**	**186**

[852] Ebd.

[853] LAS Abt. 309, Nr 8002. Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Viehzählung am 1. Dezember 1911, Königlich Preußisches Statistisches Landesamt Berlin, im Oktober 1911. Es wurde darauf hingewiesen, „daß die in den Zählkarten enthaltenen Angaben der Förderung wissenschaftlicher und gemneinnütziger Aufgaben, in keinem Falle etwa zu Steuerzwecken dienen."

e) Viehzählung vom 1. Dezember 1909 [854]

	Gehöfte überhaupt	Gehöfte mit Viehbestand	viehhaltende Haushaltungen	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Glinde	47	38	51	83	308	96	180

f) Viehzählung vom 1. Dezember 1910 [855]

	Gehöfte überhaupt	Gehöfte mit Viehbestand	viehhaltende Haushaltungen	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Glinde	50	40	51	78	276	78	252

g) Viehzählung vom 1. Dezember 1911 [856]

	Gehöfte überhaupt	Gehöfte mit Viehbestand	viehhaltende Haushaltungen	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Glinde	50	39	51	67	280	----	253

[854] LAS, Abt. 309, Nr. 8001.
[855] LAS, Abt. 309, Nr. 8002.
[856] Ebd.

h) Viehzählung vom 2. Dezember 1912 [857]

	Der Gehöfte überhaupt	Mit Viehbestand	Der viehhaltenden Haushaltungen	Der Pferde	Der Maultiere und Maulesel	Der Esel	Des Rindviehes
Glinde	**49**	**47**	**61**	**72**	**---**	**---**	**276**

Der Schafe	Der Schweine	Der Ziegen	Des Federviehs	Der Bienenstöcke
---	**247**	**18**	**1442**	**4**

[857] LAS Abt. 309, Nr. 8002, Nr. 8003. Diese um Maultiere und Maulesel, Esel, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcke erweiterte Zählung fand auf Beschluß des Bundesrates statt aufgrund der Verfügung des Ministers des Inneren an die Regierungspräsidenten vom 29. August 1912.

Anhang 5

Erbaute Gebäude in Reinbek zwischen 1892 und 1914[858]

	1892	1893[859]	1894	1895	1896	1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903
Wohnhaus Neubau	17		13	7	11	2	5	5	2	5	4	5
Wohnhaus Um-/Anbau	4		2	1	3	3	4	5	-	4	9	5
Stall,Neubau	5		-	1	7	3	-	3	-	5	3	3
Stall Um-/Anbau	1		1	3	-	-	-	-	-	1	4	2
Feldscheune	-		-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Schuppen Neubau	-		-	-	-	-	-	-	-	-	-	2
Schuppen Um-/Anbau	-		1	1	-	-	-	-	-	-	-	-
Gastwirt-schaft und Anbau	1		-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Werkstatt Neubau	1		-	-	1	1	-	1	1	-	-	-
Werkstatt Um-/Anbau	-		-	-	-	-	-	-	1	-	-	-
Ladenge-geschäft	-		-	-	-	-	-	1	-	2	-	-
Waschhaus	1		-	-	-	-	-	-	3	-	-	-
Eiskeller	-		-	-	-	1	-	-	1	-	-	1
(Wagen-) Remise	-		-	-	-	-	-	1	-	-	-	1
Landhaus	-		-	-	-	-	-		-	-	-	1
Villa	-		-	-	-	-	-		-	-	-	1

[858] STAR I/156, Nachweis über ertheilte Baukonsense, Amt Reinbek, Kreis Stormarn, 1889 – 1926.
[859] Für das Jahr 1893 sind keine Angaben in den Dokumenten des Stadtarchivs Reinbek vorhanden.

	1904	1905	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Wohnhaus Neubau	6	4	3	3	2	2	1	4	6	5	2
Wohnhaus Um-/Anbau	7	1	4	1	2	4	1	8	6	5	4
Stall Neubau	5	2	5	1	1	2	2	1	1	1	1
Stall Um-/Anbau	1	1	1	1	2	-	2	-	2	2	2
Feldscheune	1	-	-	-	-	-	-	-	3	1	-
Schuppen Neubau	-	-	-	1	-	-	2	-	1	-	-
Schuppen Um-/Anbau	-	-	-	-	-	-	-		-	-	-
Gastwirt-schaft und Anbau	-	1	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Werkstatt Neubau	1	-	-	-	1	1	-	-	-	-	1
Werkstatt Um-/Anbau	1	-	-	-	2	-	1	-	-	-	1
Ladenge-schäft	-	2	-	3	2	-	1	1	-	2	-
Waschhaus	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Eiskeller	-	2	-	-	-	-	-	-	-	-	-
(Wagen-) Remise	-	-	1	1	1	1	-	-	-	-	-
Landhaus	1	1	-	-	-	-	-	1	-	-	1
Villa	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-

Sondergebäude: Spritzenhaus (1892), Krankenhaus (1897), Kirche (1900), Pastorat, Schulhaus mit Lehrer-Wohnhaus (1902), Schießstand und Schießhalle, Güterschuppen für den Bahnhof (1903), Empfangsgebäude Bahnhof (1905), Stellwerksgebäude(1907),Wirtschaftsgebäude Gut Hinschendorf (1911), Turnhalle, Bootsschuppen (1914).

Anhang 6

Erwerbstätige, Altenteiler und Rentner in Reinbek 1880 - 1912

	1880[860]	1894[861]	1896[862]	1908[863]	1912[864]
Anbauer mit weiter-er Tätigkeit	12	12	20	20	8
Handwerker	45	55	68	84	75
Arbeiter	53	9	52	61	43
Hof-, Guts-besitzer	3	2	4	4	2
Kaufleute und Händler	13	25	43	63	88
Angestellte	6	15	13	10	12
Gemeinde-angestellte	2	2	2	2	2
Lehrer	4	5	4	3	3
Hebamme	1	1	1	3	2
Dentist	---	---	---	1	1
Arzt	2	3	4	3	1
Apotheker	---	1	2	1	1
Pastor	---	2	1	1	3
Jurist (selbst.)	---	1	1	3	3
Beamte	26	15	26	28	35
Gastwirt	7	8	9	11	8
Altenteiler	2	3	5	2	1
Rentner	7	5	35	21	14
Privatier	4	13	6	10	9

[860] Fischer,C.F.,Winterberg,E.jr (Hrsg.),Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf,... die Amtsgerichtsbezirke Trittau und Reinbek ..., 1880,Bergedorf 1880 S. 116-118.
[861] Adreßbuch der Stadt Wandsbek und des Kreises Stormarn 1894, Wandsbek 1894, S. 75,76.
[862] Winterberg, E.(Hrsg.), Adreßbuch für die Landherrenschaft Bergedorf, ... die Amtsgerichtsbezirke Reinbek und Trittau ...1896, Bergedorf 1896, S. 111-116.
[863] Adreßbuch Bergedorf, Sande, Geesthacht und die umliegenden Gemeinden 1908, Bergedorf 1908, S. 172-181.
[864] Adreßbuch für Bergedorf und die umliegenden Gemeinden 1912, Bergedorf 1912, S. 46-49.

Anhang 7

Voranschläge der Gemeinde Reinbek für die Rechnungsjahre:[865]

	1904	1905	1906	1907	1908
Einnahmen und Ausgaben/Mark	**37.296**	**43.197**	**48.069**	**47.262**	**57.498**

	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Einnahmen und Ausgaben/Mark	**56.267**	**90.980**	**61.879**	**65.934**	**144.764**	**80.000**

[865] STAR, II/65, II/66 ebd.

Anhang 8 a - h

a) Viehzählung vom 1. Dezember 1902[866]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl

	Zahl der Gehöfte(Häuser) überhaupt	Mit Vieh-bestand	Zahl der viehbesitzen-den Haushal-tungen	Pferde	Rindviecher	Schafe	Schweine	Ziegen
Reinbek	136	71	91	53	71	----	190	---

b) Viehzählung vom 1.Dezember 1904[867]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl

	Zahl der Gehöfte(Häuser) überhaupt	Mit Vieh-bestand	Zahl der viehbesitzen-den Haushal-tungen	Pferde	Rindviecher	Schafe	Schweine	Ziegen
Reinbek	195	118	210	84	157	----	328	28

[866] LAS Abt. 309, Nr. 8000.
[867] Ebd.

c) Viehzählung vom 1. Dezember 1906[868]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl

	Zahl der Gehöfte(Häuser) überhaupt	Mit Vieh-bestand	Zahl der viehbesitzen-den Haushal-tungen	Pferde	Rindviecher	Schafe	Schweine
Reinbek	**196**	**109**	**188**	**79**	**171**	**----**	**370**

d) Außerordentliche Viehzählung in Preusssen 1908

(Nach Anweisung des Ministeriums für Landwirtschaft, Domänen und Forsten, Berlin, vom 9.September 1908 an die Regierungspräsidenten.)[869]
Die Zählung erfolgt nach Haushaltungen, nicht wie bei vorangegangenen Zählungen, nach Gehöften.
„Die Ergebnisse dienen den Zwecken der Staats- und Gemeindeverwaltung sowie zur Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke. Insbesondere soll festgestellt werden, ob durch die heimische Viehzucht die für die Volksernährung nötigen Fleischmengen gewonnen werden können.“ [870]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl

	Zahl der Gehöfte(Häuser) überhaupt	Gehöfte mit Vieh-haltung	Der viehhalten-den Haushal-tungen	Der Pferde	Des Rindviehes	Der Schafe	Der Schweine
Reinbek	**233**	**103**	**167**	**80**	**167**	---	**270**

[868] LAS Abteilung 309, Nr. 8000.
[869] Ebd.
[870] LAS Abt. 309, Nr. 8000, Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Viehzählung am 1. Dezember 1908. Königlich Preußisches Statistisches Landesamt, Berlin 1908,.

e) Viehzählung vom 1. Dezember 1909[871]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl der

	Gehöfte überhaupt	Gehöfte mit Viehbestand	viehhaltenden Haushaltungen	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Reinbek	276	118	152	82	155	----	251

f) Viehzählung vom 1. Dezember 1910[872]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl der

	Gehöfte überhaupt	Gehöfte mit Viehbestand	viehhaltenden Haushaltungen	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Reinbek	258	104	139	86	147	----	262

[871] LAS, Abt. 309, Nr. 8001.
[872] LAS, Abt. 309, Nr. 8002.

g) Viehzählung vom 1. Dezember 1911[873]

Im Erlaß des Regierungspräsidenten Schleswig an die Landräte wird darauf hingewiesen, „daß die in den Zählkarten enthaltenen Angaben der Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Aufgaben, in keinem Falle etwa zu Steuerzwecken dienen.“[874]

Auf den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl der

	Gehöfte überhaupt	Gehöfte mit Viehbestand	viehhaltenden Haushaltungen	Pferde	Rinder	Schafe	Schweine
Reinbek	**250**	**128**	**177**	**81**	**100**	**----**	**407**

[873] Ebd.
[874] Ebd.,Ansprache an die Bevölkerung über die Bedeutung und Ausführung der Viehzählung am 1. Dezember 1911, Königlich Preußisches Statistisches Landesamt Berlin, im Oktober 1911.

h) Viehzählung vom 2. Dezember 1912[875]

In den Kontrollisten verzeichnete Gesamtzahl

	Der Gehöfte überhaupt	Mit Viehbestand	Der viehhaltenden Haushaltungen	Der Pferde	Der Maultiere und Maulesel	Der Esel	Des Rindviehes	Der Schafe	Der Schweine	Der Ziegen	Des Federviehes	Der Bienenstöcke
Reinbek	**258**	**197**	**260**	**91**	**----**	**3**	**102**	**----**	**328**	**32**	**3409**	**47**

Schlachtungen 1912

	Der Haushalte mit Schlachtungen	Des Rindviehes	Der Schafe	Der Schweine	Der Ziegen
Reinbek	**90**	**2**	**1**	**104**	**1**

[875] LAS Abt. 309, Nr. 8002, Nr. 8003. Diese um Maultiere und Maulesel, Esel, Ziegen, Federvieh und Bienenstöcke erweiterte Zählung fand statt aufgrund der Verfügung des Ministers des Inneren an die Regierungspräsidenten vom 29. August 1912 auf Beschluß des Bundesrates.

Anhang 9
Zur Gewerbesteuer veranlagte Handwerksbetriebe in Reinbek 1904 bis 1914[876]

	1904	1905	1906	1907	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Bäcker	2	2	2	2	2	2	3	3	3	3
Barbier	1	1	--	1	--	--	--	--	--	--
Bauunternehmer	2	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Buchbinder	--	--	--	--	--	--	1	1	1	1
Drucker	--	--	--	--	--	--	--		1	1
Elektroinstallateur	--	--	--	1	1	1	1	1	1	1
Friseur u.Barbier	--	--	--	--	--	--	2	2	2	2
Gärtner	4	4	4	4	4	3	3	3	3	3
Glaser	--	--	--	--	--	--	--	2	--	--
Klempner	2	2	2	2	2	2	2	3	3	3
Korbmacher	--	--	--	--	--	1	1	1	--	--
Maler	3	4	4	4	4	4	4	4	3	3
Maurer	1	2	1	1	1	1	1	2	2	2
Mechaniker	--	--	1	1	--	--	--	--	--	--

[876] STAR II/ 17, Gewerbesteuer 1904 – 1914. Angaben zu 1908 fehlen.

	1904	**1905**	**1906**	**1907**	**1909**	**1910**	**1911**	**1912**	**1913**	**1914**
Sattler	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2
Schlachter	3	3	1	2	3	3	3	3	3	2
Schlosser	2	2	3	3	2	2	2	2	2	3
Schmied	--	--	--	--	--	--	2	2	2	2
Schneider	1	1	1	1	1	1	2	1	1	1
Schuhmacher	--	--	--	--	--	--	2	2	2	1
Schuster	--	--	1	--	--	--	--	--	--	--
Stellmacher	--	--	--	--	--	--	1	1	1	1
Tischler	3	3	3	3	2	2	2	2	2	3
Töpfer	--	--	--	--	--	--	--	1	1	1
Zimmermann	1	1	1	1	1	1	1	2	1	1

Anhang 10

Zur Gewerbesteuer veranlagte Handels- und Dienstleistungsbetriebe in Reinbek 1904 bis 1914[877]

	1904	1905	1906	1907	1909	1910	1911	1912	1913	1914
Apotheke	1	1	1	1	1	1	1	1	1	1
Baustoffhandel	1	1	1	1	1	1	1	--	--	--
Bekleidungshandel	1	1	1	1	1	1	1	1	1	2
Delikatessenhandel	1	1	1	2	1	2	2	2	2	3
Drogerie u.Farben	--	--	--	--	1	1	1	1	1	1
Elektrizitätswerk	--	--	--	--	--	--	1	1	1	1
Fischhandel	--	--	--	--	--	--	--	1	1	1
Fuhrunternehmen	3	3	4	4	4	4	2	6	7	6
Gastwirtschaft, Restaurant	9	8	7	7	8	8	6	7	7	5
Gemüsehandel	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2
Hotel	1	2	2	2	1	1	2	2	2	2
Kohlenhandel	--	--	--	1	2	2	1	1	1	--
Kolonialwarenhandel	--	--	--	1	1	1	1	1	1	2
Krämer	4	3	3	4	4	4	4	3	3	4

[877] STAR, II/17, Gewerbesteuer 1904 – 1914, Angaben zu 1908 fehlen.

	1904	**1905**	**1906**	**1907**	**1909**	**1910**	**1911**	**1912**	**1913**	**1914**
Kuranstalt	1	1	1	1	1	1	--	--	--	--
Mehl-, Kornhandel	--	--	--	2	2	2	1	1	1	2
Milchhandel, Butter, Käse	1	1	1	1	1	1	2	2	2	2
Papierwaren,Druckerei	--	--	--	--	--	--	--	1	1	--
Schuhgeschäft	--	--	--	--	--	--	1	1	1	--
Tapetenhandlung	--	--	--	--	--	--	--	1	1	--
Textilhandel	2	2	2	2	2	2	1	2	2	2
Trinkhalle	--	--	--	--	1	1	1	1	1	1
Zigarrenhandel	--	--	--	--	--	--	--	1	--	--
Nähmaschinenhandel	--	--	--	--	--	--	--	--	--	1

Anhang 11

Kurzbiographien der Kandidaten für die Reichstagswahlen 1893 – 1912 im Wahlkreis 8 (Altona-Stormarn), die in den Reichstag gewählt wurden:

Bitter, Franz, geb. 14.1. 1865 in Aschendorf/Emsland, gest. 25.5. 1924 in Leipzig. Mitglied der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei von 1907 bis 1912. Wahlkreis Hannover 4 (Osnabrück – Bersenbrück – Iburg). Während des Jurastudiums und der Promotion 1883 bis 1886 diente er 1884/85 als Einjährig- Freiwilliger; 1886 Referendar, 1891 Assessor und Rechtsanwalt am Oberlandesgericht Kiel, zwischen 1908 und 1924 Anwalt in Osnabrück, dann am Reichsgericht in Leipzig. Er verlor 1912 sein Mandat, weil er in scharfer Gegnerschaft zu den Kräften stand, die das Zentrum von einer rein katholischen in eine interkonfessionellle Partei umwandeln wollten. Ferner trat er vehement dafür ein, dass katholischen Arbeitern verboten werden sollte, sich mit Protestanten gewerkschaftlich zu vereinigen.[878]

Frohme, Karl, geb. 4.7. 1850 in Hannover, gest. 9.2. 1933 in Hamburg. 1881 bis 1924 Reichstagsabgeordneter der SPD. 1881 bis 1883 Wahlkreis Hanau-Gelnhausen, 1884 bis 1924 Wahlkreis Altona-Stormarn, den er bei den Reichstagswahlen 1893 bis 1912 jeweils direkt gewann. Nach einer Lehre als Schlosser arbeitete er seit den 1870er Jahren als Redakteur sozialdemokratischer Zeitungen, u.a. beim „Hamburger Echo“. Als Angehöriger des Reformflügels der SPD galt er bis zu seinem Tode als einflußreichster Politiker seiner Partei in Norddeutschland.[879]

Giesberts, Johannes, geb. 3.2. 1865 in Straelen/Ndrrh., gest. 7.8.1938 in Mönchengladbach. 1905 bis 1918 Reichstagsabgeordneter der Zentrumspartei im Wahlkreis Essen (Düsseldorf 5). Nach einer Bäckerlehre und Tätigkeiten als Arbeiter u.a. in der Landwirtschaft , dem Militärdienst 1885 bis 1888, war er 1893 Mitbegründer und Vorstandsmitglied des Christlichen Metallarbeiterverbandes. 1899 bis 1905 Tätigkeit als Redakteur des Verbandsorganes für katholische Arbeitervereine, der „Westdeutschen Arbeiter Zeitung“ in Mönchengladbach. In der Folgezeit Engagement in der Christlichen

---

[878] Haunfelder, B., Reichstagsabgeordnete der Deutschen Zentrumspartei 1871 – 1933, Düsseldorf 1999, S. 132.
[879] Klingner, K., Karl Frohme, ein sozialdemokratischer Abgeodneter aus Schleswig-Holstein, in: Demokratische Gemeinde, Jg. 1986, Heft 1, S. 29 – 46.

Gewerkschaftsbewegung, in der Weimarer Republik verschiedene Aufgaben im Wirtschaftsministerium. Postminister von 1919 bis 1922 in den Regierungen Scheidemann, Bauer, Müller, Fehrenbach und Wirth.[880]

Liebermann v. Sonnenberg, Max, geb. 21.8. 1848 in Weißwasser/Ostpr., Berufssoldat von 1866 bis 1884. Von 1890 bis 1911 im Wahlkreis 3 (Kassel) Reichstagsabgeordneter verschiedener antisemitischer Parteien: der Deutsch-Sozialen Partei, der Deutsch-Sozialen Reformpartei und von Fraktionsgemeinschaften nationaler, rassistisch-antisemitischer Ausrichtung, die bei der Reichstagswahl 1893 sechzehn Mandate errangen. In ihren Wahlprogrammen erschienen bereits 1903 die Begriffe „Endlösung" und „Vernichtung des Judenvolkes".

Raab, Friedrich, geb. 18.5. 1859 in Hamburg, gest. 14.6. 1917 in Hamburg, Porzellanmaler. Mitglied des Reichstages von 1898 bis 1917 als Mitglied der Deutsch-Sozialen Reformpartei. Im Wahlkreis 2 (Schleswig-Holstein) 1904 bis 1912 und im Wahlkreis 4 (Kassel) 1912 bis 1917.[881]

Stötzel, Gerhard, geb. 4.12. 1835 in Grissenbach/ Kr. Siegen, gest. 1.6. 1905 in Berlin. Tätigkeiten als Metallarbeiter, später als Journalist in Essen. Mitglied der Zentrumspartei, für die er von 1877 bis 1893 und von 1898 bis 1905 für den Wahlkreis Essen (Düsseldorf 5) Mitglied des Reichstages war. Als erster Arbeiterabgeordneter der Fraktion spielte er eine führende Rolle in der katholischen Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes. Bei der Reichstagswahl 1892 unterlag er in seinem Wahlkreis Alfred Krupp. Nach seinem Tode 1905 rückte für ihn Johannes Giesberts durch Nachwahl als Abgeordneter des Reichstages nach.[882]

Traeger, Albert, geb. 12. 6. 1830 in Augsburg, gest. 26.3.1912 in Berlin, Rechtsanwalt und Notar. In der Fraktion der Freisinnigen-, ab 1910 der Fortschrittlichen Volkspartei. Mitglied des Reichstages von 1893 bis 1912 für den Wahlkreis 2 (Oldenburg).[883]

---

[880] Haunfelder, B., 1999, S. 163 f.
[881] Schwarz, M., MdR, Biographisches Handbuch der Reichstage, Hannover 1965, S. 430.
[882] Haunfelder B., 1999, S. 267.
[883] Schwarz, M., 1965, S. 481.